



## Nur zur dienstlichen Verwendung

## Stenografisches Protokoll der 130. Sitzung - endgültige Fassung\* -

### 1. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 13. Februar 2017, 11.30 Uhr  
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1

Vorsitz: Prof. Dr. Patrick Sensburg, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Beweisaufnahme

### Tagesordnungspunkt

<i>Zeugenvernehmung</i>	<i>Seite</i>
- Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche, BK (Beweisbeschluss Z-12)	4
- Bundesminister Peter Altmaier, MdB (Beweisbeschluss Z-16)	88
- Staatssekretär Steffen Seibert, Regierungssprecher (Beweisbeschluss Z-140)	170

\* Hinweis:

Die Zeugen Fritsche, Altmaier und Seibert haben keine Korrekturwünsche übermittelt.



# Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Mitglieder des Ausschusses

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Schipanski, Tankred Sensburg, Dr. Patrick Warken, Nina	Marschall, Matern von Ostermann, Dr. Tim Wendt, Marian
SPD	Flisek, Christian Mittag, Susanne	Zimmermann, Dr. Jens
DIE LINKE.	Renner, Martina	Hahn, Dr. André
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Notz, Dr. Konstantin von	Ströbele, Hans-Christian

### Fraktionsmitarbeiter

CDU/CSU	Feser, Dr. Andreas Allers, Fried-Heye Fischer, Sebastian D. Puglisi, Livia Schrot, Jacob Wehl, Dr. Wolfgang
SPD	Ahlefeldt, Johannes von Heyer, Christian Dähne, Dr. Harald Issel, Jana Linden, Alexander Weiß, Benjamin
DIE LINKE.	Halbroth, Anneke Martin, Stephan
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kant, Martina Hortolani, Johanna Leopold, Nils Pohl, Jörn Mellentin, Johanna Baumann, Sophie



# Deutscher Bundestag

1. Untersuchungsausschuss  
nach Artikel 44 des Grundgesetzes

Bundeskanzleramt	Heinemann, Martin Jipp, Daniel Kämmerer, Marie Maas, Carsten Metscher, Andreas Neist, Dennis Pachabeyan, Maria Wolff, Philipp
Bundesministerium des Innern	Beyer-Pollok, Markus Brandt, Dr. Karsten Darge, Dr. Tobias Hofmann, Christian Kiehn, Eva Matthes, Thomas Hecheltjen, Dr. Martin
Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz	Unterlöhner, Dr. Ulrike
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	Krüger, Philipp-Lennart
Bundesministerium für Verteidigung	Theis, Björn Rauch Rüdiger Voigt, Björn
Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit	Kremer, Dr. Bernd Löwnau, Gabriele
Auswärtiges Amt	Müller-Bernd, Kai Stephen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 11.43 Uhr)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die 130. Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses der 18. Wahlperiode. Ich stelle fest: Die Öffentlichkeit ist hergestellt und ist in großer Zahl auch im Sitzungssaal. Ich begrüße Sie alle ganz herzlich. Genauso begrüße ich unseren heutigen Zeugen - nicht zum ersten Mal bei uns -, Herrn Klaus-Dieter Fritsche. Ich darf Sie herzlich begrüßen und freue mich, dass Sie da sind.

Bevor ich zum eigentlichen Gegenstand der heutigen Sitzung komme, gestatten Sie mir die den meisten bekannten Vormerkungen.

Ton- und Bildaufnahmen sind während der öffentlichen Beweisaufnahmesitzung nicht zulässig. Ein Verstoß gegen dieses Gebot kann nach dem Hausrecht des Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen des Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern gegebenenfalls auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Ich rufe den **einzigen Punkt der Tagesordnung** auf:

Zeugenvernehmung

Staatssekretär

**Klaus-Dieter Fritsche**, BK  
(Beweisbeschluss Z-12)

Bundesminister

**Peter Altmaier**, MdB  
(Beweisbeschluss Z-16)

Staatssekretär

**Steffen Seibert**,  
Regierungssprecher  
(Beweisbeschluss Z-140)

Die Beweisbeschlüsse Z-12 und Z-16 stammen vom 08.05.2014; der Beweisbeschluss Z-140 ist vom 13.02.2017. Es wird Beweis erhoben zum Untersuchungsauftrag - Bundestagsdrucksachen 18/843 und 18/8683 - durch Vernehmung der Zeugen Klaus-Dieter Fritsche, Staatssekretär im Bundeskanzleramt, und Herrn Peter Altmaier,

Bundesminister und Chef des Bundeskanzleramtes, und des dritten Zeugen - so hat es die Beratungssitzung gerade ergeben -, Steffen Seibert, Regierungssprecher.

Zunächst werden die Zeugen Herr Fritsche und Herr Altmaier öffentlich vernommen. Im Anschluss findet die nichtöffentliche Vernehmung der Zeugen statt. Anschließend wird der Zeuge Seibert öffentlich vernommen. Sollte sich daraus dann noch eine nichtöffentliche Sitzung ergeben - was ich eigentlich nicht glaube bei einem Regierungssprecher -, dann wäre diese noch danach anzuberaumen; aber es ist wohl davon auszugehen, dass da eine öffentliche Sitzung ausreichend ist.

### Vernehmung des Zeugen Klaus-Dieter Fritsche

Nochmals begrüße ich ganz herzlich unseren heutigen Zeugen, Herrn Klaus-Dieter Fritsche. Ich stelle fest, dass der Zeuge ordnungsgemäß geladen ist. Herr Fritsche, Sie haben den Erhalt der Ladung am 14. Dezember 2016 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Einladung gefolgt sind und dem Ausschuss für Fragen zur Verfügung stehen.

Herr Fritsche, Sie wurden ja bereits am 18. Juni 2015 vor dem Ausschuss vernommen; also werden Ihnen die nachfolgenden Hinweise und Belehrungen bekannt sein. Ich möchte sie aber trotzdem in dieser Sitzung noch einmal machen.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung auch heute eine Tonbandaufnahme fertigt. Die Tonbandaufnahme dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Tonbandaufnahme wird nach Erstellung des stenografischen Protokolls dann auch gelöscht.

Das Protokoll dieser Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann, falls dies gewünscht ist, zwei Wochen Zeit, etwaige Korrekturen oder Richtigstellungen vorzunehmen und uns das Protokoll wieder zurückzusenden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Herr Fritsche, vor Ihrer Vernehmung habe ich Sie zunächst zu belehren. - Ich hoffe, Sie hören alles gut, weil ich etwas heiser bin. Ich hoffe, es kommt alles rüber; wenn nicht, bitte melden Sie sich. - Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafen von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch Disziplinarverfahren.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann einen Beschluss nach § 14 bzw. § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann und dann die Sitzung in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Sitzung fortführen kann und Ihnen dann die entsprechenden Fragen stellen kann. - Haben Sie hierzu Fragen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Danke schön. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen - da hat sich auch nichts geändert im Vergleich zur letzten Befragung -: Eingangs habe

ich Sie zur Person zu befragen; auch da wird sich nichts geändert haben, vermute ich. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes auch heute die Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben. Danach werde ich Sie befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für ihre Fragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, immer eine Fraktion nach der anderen.

Ich darf Sie dann nun bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Klaus-Dieter Fritsche. Es hat sich doch etwas geändert: 63 statt 62 bei der letzten Einvernahme. Und Adresse: Willy-Brandt-Straße 1, Bundeskanzleramt, und ich bin dort Staatssekretär.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Dann frage ich Sie, wie ich es gerade angesprochen habe: Möchten Sie davon Gebrauch machen, auch heute ein Eingangsstatement abzugeben?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein, Herr Vorsitzender. Ich warte auf Ihre Fragen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Dann würde ich mit Fragen beginnen. Und ich möchte Sie zuerst zu dem Thema Selektoren befragen. Wann ist Ihnen zum ersten Mal der Begriff „Selektor“ oder „Suchbegriff“ bekannt geworden, dass der Bundesnachrichtendienst solche einsetzt?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, ich kann mich noch gut erinnern. Das war Freitag, der 13. März im Jahre 2015. Ich war auf einer Auslandsdienstreise und bin telefonisch gebeten worden, nach der Beendigung der Dienstreise ins Kanzleramt zu kommen, dort zu einer Besprechung. Die haben wir dann durchgeführt. Da ging es vor allem



## Nur zur dienstlichen Verwendung

darum, dass vor dem Hintergrund eines Beweisbeschlusses dieses Ausschusses der Bundesnachrichtendienst nach meiner Kenntnis zum ersten Mal Daten, die sich bisher in den automatisierten Dateien- und Vorgangssystemen des BND befanden, ausgedruckt hat, Listen ausgedruckt hat, die sich mit diesen Selektoren beschäftigen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Können Sie das Datum noch mal sagen? Das Jahr habe ich nicht genau gehört.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das war Freitag, der 13. März 2015.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** 15. - Und davor, Begrifflichkeit „Suchbegriffe/Selektoren“ war nie ein Thema?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Es war nicht ein Thema, mit dem wir uns in der Fach- und Dienstaufsicht intensiv beschäftigt haben.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wussten Sie denn in Ihrer Funktion, dass es so etwas grundsätzlich gibt?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Grundsätzlich war mir natürlich bekannt - auch vor dem Hintergrund von anderen Operationen, die es mit Partnern gab -, dass es solche Suchbegriffe gibt. Aber, wie gesagt, in der Ausführlichkeit bisher, bis zum 13. März 15, nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gab es da mal irgendwann Unterrichtungen, Papiere aus ganz anderen Anlässen, was es mit den Suchbegriffen auf sich hat, wie der BND Suchbegriffe verwendet, dass man da vielleicht mehr Speicher braucht, weil die Zahl der Suchbegriffe hoch wird, wie diese Verfahren laufen? Hat da mal irgendwer - - Man berichtet ja zu allen möglichen Sachen. Wenn nichts gerade Aktuelles aufpoppt, dann hat man ja schon eine Situation, dass man sagt: Da berichten wir mal der Dienst- und Fachaufsicht. - Gab es irgendwann mal so eine Art Unterrichtung oder eine Erklärung, was der BND mit Suchbegriffen macht?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, nach meiner Erinnerung gab es das nicht. Wir haben vor dem Hintergrund der Umstellung von reiner Telefonie, von reinem Telefonieverkehr, auch hin zu den internetvermittelten Paketverkehren natürlich über die Problematiken ganz allgemein auch in der Vergangenheit gesprochen, soweit es um die Frage von Spams ging. Das hatte ich in der letzten Sitzung hier an der Stelle auch schon mal erläutert. Und es hat eine Problematik gegeben, die ich auch in der letzten Sitzung hier schon erläutert habe, nämlich was mit dem Schutz der G-10-Berechtigten ist. Das hat es in der Vergangenheit gegeben, diese Diskussion.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** „In der Vergangenheit“ heißt dann, wann?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also vor dem 13.03.2015. Das war in der Zeit, in der ich Abteilungsleiter 6 im Bundeskanzleramt war, also circa 2008/2009.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wie war die Diskussion dann 2008/2009 bezogen auf Selektoren, die G-10-relevant sind? Also, ich probiere herauszufinden: Wie war dieses Thema „Suchbegriffe/Selektoren“ eingeordnet?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das war vor allem in die Problematik „Wie schütze ich Artikel-10-Berechtigte?“ eingeordnet. Hier hat es Gespräche gegeben vor dem Hintergrund einer konkreten Operation, die mit einem Partner durchgeführt worden ist, wie wir den G-10-Schutz auch in der Routine erhalten können. Bei dieser Diskussion hat es auch Gespräche mit dem Partner gegeben darüber, wie man den einhalten kann. Das hat im Übrigen dazu geführt - das dürfte dem Ausschuss hier auch bekannt sein -, dass letztlich diese Operation dann eingestellt worden ist.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wenn ich das richtig beurteile: Im Bereich SIGINT Anfang der 2000er-Jahre, egal welches Tool man nutzt, also ob das XKeyscore ist oder was auch immer, ist das Thema der richtigen Suchbegriffe, glaube ich, das entscheidende, weil, wenn man die nicht hinreichend auswählt, nicht hinreichend einsetzt, kommt nicht das dabei raus, was man gerne



## Nur zur dienstlichen Verwendung

möchte. Also ist das Thema der Suchbegriffe, glaube ich, ein sehr entscheidendes für die Effizienz und Effektivität der Arbeit des BND. Wie würden Sie dann den Blick auf die Dienst- und Fachaufsicht werfen? Wäre es da im Umkehrschluss nicht auch sinnvoll, dass die Dienst- und Fachaufsicht speziell dieses so relevante Thema auch in den Blick nimmt und hinterfragt: „Wie können wir den BND einerseits unterstützen, dass das gut läuft?“, aber auf der anderen Seite: „Wie können wir auch gewährleisten, dass wir die Dienst- und Fachaufsicht hinreichend gut ausüben können in einem so komplexen Feld?“

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, in der Zeit, als ich im Dezember 2005 Abteilungsleiter 6 im Kanzleramt geworden bin, haben wir damals nicht nur im Hinblick darauf, dass wir die Fach- und Dienstaufsicht auch durch mehr Personal in der Abteilung hinsichtlich des Bundesnachrichtendienstes abdecken, auch darüber geredet, dass wir den verschiedenen Abteilungen des Bundesnachrichtendienstes sogenannte Jours fixes anbieten. Und in diesen Jours fixes sollen die Themen, die entweder von uns aufgegriffen werden oder die von dem Dienst aufgegriffen werden, besprochen werden.

Die Jours fixes laufen in der Regel so ab, dass man in regelmäßigen Abständen sich trifft und dass der Bundesnachrichtendienst Probleme - gehen wir jetzt mal auf die Abteilung TA -, die er hat, oder Anforderungen, zum Beispiel dass das Bundeskanzleramt entsprechende rechtliche Änderungen beim Gesetzgeber zu veranlassen hat - dass die dort besprochen werden. In diesen Jours fixes, die auf Arbeitsebene in der Abteilung 6 im Kanzleramt auf der einen Seite und bei den Mitarbeitern der TA und des Leitungsstabes des Bundesnachrichtendienstes stattgefunden haben, sind Problematiken, die sich mit den Selektoren beschäftigen, nämlich die Frage, dass es Schwierigkeiten gibt mit den Selektoren, dass man die Auffassung der TA durch die Selektoren - in irgendeiner Weise behindert ist. Solche Fragen sind dort nicht behandelt worden.

Und ganz allgemein zur Fach- und Dienstaufsicht kann ich Ihnen sagen, Herr Vorsitzender, dass es

natürlich nicht so ist, dass Fach- und Dienstaufsicht quasi eine Hundertprozentkontrolle des Bundesnachrichtendienstes ist - dazu bräuchte ich dann hinter jedem Mitarbeiter einen weiteren Mitarbeiter der Fach- und Dienstaufsicht -, sondern ich muss natürlich in einem vertrauensvollen Verhältnis mit dem Bundesnachrichtendienst und wenn ich von außen oder von anderer Seite etwas erfahre, dem Ganzen nachgehen. In den Diskussionen, die wir damals geführt haben, hat die G-10-Problematik eine Rolle gespielt und die Problematik, soweit ich mich erinnere, der Spam; denn die Spamfilter des BND haben damals noch nicht so gewirkt, dass die Spams ausgefiltert werden konnten.

Das ist das, woran ich mich erinnern kann im Zusammenhang der Diskussionen mit Selektoren.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wer war denn in der Abteilung 6 damals der Selektorexperte oder Suchbegriffexperte?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, ich glaube nicht, dass man in einer Fach- und Dienstaufsicht unbedingt für alles, was in den technischen Bereichen ist, Experten braucht. Das zuständige Referat kann ich Ihnen jetzt, weil es auch eine Neuorganisation in der Abteilung 6 gegeben hat, die ja in der letzten Legislaturperiode wieder einzügig geworden ist und deren Einzügigkeit jetzt auch noch besteht - Wir haben eine andere Organisationsform mit dem Stab, der beim Staatssekretär angesiedelt ist. Also, das genaue Referat kann ich Ihnen aus der Erinnerung jetzt nicht sagen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber erinnern Sie sich, dass es da irgendwo in irgendeinem Referat welche gab, denen man zutrauen konnte: „Die wissen, was Selektoren sind, und die können die auch mal prüfen, wenn man mal sagt: ‚Wir wollen uns mit den Kollegen vom BND mal was anschauen‘“, dass die auch wussten, wovon die Rede ist?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, dazu müssen wir aber erst darauf hingewiesen werden, dass es unter Umständen bei der Selektorenfrage ein Pro-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

blem gibt. Dann wird die Fach- und Dienstaufsicht sich darum kümmern, und dann ist die Folge, dass man unter Umständen sieht, dass das Problem rein technischer Art ist, wir uns also technische Expertise holen müssen letztlich dann auf Dauer auch für die Fach- und Dienstaufsicht, was in der letzten Zeit in dieser Legislaturperiode vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse auch geschehen ist.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, richtig. Ich verstehe Dienst- und Fachaufsicht weitestgehend auch so. Andererseits, glaube ich, gehört zur Dienst- und Fachaufsicht - so habe ich es zumindest im öffentlichen Dienst immer kennengelernt - auch eine gewisse Kontrolle von sich aus. Das kenne ich so bei der Bundeswehr - und der BND ist ja nun sehr stark bundeswehrmitgeprägt -, dass man als Vorgesetzter auch mal hinschaut, auch mal hinget und guckt: „Werden Befehle dementsprechend ausgeführt?“, dass man mal eine Kontrolle durchführt. Und da frage ich mich: Bei einem so relevanten Bereich - deswegen hatte ich die Fragen am Anfang gestellt -, der ja auch wichtig ist für den BND - man wollte ja auch Anfang der 2000er besser werden im Bereich SIGINT, und man setzte Suchbegriffe ein und eben nicht nur fünf, die alle im Grunde kannten, sondern ein paar mehr als fünf -, da hätte ich schon erwartet - und vielleicht ist es ja auch so -, dass man mal sagt: Da haben wir zwei, drei, die können mit dem BND auf einer fachlichen Ebene kommunizieren.

Das Gleiche ist ja im Bereich Nachrichtenwesen. Also, wenn Sie da einen Techniker haben, der kann uns hier allen wahrscheinlich irgendwas erzählen, wie ein Kabel funktioniert und weiß nicht was, und da müssen Sie irgendwo einen haben, der sich damit auskennt. Also, wir haben im Ausschussesekretariat am Anfang, als dieser Ausschuss eingesetzt wurde, mal überlegt, ob wir nicht einen haben müssen, der in Nachrichtentechnik eine Ausbildung hat und sich technisch auskennt und die Expertise hat. Und da können wir ja auch sagen: Na ja, wenn man es uns nicht erzählt, weiß man es nicht. Aber hat man da irgendwie in der Dienst- und Fachaufsicht quasi parallel zur Weiterentwicklung des BND sich auch weiterentwickelt? Weil der BND hat sich ja

weiterentwickelt, und das ist auch gut so gewesen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, die Diskussion, habe ich ja einleitend gesagt, hat stattgefunden zu den Punkten, die ich einleitend gesagt habe. Und wir haben auch vor dem Hintergrund einer Ausweitung des Personals in der Abteilung 6 damals uns auch intensiver mit den einzelnen Abteilungen beschäftigt. Aber nochmals: Fach- und Dienstaufsicht heißt natürlich nicht grundsätzliches Misstrauen. Und erklären Sie mir mal - - Im Zusammenhang mit Besuchen von der Geheim tagenden G 10-Kommission sind unter anderem auch die Routinevorgänge - so nennt der BND das ja in dem Bereich - neben den G-10-Vorgängen auch vorgestellt worden. Dazu hat es Vorbesprechungen gegeben. In diesen Besprechungen, in all diesen Besprechungen hat es nie den Hinweis gegeben, dass es hier problematische Selektoren geben könnte.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich will auch noch gar nicht so darauf hinaus, ob es da Probleme gab. Vielleicht sind die Probleme ja gar nicht so groß; ich weiß das - - Da bin ich noch gar nicht. Mir geht es nur darum, dass man auf einer Augenhöhe kommuniziert. Der BND machte Anfang der 2000er einen großen Fortschritt im Bereich SIGINT. Das ist gewünscht gewesen, das ist auch vom Bundeskanzleramt so gewollt gewesen, vom BND so gewollt gewesen und, ich denke, auch vom Parlament so gewollt gewesen, weil man kann da nicht blind sein: Die Welt ist nun mal digital. Das hat man mit den Amerikanern und anderen Freunden gemacht - auch gut.

Aber gleichzeitig, wie der BND seine Kompetenz in großen Schritten aufgrund der Kooperation erweitert hat, finde ich, muss man, alleine um miteinander kommunizieren zu können, auch im Bereich der Dienst- und Fachaufsicht - und da ist man ja auch irgendwo Vorgesetzter -, sagen wir mal, zumindest vom Know-how etwas nachziehen; sonst weiß man ja gar nicht, wovon die überhaupt reden. Und der Teil, der fehlt mir noch ein bisschen, wo man im Kanzleramt gesagt hat - und das kann ja auf Referatsebene sein; ich erwarte nicht, dass man da die ganze Abteilung 6 dahin gehend ausrichtet - - Aber dass da mal



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zwei, drei, vier Leute sitzen, die sagen: Wir verstehen, was - ich sage es jetzt mal flapsig - die modernen SIGINT-Nerds im BND uns erzählen. - Weil, wenn man das gar nicht weiß, dann weiß man vielleicht gar nicht, dass es nicht nur Handynummern und E-Mail-Adressen bei Selektoren gibt, sondern ganz komplizierte Sachen, die man vielleicht auf den ersten Blick nicht erkennt, ob die G-10-relevant sind. Dann hat man die Sensibilität vielleicht gar nicht. Und da ist einfach nur meine Frage, weil wir ja auch schauen, wie kann man besser werden, ob es da im Kanzleramt dementsprechend ein Nachziehen gegeben hat, wie der BND sein Know-how erweitert hat, was ich persönlich für richtig finde. Aber da hätte ich mir auch gewünscht, dass man sich im Bereich der Dienst- und Fachaufsicht, wenn man das schon will, dass der BND das macht, dementsprechend kompetent macht - - dass man die Dienst- und Fachaufsicht auch so ausüben kann, wenn sich da einer mal meldet, dass man es auch versteht.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, ich habe ja gesagt, dass die Abteilung damals auch personell verstärkt worden ist, und da ist natürlich - - hat auch eine Rolle gespielt - und ich kann mich an die letzte Sitzung in diesem Gremium hier erinnern -, dass in der Fach- und Dienstaufsicht das Know-how natürlich auch aus dem Bundesnachrichtendienst selbst kommt - was ich übrigens für absolut zulässig und notwendig halte gerade vor dem Hintergrund der Beschreibungen, die Sie jetzt durchgeführt haben. Und es gab in der Abteilung und es gibt heute in der Abteilung Leute, die wissen, was die Abteilung TA macht und die hier entsprechend Kompetenz haben. Aber noch mal: Fach- und Dienstaufsicht: Wenn es kein Aufzeigen der Problematik gibt, dann hat sich natürlich die Fach- und Dienstaufsicht nur mit der generellen Problematik auseinandersetzen, wie Sie es ja richtig beschrieben haben, nämlich dass wir neue Dienste haben und dass wir paketvermittelte Verkehre haben, dass der BND, wenn er das Ausland für die Bundesrepublik Deutschland aufklären will, hier auch Kompetenz braucht. Und es hat auch eine Diskussion gerade in dieser Zeit, als ich als Abteilungsleiter im Kanzleramt war, gegeben; die hat sich aber konzentriert auf die Probleme, die der BND uns benannt hat. Und die Probleme waren damals die

Frage der Spams auf der einen Seite und die Frage „Wie kann ich in Kooperationen und wie kann ich als BND den G-10-Schutz“ - und das ist das, was uns am meisten damals beschäftigt hat - „gewährleisten?“

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, so weit verstanden. - Jetzt sagen Sie, ein Problem kommt dadurch zustande, dass aus dem BND, der Abteilung 6, wo auch immer, von wem zu wem, der Einsatz von bestimmten Selektoren nicht gemeldet worden ist oder nicht hinreichend klar gemeldet worden ist. Denn wenn man nicht weiß, dass was schief läuft, kann die Dienst- und Fachaufsicht nicht ansetzen. Habe ich das richtig verstanden?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So ist es.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wer hat denn dann das verbockt?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das hat ja wohl die Beweisaufnahme dieses Untersuchungsausschusses bisher auch so weit ergeben - es war auch Gespräch meiner letzten Einvernahme hier -, dass es hier wohl eine Kultur gab, dass man vor dem Hintergrund des sogenannten Auftragsprofils der Bundesregierung eben Selektoren in der eigenen Auswertung eingesetzt hat, die man für richtig hielt, und dass man, was die Zusammenarbeit mit dem Partner angeht, hier eben vieles nicht lesen oder nicht deuten konnte, was eingesteuert worden ist.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Jetzt noch mal genau: Wer hat es also verbockt?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, so sehe ich es, dass es der Bundesnachrichtendienst nicht kritisch genug betrachtet hat.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Und wer da?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nach dem, was mir bisher bekannt ist - und Sie wissen ja auch, dass Fach- und Dienstaufsicht auch während des laufenden Untersuchungsausschusses ja weitergegangen ist, auch weitergehen musste -, war es



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wohl offensichtlich so, dass auch die Amtsleitung des Bundesnachrichtendienstes, was jetzt die Selektoren in dem einen Projekt mit dem Partner angeht, nicht unterrichtet war über die Problematiken, und das betrifft wohl auch die eigene Steuerung des Bundesnachrichtendienstes.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, das ist bei uns auch bisher so angekommen. Da bleibt nur noch der Abteilungsleiter TA, wenn ich es dann richtig sehe.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Wenn ich das richtig sehe, nicht nur der Abteilungsleiter TA, sondern es ist ja teilweise der Informationsfluss, nach dem, was mir bisher bekannt ist, auch nicht mal bis zum Abteilungsleiter in generellen Fragen gegangen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also bis zum Unterabteilungsleiter.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So ist es. Und teilweise in den Außenstellen sind eben auch Selektoren generiert worden, die dann mit niemandem besprochen wurden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sie sagten gerade, die Dienst- und Fachaufsicht lief ja weiter. Klar, wäre ja auch schlimm, wenn die jetzt ausgesetzt wäre. Da würde ich ja sagen, da muss man mal alles ab Unterabteilung durcheinanderrütteln, dass so was nicht mehr passiert. Ist da durcheinandergerüttelt worden? Oder mal anders gesagt: Hat man im Wege der Dienst- und Fachaufsicht da eine Umstrukturierung angeordnet, oder hat man dem BND-Präsident gesagt: „Du musst umstrukturieren“? Oder was ist da als Konsequenz - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Als Konsequenz hat es als Erstes nun das, was uns am augenscheinlichsten war im März 2015, nämlich dass der Informationsfluss weder bis zum Kanzleramt noch bis zur Amtsleitung gegangen ist - - Und als Sofortmaßnahmen hat es gegeben, dass dieser Informationsfluss sichergestellt werden muss, also auch innerhalb des Bundesnachrichtendienstes von unten nach oben, und dann gegenüber der Fach- und Dienstaufsicht. Das waren

Sofortmaßnahmen, die wir ergriffen haben, natürlich auch anderer Art, nämlich Selektoren, die eben kritisch waren, nicht mehr zu steuern und damit auch nicht der Erfassung zuzuführen. Letztlich hat der Präsident des Bundesnachrichtendienstes auch eine Organisationsuntersuchung durch einen Externen uns vorgeschlagen, und dem Vorschlag sind wir gefolgt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** War das nicht schon vorher mit der Organisationsuntersuchung durch einen Externen, dass Herr Schindler gesagt hat: „Wir holen uns eine Beratungsfirma rein“?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, Herr Schindler hat nach meiner Erinnerung das erst nach der Kenntnis - - und er hat die ja dann spätestens jedenfalls bei der nächsten Besprechung, nach dem Freitag, nämlich am Sonntag, als wir uns im Kanzleramt getroffen haben - - dort das im Vorfeld erfahren. Da hat es dann den Externen gegeben. Das war der Auftrag des Präsidenten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Dann zur Frage „Informationsfluss sicherstellen“: Was ist da wie angeordnet worden? Gab es da eine Verfügung, oder gab es da - - Was ist da konkret gemacht worden?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Es gab Weisungen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Es gab Weisungen des Kanzleramtes, dass erstens der Informationsfluss von unten innerhalb des Dienstes an die Amtsleitung sichergestellt wird, und zwar durch die Hierarchien, damit jeder hier mit einbezogen ist, und dass anschließend natürlich in diesen Fragen das Kanzleramt umfassend zu unterrichten ist. Und dann hat es natürlich eine Aufarbeitung gegeben, die bis heute stattfindet und die wir auch weiter machen müssen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wer hat diese Weisung erlassen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das waren meine Weisungen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Sind die schriftlich oder mündlich ergangen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** In der Regel erst mal mündlich und dann schriftlich nachgeholt worden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Können Sie ungefähr sagen, wann die schriftlich nachgeholt wurden, so ein grobes Zeit-

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das muss auch im - - Also, die ersten Weisungen unmittelbar an dem Sonntag, glaube ich - - gab diese Sofortmaßnahmen - - gab es einen Vorschlag des Präsidenten des BND für diese Sofortmaßnahmen. Die sind mündlich von mir mitgetragen worden und sind dann noch mal schriftlich wiederholt worden Anfang der Woche dann, wenn ich mich richtig erinnere. Und die Weisung, dass die Informationen in der gesamten TA in der Hierarchie nach oben bis zur Amtsleitung und zum Kanzleramt müssen, müssen dann auch Ende März schriftlich erfolgt sein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, was mich halt stutzig macht, ist, dass in einer Unterabteilung der Abteilung TA ganz sensible, wichtige Dinge eingesetzt werden - ob wir sie Selektoren nennen, Telekommunikationsmerkmale oder Suchbegriffe -, die ja auch, wenn man sie eigengewinnt, ein gewisser Schatz sind, weil man da auch was hat, was man möglicherweise mit Partnern auch tauschen kann und sagt: Mensch, wir haben da Telekommunikationsmerkmale des potenziellen Terroristen X oder Y. Das ist ja auch ein Pfund, also was im Bereich von SIGINT wirklich wichtig ist. Und da schafft es eine Unterabteilung, vor sich hinzuwurschteln, ich sage mal, besten Wissens und Gewissens, weil man vielleicht da einen Fortschritt erreichen wollte, keine Kooperationen gefährden wollte und, so wie ich es jetzt nach den Monaten dieses Untersuchungsausschusses verstehe, weil man wahrscheinlich auch so ein bisschen dachte: „Wir sind die Zukunft, und wir müssen das hinkriegen, weil es gewollt ist; da darf jetzt auch nichts schiefgehen, sonst stehen wir blöde da“, und hat so sensible Sachen einfach kaschiert, obwohl es ja gar nicht

notwendig gewesen wäre. Hätte man das unmittelbar angesprochen: Man hätte die Dinge ja vielleicht ausräumen können. - Das ist das eine. Man hat, wenn ich es mal positiv und gutwillig bewerte, unter den Teppich gekehrt, weil man weitermachen wollte mit etwas, was für das Amt wichtig war, ohne dass man es hätte unter den Teppich kehren müssen nach meiner Meinung.

Zum Zweiten erhebt sich bei mir der Eindruck, dass man auch im Know-how wirklich in der Entwicklungsphase war und, glaube ich, auch nicht sagen wollte, dass man bestimmte Sachen einfach monatelang nicht erkannt hatte. Das war einem vielleicht peinlich. - Das ist jetzt meine Bewertung. Wie wäre Ihre Bewertung? Weil irgendwie muss es sich ja erklären lassen, dass man in einer Unterabteilung so einen Bock geschossen hat, wer auch immer dafür verantwortlich ist - anscheinend ja, wenn man sieht, was Disziplinarverfahren betrifft, keiner.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, Herr Vorsitzender, ich glaube auch nicht, dass in der Abteilung die Absicht - - Also, ich bin natürlich nicht in der Diskussion der Abteilung dabei gewesen, sondern ich konnte es ebenso wie Sie nur retrograd betrachten aus dem, was ich in der Fach- und Dienstaufsicht in dieser Zeit gelernt habe. Ich gehe nicht davon aus, dass man in der Abteilung etwas unter den Teppich kehren wollte. Das ist übrigens auch ein Grund, mutmaßlich jetzt, dass man das auch in den Jours fixes nicht angesprochen hat, sondern man hat gedacht, dass man in vielen Bereichen APB-konform, also im Auftragsprofil der Bundesregierung, handelt. Dass hier andere Dinge eine Rolle spielen, wie der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, der mit gewahrt werden muss, das ist dort offensichtlich nicht mitbedacht worden. Und das ist auch ein Grund, warum eine der Weisungen von uns im Anschluss war, dass auch die juristische Kompetenz sich nicht nur beziehen kann innerhalb der Abteilung und sich nicht nur beziehen kann auf die Frage von G-10-Eingriffen, sondern eben auf ganz allgemeine Fragen, wie Subsidiaritätsprinzip, Grundsatz der Verhältnismäßigkeit: Wie ist der einzusetzen und zu berücksichtigen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich frage mich halt auch nicht nur mit Blick auf Grundrechtseingriffe - ich denke, da werden die anderen Fraktionen gleich noch nach fragen -, aber alleine von dem Blick her auf die Kompetenz: Wenn ich das mal richtig beurteile, hat man ja Suchbegriffe, Telekommunikationsmerkmale bzw. Selektoren gepflegt oder eben nicht gepflegt, in einem Topf gehabt wie Kraut und Rüben. Sorry, dass ich das jetzt so direkt sage. Da hätte ich mir gewünscht, wenn in einer Abteilungsleiterbesprechung oder in der Abteilungsbesprechung - nicht Abteilungsleiterbesprechung - mal angesprochen worden wäre: Unser Topf mit Selektoren - sei es der BND-eigene oder der zugelieferte -, der braucht Pflege; wir brauchen mehr Personal, wir brauchen mehr Know-how; das wird zu viel; wir kriegen es nicht mehr ordentlich gehandelt. - Weil das sehe ich jetzt aus meinem Blickwinkel als eine der Hauptproblematiken an, dass ich den Eindruck habe, dieser Topf an Suchbegriffen, der war nicht ordentlich gepflegt. Und da hätte man doch irgendwann mal rufen müssen und sagen - - Wenn meine Mitarbeiter in Arbeit untergehen, irgendwann sagen die: Sensburg, so geht es nicht weiter; das kriegen wir alles nicht mehr hin. - So, da hat aber sich anscheinend keiner gemeldet und hat gesagt: Unser Topf an Selektoren ist nicht mehr handelbar; wir wissen da gar nicht, was drin ist, weil wir jahrelang reingepackt haben, alle was reinstopft haben; das ist teilweise vielleicht alt oder nicht alt; wir wissen es nicht, weil keiner macht da mal eine Verifizierung. - So was hätte doch mal kommen müssen, oder nicht?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Gebe ich Ihnen recht, so was hätte kommen müssen, sollen. Aber in dem Fall ist das mit uns nicht diskutiert worden. Und der Bundesnachrichtendienst hat ja auch in der Zeit immer wieder gesagt, dass ein erklecklicher Teil dessen, was er an den Berichtserstattungen für die Bundesregierung herstellt, aus SIGINT-Informationen besteht, nicht nur aus G-10-Maßnahmen, also im Speziellen in der Rechtsgrundlage des G-10-Gesetzes, sondern eben auch auf der Grundlage der sogenannten Routine. Und der Dienst hat hier in dem Zusammenhang auch nie gesagt: Und da haben wir folgendes Problem ... Zum Beispiel: Wir haben zu

wenig Techniker, wir haben zu wenig Software, wir können im Tausch mit anderen Partnern uns hier nicht darstellen. - Das ist nicht erfolgt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Würden Sie denn sagen, das wäre etwas, was man langsam mal dringend anpacken muss, oder ist es vielleicht schon angepackt worden im BND?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, erstens ist es im BND angepackt worden. Und zweitens ist das auch jetzt eine aktuelle Aufgabe der Fach- und Dienstaufsicht, sich darum zu bemühen. Und da ist ja auch einer der Punkte, die Sie vorhin angesprochen haben, nämlich das technische Know-how auch innerhalb der Fach- und Dienstaufsicht zur Verfügung zu stellen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Weil das ist unterm Strich ja dann auch eine Aufgabe des Deutschen Bundestages, entsprechende Mittel und Möglichkeiten zu gewähren. Und, ich sage mal, wenn man schon so etwas macht, was hochsensibel ist, was Grundrechtseingriffe darstellen kann, was auch in die Rechte von Nichtdeutschen eingreift: Das kann man ja gegebenenfalls rechtfertigen; man müsste es dann nur auch sorgfältig handeln können, und da erscheint mir als Hauptproblem, dass das sorgfältige Handeln in der Masse der Telekommunikationsmerkmale schwerfällt - wenn ich so rekapituliere, was wir sehen konnten, das PKGr noch intensiver sehen konnte. Dann fällt mir schwer, zu glauben, da kann sorgsam und sorgfältig mit umgegangen werden, bis hin in die Gewährleistung des G-10-Schutzes.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, was den G-10-Schutz angeht, hat es damals, habe ich schon einleitend erwähnt, ja eine Diskussion gegeben, wie der gewährleistet werden kann. Und das hat letztlich - das weiß der Ausschuss ja auch - bei einem Projekt dann dazu geführt, dass dieses Projekt nicht mehr weitergeführt worden ist, weil eben die Frage der Herstellung des G-10-Schutzes mit den damaligen Mitteln technisch nicht vollständig zu beheben war, sondern das auch händisch durchgeführt werden musste. Das bedarf natürlich eines gewissen Zeitraumes, und das hat



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dann letztlich zu der Entscheidung geführt, dieses Projekt nicht mehr weiterzuführen.

Im Übrigen - da gebe ich Ihnen vollkommen recht - sind das Dinge, die die Fach- und Dienstaufsicht auch aufgegriffen hat, nachdem das im März 2015 bekannt geworden ist, und die wir auch mit einer besonderen Art von Qualitätssicherung künftig beheben wollen, behoben haben, und das Ganze weiter gerechtfertigt auch durch eine neue Rechtsgrundlage durch das BND-Gesetz - hier gab es ja auch eine politische Diskussion; die Bundesregierung hat hier immer gesagt, dass sie von einer rechtlichen Klarstellung ausgeht, dass also auch die allgemeine Befugnisnorm des § 1 Absatz 2 Satz 1 des BND-Gesetzes als Rechtsgrundlage reicht - - dass wir aber auch vor dem Hintergrund von gerichtlichen Verfahren hier eine deutliche Klarstellung hinsichtlich der Routine brauchen. Und das hat die Bundesregierung mit veranlasst, auch durch die Diskussion in diesem Ausschuss.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Zu diesem Themenkomplex vielleicht abschließend: Wenn man das jetzt so mal als Status quo nimmt - und Sie hatten es, glaube ich, schon angedeutet -, dann macht es schon Sinn, Engagement da reinzusetzen beim BND auch mit ausreichend Personal, diesen Bereich der Selektoren doch wieder klar aufzustellen, wenn ich das richtig sehe. Und das könnte ja auch ein Asset sein gegenüber anderen Nachrichtendiensten. Ich habe den Eindruck, dass die NSA beispielsweise sich diese Mühe nicht macht, ihre Suchbegriffe ordentlich zu pflegen: Was im Topf ist, ist im Topf; wenn es einen Treffer gibt, kann man ja gucken, ob er noch gut ist; Hauptsache, einen Treffer mehr als einen zu wenig. - Jeder kann das ja machen, wie er meint. Wenn man einen Nachrichtendienst hätte, der da sehr sorgsam mit den Suchbegriffen umgeht und vielleicht auch erklären kann - - nicht jeder Suchbegriff ist ja erklärbar, wo er herkommt, insbesondere nicht, wenn er von einem Dritten zugeliefert wird - - aber bezüglich der eigenen im Einsatz befindlichen ein hohes Engagement daranzusetzen, dass man weiß, was man im Köcher hat. Ich glaube, das wäre ein Asset auch gegenüber Partnerdiensten, dass die sehen: „Da

wird aber mit einem hohen Know-how gearbeitet“, wenn man schon nicht jedes technische Detail selber entwickeln kann, weil da auch die finanziellen Mittel zu fehlen; aber da, was man dann drinhat, also gegenlaufen lässt. Wenn da der Bundesnachrichtendienst besonders penibel wäre im Gegenteil zur vorherigen Praxis, wäre das, glaube ich, etwas Positives. So ist mein Eindruck.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Da gebe ich Ihnen vollständig recht. Und das ist ja auch etwas, was in der Diskussion im europäischen Rahmen mit den Partnerdiensten durchgeführt wird, nämlich zu erläutern, was wir mit der neuen Rechtsgrundlage des BND-Gesetzes, mit dem besonderen Schutz, den es ja hier auch für EU-Bürger, Einrichtungen der EU und der Regierungen des Mitgliedsstaaten der EU gibt - - dass das hier eine Sichtweise ist, die es nach meiner Kenntnis im Bereich der anderen Dienste, Partnerdienste so nicht gibt. Diese Diskussion führen wir; die führen wir als Fach- und Dienstaufsicht auf der Ebene mit den Partnern; die führt aber auch der Bundesnachrichtendienst.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut, das so weit erst mal von mir zu den Selektoren. - Ich komme zu einem zweiten Thema, was wir vielleicht schnell machen können: das Thema No-Spy-Abkommen. Es ist ja schon immer wieder auch in diesem Untersuchungsausschuss angesprochen worden, medial angesprochen. Es besteht die These, das wäre alles nur ein Scheingefecht gewesen, eine Nebelkerze für den Wahlkampf; so etwas hätte es nie gegeben: Gespräche über ein No-Spy-Abkommen, ernsthafte Gespräche.

Auf der anderen Seite wird sehr differenziert gesagt: Doch, die gab es, die gab es einmal auf der Nachrichtendienstebene, auf der politischen Ebene, die wären auch geführt worden, und auf Nachrichtendienstebene wäre da sogar etwas bei rausgekommen, was auch immer - dazu werde ich gleich noch mal fragen, was das hätte sein können -, aber auf politischer Ebene wäre es dann eingebremst und abgehakt worden. - Wie bewerten Sie die Diskussion damals, im Sommer



## Nur zur dienstlichen Verwendung

2013, Herbst 2013 bis Anfang 2014, als unser jetziger Bundespräsident und damaliger Außenminister ja noch in den USA war, auch ein Presseinterview gegeben hat? Wie war das mit diesem No-Spy-Abkommen: Nebelkerze oder Versuch, der dann doch nicht zustande kam?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Zunächst einmal gestatten Sie mir, noch mal darauf hinzuweisen - das habe ich auch bei meiner letzten Einvernahme gemacht -, dass ich den Begriff „No Spy“ für verfehlt halte. Es gibt sicher die Möglichkeit - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wer hat den denn gebracht? Wo kam der denn her?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Der ist - - Ich weiß nicht, wer zuerst war: die Medien oder im Anschluss an die Diskussion an eine der PKGr-Sondersitzungen, die im Juli/August 2013 stattgefunden haben - - Aber letztlich spielt das nicht die entscheidende Rolle. Nur, aus meiner Sicht ist es wichtig, dass man die Frage des Abkommens hier sieht.

Und ich habe es schon in der letzten Einvernahme gesagt: Aus meiner Sicht hat es Bestrebungen für ein solches Abkommen tatsächlich gegeben, und zwar nicht von unserer Seite; sondern den Anlass dafür haben unsere Gesprächspartner in den Vereinigten Staaten gesetzt. Das kann ich deswegen sagen, weil Sie ja sicher aus den Akten auch wissen, ohne dass ich das jetzt in der offenen Sitzung verbreitern muss, dass ich Anfang August eine Delegation geleitet habe, die nach Washington gereist ist und die dort mit den Verantwortlichen in der NSA und beim Director of National Intelligence gesprochen hat, und dort ist uns das so vermittelt worden.

Wir sind nach Hause gekommen und haben diese Information, die wir gehabt haben, hier an die politische Spitze gegeben. Und dann sind nach meiner Kenntnis - Sie wissen ja, ich war damals nicht im Kanzleramt, sondern war Innenstaatssekretär im Bundesministerium des Innern - quasi auf zwei Schienen Verhandlungen darüber weitergeführt worden. Die eine Schiene war die

nachrichtendienstliche Schiene, die die Diskussion zu so einem Abkommen unter Nachrichtendiensten geführt hat, und die andere Schiene war die politische, nämlich eine politische Erklärung in dem Sinn zu bekommen. Wenn ich das verfolgt habe - - Ich habe noch im Januar am ersten oder zweiten Tag meiner neuen Tätigkeit, nämlich im Januar 2014, als Staatssekretär mit der Verantwortlichen im Weißen Haus telefoniert, und damals ist das in diesem Telefonat nach meiner Erinnerung nicht rundweg abgelehnt worden. Also, zu dem Zeitpunkt, Januar, bin ich auch noch davon ausgegangen, dass ein solches Abkommen möglich erscheint. Im Laufe des Frühjahrs hat es sich dann gezeigt, dass es ein solches Abkommen nicht geben wird. Aus meiner Sicht ist das eine politische Entscheidung aufseiten unseres Partners gewesen. Wenn ich mich zurückerinnere: Anfang August - wir hatten ja mit der Diensteebene dort gesprochen - hat die Diensteebene gesagt, dass sie sich so etwas vorstellen kann, dass das aber natürlich unter einem politischen Vorbehalt steht. Und auf dieser Ebene ist dann weiterdiskutiert worden, auch über die Wahl hinaus bis eben ins Frühjahr 2014.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt wird immer wieder gesagt: So ein No-Spy-Abkommen - oder wie man es auch immer nennt -, das gibt es in keinem einzigen Fall; das haben die USA noch nie abgeschlossen. Wer kann denn glauben, dass das 2013/2014 mit Deutschland abgeschlossen worden wäre? Das glaubt doch keiner. - Was könnte die Amerikaner denn bewogen haben damals, doch so etwas zum ersten Mal zu machen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, ich kenne ja auch aus der öffentlichen Diskussion zwei Argumente. Zum einen: Das macht sowieso nie einer. Und dann das weitere Argument: Wenn wir das mit den Deutschen abschließen würden, dann wären wir quasi gezwungen, das mit Chinesen oder Russen auch abzuschließen. - Das halte ich für, offen gesagt, einen Blödsinn; denn man hat natürlich Partner, mit denen man enger zusammenarbeitet, und dann hat man nicht nach dem Gleichheitsgrundsatz die Verpflichtung, mit anderen Partnern ebenfalls, weil man einmal ein Abkommen abgeschlossen hat, ein weiteres Abkommen abzuschließen. Das war die Diskussion.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und wenn Sie mir noch mal helfen: Die Frage zu dem zweiten Punkt - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Im Endeffekt, warum die Amerikaner im Herbst - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ach so, ja. - Ja, ich gehe mal davon aus, dass vor dem Hintergrund der Diskussion, die in Deutschland ja öffentlich geführt worden ist, die auch nach den Sondersitzungen des PKGr im Gegensatz zu dem sonstigen Verhalten nach PKGr-Sitzungen öffentlich kommentiert worden ist, sowohl von Regierungsseite als auch von der Seite des Parlaments - - aus Sicht der Dienste gesagt hat: In dem Fall ist es wichtig, dass wir hier ein entsprechendes Abkommen vorschlagen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Waren die Amerikaner denn eigentlich in der Zeit total entspannt drauf, so im Sinne von: „Wir haben alles richtig gemacht, was regt sich der Rest der Welt auf?“?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, bei meinem Gespräch - gerade das Gespräch Anfang August - hat sich ganz deutlich gezeigt, dass die Amerikaner uns vermitteln wollten, dass sie das nicht gegen Deutschland explizit durchführen, und bei diesen Gesprächen waren meine Gesprächspartner auf der amerikanischen Seite nicht entspannt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Insbesondere: Wir gucken immer so entspannt, weil die Amerikaner - böß, böß - uns abgehört haben. Jetzt sage ich mal ganz locker: Ja, so ist das halt unter Nachrichtendiensten. - Waren die vielleicht aus anderen Gründen unentspannt? Ich sage mal: Die waren die Deppen der Welt. Sie haben Datensätze in gigantischem Umfang mit Edward Snowden nach China und dann nach Russland gehen lassen. Also, blöder kann sich ein Nachrichtendienst nach meiner Meinung nicht anstellen. Bei uns hat mal das ZNBw ein paar Disketten verloren und ist danach aufgelöst worden, weil man so trampelig war. Also, die Amerikaner haben sich einen Bock geschossen; jeder Nachrichtendienst würde sagen: Oh mein Gott, kann man mit denen überhaupt noch zusammenarbeiten? - War

nicht da so ein gewisses Feeling an Peinlichkeit bei denen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, ich kann das nicht beurteilen. Das mag ein Grund gewesen sein. Bei den Gesprächen, die wir geführt haben, ist natürlich nicht zur Motivation, warum das Angebot kommt, mit uns gesprochen worden; denn unterstellt, Sie haben recht und es ist ihnen peinlich, dann werden sie mit den Vertretern der Bundesrepublik Deutschland nicht auf der Ebene reden, sondern sagen: Wie können wir etwa verlorengegangenes Vertrauen für die Zukunft wiederherstellen? Und deswegen bieten wir unter anderem ein solches Abkommen an.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber wenn man mal sieht, wie viele Standorte denn die USA weltweit haben, wenn man sich mal so einen Atlas anguckt, dann sind relativ viele in der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesrepublik Deutschland ist, glaube ich, kein unwesentlicher Standort für die Amerikaner. Es ist ja nicht nur so, dass wir der kleine Partner wären, der keine Rolle spielt und kein Mitspracherecht hat, sondern ich glaube, dass die Bundesrepublik Deutschland sehr wichtig ist für die Amerikaner - zumindest zurzeit. Es ist nur mein Eindruck; korrigieren Sie mich, wenn ich da völlig falsch liege. Ich glaube, dass man in so einer Phase, wo man auf Nachrichtendienstebene, nicht auf politischer Ebene - ich glaube, da lief die Diskussion eher in die Richtung „So was geht ja gar nicht“ -, aber auf Nachrichtendienstebene schon peinlich berührt war, dass einem so was passiert, wo man doch eigentlich so ein großes Know-how hat. Und ich könnte mir vorstellen, dass das eine Motivation mit war, zum ersten Mal vielleicht, etwas einzugestehen, um wieder Vertrauen aufzubauen. Das war meine Interpretation; aber korrigieren Sie mich, wenn ich da in eine völlig falsche Richtung gehe. Vielleicht waren die auch gar nicht peinlich drauf, vielleicht haben die gesagt: So what?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, *den* Eindruck hatte ich wieder nicht. Das habe ich versucht vorhin darzustellen. Es ist nicht gewesen, von oben herab, zu sagen: Regt euch nicht auf, ihr Deutschen, das machen alle Dienste. - Also in dem Tenor ist das Gespräch nicht geführt worden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und Ihre Vermutung kann ich weder bestätigen noch widerlegen. Das mag ein Motiv gewesen sein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Gut, letzten Endes Anfang 2014, wie ist denn die Diskussion beendet worden über No Spy. Können Sie sich da noch dran erinnern?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also letztlich in der öffentlichen Diskussion durch eine Erklärung von Herrn Seibert, glaube ich, dass man hier, soweit ich mich erinnere, nicht mehr davon ausgeht, dass es zu einer politischen Erklärung, zu einem politischen Abkommen hier kommt. Das war ein Zeitraum, ich glaube, im März/April des Jahres 2014. Ich war selbst in Person nur einbezogen das letzte Mal in dieser Frage mit dem Telefonat Mitte Januar 2014, das ich mit meiner Kollegin im Weißen Haus geführt habe.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Was sagte die da im Januar 2014?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Die hat es nicht vollständig ausgeschlossen, dass es zu einer politischen Erklärung kommt und zu einem Abkommen auf Diensteebene.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, gut. - Drittes Thema: Kanzlerinnenhandy. Als die News kam, die NSA spioniert direkt das Handy der Bundeskanzlerin aus, was hat das bewirkt im Kanzleramt?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Gut, das habe ich damals nur am Rande miterlebt, weil ich der Innenstaatssekretär war. Aber Sie haben ja aus Unterlagen, die Ihnen vorliegen, gesehen, dass ich zu vielen Besprechungen im Kanzleramt war schon vor dem Hinweis auf das Kanzlerinnenhandy durch die deutschen Medien. Vor dem Kanzlerinnenhandy ging es um die Frage, die eben im Wesentlichen auch bei meinem Besuch in Washington eine Rolle gespielt hat.

Nach der Meldung, dass das Kanzlerinnenhandy abgehört worden sein soll, hat es natürlich auch die Frage gegeben: Was ist hier in Deutschland zu

veranlassen? Ich als Innenstaatssekretär war damals zuständig für das Bundesamt für Verfassungsschutz als Spionageabwehrbehörde. Hier ist auch noch mal die Verfestigung des Gedankens gekommen, dass die Spionageabwehr insoweit, also der sogenannte 360-Grad-Blick, der ja auch in den Medien eine Rolle spielt - - dass das verfestigt werden muss. Das hat ja dann auch im Anschluss das BfV gemacht.

Und was die Diskussion angeht: Zu dem Kanzlerinnenhandy war ich sicher bei Besprechungen dabei, wo dann darüber gesprochen worden ist: „Wie haben wir die Information bekommen? Was können wir an eigenem Know-how zu dieser Behauptung“ - und das ist ja eine Behauptung gewesen; bewiesen ist es ja nicht - - „Was können die Dienste dazu beitragen?“, und da hat nach meiner Erinnerung auch der Bundesnachrichtendienst in einer Stellungnahme - aber da war ich ja damals nicht für zuständig - erklärt, dass es plausibel erscheint.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das wäre nämlich meine Frage gewesen. Zu 100 Prozent beweisen wird man es nicht, außer man hat jemanden von einem Dienst, der sagt: Ich habe es gemacht, ich habe am Rechner gesessen und die Leitungen geschaltet. - Aber die Plausibilität war da, und so arbeiten ja Nachrichtendienste: mit Plausibilitäten. - Und wer war es, plausibel?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, die Behauptung war, dass es die NSA gewesen sei. Und die NSA ist ein SIGINT-Nachrichtendienst, und sie hat die technische Möglichkeit. Einen Beweis gab es nicht, und von daher ist es eine durchaus plausible Überlegung gewesen, die damals ja in den Medien eine große Rolle gespielt hat, auch die Behauptung, dass es die NSA gewesen ist.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also es war nicht der BND selber, der für die NSA die Kanzlerin abgehört hat, was ja auch schon mal als These durch den Raum geisterte: Ups, man wusste gar nicht, dass man die Kanzlerin abhörte, und gibt ja alle Daten an die NSA weiter. - Das ist nicht plausibel, oder ist das auch plausibel?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das ist nicht plausibel, weil der Bundesnachrichtendienst ein Auslandsnachrichtendienst ist, der für die Bundesrepublik Deutschland arbeitet, und deswegen ist das nicht plausibel.

Im Übrigen: Nach allem, was wir auch innerhalb des BND natürlich vor dem Hintergrund geprüft haben, gibt es - und das möchte ich hier ganz deutlich sagen - selbstverständlich keinen Hinweis, dass der BND in irgendeiner Weise hier einbezogen sein könnte.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann war eine These: Der Bundesnachrichtendienst schöpft hier Millionen und Abermillionen Datensätze deutscher Bürgerinnen und Bürger ab und leitet sie an die NSA weiter, 580 Millionen; diese Zahl geisterte durch die Gegend. Könnte da die Kanzlerin nicht drunter gewesen sein?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Na ja, das ist ja, wie sich herausgestellt hat und wie, glaube ich, auch dieser Ausschuss ja dankenswerterweise mit erarbeitet hat, falsch gewesen. Was mich in dem Zusammenhang ärgert, ist, dass so lange diese falsche Meldung in den Medien geistern konnte; denn es handelte sich ja wohl im Zusammenhang mit Bad Aibling - - Und dort sind spezielle Einsatzgebiete, die auch die Bundeswehr betreffen und deutsche Bundeswehrsoldaten betreffen, betroffen, und das sind keine Daten von Deutschen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, also da war die Kanzlerin auch nicht drunter. Trotzdem hat die Bundeskanzlerin mit dem amerikanischen Präsidenten Obama gesprochen und auch dieses Thema angeschnitten. Wissen Sie etwas von diesem Gespräch?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nur das, was mir durch Aktenstudium bekannt ist und was auch öffentlich bekannt geworden ist. Wie gesagt, ich war damals Innenstaatssekretär. Natürlich ist es dann so, dass die Kanzlerin - gehe ich mal davon aus - selbstverständlich mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten sprechen muss, wenn die Behauptung in den Medien ist, dass es durch die Vereinigten Staaten gesteuert worden ist.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wissen Sie, ob der amerikanische Präsident das zugegeben hat?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das weiß ich definitiv nicht; aber ich kann mir es nicht vorstellen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich mir eigentlich auch nicht; aber man weiß es ja nicht. - In dem Gespräch ist auch ein weiteres Thema angeschnitten worden, nämlich der Standort Ramstein für die Steuerung von Drohnen, insbesondere von Kampfdrohnen. Ist Ihnen zu dem Themenkomplex etwas bekannt?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich meine, die Diskussion zu Ramstein gibt es ja schon länger, und ich denke, dass auch ein Zeuge hier in diesem Ausschuss eine Rolle gespielt hat. Ich sage das jetzt mal ohne Anerkennung einer Rechtspflicht, weil ich der Meinung bin, dass Ramstein nach dem, was wir wissen, jedenfalls nicht untersuchungsgegenständlich für diesen Untersuchungsausschuss ist, weil es ja um die Frage hier geht, ob von Deutschland aus oder mithilfe Deutschlands etwas gesteuert oder veranlasst wurde. Das sehe ich nicht so. Die neueste Meldung, die ich aus den Medien kenne, war ja - und auch wohl in einer Fragestunde im Deutschen Bundestag hat es der Vertreter des Auswärtigen Amtes gesagt, offen gesagt -, dass die Vereinigten Staaten gesagt haben, dass es keine Steuerung auf deutschem Boden, auch nicht in Ramstein gibt, dass Ramstein allerdings eine von vielen Relaisstationen, sage ich jetzt mal, ist, und es kann sein, dass unter Umständen Steuerungsimpulse über Ramstein laufen. Aber das sehe ich nicht als ein Steuern oder Veranlassen von deutschem Boden aus.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, so weit stimmte ich dem zu, weil auch der Zeuge Brandon Bryant ja hier gesagt hat, es wird nicht aus Ramstein gesteuert, sondern über Ramstein. Er hätte dann angerufen, selber anrufen hätte er nicht können; da wäre extra einer gekommen, der die Nummer gewählt hätte. Irgendwann hat er gesagt: „Wir haben auch mal auf Wiederwahl gedrückt“, wie man sich das alles auch immer vor-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

stellen muss. Also Relaisstation. Ist das nicht genauso traurig, wenn man sagt: „Über eine Relaisstation werden da Kampfdrohnen gesteuert, die irgendwelche Leute töten“?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Herr Vorsitzender, dass in einem bewaffneten Konflikt Leute zu Tode kommen können, ist leider eine Folge eines bewaffneten Konfliktes. Und da macht für mich, muss ich ehrlich sagen, auch weniger die Unterscheidung, ob das ein Special Team ist oder ob eine Drohne, die letztlich dazu führt, oder ein Flugzeug oder ein sonstiges Kriegsgerät, wie Panzer und Artillerie.

Und im Übrigen möchte ich auch noch mal darauf hinweisen: Ich habe ja das auch gehört und die Diskussion in den Medien verfolgt: Drohneneinsätze, zum Beispiel in den Tribal Areas. Und da kann ich mich wirklich sehr gut erinnern, weil in der Zeit, in der vorletzten Legislaturperiode, in dem dafür vorgesehenen Gremium, Geheim tagenden Gremium darüber des Öfteren diskutiert worden ist. Drohneneinsätze an sich werden ja auch nach dem Völkerstrafrecht und nach dem Völkerrecht bewertet und sind nicht generell unzulässig und nicht durchführbar, sondern es gibt eine Diskussion. Und die Vereinigten Staaten - das wissen wir ja alle - sagen, dass sie einen Krieg gegen den Terrorismus führen, und zwar losgelöst von den einzelnen Einsätzen wie ISAF oder sonstigen Einsätzen, die wir jetzt auch in Mali zum Beispiel führen, sondern sie führen diesen Krieg gegen den Terrorismus. Und da gibt es ja auch eine ganz heftige Diskussion, ob die VN-Charta hier ein sogenanntes Selbstverteidigungsrecht auch generiert. Also, von daher ist es nicht so, dass wir ganz grundsätzlich davon ausgehen können, dass Drohnenangriffe an sich völkerrechtswidrig oder völkerstrafrechtswidrig sind.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Seit wann weiß die Bundesregierung denn, dass Ramstein als sogenannte Relaisstation genutzt werden kann, wie einige andere Standorte übrigens auch? Das liegt halt wohl an der Erdkrümmung, wenn ich das richtig verstanden habe.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So habe ich es auch verstanden. Aber nach meiner Kenntnis jetzt mit dem Hinweis auf die Relaisstation: aus meiner Erinnerung, meiner Kenntnis, weil ich da nicht direkt mit einbezogen bin, jetzt durch die neuesten Aussagen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Also, ich hätte jetzt nichts dramatisch gefunden, wenn man das wusste nach Ihrer rechtlichen und völkerrechtlichen Einordnung. Nur Nichtwissen finde ich immer schade. Lieber weiß ich was und habe eine klare Position dazu, als wenn ich sage: Ich weiß es nicht.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, gut, aber das ist tatsächlich eine Angelegenheit, die eben nicht im Ressort Innenministerium - und die Diskussion war ja damals, als ich im Innenministerium war - eine Rolle gespielt hat.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Gut. Ich würde es in der ersten Runde damit erst mal mit meinen Fragen bewenden lassen und später noch mal zu anderen Themenkomplexen einsteigen. - Dann kämen wir jetzt zu den Fragen der Fraktionen. Es beginnt die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner. - Danke schön.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Fritsche, können Sie uns eigentlich darüber aufklären, warum Herr Schindler entlassen wurde? Das konnte er uns nämlich nicht sagen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Frau Abgeordnete, Herr Schindler ist politischer Beamter, so wie ich auch, und wie Sie wissen, hat das Beamtenrecht eine besondere Regelung hier vorgesehen: dass nämlich ein politischer Beamter ohne Angabe von Gründen aus seinem Amt entlassen werden kann, während andererseits ein politischer Beamter auch ohne Angabe von Gründen in seinem Amt belassen werden kann.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also es gab keine Gründe?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das ist das, was ich Ihnen dazu sagen kann. Herr Schindler ist ohne



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Angabe von Gründen in den Ruhestand geschickt worden.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber gab es Gründe? Oder wurden sie nur nicht angegeben?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Frau Abgeordnete, es ist bei politischen Beamten üblich, dass hier eine andere Äußerung nicht erfolgt. Ich kann mich an einen Fall aus der jüngeren Vergangenheit erinnern, wo es Begründungen gegeben hat, die dann auch zu personellen Schwierigkeiten auch in der politischen Spitze geführt haben. Und deswegen sage ich noch mal: Es ist wohl angeraten, dass man sich an das Beamtenrecht hält, und hier heißt es, dass politische Beamte ohne Angabe von Gründen in den Ruhestand geschickt werden können.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Haben wir Aussicht darauf, dass Herr Altmaier oder Frau Merkel uns sagen können, welche Gründe es gab?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das müssen Sie die beiden Zeugen fragen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Werden wir tun. - Ich will auf die BND-Selektorenproblematik zu sprechen kommen und nicht danach fragen, ob Sie den Begriff Selektor kannten oder Suchbegriffe oder TKM oder Sonstiges, sondern ich würde Sie gerne fragen, ob Sie vor dem 13.03.2015 wussten, dass europäische Ziele, wie Regierungseinrichtungen in Partnerstaaten, Botschaften, internationale Einrichtungen, EU-Kommission und Ähnliches mehr, gesteuert werden durch den BND.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Dass in der Routine des Bundesnachrichtendienstes die von Ihnen genannten Ziele gesteuert werden sollten: Wenn Sie so etwas unterstellen, dann kann ich hier in offener Sitzung nur sagen: Vorher wusste ich davon nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das heißt, es gab auch nie eine Meldung, einen Treffer, irgendeine Unterlage, die dem Bundeskanzleramt zugegangen ist, aus der man hätte schlussfolgern können, dass diese Ziele erfasst werden?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So ist es.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das verwundert uns, weil uns hat hier der Bundesnachrichtendienst immer so eine Geschäftsphilosophie vorgeführt, dass man nur Produkte für den Kunden erstellt und gar nicht im Eigeninteresse handelt. Wenn aber der Kunde, Sie, das Bundeskanzleramt, nie so ein Produkt bekommen haben, also wo dann mal zu sehen war, das französische Außenministerium wird gesteuert oder ein Minister oder ein Parlament oder Ähnliches, an wen sind denn die Produkte dann gegangen aus diesen Erfassungen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Frau Abgeordnete Renner, Produkte des Bundesnachrichtendienstes, die er nach draußen gibt, und zwar nicht nur ans Kanzleramt, sondern an die Ressorts der Bundesregierung, sind sogenannte Finished Intelligence.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, hier wird darüber berichtet, welche Kenntnisse man hat im Hinblick darauf, was die Bundesregierung im Aufgabenprofil dem Bundesnachrichtendienst aufgegeben hat. Daraus ist nicht zu erkennen, woher, aus welcher Quelle diese Informationen stammen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na ja, gut. Aber wenn man eine Information dann bekommt und die betrifft zum Beispiel Frau Clinton oder Herrn Kerry oder Herrn Netanjahu oder - ich überlege so einiges -, dann fragt man doch: Ist das - - Fragt man da nicht: Ist das jetzt HUMINT, SIGINT? Ist das okay? Also, ist egal?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein, wenn es keinen weiteren Hinweis gibt, dass man fragen sollte, fragt man nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ab welchem Punkt würde man fragen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das kommt, Frau Abgeordnete Renner, auf den Einzelfall an. Hypothetisch kann ich darauf nicht antworten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, aber zum Beispiel: Würde man Fragebedarf sehen, wenn man eine Finished Intelligence bekommt, die ein befreundetes Parlament betrifft?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, erstens kann ich mich nicht erinnern, dass in dem Zusammenhang ich jemals so eine Finished Intelligence gesehen habe, wo Sie dann unterstellen, dass man da nachfragen sollte; sondern es wird ja immer vom Bundesnachrichtendienst im Hinblick auf die Ziele, die die Bundesregierung ihm vorgegeben hat - - Und nehmen wir an, es geht um ein Land; dann wird eben zu diesem Land berichtet, wenn es denn zulässigerweise im APB steht - davon gehe ich aus -; dann wird zu diesem Land berichtet und nicht zu einem Parlament eines befreundeten Staates, um es mal so zu sagen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Kennen Sie eigentlich die Weisung aus dem Bundeskanzleramt aus dem 2008 bezogen auf die ITO-Aufklärung, die ausschließt, bestimmte Ziele zu steuern und - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Definitiv ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Die kennen Sie.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Definitiv ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und gab es in dem Zusammenhang Überlegungen, dass, wenn dies für die ITO-Steuerung gilt, man möglicherweise auch darüber nachdenken muss, die BND-Selektoren hinsichtlich jetzt der Routineerfassung anzupassen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, wenn ich mich richtig erinnere, hat der ITO-Ansatz - das ist ja eine andere technische Maßnahme, die ja auch nicht in dem Bereich hier eine Rolle spielt, weil sie mit SIGINT nichts zu tun hat - - war ja ein ganz anderer. Nach meiner Erinnerung gab es eine zufällige, unbeabsichtigte Aufklärung in einem Bereich, den die Fach- und Dienstaufsicht nicht für zulässig hielt. Das hat sich, wie die ITO-Maßnahme - - Das ist ja damals öffentlich rauf- und runterdiskutiert worden hinsichtlich Afghanistan und einer deutschen Journalistin, die dort jedenfalls bei den Maßnahmen eine Rolle gespielt

hat. In dem Zusammenhang hat man sich mit den Fällen beschäftigt und hat dann festgestellt, dass eben von einer supranationalen Organisation hier jemand zufälligerweise und nicht als Ziel in die Aufklärung gekommen ist. Deswegen, kann ich mich noch gut erinnern, ist damals gesagt worden, es sollten supranationale Organisationen - also unterstellen wir mal: die EU oder die VN - nicht in die - - sollten automatisiert möglichst ausgefiltert werden. Und daraufhin gab es eine Nachfrage, eine Verständnisfrage des Bundesnachrichtendienstes, wie denn das zu verstehen ist; denn das würde ja bedeuten, wenn man das generell untersagt, dass künftig das auf alle Beschaffungsmethoden des Bundesnachrichtendienstes eine Auswirkung hat, also nicht nur im ITO-Bereich, sondern eben auch im SIGINT-Bereich und im HUMINT-Bereich. Und der BND hat damals geschrieben, wie er es versteht. Wir haben keinen Anlass gesehen, an dem zu zweifeln.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dazu Herr Wolff.

**MR Philipp Wolff (BK):** Ich bitte, dass wir die Details dann in eingestufter Sitzung behandeln, weil wir noch - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein, wir sind ja noch im Allgemeinen.

**MR Philipp Wolff (BK):** Wie bitte?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das ist nur ganz allgemein gefragt.

**MR Philipp Wolff (BK):** Richtig. Ich wollte nur noch mal darauf hinweisen, dass da Dokumente - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. - Was ich eben nicht so verstehe, ist, wenn man sagt, im ITO-Bereich sieht man rechtliche Probleme, wenn man supranationale Einrichtungen steuert, wieso man dann sagt, im SIGINT-Bereich ist das okay.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Weil wir in dem Zusammenhang auch dann diskutiert haben, ob



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wir eine Dienstvorschrift in dem Bereich machen sollten.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Genau.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Wenn ich mich richtig erinnere, ist dabei auch gefragt worden, ob im Bereich SIGINT eine Dienstvorschrift notwendig ist, und das haben wir mit dem BND besprochen und sind zu dem Ergebnis gekommen: Nein.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Weil es dort eine andere rechtliche Grundlage gibt?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich weiß nicht, wie weit der Text jetzt eingestuft ist; aber ich könnte, glaube ich, ganz allgemein sagen, dass dort vom BND gesagt worden ist: Ähnliche Probleme oder Pannen, wie sie im Bereich ITO existieren, können im SIGINT-Bereich nicht auftreten.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Hat sich ja dann als Fehleinschätzung rausgestellt.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das ist leider so.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Für diese Fehleinschätzung, trägt da jemand die Verantwortung?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, da gilt eigentlich das, was ich vorhin auf die Fragen vom Herrn Vorsitzenden schon gesagt habe, -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja, habe ich vermutet.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - nämlich dass wir die Verpflichtung haben als Fach- und Dienstaufsicht, dafür Sorge zu tragen, dass das nicht mehr vorkommt und dass wir durch Strukturen im Bundesnachrichtendienst das verstärken müssen, dass es auch innerhalb des Dienstes rechtlich richtig abläuft.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt müssten wir -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Wir wechseln, okay.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - wieder wechseln. - Wir kommen in der ersten Runde zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek beginnt.

**Christian Flisek** (SPD): Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Staatssekretär Fritsche, guten Morgen! - Ich würde erst einmal eine Frage an Sie richten wollen in Bezug auf das Amt und die Funktion, die Sie seit Januar 2014 im Bundeskanzleramt wahrnehmen. Das ist ja eine neue Stelle gewesen, die geschaffen worden ist ein halbes Jahr nach den Snowden-Veröffentlichungen, nach den Bundestagswahlen und nach einer absehbaren Konstituierung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Wer ist denn auf die Idee gekommen, so was zu schaffen, also sozusagen neben Kanzlerin, Chef des Bundeskanzleramtes und Abteilungsleiter 6 jetzt zusätzlich einen Staatssekretär hinzusetzen, der die Koordinierung der Geheimdienste zu übernehmen hat?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, dazu müssten Sie diejenigen fragen, die die Entscheidung getroffen haben.

**Christian Flisek** (SPD): Hat man da nicht mit Ihnen drüber gesprochen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Über die Gründe nicht, sondern man hat mich gefragt, ob ich diese Position übernehmen möchte, und ich habe gesagt: Ja.

**Christian Flisek** (SPD): So, aber irgendwas muss man Ihnen ja erklärt haben im Hinblick darauf, was Sie jetzt zu tun haben und was anders werden soll als früher; sonst wäre das Ganze ja eher ein Versorgungsposten, und das ist es ja nicht.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das hoffe ich nicht, auch zu meinem eigenen Selbstverständnis. Aber ich denke, auch aus der Tätigkeit als Abteilungsleiter im Kanzleramt, also in der vorletzten - also vor dieser Entscheidung - Legislaturperiode, war es aus meiner Sicht schon klar, dass, wenn man den Beauftragten für die Nachrichtendienste - den Posten gibt es ja, und den hat es immer gegeben, den hat in Personenidentität der Chef des Kanzleramtes gehabt - - Wenn man in dem Zu-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sammenhang vor dem Hintergrund unserer internationalen engeren Zusammenarbeit - und ich meine jetzt nicht das Thema, das hier im Untersuchungsausschuss eine Rolle spielt; vor allem; das ist am Rande natürlich mit ein Punkt -, aber der Verantwortung, die die Bundesrepublik Deutschland durch immer mehr Auslandseinsätze übernimmt, der Bedeutung, die dann Nachrichtendienste in dem Zusammenhang haben, insbesondere auch der Auslandsnachrichtendienst - - und die Frage, dass auch in anderen Staaten, wie zum Beispiel den Vereinigten Staaten, eine - ich will das jetzt nicht gleichsetzen, aber - ähnliche Position nach 9/11 und nach den dortigen parlamentarischen Untersuchungen geschaffen worden ist - - hat man gesagt - und das ist das, was mir bekannt ist -, dass man eine herausgehobene Position - Chef BK zum einen entlasten und mit der Beauftragtenfunktion - in einer Staatssekretärsfunktion schaffen will. Nach den Erfahrungen - wiederhole ich noch mal -, die ich in der Zeit hier als Abteilungsleiter im Kanzleramt hatte, halte ich das auch für richtig, und deswegen habe ich es gerne gemacht.

**Christian Flisek (SPD):** Also, Ihre persönliche Qualifikation, die spreche ich Ihnen überhaupt nicht ab, im Gegenteil; aber die Frage ist halt jetzt noch mal, was sozusagen diese Aufgabe tatsächlich beinhaltet im Vergleich zu dem, wie es vorher war. Es ist zumindest mal, wenn so eine Position geschaffen wird, so, dass diejenigen, die das bisher gemacht haben, man kann sagen, entlastet werden. Einige werden vielleicht das auch eher als eine Entmachtung sehen. Also, ich denke jetzt da eher mal an den Abteilungsleiter 6, der ja bisher eher derjenige war, der dann unmittelbar mit dem Chef BK über die wichtigen Fragen korrespondiert hat. Und Sie haben jetzt gerade auch selber von der Entlastung des Chefs BK gesprochen. Was würden Sie denn zu der These sagen, wenn ich sage: „Man hat mitten in einer Zeit, wo die Frage der Aufsicht und Kontrolle über Geheimdienste ein Problem war, ein politisches Problem war, sozusagen noch einmal eine personelle Firewall reingezogen, um sicherzustellen, dass gerade die Spitzen des Kanzleramtes, nämlich die Bundeskanzlerin und der Chef des Bundeskanzleramtes, von diesen Dingen nicht

wirklich mehr als nur notwendig behelligt werden“?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Herr Abgeordneter Flisek, ich will nicht ausschließen, dass das ein weiterer Punkt ist; aber ich halte es auch aus meiner Erfahrung in der Vergangenheit für absolut wichtig, dass die Position gestärkt wird. Und wenn Chef BK vor dem Hintergrund, dass er als Chef des Bundeskanzleramtes in einer Koalitionsregierung genügend Aufgaben hat, innerhalb der Koalitionsregierung politisch wichtige Vorhaben weiter zu befördern - - halte ich das für durchaus gerechtfertigt und vor dem Hintergrund, was ich vorhin gesagt habe, nämlich dass die internationale Bedeutung von Deutschland, was Auslandseinsätze angeht, gestiegen ist, dass dieser Posten geschaffen worden ist. Und deswegen habe ich auch zugesagt.

**Christian Flisek (SPD):** Hat sich denn die Befassung des Chefs BK mit Fragen der Geheimdienstaufsicht nach Ihrer Ernennung und nach Schaffung dieses Postens geändert? Ist er jetzt - Sie haben ja von einer Entlastung gesprochen - weniger mit solchen Fragestellungen befasst, als es in der Regel früher der Fall war?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Kann ich definitiv bejahen. Natürlich bin ich in der Hierarchie, und der Chef des Kanzleramtes wird von mir von den wesentlichen Dingen auch unterrichtet; aber all die Gespräche, die zum Beispiel mit unseren ausländischen Partnern zu führen sind - - auf dem gleichen Level bestehenden Positionen unserer Partner auch im politischen Bereich - - denn ich bin ja an der Schnittstelle zwischen den Nachrichtendiensten und dem politischen Bereich. Diese Gespräche übernehme ich. Ich habe das gesehen, dass in der Zeit, als ich Abteilungsleiter war im Kanzleramt, diese Gespräche damals der Chef des Kanzleramtes, und zwar alle, führen musste. Das schließt nicht aus, dass der heutige Chef des Kanzleramtes natürlich, weil er der Minister und der Leiter eines Kanzleramtes ist, auch solche Gespräche führt; aber er führt sie deutlich weniger als in der Zeit, als es nur den Abteilungsleiter 6 gab und den Chef des Kanzleramtes gab.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Als Sie im Januar in Ihr Amt gekommen sind, in Ihre neue Funktion, was haben Sie da für eine Situation vorgefunden? Wie war sozusagen - - Es ist ja jetzt ein neues Amt; man kann ja jetzt nicht sprechen davon, dass man sozusagen eine Amtsübergabe gemacht hat; es gab keinen Vorgänger. Aber was haben Sie da vorgefunden, sage ich mal, bis auf ein Büro und vielleicht einen Schreibtisch und Mitarbeiter? Hat man Ihnen ein Briefing gegeben: Was ist die aktuelle Situation insbesondere nach dem denkwürdigen Oktober 2013 mit den Aussagen der Kanzlerin, mit den Weisungen, die vom damaligen Chef BK Pofalla erteilt worden sind in den BND hinein? Was war sozusagen Ihre Einstiegs-situation?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, ein Briefing in dem Sinne, vor allem mit den Punkten, die Sie jetzt angesprochen haben, hat es nicht gegeben. Aber zum einen war mir die Tätigkeit im Kanzleramt ja nicht ganz unbekannt, weil ich eine Legislaturperiode davor als Abteilungsleiter 6 da war. Zum anderen war ich ja in den Diskussionen als Innenstaatssekretär - das habe ich vorhin auf die Frage des Vorsitzenden ja schon gesagt - jedenfalls in der Zeit Juli/August mit einbezogen. Ich kann mich auch erinnern: Vor dem Hintergrund des so bezeichneten Abkommens hat es auch Gespräche gegeben, an denen ich teilgenommen habe, bevor ich diese Position hatte. Also von daher fühlte ich mich auf dem Level, jedenfalls was die Diskussion, die Fortführung der Diskussion nach dem Sommer 2013 angeht.

**Christian Flisek (SPD):** Dann muss ich mir das so vorstellen: Dann kriegen Sie Akten vorgelegt oder die Sie selber anfordern können, und Sie müssen sich das selber erarbeiten? Ich meine, es ist ja doch schon so: Wenn man jetzt im Innenministerium war, dann liest man andere Akten, gehe ich mal davon aus, als jetzt, wenn man im Kanzleramt ist. Und selbst wenn man vier Jahre vorher da war: Die Welt hat sich in diesen vier Jahren doch erheblich gedreht. Und sozusagen jetzt aus der Sicht der Fachaufsichtsbehörde noch mal auf die Dinge zu schauen, auch mit den Informationen, die im Zweifel nur im Kanzleramt vorhanden sind, ist ja doch noch mal eine andere Perspektive.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Na ja, ich kann mich erinnern, dass ich zum Teil natürlich zu laufenden Vorgängen schriftliche Unterlagen bekommen habe, also wenn ich Mitte Januar dort eingestiegen bin. Zum anderen - das ist eine Methode, die auch ich persönlich bevorzuge - gibt es natürlich nicht nur tägliche Runden mit den Referatsleitern, Vertretern der Referate, sondern hat es dort am Anfang natürlich in besonderer Weise gegeben, an der die Abteilungsleitungen, Stellvertreter und die Referatsleiter teilgenommen haben, und da fühlte ich mich à jour gesetzt.

**Christian Flisek (SPD):** „Laufende Vorgänge“ ist ein gutes Stichwort. Herr Pofalla hat uns hier in diesem Ausschuss unlängst gesagt - und da haben wir sehr intensiv die Instrumente der Fachaufsicht erörtert und sind auch auf die Frage gestoßen, ob es denn ausreicht, in einer Situation, wo man vielleicht Missstände feststellt, dann nur Weisungen zu erteilen -, dass er in Bezug auf die Umsetzung seiner Weisungen aus dem Oktober 2013 auch einen Bericht angefordert hätte. Das war ganz interessant. Herr Heiß, Abteilungsleiter 6 wusste davon gar nichts. Und da würde ich Sie jetzt ganz gerne mal fragen: Laufende Vorgänge im Januar: Ist das bei Ihnen aufgetaucht, dass da ein Bericht angefordert wurde von Herrn Pofalla, der eventuell mal, wenn er denn nicht jetzt kommt, anzufordern ist noch mal?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein, ist nicht aufgetaucht.

**Christian Flisek (SPD):** Das halte ich ja, also jetzt - ich unterstelle das jetzt, was Sie sagen, weil wir ja da auch eine gewisse - - Wir haben ja auch zumindest mal entsprechende Vollständigkeitserklärungen vom Bundeskanzleramt, wovon ich ausgehe, dass, wenn es einen solchen Bericht jemals gegeben hätte, er dann auch in unseren Unterlagen wäre, weil man sicherlich davon ausgehen kann, dass er untersuchungsgegenständlich ist. All das gibt es nicht; er ist noch nicht mal irgendwo angedeutet. Wir haben das aber auf mehrfache Nachfragen Herrn Pofalla - - also ihn damit konfrontiert, und er ist dabei geblieben: Ja, er hat einen solchen Bericht angefordert. - Was sagen Sie denn dann dazu? Ist das - - Hat er das erfunden?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Herr Abgeordneter, ich kann ja nicht bewerten, was ein Zeuge gesagt hat. Ich kann nur feststellen - und da bin ich als Zeuge derjenige, der feststellen muss -: „Hat es so einen Bericht gegeben? Habe ich ihn gekannt?“, und dazu kann ich Ihnen nur sagen: Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Gut, dann müssen wir daraus die Schlussfolgerungen ziehen. Und dann werden wir wohl wahrscheinlich nicht drum herumkommen, zu sagen, dass das eine Schutzbehauptung vielleicht von Herrn Pofalla ist. Aber das werden wir dann noch mal insgesamt klären müssen.

Die Frage, die ich jetzt noch mal an Sie auch hätte, wäre also das berühmte Kanzlerinnenzitat. Wir hängen uns da immer so gerne deswegen dran auf, weil das eben - - Die Bundeskanzlerin hat ja insgesamt recht wenig zu dem Thema gesagt, und deswegen ist es ganz interessant, dann zumindest damit zu arbeiten.

Also: Ausspähen unter Freunden. Aus Ihrer Sicht auch dann im Januar 2014, war das, was sie da gesagt hat, eine Beschreibung des Status quo, oder war das die Ausübung, ich sage mal, der Richtlinienkompetenz der Kanzlerin im Sinne: „So soll es werden in Zukunft“, oder war es vielleicht was Drittes, was ich jetzt gerade nicht auf dem Bildschirm habe?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Na, ich habe die Aussage der Kanzlerin - - Übrigens ist es ja nicht die einzige gewesen. Das war die Zeit nicht nur des Wahlkampfes, sondern auch der Sommerinterviews, und da sind ja verschiedene Aussagen der Kanzlerin, wenn ich mich richtig erinnere, 2013, im Sommer -

**Christian Flisek (SPD):** Auch in diese Richtung, genau.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - gefallen. Und nach meiner Überzeugung, weil ich ja in groben Zügen auch als Innenstaatssekretär das Auftragsprofil der Bundesregierung kenne, bin ich davon ausgegangen, dass das eine Äußerung ist, die sich damit deckt, dass das, was Partner angeht, nicht Aufgabe des Bundesnachrichtendienstes ist.

**Christian Flisek (SPD):** Also, Sie haben jetzt Bezug genommen auf das Auftragsprofil. Das ist ja auch richtig. Das ist ja sozusagen die Blaupause, wenn wir die Frage beantworten: Was ist innerhalb deutscher Interessen, und was ist nicht innerhalb deutscher Interessen? - Jetzt würde ich Sie mal konkret fragen wollen. Wenn der BND die Handynummer - fiktiver Fall - eines europäischen EU-Außenministers abhört - nehmen wir mal den Fall eines Mitgliedsstaates, was früher eine Kolonialmacht war, mit vielen, vielen ehemaligen Kolonien in Afrika beispielsweise - und jetzt sagt: „Na ja, den spionieren wir aus, weil der eben oft mit irgendwelchen anderen Außenministern aus allen möglichen afrikanischen Staaten telefoniert und wir über diesen Kontakt unglaublich viele Informationen aus diesen Ländern bekommen, wo viele dieser Länder oder einige zumindest auch Gegenstand des Auftragsprofils unserer Bundesregierung sind“: Würden Sie nach dem Zitat der Bundeskanzlerin sagen, dass so etwas noch davon gedeckt ist, oder nicht?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, das, was Sie jetzt gerade geschildert hatten: Unterstellt, so etwas hätte stattgefunden, dann ist das durch das Zitat, aber auch durch das Aufgabenprofil der Bundesregierung nicht gedeckt. Es gibt auch nach dem neuen BND-Gesetz einen besonderen Schutz für EU-Regierungen, Mitglieder der Regierungen, Institutionen und EU-Bürger.

**Christian Flisek (SPD):** Darf ich gerade kurz?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Entschuldigen Sie, dass ich unterbreche. Natürlich, das ist sozusagen jetzt auch das neue BND-Gesetz. Wir unterhalten uns halt über den damaligen Zeitpunkt. Und wir haben ja jetzt sozusagen damals eine andere Rechtslage gehabt. Ich würde Sie noch mal mit der alten Rechtslage gerne konfrontieren.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Gut. So groß ist der Unterschied nicht; denn der Auftrag des Bundesnachrichtendienstes wird artikuliert durch das Auftragsprofil der Bundesregierung. Und nur nach dem Auftragsprofil, also bezogen auf The-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

men oder Länder, die die Bundesregierung vorgibt, hat der Bundesnachrichtendienst seine Aufklärung zu betreiben. Da kann es durchaus vorkommen, dass Themen betroffen sind, die auch in der EU eine Rolle spielen. Das habe ich auch in offenen Gesprächen meinen Partnern, die ja nachgefragt haben, warum wir jetzt so ein BND-Gesetz haben, dargestellt: Wir haben eben Themen, wie die Bekämpfung des Terrorismus oder die Bekämpfung der Proliferation, wo es durchaus, wenn jemand dort tätig ist - das ist wahrscheinlich der falsche Begriff -, aber jedenfalls in dem Bereich hier etwas, was dieses Thema angeht, begehrt oder mit involviert ist - - dass der Bundesnachrichtendienst zu Recht hier Aufklärung betreiben darf, und das wird es auch künftig geben.

**Christian Flisek (SPD):** Also, nur noch mal, damit wir es jetzt richtig verstehen: Sie sagen, nach alter wie nach neuer Rechtslage wird der BND auch weiterhin EU-Regierungsmitglieder, die mit einer hohen Wahrscheinlichkeit regelmäßig mit anderen Regierungen aus Ländern, die in dem Auftragsprofil der Bundesregierung genannt sind, konferieren - - wird es so sein, dass man sie ausspioniert.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das habe ich, Herr Abgeordneter Flisek, nicht gesagt, -

**Christian Flisek (SPD):** Sondern?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - sondern ich habe gesagt, dass es durchaus im Auftragsprofil des Bundesnachrichtendienstes sein kann, dass er zu Recht SIGINT, ob G-10-Maßnahmen oder Routine, auch im Bereich der EU durchführt, wenn es um die Themenfelder Terrorismus, Proliferation oder Bekämpfung von organisierter Kriminalität geht. Das habe ich - -

**Christian Flisek (SPD):** Aber das ist doch ein ganz anderes Feld, Herr Fritsche. Noch mal: Da haben wir ja auch gar keinen Dissens, sondern das ist die neue Rechtslage. Wir haben gesagt, genauso wie wir beim G-10-Schutz ja kein Absolutheitsschutz haben - - sondern wenn jemand irgendwo terroristischer Gefährder ist oder sonst

irgendwie, dann haben wir da ja auch die Möglichkeiten, Ausnahmen von der Regel zu machen. Wir haben jetzt nur nach der neuen Rechtslage eine weitestgehende Gleichbehandlung zwischen G-10- und EU-Bürgern in diesem Bereich. Die Ausnahmen stehen da. Die Frage ist: Passt es mit dem Kanzlerinnenzitat zusammen - ich mache es jetzt mal konkret -, dass man - fiktiv - den französischen Außenminister regelmäßig abhört, weil man weiß, er spricht mit allen möglichen Regierungschefs in Afrika, telefonisch, und weil man über diese Länder Informationen haben will, deswegen hält man die Leitung zum französischen Außenminister über Überwachung? Ist das nach wie vor aus Ihrer Sicht kompatibel mit dem, was die Kanzlerin gesagt hat?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Es ist kompatibel, was die Kanzlerin gesagt, und so habe ich sie verstanden. Im Übrigen müssen Sie natürlich die Kanzlerin selbst dazu fragen. Aber sie hat es ja wiederholt, wie ich vorhin gesagt habe, in verschiedenen Interviews, dass es natürlich nur sein kann, dass der Bundesnachrichtendienst aufklärt, sei es HUMINT, SIGINT oder andere Maßnahmen, wenn es sich innerhalb des Aufgabenprofils der Bundesregierung bewegt, und dass dabei auch Grundsätze zu beachten sind, wie der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und der Subsidiaritätsgrundsatz. Ich habe, genauso wie Sie jetzt gesagt haben, ganz generell bezogen auf Politiker, Ihnen nur ein Beispiel dafür gegeben, dass es eben Themenbereiche gibt.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, ja. Noch mal, Herr Fritsche: Aber ist es verhältnismäßig - jetzt frage ich Sie -, dass man zur Zweckerreichung, Informationen, ich sage jetzt mal, über beispielsweise ein Land wie Mali zu erreichen, ein französisches Regierungsmitglied überwacht? Also, Stichwort Mali, unterstelle ich mal, ist mit einer hohen Wahrscheinlichkeit vielleicht Teil des Auftragsprofils. Weiß ich nicht, kann ich hier auch nicht sagen; wissen Sie; aber unterstelle ich jetzt mal. Nehmen wir mal den Fall - wir unterstellen das mal -, Mali ist Teil. Ist es verhältnismäßig, dass ich dann sozusagen ein französisches, also ein EU-Mitglied, ein Regierungsmitglied der EU unter Überwachung nehme, und wie verhält sich das mit dem, was die Kanzlerin gesagt hat?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein, das habe ich Ihnen ja versucht - vielleicht liegt es an mir, dass ich es nicht klar genug gemacht habe - - Das ist nicht verhältnismäßig. Das ist ja das Problem, das wir gesehen haben im Hinblick darauf, wie das APB und die Aufgaben aus dem APB seitens des Bundesnachrichtendienstes interpretiert worden sind. Ich wollte nur darauf hinweisen - und ich will jetzt nicht auf französisches Regierungsmitglied oder irgendeine Region eingehen -, dass es nicht auszuschließen ist - und das war damals so und ist jetzt mit einem besonderen Schutz ins BND-Gesetz aufgenommen worden -, dass es höhere Hürden dafür gibt, dass EU-Bürger, EU-Regierungsmitglieder in die SIGINT-Erfassung geraten können, in die Routineerfassung geraten können. Es ist aber vor dem Hintergrund - was ich gesagt habe - zur Bekämpfung Terrorismus, Proliferation nicht auszuschließen. Das wollte ich nur auch aufgrund der neuen Rechtslage noch mal ganz klar darstellen.

**Christian Flisek (SPD):** Gut. - Das bedeutet aber: Wenn es jetzt grundsätzlich keinen Fall des Terrorismusverdachts gibt gegen irgendein Regierungsmitglied, dann können Sie zum heutigen Zeitpunkt ausschließen, dass der BND weiterhin Regierungsmitglieder der EU unter diesem Vorwand unter Überwachung hat.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das ist eine der Folgen, die wir auch in der Fach- und Dienstaufsicht mit dem Bundesnachrichtendienst besprochen haben und wo die Fragen eben, ob Selektoren hier falsch gesteuert werden, in dem Sinn, wie Sie es beschrieben haben - - die Qualitätssicherung eingeführt haben.

**Christian Flisek (SPD):** Frage noch mal: Können Sie das hier heute ausschließen, dass das weiterhin stattfindet?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, ich muss nach allem, was ich in der Kontrolle des Bundesnachrichtendienstes bisher gesehen habe in der Aufarbeitung - - kann ich das ausschließen.

**Christian Flisek (SPD):** Gut. Weil der Vorsitzende das gerade angesprochen hatte. Eigentlich wollte

ich das gar nicht in der ersten Runde machen, aber wir können es jetzt gleich - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die Zeit wäre auch um.

**Christian Flisek (SPD):** Ja?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Wirklich? So schnell?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, schon deutlich. Sogar schon drei Minuten, um genau zu sein.

**Christian Flisek (SPD):** Ich hätte gar nicht „Vorsitzender“ sagen dürfen, jetzt hat er - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ist er wach geworden.

**Christian Flisek (SPD):** Also, dann machen wir es in der nächsten Runde. Danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Danke schön. - Dann kommen wir zu der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Fritsche! - Anknüpfend an die Gedanken des Kollegen Flisek und diese grundsätzliche Frage noch mal, was man denn vor dem März 2015 wusste: Sie haben ja sozusagen die Snowden-Enthüllungen damals aus dem BMI praktisch verfolgt - nicht? -, aus der Perspektive des BMI?

(Der Zeuge nickt)

Und als die Kanzlerin das gesagt hat im Sommer, dieses „Abhören unter Freunden geht gar nicht“, hatten Sie da ein Störgefühl, oder haben Sie gedacht: „Die Frau hat recht“?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein, ich versuche es noch mal zu wiederholen, was ich auch versucht habe Herrn Abgeordneten Flisek zu sagen: Für mich war das kompatibel mit dem, was das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Auftragsprofil der Bundesregierung ist und was der BND zu leisten hat.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie gesagt: „Die Frau hat recht, Abhören unter Freunden, das ist empörend“?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Da kann ich mich nicht mehr erinnern, ob ich das genau so zitiert habe; aber ich habe ein ungutes Gefühl gehabt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie brauchen ja nicht zu sagen, sie hat immer recht. Das würde jetzt für den einzelnen - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das geht über den Untersuchungsgegenstand hinaus.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt. Na gut. - Aber Sie haben gesagt sozusagen aus der damaligen Perspektive auch des für Spionageabwehr zuständigen BMI: Das ist richtig, Abhören unter Freunden geht gar nicht. - Und in den Reisen, die Sie dann unternommen haben in die USA und so, da hat Ihnen nie mal jemand gesagt: „Sagt mal, Leute, ihr macht das doch selbst“? Die *Washington Post* hat doch dann da irgendwie so veröffentlicht: 300 US-Amerikaner werden - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wird ja irgendein amerikanischer Dienst dann mal zur Information der deutschen Seite öffentlich gemacht haben. - Also haben die das mal an Sie adressiert, dass man das irgendwie anders sieht, oder?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Außer dem, was Sie zu Recht gesagt haben, was ich in den Medien auch gelesen habe, ist das vonseiten der US-Gesprächspartner nicht problematisiert worden und auch nicht von meinen Begleitern; darunter war der BND-Präsident.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das BMI bis zur Wahl und Koalitionswechsel und dann bis zum März 2015 das Bundeskanzleramt waren im Hinblick darauf,

dass die Praxis des Bundesnachrichtendienstes selbst und die Aussagen der Bundeskanzlerin im Wahlkampf 2013 diametral auseinanderfallen, nicht im Bilde?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So ist es.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt haben Sie gesagt, der Chef, Präsident des BND kann ohne Angabe von Gründen entlassen werden. Das ist ja formaljuristisch nicht anzugreifen und ist sicherlich so. Aber für die öffentliche Rezeption dessen, was passiert ist, angesichts dieses ungeheuerlichen Zustandes, dass nach diesen Unwahrheiten, die Frau Merkel da verbreitet hat im Bundestagswahlkampf 2013, die Praxis des BND noch über zwei Jahre weiterlief, also, was haben Sie denn für Konsequenzen gezogen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das, was ich auch einleitend auf die Frage des Vorsitzenden schon geantwortet habe, nämlich dass ich dafür zu sorgen habe, dass die Fehler, die geschehen sind, für die Zukunft nicht mehr geschehen werden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das ist aber - gestatten Sie, Herr von Notz -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verzeihen Sie.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - natürlich der Hauptpunkt. Denn wenn wir gemeinsam zu der Überzeugung kommen, dass - Grundsatz der Verhältnismäßigkeit und weit über das Auftragsprofil der Bundesregierung hinaus - etwas geschieht, dann hat die Fach- und Dienstaufsicht dafür zu sorgen, wenn sie es erfährt, dass sie da etwas unternimmt. Das ist die Hauptsache.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber hat sie nicht eine Holschuld bezüglich dieser Information, weil sich die Bundeskanzlerin da so aus dem Fenster lehnt? Oder ist das einfach so okay, dass - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, für mich hat sich die Bundeskanzlerin nicht aus dem Fenster gelehnt und auch, würde ich jetzt sagen - jedenfalls aus meiner Bewertung; ich bin zwar als Zeuge da, aber vielleicht gestatten Sie mir eine Bewertung - - dass sie die Unwahrheit gesagt hat. Sie ist ja, wenn ich das Ganze betrachte - und ich bin ja vorhin gefragt worden, ob ich da irgendwie stutzig geworden bin und irgendetwas gesagt hat - - Für mich war das kompatibel. Und deswegen hat die Kanzlerin das gesagt, was das Aufgabenprofil - - und das, was der BND im Auftrag der Bundesregierung zu machen hat, zu machen ist.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber die Bundeskanzlerin hat sich als Opfer stilisiert im Bundestagswahlkampf und danach, 2013, während die amerikanische Seite gesagt hat: *Così fan tutte*. Und die Deutschen, die waren irgendwie im Empörungsmodus unterwegs, und dann stellt sich raus, im März 2015: Wir machen es genauso. Deswegen: Sie können jetzt sagen, hat sie die Unwahrheit gesagt oder nicht; aber sie hat ein Bild in der Öffentlichkeit erzeugt, was den Realitäten des Bundesnachrichtendienstes nicht entsprochen hat. Oder, Herr Fritsche, ich sage es mal so: Stellen Sie sich mal vor, die Bundeskanzlerin hätte im Bundestagswahlkampf 2013 nach den Snowden-Veröffentlichungen gesagt oder nachdem ihre Handynummer da offensichtlich im Fokus der NSA steht: Ach, das ist alles völlig wurscht, machen wir alles genauso. - Denn das wäre die wahrheitsgemäße Antwort gewesen: Liebe Leute, regt euch nicht auf, die Geheimdienste halten sich - - die nehmen das da nicht so genau mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, und übrigens unsere auch nicht. - Aber das hat sie ja nicht kommuniziert, sondern sie hat gesagt: Das ist empörend, und das geht nicht. Und ich rufe jetzt mal bei dem Obama an und sage dem mal, wo es langgeht. Und mir persönlich hat er gesagt: Meine Nummer wird er nicht mehr steuern. - So war, glaube ich, die Linie. Aber das war ja eine Irreführung der Öffentlichkeit.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, auch das ist weniger durch einen Zeugen zu beantworten als

mehr durch einen Gutachter oder eine Bewertung.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Aber nach dem, was mir selbst bekannt war, war die Äußerung der Kanzlerin insoweit logisch und im Hinblick darauf, dass in den Medien dann gesagt worden ist: „Das kann ja wohl nicht sein, das Handy der Kanzlerin, dass es hier zu Gesprächen auf hoher Ebene führt“, das ist ja auch mehr als selbstverständlich.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Jetzt Ihr Wechsel - das wurde ja eben hier auch schon diskutiert - ins Bundeskanzleramt: Das Interessante ist ja, dass durch den Weggang von Pofalla im Grunde so eine Art Betreuung der Nachsorge Snowden-Veröffentlichungen drohte abzureißen. So würde ich jetzt aus meinem ganz logischen Verständnis das sehen - es sei denn, Herr Pofalla setzt sich mit Herrn Altmaier zusammen und macht eine Übergabe der Dinge: Ach, übrigens, ich habe da so einen Vermerk angefordert, der ist bis heute nicht vom Bundesnachrichtendienst gekommen, und diese Selektoren und so, da müssen wir auch noch mal nachgucken und so. - Das ist offenbar ja nicht erfolgt. Das haben jetzt mehrfach viele gefragt, und Sie wissen wahrscheinlich davon auch nichts. Und Herr Schindler hat nun mehrfach gesagt - ich zitiere das jetzt wörtlich -, dass Sie, Fritsche, voll im Saft gestanden hätten.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Na hoffentlich!

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, mit 63 Jahren. Nein, also inhaltlich, thematisch und weil Sie offensichtlich in all den Runden nach Snowden-Diskussionen und so eben dabei gewesen sind. Das macht ja auch Sinn, fand ich. Jetzt ist eben die Frage, ob es da vielleicht dann in dem Austausch oder in dem Kenntnisstand zwischen Pofalla und dem Innenministerium oder wie auch immer irgendwie zu einem Informationsflussabbruch gekommen ist, dass diese Ungeheuerlich, die ich ja teile, wenn man die Presseerklärung des Bundeskanzleramts



## Nur zur dienstlichen Verwendung

liest, dass eben der BND einfach zwei Jahre so weitergemacht hat wie bisher - und würde es diesen Untersuchungsausschuss nicht geben, dann würde das bis heute so weiterlaufen - - dass man da eben irgendwie nichts gemacht hat, also dass diese Übergabe irgendwie nicht funktioniert hat. Wie gucken Sie denn darauf, denn Sie sind ja irgendwie auch ein Teil dieser Übergabe?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, zunächst einmal haben Sie ja darauf hingewiesen, dass ich in vielen Besprechungen im Sommer 2013 dabei war. Da habe ich den Papst des Bundesinnenministeriums zu spielen gehabt. Da war ja die Frage, die ich vorhin schon gesagt habe, Spionageabwehr: Wie können wir so was aufklären als zuständig für die Inlandsaufklärung? Insoweit habe ich einen Part gehabt, und insoweit war ich ja auch einbezogen als Delegationsleiter Anfang August 2013, als die Reise nach Washington stattgefunden hat. Aber die Fragen, was jetzt die Selektoren - - was mir bekannt geworden ist, am 13. März 2015, das ist - soweit ich mich erinnere, und da gehe ich wirklich fest davon aus - in keiner der Besprechungen angesprochen worden und auch in keinem Übergabegespräch. Also, ich habe auch kein Übergabegespräch mit Herrn Pofalla geführt. Der war ja, glaube ich, schon längst weg, wie ich Mitte Januar dann ins Kanzleramt gekommen bin.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. Er ist, glaube ich, im Dezember gegangen. - Aber können Sie denn sozusagen irgendeine Konsequenz, die das Bundeskanzleramt dann mal, abgesehen von dieser scharfen Presseerklärung, gezogen hat, benennen im Hinblick darauf, dass man eben in Unkenntnis gehalten wurde vonseiten des Bundesnachrichtendienstes über die tatsächliche Praxis und auch über das Löschen von Zehntausenden von Selektoren während der Affäre, vor der Bundestagswahl? Auch darüber hat man ja offensichtlich weder in den oberen Etagen des Bundesnachrichtendienstes noch im Bundeskanzleramt irgendjemanden informiert. So wird uns das hier zumindest erzählt. Und hat man da irgendwelche disziplinarrechtlichen oder irgendwie anders gearteten Konsequenzen gezogen, oder sagt man einfach: „Künstlerpech; manchmal läuft es einfach

schlecht. Wir haben eine Presseerklärung rausgegeben, die den BND arg gebasht hat, und das war es jetzt“?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das müsste dann die letzte Frage sein.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, ich habe schon Zweifel, ob diese Frage nach personellen Konsequenzen und disziplinarrechtlichen Konsequenzen jetzt wirklich vom Untersuchungsgegenstand gedeckt ist, aber ich gerne bereit, -

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Jeglicher Art von Konsequenzen, Herr Fritsche.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - noch mal darauf hinzuweisen. Aus meiner Sicht war das Erste, materielle Konsequenzen zu ziehen und zu folgen. Das waren die, wie ich vorhin schon auf mehrere Fragen gesagt habe: von den ersten Weisungen bis hin Qualitätssicherung und der Frage, wie die Organisation im BND künftig verbessert werden kann. An zweiter Stelle stehen personelle Konsequenzen. Und da sage ich ganz einfach - das habe ich versucht vorhin ja auch schon mal darzustellen -, dass es hier wohl eine falsche Bewertung gab seitens der Mitarbeiter im Bundesnachrichtendienst, was APB-konform sein könnte, und dass das sicher auch nicht in der Hierarchie nach oben getragen worden ist; denn der Präsident des Bundesnachrichtendienstes wusste es ja ebenfalls nicht; der hat es ja mit dem Kanzleramt erfahren, also fast zeitgleich erfahren. Da gibt es sicher Dinge, die zu Umsetzungen geführt haben, zu Versetzungen geführt haben, die teilweise geplant waren. Da gibt es sicher Einschnidungen in der beruflichen Karriere; aber es hat keinen Grund für - aus meiner Sicht - disziplinarrechtliche Maßnahmen gegeben.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Schipanski beginnt.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Tag, Herr Fritsche! - Ich knüpfe vielleicht direkt an das an, was der Herr von Notz und der Herr Flisek gefragt hatten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Noch mal mit Blick auf Januar 2014, der Amtswechsel von Ihnen ins Bundeskanzleramt. Jetzt haben wir ja diskutiert, dass Herr Pofalla Sie da nicht irgendwie eingewiesen hat, es gab kein Treffen zwischen Ihnen. Aber ich möchte da mal auf den Abteilungsleiter 6, den Herrn Heiß, blicken. Inwieweit hat er Sie denn informiert, insbesondere über diese Selektorenproblematik?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, er hat mich nicht informiert; sonst würde ja nicht stimmen, was ich einleitend gesagt habe: dass ich erst am 13.03.2015 von dieser Selektorenproblematik erfahren habe.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Wie erklären Sie sich das denn? War das Thema nicht wichtig genug für so einen Wechsel, dass man jemanden darauf hinweist?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Da bitte ich um Nachsicht, da müssen Sie natürlich vor allem Herrn Heiß fragen. Aber für mich war nachvollziehbar, dass er gesagt hat, dass das, was offensichtlich im Sommer oder im Oktober, glaube ich - nach Aktenstudium weiß ich das ja -, 2013 passiert ist - - dass er die Verknüpfung nicht gezogen hat und dass er erst jetzt, als das im März 2015 aufgeploppt ist, die Verknüpfung in der Deutlichkeit gesehen hat.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Haben Sie im Nachhinein mit dem Herrn Heiß das mal aufgearbeitet oder mal besprochen, wieso er Sie damals da nicht hingewiesen hat, oder?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das war seine Erläuterung, und die war für mich nachvollziehbar.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. - Jetzt haben wir ja festgestellt, dass Sie letztlich oder das Kanzleramt erst im März 2015 über die gesamte Problematik unterrichtet wurden, dass in der Abteilung TA das schon wesentlich länger lief. Sie haben ja jetzt so ein bisschen probiert zu erklären, wie sich dieser Umstand ergeben hat. Uns würde aber schon interessieren: Was haben Sie jetzt - Herr von Notz hat angesprochen die Weisung, die Sie gegeben haben mit Blick auf das Informationsverhalten innerhalb des Dienstes

und von der Dienst- und Fachaufsicht - - Was ist denn jetzt konkret passiert an organisatorischen Umstrukturierungsmaßnahmen als Lehre aus dem, was da vorgefallen ist?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also zunächst einmal innerhalb der Struktur, weil wir ja gleich reagieren mussten, die Aufforderung, dass die Meldungen im Bereich der Selektoren, aber anderen wichtigen Dingen bis zur Abteilungsleitung und von der Abteilungsleitung bis zur Dienstleitung zu transportieren künftig, weil es ja offensichtlich in der Vergangenheit nicht passiert ist, und die Fach- und Dienstaufsicht entsprechend zu unterrichten. Das war das Sofortige, was wir hier leisten mussten, vor dem Hintergrund auch der Frage, dass das Ganze ja durch den Untersuchungsausschuss befangen ist, auch Fragen, dass bis zu einem gewissen Stand, also die Listen, die hier eine Rolle gespielt haben, eingefroren werden und zur Verfügung gestellt werden können. Das hat eine Rolle gespielt.

Und dann hat eine Rolle gespielt, was ich versucht habe vorhin auch schon zu sagen, dass wir die Qualitätssicherung ganz allgemein verbessern müssen. Hierzu hat der Präsident des Bundesnachrichtendienstes uns vorgeschlagen in der Fach- und Dienstaufsicht, dass er nicht nur die Bundesdatenschutzbeauftragte hier enger mit einbinden will und dass er selbst ein Kontrollgremium im Dienst mit der behördlichen Datenschutzbeauftragten eingerichtet hat, sondern dass er auch im Hinblick auf die Organisationsdefizite, die es gibt und die die Bundesregierung ja in ihrer Presseerklärung vom Frühjahr 2015 angesprochen hat - - dass hier etwas geschehen muss, dass er vorschlägt, dass das einem Externen zur Untersuchung übergeben wird. Hier befinden wir uns im laufenden Verfahren. Das Ganze hat zu einem Abschlussbericht geführt, und derzeit ist der Dienst dabei - ich bin gerne bereit, dieses Wissen mit Ihnen zu teilen -, das Ganze aufzuarbeiten und zu den Vorschlägen, die dort gemacht worden sind, Stellung zu nehmen, damit wir dann gemeinsam, Fach- und Dienstaufsicht und der Bundesnachrichtendienst, hier die Struktur verbessern können.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Das heißt, ob diese Weisungslage ausreichend ist, um diese Informationspannen der Vergangenheit zu verhindern, das ist noch offen und kommt jetzt faktisch erst im Rahmen dieses Berichtswesens zum Ausdruck.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, die Weisungen haben natürlich zunächst einmal den Sinn gehabt, ähnliche Informationsdefizite - und davon sprechen wir ja hier - seitens der Leitung des Dienstes und der Fach- und Dienstaufsicht für die Zukunft auszuschließen. Aber systemische Dinge, die müssen natürlich auch dann systemisch-organisatorisch aufgegriffen werden; und da gibt es ja Dinge, die auch die sachverständige Vertrauensperson kritisiert hat, was Lesbarkeiten im technischen Bereich angeht und, und, und. Und die müssen umgesetzt werden und sind teilweise auch schon umgesetzt.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. - Ich möchte zurückgehen auf eine Zeit, wo Sie AL 6 im Kanzleramt waren. Sie kennen ja den PKGr-Bericht, diesen Sonderbericht von der Taskforce, die es da gab. Und die stellt nunmehr fest auf Seite 15 des entsprechenden Berichtes - das ist ja eine Bundestagsdrucksache -:

Den Vorgang aus dem Jahr 2008 zu unbeabsichtigten Informationserhebungen von UN und EU-Funktionsträgern hätte das Bundeskanzleramt zum Anlass für eine kritische Nachfrage zur Steuerungspraxis bei der strategischen Fernmeldeaufklärung des BND nehmen können.

Hatten Sie denn 2008 Kenntnis von diesem Vorgang? Sagt der Ihnen was?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das ist der Vorgang, der vorhin schon mal eine Rolle gespielt hat. Ich habe gesagt, dass ich von diesem Vorgang in einer anderen Maßnahme - da möchte ich ausdrücklich drauf hinweisen, nicht in der Frage der Routine oder der SIGINT-Aufklärung - - dass hier zufällig etwas in einer supranationalen Organisation aufgefangen worden ist und dass wir damals

gesagt haben seitens der Fach- und Dienstaufsicht: „Schließt das aus, möglichst automatisiert“, worauf der BND zurückgefragt hat: Ja, gilt das jetzt ganz grundsätzlich? Und wir - - Das Schreiben des BND, wenn ich es noch richtig in Erinnerung habe, war: Das werden wir für die Zukunft, was das zufällige Aufgreifen angeht, also das nicht beabsichtigte Aufgreifen, verhindern; im Übrigen hätte natürlich das Auswirkungen auf HUMINT, SIGINT und auf die gesamte Tätigkeit, wenn wir das grundsätzlich untersagen würden. - Da gilt das, was ich vorhin in der Diskussion, ich glaube, mit dem Abgeordneten Flisek, gesagt habe: dass es auch nach dem neuen BND-Gesetz und nach dem Auftragsprofil der Bundesregierung durchaus möglich ist, dass berechtigterweise der BND hier Aufklärung betreibt. Und das wollen wir nicht über einen Kamm scheren. Deswegen haben wir gesagt: „Bei den zufällig Erfassten, das habt ihr auszuschließen“, und das hat der BND noch einmal rückfragend quasi bestätigt. Wir haben dann gesagt dazu: Damit sind wir einverstanden, müssen wir, ich glaube, auch keine schriftliche Antwort geben.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Vielleicht da auch noch mal anknüpfend - das war ja der Mali-Fall vom Kollegen Flisek, also Abhören eines Franzosen, um an Informationen in Mali zu kommen -: In diesem PKGr-Bericht wird zudem empfohlen - ich zitiere wieder -, dass

... der nachrichtendienstliche Mehrwert gegenüber dem potentiellen politischen Schaden abgewogen werden

sollte. - Ist das denn Ihres Wissens bislang nicht passiert?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das ist Weisungslage, ganz grundsätzlich. Und zwar auch schon vor den Vorkommnissen, also der Kenntnis, sage ich jetzt mal, im März 2015 seitens des Kanzleramtes und der Leitung des BND war es schon immer so, dass der Nutzen abzuwägen ist mit dem, was man durch das Aufklären erreichen kann. Auch das ist ein Ausfluss aus dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Das betrifft aber nicht nur SIGINT, sondern es betrifft auch HUMINT. Das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

kulminiert quasi in dem Satz: Wenn ich etwas durch öffentliche Quellen erreichen kann, dann muss ich es mit den öffentlichen Quellen nehmen und kann es nicht noch mal nachrichtendienstlich nachsteuern, nur um festzustellen, dass ich zu dem gleichen Ergebnis komme - also jetzt sehr pauschal ausgedrückt.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Wenn wir das so ähnlich pauschal sehen: Was passiert denn, wenn Sie politisch brisantes Aufkommen haben von einem Botschafter oder einem Regierungsmitglied eines befreundeten Staates? Wie wird damit im Dienst umgegangen? Einmal vielleicht vor Oktober 13 und einmal nach Oktober 13.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Na ja, vor Oktober 13 ist es sicher so gewesen, dass der Dienst - das hatten wir auch vorhin schon in der Diskussion - vieles gesagt hat. Das Thema, über das gesprochen worden ist, oder der Inhalt ist gedeckt durch das APB, und zwar ganz pauschal, und deswegen dürfen wir das für die Finished Intelligence, für unsere Berichte, nutzen.

Nach dem März 2015 haben wir nicht nur unsere Weisungen gegeben, sondern eine der Folgen war auch, das BND-Gesetz zu reformieren, und hier ist ganz dezidiert gesagt, dass es einen besonderen Schutz für EU-Bürger, für EU-Einrichtungen und für Regierungen von EU-Mitgliedstaaten gibt, dass das zwar nicht ausschließt - das steht auch in dem Gesetz; das ist in der Routine; und hier geht es ja bei der Rechtsgrundlage nur um die Routineaufklärung -, dass das künftig eine Rolle spielen könnte, aber es sind bestimmte Hürden formeller Art, nämlich wer es zu genehmigen hat, bis hin zum Chef des Bundeskanzleramtes, um mit dieser politischen Frage umzugehen. Das ist die definitive Änderung gegenüber der Zeit vor dem März 2015.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. Aber wer hat denn letztlich diese Abwägung im BND vorgenommen? Wer war denn da zuständig? Waren das die Außenstellen, oder?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Wenn ich das richtig sehe, dass es teilweise Mitarbeiter in der Linie waren, teilweise in den Außenstellen, die das

entschieden haben, nach dem, was mir bekannt ist.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Nach dieser Weisungslage, diese Abwägung entsprechend vorzunehmen, das oblag dem einzelnen Mitarbeiter, der diesen in der Auswertung letztlich gefunden hat.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So ist es. Wir haben ja auch - und das ist auch eine Folge der Taskforce, auch eine Forderung der Taskforce, dass natürlich grundsätzlich die Auswertung die Beschaffung zu steuern hat - - Das muss auch gesteuert werden, denn hier - nach meiner Kenntnis - ist es eben teilweise so gewesen, dass die Beschaffung selbst Neues gefunden hat, ohne in Kontakt mit der Auswertung zu sein.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Ja. Inwieweit oder wie detailliert wussten Sie um diese BND-internen Prozesse bei der Steuerung der Abteilung TA?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, in der Umfanglichkeit, wie es mir jetzt bekannt ist, eigentlich erst mit dem Besuch, mit dem gemeinsamen Besuch von Chef BK am 20., glaube ich, am 20. März 2015, als uns auch erstmals rudimentär die eigene Steuerung des Bundesnachrichtendienstes vorgestellt worden ist, wozu wir ja dann anschließend, wie Sie den Akten entnehmen können, eine Fülle von Rückfragen, also nicht nur bezogen auf die NSA-Selektoren, sondern auch auf die eigene Steuerung des BND, gestellt haben. Nachdem die mit einem Abschlussbericht Ende September, glaube ich, 2015 befriedigend - bis dahin jedenfalls befriedigend - beantwortet worden sind, sind wir auch an das zuständige Parlamentarische Kontrollgremium gegangen; das ist der Weg, der normal ist.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Genau. Das führt uns gleich zu dem besagten Besuch am 20. März 2015. Vielleicht könnten Sie noch mal den Verlauf schildern, das Ergebnis ein Stück und was eigentlich der Anlass für diesen Besuch war, dass Sie mit dem Chef BK dort waren.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, der Anlass war ganz klar gesetzt durch die Informationen, die ich am 13. März bekommen habe. Ich habe da telefonisch auch an dem Tag Chef BK über eine eingestufte Leitung unterrichtet. Dann haben wir am Samstag noch mal selbst die Akten aufbereitet, dem BND den Hinweis gegeben, dass er die Akten aufzubereiten hat. Wir hatten am Sonntag dann eine Sitzung mit dem Präsidenten und mit den Verantwortlichen aus der Abteilung TA, wo uns in erster Linie mal dargestellt worden ist, bezogen auf die NSA-Selektoren - damals hat die eigene Steuerung des BND noch keine Rolle gespielt -, wie das Ganze grob abläuft. Dann war die Frage, ob wir dann noch mal weitere Besprechungen in Berlin durchführen. Letztlich hat, nachdem ich auch von der Sonntagssitzung den Chef des Kanzleramtes unterrichtet habe, er entschieden, dass wir nach Pullach fahren und uns das vor Ort in der Abteilung TA erläutern lassen. Das hat dann am 20. März stattgefunden.

Hier ist zunächst einmal vonseiten des BND ganz allgemein die Struktur, die Zusammenarbeit Auswertung-Beschaffung dargestellt worden, wie die Selektoren gesteuert werden. In dem Zusammenhang kam dann auch die Frage der BND-eigenen Steuerung zum ersten Mal auf, nach meiner Erinnerung. Und deswegen hatten wir dann auch, glaube ich, einen Fragenkatalog beim Bundesnachrichtendienst hinterlassen, der zu beantworten war. Diese Antwort haben wir dann im Laufe der nächsten Zeit bekommen und haben eine Fülle von Nachfragen gestellt. Deswegen haben wir ja auch immer Sachstandsberichte bekommen, die fortgeschrieben worden sind, die bis zur Sommerpause, glaube ich, dann in einem Abschlussbericht, was die NSA-Selektoren angeht - - hat es da gegeben. In dem Teil dieses Berichtes gab es auch immer Teile, die sich mit der eigenen Steuerung beschäftigt haben. Dafür haben wir allerdings dann einen separaten Bericht angefordert; das war, glaube ich, im August. Dieser Bericht ist dann Ende September gekommen. Dann haben wir Chef BK vorgeschlagen, dass wir mit dieser Information ins Parlamentarische Kontrollgremium gehen, was dann im Oktober in der nächsten Sitzung erfolgt ist.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Waren Sie denn überrascht von den Erkenntnissen, die Sie da in Pullach erhalten haben?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, ich war überrascht, sage ich mal, von der Selbstständigkeit, die der jeweilige Bearbeiter hatte. Das war für mich eine Erklärung, warum es zu solchen Selektoren gekommen ist, jetzt was die BND-eigene Steuerung angeht. Die Problematik der NSA-Selektoren - das hat ja auch sowohl die Taskforce, glaube ich, als auch die sachverständige Vertrauensperson gesagt, bemängelt - ist, dass wir teilweise nicht wussten, welche Selektoren wir steuern, weil es keine Erklärung, erstens keine Lesbarkeit und keine Bedeutungserklärung gegeben hat. Das ist jetzt im Moment auch ein laufendes Verfahren, wo das Ganze überprüft wird durch die von mir beschriebene Qualitätssicherung.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Wie hat denn der Chef BK auf die Kenntnisse oder Erkenntnisse dort reagiert?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Na ja, er war erstens überrascht und hat vor allem auch gesagt, dass er sich so was nicht vorstellen konnte.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** War der Besuch, den Sie dort am 20. März getätigt haben, auch ursächlich für die erste Unterrichtung des PKGr im Mai 2015?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das war eine Folge. Im Zuge des Besuchs haben wir ja diesen Fragenkatalog und dann die Sachstandsberichte angefordert; wir haben auch den Bericht des internen Controllings, das ja der Präsident des BND selbst eingerichtet hat, mit aufgenommen und haben dann hierüber, über den Stand zu den Selektoren, berichtet - da waren ja auch die Obleute dieses Gremiums mit dabei, wenn ich mich richtig erinnere - und haben im Übrigen gesagt, dass wir auch die eigene Steuerung - das hat der Präsident nach meiner Erinnerung gesagt - aufarbeiten wollen. Dann haben wir, nachdem der Abschlussbericht, wie gesagt, Ende September in 2015 vorlag, das Parlamentarische Kontrollgremium in der nächstmöglichen Sitzung - und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die war im Oktober - darüber, also über die eigene Steuerung, unterrichtet.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. - Wie bewerten Sie dann den Vorwurf der Presse, dass die Unterrichtung des PKGr im Oktober 2015 nur wegen Presserecherchen und einer bevorstehenden Veröffentlichung erfolgte?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, das ist eine Fama, die von der Presse jetzt schon mehrere Male erhoben worden ist, zuletzt in der heutigen Veröffentlichung in der *Süddeutschen Zeitung*. Das ist nicht richtig. Und wenn Sie - soweit ich das nachvollziehen kann - die Aktenlage sehen, können Sie sehen, dass wir immer wieder nachgefragt haben, dass wir aber natürlich in der Maitagung nur darauf hingewiesen haben, dass wir dran sind, dass aber - das muss man ja auch mal sagen - die gleichen Mitarbeiter im Bundesnachrichtendienst in der Abteilung TA für die Bedienung dieses Untersuchungsausschusses mit dem damaligen Untersuchungsgegenstand zuständig waren, dass vor der Sommerpause die Diskussion bestand: Was geschieht mit den NSA-Selektoren? Werden sie dem Ausschuss zur Verfügung gestellt? Was ist dann? Wie gehen wir damit um? Da gab es ja dann die sachverständige Vertrauensperson. Das war für uns absolute Priorität. Und dann haben wir gesagt: Über die Sommerpause macht ihr jetzt die endgültige Aufarbeitung hinsichtlich der eigenen Selektoren. - Der Bericht ist Ende September gekommen, und die nächste Sitzung des PKGr haben wir wahrgenommen. Deswegen meine ich, dass es nicht wahrer wird, auch wenn es häufig in der Presse steht.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. - Noch mal auf den Besuch in Pullach blickend, auf die fragliche Weisung aus dem Oktober 2013 von Pofalla und Heiß damals. War das Thema gewesen bei diesem Besuch in Pullach?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Was haben Sie über diese Weisung im Nachgang des Pullach-Besuches erfahren, oder wie haben Sie überhaupt davon erfahren?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich kann mich erinnern, dass dann im Zuge der Aufarbeitung der eigenen Steuerung auch auf diese Weisung hingewiesen worden ist.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. - Und dann natürlich die Frage: Wann, wie und von wem wurde denn dann die Bundeskanzlerin über den entsprechenden Sachverhalt unterrichtet, den Sie bei dem Besuch im März 2015 in Pullach festgestellt hatten?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, das übliche Verfahren ist so, dass mein Hauptansprechpartner der Chef des Kanzleramtes ist - deswegen gibt es auch an den Punkten und Bereichen Vorlagen für den Chef des Kanzleramtes - und dass der Chef des Kanzleramtes insoweit die Bundeskanzlerin unterrichtet. Aber es hat natürlich, gerade vor dem Hintergrund der Frage, die dann alle beschäftigt hat vor der Sommerpause, nämlich „Wie kommt man dem Spannungsverhältnis - auf der einen Seite dem Untersuchungsrecht des Parlaments, auf der anderen Seite dem Staatswohlgedanken und der sogenannten Third Party Rule gegenüber dem Partner - entgegen?“, auch Diskussionen gegeben, an denen ich teilgenommen habe, bei der Bundeskanzlerin.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Aber das betrifft ja jetzt mehr die Öffentlichkeitsarbeit, die Sie da - - Also, unterrichtet wurde die Bundeskanzlerin vom Chef BK; das habe ich mitgenommen von Ihnen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Sie wiesen jetzt worauf hin?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Um die Frage, die ja auch politisch wichtig war und die ja teilweise damals stark angegriffen worden ist: dass die Bundesregierung gesagt hat: Vor dem Hintergrund des uns gemeinsam am Herzen liegenden Staatswohls, also sowohl dem Parlament als auch der Bundesregierung, wie gehen wir damit um, dass wir dieses Spannungsverhältnis zwischen dem Untersuchungsgrundsatz auf der einen Seite und dem Staatswohlgedanken beheben können?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und dankenswerterweise hat ja auch der Untersuchungsausschuss sich dann einverstanden erklärt, mehrheitlich, mit der Bestellung der sachverständigen Vertrauensperson, die ja dann auch im Herbst hier zu ihren Ergebnissen vorgetragen hat. Und letztlich auch bestätigt durch das Bundesverfassungsgericht.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Mhm. - Ich darf noch mal blicken - wir hatten das ja schon anklingen lassen - auf die Änderung im BND-Gesetz jetzt speziell auch mit Blick auf europäische Interessen. Das war ja jetzt ein erster Schritt, den das Parlament hier unternommen hat. Sehen Sie denn über diese konkreten Regelungen, detaillierten Regelungen hinaus weitere Notwendigkeiten organisatorischer, finanzieller und personeller Art, was jetzt hier insbesondere diese Fernmeldeaufklärung betrifft, und vielleicht auch noch mal mit Blick auf die Dienst- und Fachaufsicht?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, ich sehe weitere Maßnahmen. Das sind zum einen ganz einfach Personalaufwuchs sowohl in dem Bereich im Bundesnachrichtendienst, weil, wenn Sie sich erinnern, die öffentliche Diskussion ja auch vor dem Hintergrund des Bedarfs beim Bundesnachrichtendienst seitens der Bundesregierung dazu führt, dass der Bundesnachrichtendienst eben gerade im Bereich der SIGINT-Aufklärung neue Mittel seitens des Parlaments zur Verfügung gestellt bekommen hat, dass das auch vernünftig umgesetzt wird, so wie wir seitens der Fach- und Dienstaufsicht uns das wünschen. Personalaufwuchs natürlich auch im Bereich des Kanzleramtes. Hier hat es Stellen gegeben für das Kanzleramt. Derzeit werden wieder durch den Haushaltsgesetzgeber - - Stellen sind bewilligt worden, die hier noch zur Verstärkung der Fach- und Dienstaufsicht natürlich eingesetzt werden sollen. Und wir sind noch lange nicht fertig in dem organisatorischen Bereich. Denn ich habe ja erzählt: Herr Schindler hat angeboten das mit Externen. Wir haben dem zugestimmt. Es gibt einen ersten Bericht. Aber das muss jetzt umgesetzt werden. Und das ist noch ein Stück Weg.

Vielleicht noch ein Punkt, weil ja auch aus meiner persönlichen Sicht zu der Frage die Taskforce

des Parlamentarischen Kontrollgremiums recht gut gearbeitet hat, das ja dann als offener Bericht in eine Drucksache gekommen ist, dass die Bundesregierung in dem Zusammenhang auch ausdrücklich unterstützt hat die Änderung, die es im Parlamentarischen Kontrollgremiumsgesetz gegeben hat, also auch hier die Maßnahmen zu verstärken. Und das bedeutet andererseits auf der Seite der Fach- und Dienstaufsicht, dass wir dem auch personell nachkommen müssen; denn das ist auch eine Forderung aus dem Taskforce-Bericht des Deutschen Bundestags.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Auch noch mal mit Blick auf diese Entwicklung - Sie haben ja auch betont, dieser neue § 6 Absatz 3 in dem BND-Gesetz, wo wir jetzt also erstmals auch diese europäischen Interessen ausdrücklich erwähnen -: Gab es da jetzt bereits weitere Diskussionen mit anderen EU-Partnern oder Gesprächspartnern, Verhandlungen, dass die sich ähnlich orientieren? Sie haben ja auf die Fragen des Vorsitzenden schon gesagt: Das ist ja erstmalig, dass das überhaupt innerhalb der EU so detailliert in Gesetzesform gegossen wird. - Gilt das als Vorbildcharakter für andere Staaten? Wie schätzen Sie das ein?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich hoffe es, und wir sind auch in Gesprächen mit den Partnern. Ich habe allerdings noch in keinem Partnerland jetzt ähnliche Bestrebungen, was die Gesetzgebung angeht, gesehen. Ich glaube, dass das in den Partnerstaaten sicher noch einiger Zeit bedarf. Aber wir haben ja seit dem Aufplatzen dieser Selektorenlisten das Gespräch mit den europäischen Partnern, und wir werden auch mit anderen Partnern weiter darüber reden und dranbleiben. Ich hoffe, dass es eine Vorbildwirkung haben wird.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. - Wir haben an dieser Stelle erst mal keine weiteren Fragen, und wir würden abgeben an die nächste Fraktion.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. Wir kommen zur zweiten Runde. Es beginnt wieder die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Herr Fritsche, ich würde gerne mal ein ganz anderes Thema ansprechen. Was wussten Sie zu den Kontrollbesuchen der BfDI in Bad Aibling?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, ich glaube, der eine Kontrollbesuch war schon, da war ich noch gar nicht in der Zuständigkeit; der andere, der zweite Kontrollbesuch hat dann während meiner Zeit im Kanzleramt stattgefunden. Da kenne ich selbstverständlich das, was seitens der BfDI gerügt worden ist. Es ist ja dankenswerterweise von der BfDI auch vor abschließender Stellungnahme der Bundesregierung an alle parlamentarischen Gremien herausgegeben worden. Ich sage das ein bisschen, weil ich das - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Wir haben es verstanden. Danke.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, unabhängig davon: Ich habe auch die Stellungnahme unterschrieben an die BfDI, wie wir auf die Argumentation der BfDI eingehen. Hier halten wir aus unserer Sicht - und das kann durchaus sein, dass das in der öffentlichen Diskussion ja noch mal eine Rolle spielt, insbesondere wenn der Tätigkeitsbericht der BfDI zu diesem Punkt sich einlassen sollte - die rechtliche Bewertung der BfDI in weiten Teilen für nicht nachvollziehbar. Das muss ich hier ganz deutlich sagen. Zunächst einmal hat die BfDI sich beschwert, dass ihr die Kontrollkompetenz beschränkt worden sei. Das ist aber so; denn selbst das Bundesdatenschutzgesetz sieht eine solche Beschränkung vor, wenn nämlich die Frage des Staatswohls eine Rolle spielt. Und Sie erinnern sich an die Diskussion, die ich vorhin geführt habe: Wir haben ja aus Staatswohlgründen die NSA-Selektorenlisten diesem Ausschuss nicht vorgelegt, und der Ausschuss war einverstanden, dass wir das mit der sachverständigen Vertrauensperson machen.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Nein, der Ausschuss nicht. Die Mehrheit des Ausschusses.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Die Mehrheit des Ausschusses. Sie verzeihen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dazu Herr Wolff von der Bundesregierung.

**MR Philipp Wolff** (BK): Nur mal ganz kurz: Wenn wir zu den Inhalten, zu den konkreten Inhalten kommen, machen wir das besser in eingestuftem Sitzungsbericht. Der Bericht ist auch weiterhin eingestuft.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Nein, nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Danke für den Hinweis. Also, all die Punkte, die aufgeschrieben worden sind - es liegt, glaube ich, Ihnen die Stellungnahme, die ich unterschrieben habe, ja auch vor -, sind aus meiner Sicht in den wesentlichen Teilen nicht nachvollziehbar. Jetzt bin ich gespannt, wie das dann in dem zweijährlichen Bericht, wenn es denn aufgegriffen wird, aufgegriffen wird.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Gab es denn nach den Kontrollbesuchen jeweils Beratungen im Bundeskanzleramt? Nach den Kontrollbesuchen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Beratung inwiefern?

**Martina Renner** (DIE LINKE): Na ja, dass man vielleicht zum Beispiel darüber berät, welche Informationen seitens des BND an die BfDI gehen; so etwas in der Art.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also ganz grundsätzlich muss die Fach- und Dienstaufsicht hier entscheiden. Das sind wir im Kanzleramt. Und wir haben entschieden.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Wie war die eingebunden? Also gab es dort regelmäßig Beratungen? Hat man darüber mit entschieden, ob die BfDI bestimmte Dinge vorgelegt bekommt, ja oder nein?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Selbstverständlich.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Gut.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das entscheiden wir, und wir haben entschieden: Nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie haben entschieden zum Beispiel auch: Nein, die NSA-Selektoren werden nicht vorgelegt. - Die Bundesdatenschutzbeauftragte argumentiert ja, in dem Moment, wo sie in die Datenverarbeitung des Bundesnachrichtendienstes gehen, müssen sie als eigene Datenverarbeitung in einer nachgeordneten Bundesbehörde betrachtet werden und deswegen auch zugänglich sein. Sie moniert ja insbesondere auch, dass diese Selektoren gar nicht hätten eingestellt werden dürfen, weil sie ja in einem großen Teil überhaupt nicht verstanden wurden vom Bundesnachrichtendienst. Das hatten Sie vorhin nämlich selbst gesagt: Wir konnten nicht lesen, was der Partner eingesteuert hat.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Mhm, mhm.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Hat sich das denn grundsätzlich verbessert? Kann man jetzt 100 Prozent lesen, was der Partner einsteuert?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und ich meine nicht, dass die NSA eine Deutung anfügt und dann wahlweise hinten ranschreibt: Counter Terrorism, Proliferation, Drogenhandel, OK oder Sonstiges, sondern ich meine: Kann das TKM, was vorne steht, auch wenn es sich auf einen Messenger bezieht, auf einen Chat, auf ein Voice-over-IP-Telefonat, egal was, in jedem Fall einem Land und einer Person zugeordnet werden, um auszuschließen, dass deutsche Bürgerinnen betroffen sind?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Na ja, da sprechen Sie, Frau Abgeordnete, von einer Grundsatzproblematik.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also nach meiner Kenntnis ist es ja so, dass das System insoweit verbessert worden ist.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber verbessert heißt ja nicht, dass es funktioniert, nicht?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, das ist ja eine Rüge, die ich auch aus den Medien - - die hier in dem Ausschuss schon häufiger eine Rolle gespielt hat, jedenfalls die Diskussion darüber, dass es einen hundertprozentigen G-10-Schutz, wenn jemand zum Beispiel eine Telefonnummer von einem anderen Provider aus einem anderen Land, also nicht mit der Kennung „de“ oder eine Telefonnummer aus einem anderen Land nutzt und dann auch noch nicht in Deutsch spricht - - sondern weil er Doppelstaatsangehöriger ist, in einer anderen Sprache spricht und es dann erst später bekannt wird. Das sind Fälle, mit denen wir tagtäglich leben müssen. Und der BND ist bemüht, mit seinen Filterungen das Ganze zu verbessern, damit eben der G-10-Schutz insoweit möglichst sichergestellt wird

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das war aber nicht die Frage.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Aber einen hundertprozentigen Schutz wird es nach meiner Ansicht nie geben, ist aber auch rechtlich nicht gefordert.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Die Frage war, ob Sie heute, wenn zum Beispiel Messenger wie Threema, Signal, WhatsApp-Gruppen oder Ähnliches benutzt werden können, wenn ich Direct Messaging schicke über Twitter und Ähnliches und diese als Selektoren gesteuert werden von der NSA, aber dann beim Bundesnachrichtendienst verwandt werden auf den Datenbanken - - Können Sie diese Information lesen und eindeutig ausschließen, dass dies ein TKM ist, also ein Telekommunikationsmerkmal, was einem deutschen Bürger zuzuordnen ist?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, soweit mir das bekannt ist und was mir bisher berichtet worden ist: Ja. Aber ich kann Ihnen noch mal sagen: Es gibt aber die Fälle, wo eben sich dahinter-

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Da meldet sich die Bundesregierung, Herr Wolff dazu vielleicht?

**MR Philipp Wolff (BK):** Nur noch mal, Frau Renner, auch als Hinweis: Das sind ja jetzt erkennbar laufende Vorgänge. Also, da sind wir, glaube ich,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch wirklich nicht mehr im Untersuchungsgegenstand: Was kann heute gelesen werden oder nicht?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber wissen Sie, was hier so eine komische Ungleichzeitigkeit ist? Wenn aufseiten der Großen Koalition, der CDU gefragt wird: „Wie ist das denn heute?“, dann werden die Fragen immer zugelassen, und dann kann man bis zum Letzten erzählen, dass jetzt nach der Novelle des BND-Gesetzes es heute bei den Routineverkehren so und so ist. Da schreiten Sie nie ein. Wenn ich nach Vorgängen frage, die aktuell sind, dann schreiten Sie ein. Das ist ein Widerspruch.

**MR Philipp Wolff (BK):** Nein, Frau Renner, das ist so nicht richtig. Ich habe Sie auch nicht sofort unterbrochen; es gab sogar eine Antwort. Ich will nur darauf hinweisen, dass das grundsätzlich laufende Vorgänge sind. Ich bewerte auch die Frage nach dem BND-Gesetz - das muss ich ganz ehrlich sagen - etwas anders als die Frage nach der Erkennbarkeit von Selektoren wie Threema ... (akustisch unverständlich)

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich rede von Grundrechtsschutz. Das ist ja schon irgendwie ein Thema, oder?

**MR Philipp Wolff (BK):** Nein, von der Detailtiefe, was den laufenden Vorgang angeht, sind wir in einer ganz anderen Dimension. Das ist Ihnen auch bewusst, Frau Renner.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, ich bitte dann einfach auch in Zukunft, wenn wir seitens der Großen Koalition Fragen zu laufenden Vorgängen haben, dass Sie in ähnlicher Form was sagen und nicht nur bei uns.

**MR Philipp Wolff (BK):** Frau Renner, ich habe das in der Vergangenheit auch immer gemacht. Da können wir die Protokolle gerne noch einmal durchgehen. Wir haben uns da auch schon - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein, haben Sie nicht.

**MR Philipp Wolff (BK):** - - habe ich auch schon vonseiten der Großen Koalition Beschwerden bekommen. Auch das können wir in den Protokollen nachschauen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Frau Renner.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie verstehen ja die Intention der Frage. Es geht darum, irgendwie, ob man tatsächlich Konsequenzen gezogen hat oder ob man sich von den Amerikanern mit einer Deutung, die man am Ende irgendwie das TKM ... (akustisch unverständlich), so was wie abspesen lässt.

**MR Philipp Wolff (BK):** Aber der Zeuge hat doch gesagt, dass Konsequenzen gezogen wurden. Das, was Sie fragen, ist wirklich ein Vorgang für das PKGr. Wenn da solche Fragen gestellt werden, natürlich, aber nicht für den Untersuchungsausschuss.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. - Ist Ihnen der Begriff „No Interest List“ bekannt?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ist mir bekannt, ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und aus welchen Zusammenhängen? Seit wann kennen Sie ihn? Wie unterscheidet die No Interest List sich von anderen Listen, die wir ja hier auch zum Teil behandelt haben?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Wenn ich mich richtig erinnere, ist das ein Begriff, der ganz am Anfang der Aufarbeitung der sogenannten NSA-Selektoren eine Rolle gespielt hat. Es gibt ja da auch in anderen Bereichen eine Fülle von Listen, die auch andere Namen dann bekommen haben. Also das sind die abgelehnten, soweit ich mich richtig erinnere.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Die „disapproved“ gestellten, oder was ist das?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Die abgelehnten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner (DIE LINKE):** Bei denen man untersagt hat, dass sie gesteuert werden. - Inwiefern - aus Ihrem Kenntnisstand heraus - war denn die Problematik von abgelehnten NSA-Selektoren Gegenstand schon - ich sage mal, im Zuge des BfDI-Berichtes - der Korrespondenz zwischen BND, BfDI und Bundeskanzleramt?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, nur in der abstrakten Form, wie ich es vorhin ja gesagt habe, nämlich dass der Staatswohlgedanke eine Rolle spielt und deswegen keine Kenntnisse weitergegeben werden.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wir haben da Schriftwechsel des Bundesnachrichtendienstes an die BfDI, nachrichtlich über das Bundeskanzleramt vom 12. November 2014 - das ist VS-NfD und deswegen auch verlesbar - Tagebuchnummer 212/15. Das ist dort die Seite 1 ff. Und da steht auf Seite 2 zum Beispiel - - Also noch mal den Betreff, damit Sie es einordnen können:

Nachbereitung der Beratung und Kontrollbesuch in Bad Aibling vom 20. bis 30. Oktober 2014

- Abstimmung hinsichtlich der vom BND noch nachzureichenden Informationen

- Benennung der Anzahl der in Bad Aibling verwandten Selektoren, getrennt nach BND-Selektoren und US-Selektoren

- Abgabe einer Einschätzung zur Anzahl der Permutationen

- Angabe der Anzahl der auf „disapproved“ gesetzten US-Selektoren (?)

Diese Informationen sind offenbar zwischen Bundesnachrichtendienst und BfDI dann auch über das Bundeskanzleramt gelaufen, über Frau Polzin. Jetzt kann man dann eben schlecht im Bundeskanzleramt sagen, man hat dann erst später davon Kenntnis gehabt. Oder hat Frau Polzin über diese Vorgänge nicht berichtet?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, das ist nach meiner Erinnerung nur auf der Arbeitsebene gelaufen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie sagen also, diese Schreiben, die sind nur auf der Arbeitsebene ausgetauscht worden, die hat da niemand anderes im Haus zur Kenntnis genommen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das war ein laufendes Verfahren. Ich bin in dem Zusammenhang, was die Datenschutzbeauftragte angeht, natürlich mit den Ergebnissen konfrontiert worden. Da hat es ja zunächst eine Sachverhaltsdarstellung gegeben und dann eine rechtliche Bewertung. Und ich war derjenige, der sich mit der rechtlichen Bewertung mit der Hilfe der Arbeitsebene auseinandergesetzt hat und dann auch eine entsprechende Antwort an die Datenschutzbeauftragte geschickt hat.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Mhm. - Aber das Bundeskanzleramt greift doch ganz vehement ein. Wir haben zum Beispiel dann ein weiteres Schreiben. Da geht es auch darum, dass bestimmte Unterlagen nicht übermittelt werden sollen usw. Dann hat man sich doch sehr intensiv mit diesen ganzen Prüfvorgängen beschäftigt. Und das immer nur auf Arbeitsebene, also - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das ist auch so in der Hierarchie vorgesehen; denn auch die BfDI hat die Arbeitsebene geschickt. Ich bin dann derjenige, der sich mit den grundsätzlichen Schlussfolgerungen sowohl der BfDI als auch unseren beschäftigt, und das sehen Sie ja, dass ich entsprechend eine Antwort zur rechtlichen Bewertung gegeben habe.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, die haben Sie vorgetragen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Durfte ich nicht, hat Herr Wolff gesagt. Das ist alles Geheim.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Waren denn noch weitere Ministerien außer dem Bundeskanzleramt eingebunden?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Sie meinen jetzt in Bezug des Kontrollbesuchs?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wir sind immer noch bei dieser ganzen Frage BfDI, Prüfung im BND, Bundeskanzleramt.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nach meiner Erinnerung nicht. Das betrifft ja uns und die Fachaufsicht. Das betrifft den BND, seine Steuerung, und die Fachaufsicht; das sind wir, also das Kanzleramt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** War Herr Heiß informiert zu allen einzelnen Schritten?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, wie gesagt, ich denke, das ist alles auf der Diskussion Referatsleitung gelaufen, also damals Frau Polzin. Und Herr Heiß war natürlich in die Vorlagen dann mit eingebunden, die zu mir gekommen sind, vor dem Hintergrund der Frage: Was antworten wir auf die BfDI? Da wird eine Vorlage für mich gemacht, und da ist Herr Heiß in der Hierarchie.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie nahmen ja jetzt auch regelmäßig an PKGr-Sitzungen teil.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Da gab es ja sicherlich - ich bin da nicht Mitglied; aber wir können es ja annehmen - die eine oder andere kritische Nachfrage, vielleicht auch Nachfragen zum Auftragsprofil oder zur Auftragssteuerung. Können Sie sich an irgendeinen Vorgang erinnern, wo man nach solchen kritischen Nachfragen des PKGr gesagt hat: „Oh, da müssen wir an der einen oder anderen Stelle revidieren“?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Revidieren inwiefern?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na ja, zum Beispiel bestimmte Ziele nicht mehr zu erfassen, bestimmte Techniken nicht mehr einzusetzen, bestimmte Software kritisch zu sehen, bestimmte - -

Ich kann ja nur spekulieren. Also, hat irgendwann mal irgendetwas aus dem PKGr zu materieller Wirkung verholfen beim BND?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ganz klar, der Taskforce-Bericht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, ja, aber ich meine jetzt, davor.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Aus meiner Kenntnis gibt es immer wieder Anregungen - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein, Anregungen, die umgesetzt wurden.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, die werden auch aufgegriffen, ohne dass ich jetzt hier einen Geheimnisverstoß begehe - - und in offener Sitzung sagen kann; aber in dem Zusammenhang, in dem Sie beschreiben, nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Mhm. - Also in dem Zusammenhang der BND- und NSA-Selektoren gab es so etwas nicht. Das PKGr war dazu auch bis zu diesem Moment nicht informiert?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also auch hier jetzt, ohne jetzt in offener Sitzung zu weit zu gehen: Das PKGr, wissen Sie ja, ist genauso nach dem Zeitpunkt März 2015 mit der Materie befasst gewesen wie dieser Untersuchungsausschuss.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wir haben im Nachgang eben auch feststellen müssen, dass eine Reihe von Kleinen Anfragen - nicht nur Kleinen Anfragen, insgesamt parlamentarische Anfragen durch Abgeordnete - nicht richtig beantwortet wurden; ob nun mit Vorsatz, ja oder nein, können wir schwerlich beurteilen. Wo sehen Sie eigentlich die Verantwortung für diese Fälle?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So wie ich es Ihnen geschrieben habe, auf Ihre Frage, Frau Abgeordnete Renner. Sie hatten ja gebeten, uns darzustellen, wo die ganzen Antworten - Kleine Anfragen - auf schriftliche, mündliche bzw. Kleine Anfragen falsch sein könnten. Wir haben uns dann auch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der Mühe unterzogen - ursprünglich hatten wir das auch selbst dem Bundesnachrichtendienst als Fach- und Dienstaufsicht aufgetragen - und haben dann, glaube ich, wenn ich mich richtig erinnere, an sechs Stellen von solchen Beantwortungen - nicht an grundsätzlichen Beantwortungen - Nachbesserungsbedarf gesehen und haben dann, glaube ich, auch das Ihnen noch mal dargelegt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt müssten wir - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, aber die Frage war: Ist das Verantwortungsbereich des BND oder des Bundeskanzleramtes, dass diese in der Vergangenheit falsch beantwortet wurden?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, die Beantwortung von parlamentarischen Fragen, die bezieht sich auf die Kenntnis, die innerhalb der Bundesregierung dazu vorliegen. Dazu gehört der BND als Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Kanzleramtes und natürlich das Kanzleramt. Dass es in dem Zeitpunkt, als die beantwortet worden sind, zu Fehlern gekommen ist, liegt in dem Fall beim Bundesnachrichtendienst, weil dort die Kenntnisse zur richtigen Beantwortung vorlagen, aber nicht eben im Kanzleramt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. - Danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann kommen wir jetzt Fraktion der Union. Herr Kollege Schipanski stellt die Fragen.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Zeuge, ich habe noch mal eine kurze Nachfrage, weil der BfDI-Bericht angesprochen wurde. Das ist sonst eigentlich mehr was für die nichtöffentliche Sitzung. Jedoch hat ja die Zeugin Löwnau, die Referatsleiterin bei der BfDI, hier auch in öffentlicher Sitzung eine rechtliche Bewertung abgegeben, indem sie sagte, dass das Fehlen einer Dateianordnung nicht nur zur formellen Rechtswidrigkeit, sondern auch zur materiellen Rechtswidrigkeit einer Datei bzw. der erfolgten Erfassung führe. Wie bewerten Sie denn diese Rechtsauffassung?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Aus Sicht der Bundesregierung falsch. Aus Sicht der Bundesregierung - und das hat die Bundesregierung auch schon in anderen Bereichen - - das ist ja nicht zum ersten Mal hier geschehen - ist es so, dass das Fehlen einer Dateianordnung ein formeller Fehler ist, der dazu führt, dass die Datenschutzbeauftragte uns darauf hinweist, dass wir hier das nachzuholen haben bzw., wenn es eine Uraltdatei ist, sage ich mal, und die nicht mehr existiert, ob das dann überhaupt noch verhältnismäßig ist, eine solche Forderung zu erheben - - Aber es führt nicht dazu - und das haben wir ganz deutlich gesagt -, dass es hier zu einer materiellen Rechtswidrigkeit kommt. Das teilen wir nicht.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. Dann darf ich noch feststellen, dass das auch die Datenschutzbeauftragte des BND so sieht und ebenfalls der ehemalige Bundesdatenschutzbeauftragte, der Herr Schaar. - Dann haben wir keine weiteren Fragen dazu und geben ab.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, danke, Herr Vorsitzender. - Herr Fritsche, ich muss leider noch mal zurückkommen - das haben wir schon mehrfach gemacht - auf das Abhören des Handys der Kanzlerin. Als Juristen sind wir uns doch wahrscheinlich einig darin, dass es sich dabei nicht nur um einen gravierenden Vorgang, sondern auch um eine Straftat handelt, wenn das stimmt.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja. Deswegen hat ja auch der GBA hier entsprechend ermittelt.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. - Und Sie waren im Oktober - das hatten Sie auch schon wieder bestätigt - zuständig im Bundesinnenministerium für öffentliche Sicherheit. Da frage ich mich: Warum haben Sie eigentlich nicht versucht, festzustellen, ob es nun wirklich stimmt? Also Sie reden ja auch heute noch, dass es plausibel ist. Das wurde damals



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch gesagt: Verfassungsschutz und BND sind der Auffassung, es ist plausibel. - Aber plausibel heißt ja nicht, das stimmt. Was haben Sie denn unternommen, um das festzustellen? Es gab ja, ich sage mal, eine Zeugin, die dazu was beitragen konnte, um das mal ganz milde auszudrücken. Haben Sie jemals selber bei der Zeugin Bundeskanzlerin Merkel nachgefragt, ob sie irgendwelche Erkenntnisse zu diesem Tatbestand hat?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, ich bin nicht der ermittelnde Staatsanwalt, und ich war, wie gesagt, wie Sie richtig sagen, im Innenministerium. Ich sehe gar nicht die Veranlassung, warum ich bei der Bundeskanzlerin hierzu nachfragen soll, insbesondere - und das wissen Sie ja auch -: Sobald ein Ermittlungsverfahren läuft, hat die Federführung für alles, was da geschieht, der jeweilige Staatsanwalt, und das ist hier der Generalbundesanwalt gewesen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Aber Sie waren ja zuständig unter anderem für die nachgeordneten Behörden Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz. Die wiederum sind zuständig für die Spionageabwehr. Auch deshalb war das ja für Sie von - ich sage mal - erheblicher Bedeutung, zu sagen: Müssen wir dieser Spur nachgehen? Sind vielleicht noch andere davon betroffen? Müssen wir da einschreiten, dass das nicht weiter passiert? Es gab ja danach im *Spiegel* auch Veröffentlichungen, wo drinstand, auch frühere Bundeskanzler oder andere Teile der Bundesregierung würden darunterfallen. Und dass der *Spiegel* nicht ganz danebenlag, ergab sich ja schon aus der Erstmeldung. Also hatten Sie nicht Grund, von sich aus als Staatssekretär im Innenministerium der Frage nachzugehen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, ich hatte insoweit Grund, als ich natürlich - wie Sie richtig sagen - für den Staatsschutzbereich oder für das gesamte BKA mit seinem Staatsschutzbereich zuständig bin als auch für das BfV. Die Aufklärung des konkreten Falles obliegt, wenn wir ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren haben, ganz allein der Staatsanwaltschaft, die ja dann nach meiner Kenntnis auch nachgefragt hat, zum Beispiel im Kanzleramt, ob es hier etwas aus Sicht

des Kanzleramtes Wertiges gibt. Das ist, soweit ich das aus der Sachlage kenne, weil ich da im BMI war, aus den Akten kenne, auch beantwortet worden. Ich habe ja vorhin auch gesagt, dass der BND eine Bewertung gegeben hat.

Aber wir haben eine grundsätzliche Schwierigkeit: Der Äther - und das ist ja etwas, was im Äther geschieht - ist spurenlos; es wird keine Beweise geben. Von daher ist die Frage für uns im BMI gewesen: Was wird in dem Zusammenhang unterstellt? Es ist nicht nur plausibel, sondern es sollte wahr sein. Was können wir insoweit machen? Und da ist die Frage: Wie kann die Spionageabwehr - das ist die Zuständigkeit des BfV - gestärkt werden? Und das ist ja dann auch eine politische Entscheidung gewesen, das zu stärken, insbesondere was den 360-Grad-Blick angeht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ich kann mich damit nicht zufriedengeben, Herr Fritsche. Die Kanzlerin oder die Zeugin ist ja nicht spurenlos. Eine mögliche Wisserin - wir wissen es ja alle nicht - sitzt da in einem Haus, in dem Sie ja auch regelmäßig ein und aus gehen und wo Sie mit den Mitarbeitern mindestens verkehren. Liegt es da nicht mal nahe, zu sagen: „Also habt ihr oder hat die Kanzlerin jetzt zusätzlich zu dem, was wir jetzt zu ermitteln versuchen, über der Botschaft zu fliegen, den Äther abzuhören, der in der Tat vieles Spurenlose oder jedenfalls nicht offenbar eine Spur Hinterlassende beherbergt - da mal nachzufragen? Also mich wundert das. Ich bin damals davon ausgegangen - nun höre ich von den ganzen Mitarbeitern auch im Kanzleramt, dass das nicht gemacht worden ist -, dass Sie natürlich als Allererstes, nachdem die Kanzlerin - so wird das berichtet; wir waren ja alle nicht dabei - mit einem, der es wissen muss, mit Herrn Obama telefoniert, danach mal fragen: Sollen wir - - Ist die ganze Sache vielleicht von den Russen irgendwas oder stimmt jedenfalls nicht? Sie muss ja nicht Einzelheiten jetzt aus dem Gespräch - - sondern: Ist das bestätigt worden, ja oder nein?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Aber noch einmal, Herr Abgeordneter Ströbele: Welchen Part sollte ich als Innenstaatssekretär hier haben? Wir haben ein laufendes Ermittlungsverfahren, und soweit



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mir bekannt ist aus den Akten, hat damals das Kanzleramt auch schriftlich dem GBA gegenüber Stellung genommen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Das haben Sie nie gesehen, was da - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Die Tatsache als solche kenne ich nur aus den Akten.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also das, was die dem Generalbundesanwalt mitgeteilt haben, haben Sie nie gesehen, haben sich auch nicht drum bemüht?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein, ich will nicht ausschließen, dass ich, nachdem ich dann in der Zuständigkeit war, das gesehen habe.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und was steht da drin?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Wie gesagt, ich will nicht ausschließen, dass ich es gesehen habe; aber ich habe keinen Inhalt erinnerlich.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Jedenfalls hat es dazu geführt, dass der GBA ja auch irgendwann das Verfahren eingestellt hatte.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wissen wir ja alles. Aber mich interessieren Sie jetzt. Ich will Ihnen noch einen Grund sagen, warum Sie sich vielleicht darum kümmern. Gerade in den Gesprächen, Auseinandersetzungen, die im Sommer 2013 mit den US-Partnern liefen, wurde ja immer wieder betont: Herr Friedrich kam zurück; andere, ich glaube, Sie auch, kamen zurück, haben gesagt: Die haben uns noch mal versichert, sie halten sich immer in Deutschland an deutsches Gesetz und Recht. - Können Sie sich daran erinnern?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Mhm.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wenn das jetzt stimmte, dann war das

ja falsch. Dann war das eine Lüge, und diese Lüge konnte ja nicht nur für diesen Fall, sondern überhaupt zu Zweifeln führen, was die Amerikaner da immer sagen, ob das überhaupt stimmt, ob man das vielleicht irgendwie absichern müsste, ob man denen noch glauben kann.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** In der Allgemeingültigkeit würde ich das nicht sagen. Aber noch mal: Ich sehe meinen Part nicht - - Ich war im Sommer 2013 als Leiter der Delegation tätig, und da ging es nicht um diese Frage; denn das Handy hat ja erst, wenn ich mich richtig erinnere, im Oktober des gleichen Jahres eine Rolle gespielt. Damals hat das Handy bei meinen Gesprächen überhaupt keine Rolle gespielt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War es nicht sogar so, dass Herr Pofalla am 24. Oktober - das ist ein relativ berühmtes und hier viel erwähntes Datum - 2013 gesagt hat: Sie wollen noch mal auch diese Sache zum Gegenstand einer besonderen Befragung, Nachfragen, in den USA stellen, weil das in der Tat ja möglicherweise zu allgemeinem Zweifeln führen könnte, was die da behaupten? Wenn das so eklatant nicht stimmt, eine Unwahrheit war, eine Lüge war - - Sie sagen ja heute noch: Plausibel ist es, aber wir wissen es immer noch nicht. - Das ist doch für die gesamte Politik auch gegenüber den USA und wie man damit umgehen soll, von ganz erheblicher Bedeutung. Ich will jetzt auf andere Fälle, vergleichbare Fälle, Markus R. zum Beispiel, gar nicht eingehen. Aber es gab doch Gründe, warum man daran zweifeln konnte, dass die Amerikaner das, was die Chefs der Dienste da immer wieder betonen, „Selbstverständlich halten wir uns an Gesetz und Recht in Deutschland“ - - dass das nicht stimmte.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also noch mal - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das wäre dann die letzte -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie gehen immer noch davon aus, dass - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - Anmerkung, vermute ich.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Noch mal: Bei meinen Gesprächen hat es noch keine Rolle gespielt, weil es zeitlich überhaupt nicht infrage kam. Im Übrigen war es dann im Bereich der Staatsanwaltschaft, und von daher sehe ich keine Zuständigkeit für mich, auch wenn Sie das noch so sehr betonen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. Haben Sie denn Kenntnis, dass - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir müssten jetzt wechseln, nämlich zur nächsten Fraktion, der Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek ist dran.

**Christian Flisek (SPD):** Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Fritsche, ich würde ganz gerne mit Ihnen jetzt noch mal die Thematik um das sogenannte No-Spy-Abkommen aufgreifen. Sie hatten vorhin gesagt, Sie stören sich an dem Begriff. Was stört Sie an dem Begriff?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Die Konzentration auf die Frage „No Spy“. Ein solches Abkommen sollte weit darüber hinausgehen, jedenfalls nach den Vorstellungen, die auf unserer Seite - - also: Was machen wir künftig zusammen? Was versichern wir uns gegenseitig? - Das war die Intention, die auf unserer Seite existierte. Deswegen ist die alleinige Konzentration auf die Frage „No Spy“ aus meiner Sicht zu wenig.

**Christian Flisek (SPD):** Zu wenig?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Ich hätte immer gedacht „No Spy“, das wäre sogar - - Also, das ist ja schon eine Erwartungshaltung, die mit diesem Begriff verbunden ist, die ist ja schon gigantisch.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Die Erwartungshaltung ist ja nicht von mir initiiert worden, sondern -

**Christian Flisek (SPD):** Von wem?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - die ist von den Amerikanern initiiert worden, indem sie von so einem Abkommen gesprochen haben.

**Christian Flisek (SPD):** Die haben also wortwörtlich von diesem „No-Spy-Abkommen“ gesprochen bei diesem Besuch.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Wie gesagt, die Amerikaner haben den Begriff „No-Spy-Abkommen“ nicht benutzt, sondern es ging um die Frage „Wirtschaftsspionage“ - wie halten wir uns an das Recht auf deutschem Boden? - und die Frage: Wie arbeiten wir künftig zusammen, und können wir vielleicht ein Abkommen schließen, das so weit geht, und zwar für ganz Deutschland, wie es das in dem besagten MoA für das eine Projekt gegeben hat?

**Christian Flisek (SPD):** Ja gut, aber noch mal: Wenn Sie jetzt - - Das, was Sie jetzt gerade geschildert haben, da gebe ich ja zu, das ist schwierig, wenn man das in eine Kamera reinsprechen muss; aber wenn man das dann trotzdem als „No-Spy-Abkommen“ bezeichnet, ist das dann kein Etikettenschwindel?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Aus meiner Sicht ist es ein Teil dessen, was mit dem Abkommen erreicht werden soll.

**Christian Flisek (SPD):** Also, ich habe das schon einmal auch eingeführt. Wenn Sie eine Umfrage hier auf der Straße machen würden und würden draußen Menschen fragen - und an die hat man ja auch im Wahlkampf kommuniziert in dieser Zeit -: „Was verstehen Sie unter einem No-Spy-Abkommen?“, ich würde mal vorwegnehmen, dass Ihnen eine überwältigende Mehrzahl der Leute sagen wird - wenn sie, ich sage mal, so viel schlechtes Englisch verstehen, dass sie entdecken können, was „No Spy“ heißt - - dass man sagen würde: Ja, das ist halt ein Abkommen, wo man sich verpflichtet, eben wechselseitig sich nicht auszuspionieren. - So.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So ist es.

**Christian Flisek (SPD):** Ja. Aber das ist doch völlig an den Haaren herbeigezogen, oder nicht?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Noch mal, Herr Abgeordneter Flisek: Es war nicht meine Intention bei der Reise Anfang August 2013, dass wir dort hingehen und sagen: Wir kommen mit einem irgendwie gearteten Abkommen heraus. - Wir haben es auch nicht von unserer Seite aus angesprochen, -

**Christian Flisek (SPD):** Schon klar.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - sondern -

**Christian Flisek (SPD):** Das haben die Amerikaner gemacht.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - es ist von den Amerikanern angesprochen worden. Und von daher - -

**Christian Flisek (SPD):** Die NSA; machen wir mal „die Amerikaner“ ein bisschen konkreter.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** NSA und der zuständige DNI.

**Christian Flisek (SPD):** NSA und der zuständige DNI haben ein Angebot ausgesprochen, mit Deutschland ein No-Spy-Abkommen abzuschließen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Beide haben angesprochen, dass sie sich ein Abkommen vorstellen können, in dem Fragen behandelt werden dieser Art. Das Ganze müsste mit einer Arbeitsgruppe vorbereitet werden, bevor es dann finalisiert werden kann.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, ja.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Bitte?

**Christian Flisek (SPD):** Ja.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja. - So war das nach meiner Erinnerung.

**Christian Flisek (SPD):** Und das alles unter dem Vorbehalt der Administration.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So ist es.

**Christian Flisek (SPD):** Mhm. - Und wenn man in einer solchen Verhandlungssituation ist, dann tritt man nach einer PKGr-Sitzung am 12. August als Chef des Bundeskanzleramtes vor die versammelte Medienschar und erzählt das in einer Zeit, wo, ich sage mal, ein Stück weit, was die Spionagewelt betrifft, unmittelbar nach den Snowden-Veröffentlichungen, die heile Welt aus den Fugen gerät.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Noch mal - -

**Christian Flisek (SPD):** Dann erzählt man als deutsche Bundesregierung, in der Person des Chefs des Bundeskanzleramtes: Wir haben das Angebot von den Amerikanern bekommen, ein No-Spy-Abkommen abzuschließen. - Das erzählt man. Ich meine - entschuldigen Sie -, nach dem, was ich gelernt habe darüber, was laufende Regierungsgeschäfte sind, was alles Geheim ist, was Streng Geheim ist, was noch nicht mal das Licht des Parlaments erblicken darf, geht der Herr Pofalla her und erzählt vor versammelter Kammerschar: Es ist ein Angebot der US-Regierung da, ein No-Spy-Abkommen abzuschließen. - Das halten Sie für logisch?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein. - Das kann ich nicht bestreiten. Aber noch mal: Ich war damals der Staatssekretär im Bundesinnenministerium, -

**Christian Flisek (SPD):** Ja, ja.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - und es ist eine Entscheidung des damaligen Chefs des Kanzleramtes gewesen, dieses öffentlich kundzutun.

**Christian Flisek (SPD):** Nach den Gepflogenheiten, die Sie jetzt als Koordinator für die Nachrichtendienste kennen: Wäre ein solcher Gang an die Öffentlichkeit, vorausgesetzt, es gäbe ernsthaft solche Verhandlungen, nicht ein Todesstoß für solche Verhandlungen gewesen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein, es kann ja durchaus sein, dass der Partner sogar bereit ist, dass man an die Öffentlichkeit geht. Das will ich nicht ausschließen.

**Christian Flisek (SPD):** War er das denn?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Aus meiner Kenntnis in dem Fall, soweit ich eingebunden war, nicht. Aber es kann durchaus sein, dass der Partner sagt: Das ist etwas, was wir gemeinsam öffentlich erklären wollen. - Das ist nicht auszuschließen.

**Christian Flisek (SPD):** Frau Donfried hat ja dann in der berühmt gewordenen E-Mail, die ja auch das Licht der Öffentlichkeit erblickt hat, vom 8. Januar 2014 geschrieben:

... dies wird kein No-Spy-Abkommen werden, und ich glaube, jeder ... auf unserer Seite hat das auch fortwährend die ganze Zeit über klar zum Ausdruck gebracht.

„Jeder ... auf unserer Seite“, „die ganze Zeit über“, „klar zum Ausdruck gebracht“: Funkzionieren die deutsch-amerikanischen Verhältnisse so schlecht, dass man scheinbar sich überhaupt nicht versteht?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Na, ich denke, dass das Problem eher in der Administration mit den Diensten, also inneramerikanisch, existierte, nach dem, was mir bekannt ist; ich bin ja bei den Diskussionen nicht dabei. Das scheint mir eher der Grund zu sein; denn es hat - das kann nur ich sagen bzw. der ehemalige Präsident des BND und der BfV-Präsident -, wie wir dort waren, dieses Angebot gegeben, dass es eine Arbeitsgruppe geben soll, die so etwas aushandeln soll. Und in den weiteren Verhandlungen bin ich nur noch mal einbezogen worden in dem Telefonat mit dem Weißen Haus, wo das nicht ausgeschlossen wurde. So, mehr kann ich dazu nicht sagen.

**Christian Flisek (SPD):** Ich muss mir ja darauf einen Reim machen, und ich glaube in der Tat, dass es vielleicht solche Überlegungen gab - das haben jetzt verschiedene Zeugen neben Ihnen auch ausgesagt -, dass man eventuell Inhalte, die in einem MoA mal gestanden haben, irgendwie weiter fasst, über eine einzelne Kooperation hinaus. Wissen Sie, was das Problem an der ganzen Sache ist? Wann aus der Interpretation eines solchen Gespräches, ob das jetzt ein konkretes An-

gebot ist oder nicht, eine Täuschung der politischen Öffentlichkeit wird. Und diese Grenzziehung, die ist je nach Hierarchie, die wir hier befragen, etwas fließend. Aber eines ist auch deutlich: dass man, was immer da besprochen wurde und an Angebot existierte, in dem Moment, wo der erste deutsche Repräsentant den Begriff „No-Spy-Abkommen“ in den Mund genommen hat, eine absichtsvolle Täuschung der Öffentlichkeit vorgenommen hat, weil die deutsche Öffentlichkeit würde unter diesem Begriff etwas ganz anderes verstehen als das, was Sie gerade sehr sachlich als Inhalt eines solchen Abkommens dargestellt haben.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich habe aber auch gesagt, dass das nur ein Teil ist - - sondern dass es darüber hinausgeht. Sie selbst haben ja auf ein MoA im konkreten Projekt hingewiesen, und die Äußerungen, wenn ich mich richtig erinnere, waren ja - ähnlich wie in diesem MoA, die grundsätzlich dort stehen -, auf die gesamte Bundesrepublik zu übertragen und auf die Tätigkeit der Dienste, der US-amerikanischen Dienste gegenüber Deutschland. Das ist das, was mir noch in Erinnerung ist, und das ist - auf die gesamte Bundesrepublik bezogen und nicht nur für ein konkretes Projekt - doch deutlich weiter gehend.

**Christian Flisek (SPD):** Gut, aber das ist dann der Bereich so nach dem Motto: „Wir kümmern uns um G 10, wir kümmern uns um den Schutz amerikanischer Bürger bei Kooperationen“ - ja? -, aber auch nicht mehr.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Na ja, wenn ich das noch richtig in Erinnerung habe, sind das natürlich Dinge, die in dem MoA standen, also: keine gegenseitige Spionage. Das sind Dinge, die eine Rolle gespielt haben für das Projekt. Wenn man das jetzt aber auf die gesamte Bundesrepublik Deutschland überträgt, dann ist es natürlich das von mir auch nicht gern so bezeichnete No-Spy-Abkommen.

**Christian Flisek (SPD):** Kennen Sie ein MoA, wo drinsteht, dass man auf gegenseitige Spionage verzichtet?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, wenn ich mich richtig erinnere, hat das bezogen - da gehen wir aber jetzt in den geheimen Bereich - - das MoA, das ja in dieser Diskussion hier im Untersuchungsausschuss eine Rolle spielt. Das ist meine Erinnerung.

**Christian Flisek (SPD):** Mhm. - Aber es wird ja auch, sage ich mal, dem Bundeskanzleramt nicht entgangen sein, was sozusagen parallel dazu eigentlich sämtliche US-offiziellen Geheimdienstchefs der Öffentlichkeit immer wieder gesagt haben: dass die US-Geheimdienste schlicht und ergreifend nur ihre eigenen nationalen Interessen als Maßstab ihrer Arbeit sehen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Es kann auch im nationalen Interesse bestehen, dass man sagt: Ich will ein solches Abkommen mit einem Partner abschließen. - Also das schließe ich nicht aus.

**Christian Flisek (SPD):** Isoliert?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Ich sage es mal aus der Perspektive der US-Administration: Ich meine, die Amerikaner - zumindest damals noch; heute ist das ein bisschen anders - waren an sicherlich vielen guten Kooperationen und Partnerschaften in der Welt interessiert. Und dann allen anderen Bündnispartnern und anderen Partnern, wo auch immer auf der Welt, erklären zu müssen, warum man jetzt ausgerechnet mit den Deutschen das macht, ist doch etwas komisch. Weil man kann doch damit rechnen, dass in dem Moment, wo so was öffentlich wird - und das wird ja beobachtet; also man kann davon ausgehen, dass der Satz von Herrn Pofalla über alle Botschaften, die hier in Berlin präsent sind, an die jeweiligen Regierungen übermittelt worden ist -, natürlich da auch Begehrlichkeiten entstehen und dass man sagt: Also dann bitte auch mit uns.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, aber diesen Begehrlichkeiten muss man ja nicht nachkommen. Warum soll man nicht einen Partner privilegieren und mit anderen das nicht machen? Und ich glaube auch nicht - -

**Christian Flisek (SPD):** Das halte ich - Entschuldigung, Herr Fritsche, dass ich das sage - für weltfremd.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Noch mal, Herr Abgeordneter Flisek: Wir müssen das jetzt nicht in einer retrograden Diskussion sehen, sondern die Diskussion, in der wir uns damals befunden haben - - Und zu meiner Überraschung ist bei dem Besuch ein solches Abkommen von den Amerikanern angesprochen worden, und zwar von den Amerikanern. Und da ist es durchaus möglich. Das hat sich halt dann erst im Frühjahr wohl durch eine politische Entscheidung, auf der politischen Ebene dann zerschlagen.

**Christian Flisek (SPD):** Na ja, gut. Was heißt „im Frühjahr“? Am 8. Januar gab es diese berühmte E-Mail von Frau Donfried an Herrn Heusgen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, und ich habe mit einer Person gesprochen innerhalb des Weißen Hauses, die hierarchisch nach meiner Kenntnis über Frau Donfried redet. Von dem Gesprächsvermerk - - Den kenne ich erst aus dem Studium der Akten. Nach meinem Empfängerhorizont war in diesem Gespräch ein solches Abkommen nicht ausgeschlossen. Und das war am 14. oder 15. Januar.

**Christian Flisek (SPD):** Sie sind in das Amt - - Wann genau sind Sie Geheimdienstkoordinator geworden?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Am 14. Januar.

**Christian Flisek (SPD):** Am 14. Das heißt, Sie sind in dieses Amt hineingekommen noch mit der Agenda: Es könnte ein No-Spy-Abkommen geben.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So ist es; denn das war meine Kenntnis.

**Christian Flisek (SPD):** Mhm. - Und was haben Sie dann konkret noch in dieser Funktion unternommen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Mein Telefonat mit der betroffenen Person im Weißen Haus, wo es,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wie ich gesagt habe, nicht ausgeschlossen worden ist - -

**Christian Flisek (SPD):** Wer war das?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich weiß nicht, ob das jetzt hier aus meiner Sicht gesagt werden kann.

(Der Zeuge wendet sich an  
MR Philipp Wolff (BK))

**MR Philipp Wolff (BK):** Der Vermerk ist auch entsprechend eingestuft zu den Inhalten. Also das müssten wir dann in eingestufte Sitzung behandeln.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also kann ich Ihnen sagen, aber nicht in offener Sitzung.

**Christian Flisek (SPD):** Mhm.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Mit der Person ist gesprochen worden. Dann hatte ich über das Gespräch oder das Ergebnis - nämlich, dass es nicht auszuschließen ist - Chef BK, nach meiner Erinnerung, unterrichtet, und dann hat es auf der politischen Ebene, wohl eher in der Abteilung 2 liegend, weitere Gespräche gegeben; denn - Sie sagen ja selbst - am 8. Januar hat wohl der Abteilungsleiter 2 mit Frau Donfried gesprochen. Diese Dinge sind dann nicht über meinen Tisch gelaufen. Für mich war dann nur wichtig, dass wir im Gespräch bleiben, dass jedenfalls auf Dienstebene wir vielleicht ein Abkommen hinbekommen, wenn auch ohne eine politische Erklärung oder ein politisches Abkommen.

**Christian Flisek (SPD):** Hat sich denn die Kanzlerin über den Fortgang der Verhandlungen regelmäßig informieren lassen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Davon gehe ich aus, aber jedenfalls nicht von mir.

**Christian Flisek (SPD):** Wer wäre dann sozusagen hier derjenige, der die Informationen gibt?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Na, in Bezug auf die politischen Fragen, also ein politisches Abkommen, wäre das dann nach meiner Kenntnis die Abteilung 2 im Kanzleramt.

**Christian Flisek (SPD):** Die Abteilung 2, Herr Heusgen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So ist es; in Verbindung mit dem, was aufseiten des Auswärtigen Amtes dazu besprochen wird.

**Christian Flisek (SPD):** Also das würde über Herrn Heusgen laufen, und der würde unmittelbar die Kanzlerin im Zweifel darüber informieren.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Davon gehe ich aus.

**Christian Flisek (SPD):** Mhm. - Wie läuft denn überhaupt die Kommunikation zur Kanzlerin in Fragen der internationalen Geheimdienstkooperation?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Na, es gibt natürlich Unterrichtungsvorlagen, die auch an die Kanzlerin gehen; aber mein Hauptansprechpartner, auch in solchen Fragen, ist der Chef des Bundeskanzleramtes.

**Christian Flisek (SPD):** Besprechen Sie mit Herrn Altmaier, wann die Kanzlerin über bestimmte Dinge informiert wird und wann nicht?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein. Ich bespreche mit ihm das Thema, und er entscheidet dann, wie er die Kanzlerin unterrichtet.

**Christian Flisek (SPD):** Kriegen Sie eine Rückmeldung von Herrn Altmaier, welche Themen er mit der Kanzlerin besprochen hat und welche nicht, oder können Sie dann aufgrund von Nachfragen des Herrn Altmaier Rückschlüsse darauf ziehen, was der Kanzlerin übermittelt wurde und was nicht?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich kann natürlich aus dem, was meinen Bereich betrifft, was ich da als Rückmeldung vom Chef BK bekomme, schlie-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ben, dass das mit der Kanzlerin besprochen worden ist. Noch mal: In dem Bereich, ob die sachverständige Vertrauensperson - - gab es auch Gespräche mit der Kanzlerin.

**Christian Flisek (SPD):** Umgekehrt gefragt: Der Fall „Abwägung Staatswohl“, Untersuchungsinteresse des Ausschusses, Aufklärungsinteresse des Ausschusses, Vertrauensperson: Das haben Sie ja als einen Fall genannt, wo man offensichtlich mit der Kanzlerin unmittelbar gesprochen hat.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Mhm.

**Christian Flisek (SPD):** Gibt es weitere Fälle, die Sie hier nennen können, wo Sie wissen, das ist nach Ihren Informationen mit der Kanzlerin besprochen worden?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, ich gehe davon aus, dass mit der Kanzlerin Verschiedenes besprochen worden ist. Was hier den Untersuchungsausschuss angeht, habe ich keine weiteren Kenntnisse - oder: das Thema des Untersuchungsausschusses angeht, keine weiteren Kenntnisse.

**Christian Flisek (SPD):** Also selbst - - Ich schließe mal jetzt daraus, dass die Kanzlerin ja vielleicht nach der Veröffentlichung der Tatsache, dass ihr Handy ausspioniert wird - - Ich wende das jetzt mal auf mich: Dann ist man natürlich schon irgendwo, ich sage jetzt mal, beleidigt, insbesondere wenn man dann sozusagen so einen programmatischen Satz in die Welt setzt und gleichzeitig No-Spy-Abkommen laufen, Verhandlungen darüber. Gibt es da keinerlei gesteigerten Gesprächsbedarf auch mit Ihnen als dem Koordinator für die Geheimdienste?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, um das noch mal zeitlich einzuordnen: Zu dem Zeitpunkt als im Oktober 2013, glaube ich - das Handy eine Rolle gespielt hat, war ich nicht im Bundeskanzleramt, -

**Christian Flisek (SPD):** Das ist klar.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - sondern da war ich nur in den Vorbereitungen zu den Sondersitzungen PKGr immer mit anwesend, um den Part des Bundesinnenministeriums zu vertreten. In dem Zusammenhang hat das aus meiner Sicht ganz allgemein - das Handy und die Veröffentlichungen dazu - eine Rolle gespielt, aber nicht im Sinne Gespräch von mir mit der Kanzlerin.

**Christian Flisek (SPD):** Wie oft sitzen Sie mit der Kanzlerin zusammen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Immer wenn es Dinge gibt, die besonders wichtig sind. Da kann ich Ihnen jetzt keine regelmäßige Thematik sagen, also keinen regelmäßigen Kalender geben. Wir haben ja unsere normalen Lagen. Da ist immer Chef BK dabei. Insoweit gehe ich auch davon aus, dass Chef BK hier die Kanzlerin unterrichtet, und in manchen Fragen bin ich dann dabei, um da an dem Gespräch teilzunehmen; aber es gibt keinen eingeschliffenen Mechanismus.

**Christian Flisek (SPD):** Haben Sie jemals irgendeine Äußerung der Kanzlerin mitbekommen, ich sage mal, dergestalt, dass man sie im Vorfeld ihres berühmten Zitates im Oktober nicht ausreichend informiert hätte?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ein solches Zitat ist mir nicht bekannt.

**Christian Flisek (SPD):** Irgendwelche Äußerungen? Wahrnehmungen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein. Keine Äußerungen in dem Sinne, wie Sie es gerade beschreiben.

**Christian Flisek (SPD):** Gut. - Würden Sie denn - wie Sie sagen „retrograd“ betrachtet - das Ganze so interpretieren, dass man die Kanzlerin damals hätte besser informieren müssen, bevor sie einen solchen Satz sagt?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also das ist jetzt eine Bewertung zu einer Frage, die ich als Zeuge einfach nicht beantworten kann, weil ich nicht weiß, vor welchem Hintergrund das Ganze gelauten ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Mhm.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Wir müssen wechseln.

**Christian Flisek (SPD):** Dann wechseln Sie.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir kommen jetzt zur nächsten Runde. - Da beginnt wieder die Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, vielen Dank. - Ich will noch mal an einen Punkt anknüpfen, den der Kollege Flisek eben schon nachgefragt hatte, weil Sie jetzt so die richtige Antwort nicht gegeben haben: Wie oft treffen Sie denn die Kanzlerin zu persönlichen Gesprächen in Ihrer Funktion? Also, ist das im Schnitt einmal im Monat, oder ist das jede Woche einmal, jede Woche zweimal? Nur damit ich da eine Vorstellung habe, wie das abläuft.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also noch mal: Es gibt keinen festen Termin, dass man sich jeden Donnerstag oder sonst wie trifft. Wenn es sein muss, in der Zeit vor der Sommerpause des Jahres 2015, häufiger, sonst weniger. Wie gesagt, mein Hauptansprechpartner ist Chef des Kanzleramtes, und hier gibt es die Kommunikation zwischen dem Chef des Kanzleramtes und der Kanzlerin.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich habe Sie gefragt: Sehen Sie sie jede Woche zum Gespräch?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein, sehe ich sie nicht. Das habe ich doch aber gesagt, dass es hier keinen Kalender gibt, also keine regelmäßigen Termine.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Sie wissen schon, dass ich vom Schnitt jetzt rede?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich rede nicht von jeder Woche. Wenn Sie im Urlaub sind, treffen Sie sie natürlich nicht. Ich will wissen, wirklich, wie oft Sie dort Beratungen mit der Kanzlerin haben zu wichtigen Fragen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Rückblickend betrachtet ein paarmal; das kann manchmal sogar zwei-, dreimal die Woche sein. Dann kann es auch einen längeren Zeitabschnitt geben, wo ich sie gar nicht sehe und nur Chef BK unterrichte. Also ich bitte um Nachsicht, dass - - Ich verstehe gar nicht den Hintergrund Ihrer Frage. Immer wenn es -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Mir geht es um die Intensität des Austausches.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - notwendig ist, spreche ich mit der Kanzlerin.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Gibt es denn von diesem Telefonat der Bundeskanzlerin mit Präsident Obama einen Aktenvermerk oder ein Protokoll oder einen Vorgang, von dem Sie Kenntnis haben?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein, habe ich nicht.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Wie wird denn so was rückgespiegelt? Also, kolportiert ist ja der Satz der Amerikaner: Die Zusage von Obama sei, das Handy werde künftig nicht mehr abgehört. Das heißt ja im Umkehrschluss - oder man kann es im Umkehrschluss so gelten -, dass es vorher tatsächlich abgehört worden ist. Und da steht für mich die Frage: Gibt es dann im Kanzleramt zum Beispiel keine Gespräche darüber: „Wenn das jetzt für die Kanzlerin gilt, gilt das für die gesamte Bundesregierung? Sind da andere Minister nach wie vor von Abhörmaßnahmen betroffen? Wie gehen wir damit um?“? Ist das nichts, was in Ihrem Bereich dort mitdiskutiert wurde?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also noch mal: Zu der Zeit war ich Innenstaatssekretär, und da haben wir das unternommen, was ich als Innenstaatssekretär zu unternehmen habe, nämlich zu fragen: Was kann die Spionageabwehr zur Aufklärung leisten? Was kann der Staatsschutz zum BKA - - dazu leisten? Wie können wir so etwas feststellen im spurenlosen Äther, solange wir nicht direkt den Beauftragten als menschliche Quelle führen, was wir leider nicht machen? - Von daher haben wir nur das gemacht, was wir



## Nur zur dienstlichen Verwendung

machen können, was auch realistischerweise zu machen ist, und das war das, was ich im Innenministerium gemacht habe. Wie gesagt: Die Frage „Kanzlerinnenhandy“ war, wenn ich mich richtig erinnere, Oktober 13. Da war ich noch nicht im Kanzleramt.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Aber im Januar 14 waren Sie da, und dann hat es danach viele Gespräche auch mit den Amerikanern gegeben. Also, ich kann mir nicht vorstellen, dass man das einfach auf sich beruhen lässt - - dass in den Gesprächen dann - da waren Sie dann im Amt -, das dort auch diskutiert worden ist, dass Sie sagen: Wie sieht es denn nun eigentlich aus? Gibt es da eine neue Entwicklung? Werden weiterhin Mitglieder der Bundesregierung überwacht?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also natürlich hat es - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Oder stellen Sie solche Fragen nicht aus Angst vor den Amerikanern? Ich möchte es ja nur verstehen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also noch mal: Natürlich hat es auch in Folge dann Fragen gegeben, auch an NSA-Vertreter - es gibt ja Vertreter auch hier in Deutschland -; aber wir haben keine Antwort bekommen, die jetzt hier sagt Ja oder Nein.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Und damit geben Sie sich dann zufrieden.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Was soll ich machen?

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Sich für die Interessen der Bundesrepublik und auch für die der Regierung einsetzen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das machen wir tagtäglich, Herr Abgeordneter Hahn. Aber wenn wir keine Antwort bekommen, was sollen wir dann machen?

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich bin nicht da, Ihre Fragen zu beantworten, nicht? Aber - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Gut, dann verzeihen Sie die Gegenfrage. Ich sehe keinen Weg.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Dann möchte ich noch mal auf Ihre Aussage zurückkommen, Sie hätten am 13.03.2015 das erste Mal von den Sektoren etwas gehört.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Mhm.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Das ist auch ein Punkt, der in - - Sie können jetzt wieder sagen: 2013 war vor Ihrer Zeit im Kanzleramt. Aber wir wissen ja aus Zeugenvernehmungen hier, dass zunächst auf Weisung von Pofalla die ganzen EU-Sachen rausgenommen worden sind aus der Steuerung, also zumindest erst mal gesperrt wurden. Wir wissen aber auch, dass in der Folge, also auch im Jahr 2014, Teile wieder eingestellt worden sind, dass man zu dem Ergebnis gekommen ist: Man braucht es doch. Da gibt es Probleme, wenn man bestimmte Länder, die im Auftragsprofil sind, nicht drinhat. Hier ist die Rede gewesen von auch NATO-Ländern. Die sind hier dann nicht weiter genannt worden; da gibt es eine geschlossene Sitzung. Aber da ist ja wieder was eingestellt worden. Und wenn so etwas passiert, nachdem eine Weisung vorher was anderes festgelegt hat, ist das nicht ein Punkt, an dem Sie hätten beteiligt werden müssen?

Also Februar, März, April 2014 waren Sie im Amt, und da wird eine grundlegende Weisung, die der Chef BK gegeben hat, wieder verändert, und Sie sind der zuständige Mann für die Geheimdienstkoordination. Davon haben Sie überhaupt nichts gehört und nichts erfahren?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Aber noch mal, um es zu sagen: Ich habe das erste Mal am 13.03.15 das gehört und dann nachfolgend aus den Akten entnommen, dass es dort Weisungen des Abteilungsleiters TA von 2014 gibt und, und, und. Das war mir zu dem Zeitpunkt, als das Ganze passiert ist, 2014, nicht bekannt.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Meine Schwierigkeit besteht darin, überhaupt zu verstehen: Wenn Sie einen Abteilungsleiter 6 haben, der zuständig



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ist für die Dienst- und Fachaufsicht, der ja offenkundig wissen musste, dass diese Einst- - Er war bei dem Gespräch dabei bei Herrn Pofalla. Er kannte die Weisung. Und jetzt wird ein Teil der Weisung wieder rückgängig gemacht, sicherlich nicht ohne Kenntnis von Herrn Heiß. Dann ist doch die Frage: Sie als der neue Mann zwischen Chef BK und Herrn Heiß als Abteilungsleiter - - An Ihnen ist das alles vorbeigegangen? Die haben Sie da nicht informiert? Keinerlei Kenntnis?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So ist es. Und es ist ja wohl auch, wenn ich das aus dem Aktenstudium entnehme, mit der Amtsleitung des BND nur unzureichend besprochen worden.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Nein, die Amtsleitung - Entschuldigung - hat uns ja mitgeteilt, dass diese Sachen wieder eingestellt werden mussten, weil man sie brauchte.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Mhm.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Das heißt, die Amtsleitung wusste das und Herr Heiß, gehe ich davon aus, auch. Die Frage ist doch, ob Ihre Aussage, Sie haben im März 2015 das erste Mal davon gehört, richtig sein kann. Und da aber dieser zentrale Schritt noch mal erfolgt ist im Jahr 2014, wo Sie im Amt waren, habe ich da eben erhebliche Zweifel.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Gut, die kann ich Ihnen offensichtlich nicht nehmen. Ich kann nur noch mal wiederholen, dass ich davon erst im März 2015 erfahren habe.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Was erhalten Sie denn an Meldungen oder an - - Sie haben vorhin von Finished Intelligence gesprochen. Was erhalten Sie an Informationen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das, was ich vorhin beschrieben habe, also die Finished Intelligence, die Berichte, die auch an andere Ressorts gehen, wo andere Ressorts dann Rückfragen stellen. - Das ist das eine. Weil das der Ausfluss aus dem Aufgabenprofil der Bundesregierung - da sind ja nicht nur das Kanzleramt, sondern auch andere Ressorts beteiligt - ist.

Und das andere ist das, was ich versucht habe eingangs zu beschreiben, was die Fach- und Dienstaufsicht über den Bundesnachrichtendienst als solche angeht, nämlich die Jours fixes einzuführen, über Probleme dort zu reden. Das muss dort natürlich auch vorgetragen werden; das habe ich vorhin erläutert. Das ist in vielen Fällen geschehen, in diesem besagten Fall vor März 2015 nicht.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Na, ich frage mich: Wenn Sie zum Beispiel eine Information bekommen: „Die amerikanische Regierung plant das und das, ist aus einem Telefonat von Clinton mit“ - weiß ich nicht - „einem UNO-Verantwortlichen“ - wie auch immer - „hervorgegangen“, wenn Sie so etwas bekommen - und das ist vielleicht auch eine wichtige Information -, haben Sie sich da nie die Frage gestellt: „Wen von beiden hören wir denn da ab? Wie kommen die an die Informationen? Unser Dienst? Steht beides nicht im Auftragsprofil und trotzdem werden Meldungen generiert?“?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also noch mal: In der sogenannten Finished Intelligence steht ja nicht, wer mit wem und woher wir das erfahren haben, sondern da ist eine Bewertung des Bundesnachrichtendienstes aufgrund der Erkenntnisse, die er durch nachrichtendienstliche Mittel erhalten hat, ohne dass man daraus ziehen könnte, wie er denn das Ganze erhalten hat, ob das SIGINT ist und wen er dort in welchem Telefonat aufgegriffen hat. - Das ist das eine. Und das andere, worauf Sie bei einem solchen Telefonat abheben könnten - - Mir sind jedenfalls solche Telefonate nicht bekannt; die sind mir erst bekannt aus dem Aktenstudium.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Na, ich kenne ja diese Meldungen und diese Sachen, die Sie schriftlich bekommen in der Regel nicht. Ich kann mir nur vorstellen, wenn man eine Mitteilung weitergibt - ich bleibe wieder bei dem Beispiel: die amerikanische Regierung plant dieses und jenes -, dass man dann auch darunter schreibt, gerade weil man gut gearbeitet hat: Das ist eine besonders wichtige und wertvolle Information, weil die kommt eben zum Beispiel von der amerikanischen Außenministerin.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Macht man sicher nicht, weil ja diese Berichterstattung nicht nur fürs Kanzleramt ist, in der Fach- und Dienstaufsicht, sondern eine allgemeine Beschreibung des Aufgabenprofils des Bundesnachrichtendienstes und auch an die anderen Ressorts geht. Dort wird keinesfalls aufgeschrieben von welchen Quellen - SIGINT, HUMINT oder Partnerinformationen - das Ganze herkommt.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Und das Kanzleramt kriegt -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt müssten wir gleich wieder wechseln.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** - keine eigenständigen Informationen? Weil Sie sagten: Das geht immer an alle Ressorts.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** In den Fällen - - Nein, wir kriegen keine eigenst- - Es kann sein, wenn wir auffordern, in bestimmten Fällen, aber dann nicht im Sinne von - - Wenn uns was aufgefallen ist, wenn jemand gesagt hat: „Mit der Quelle gibt es zum Beispiel ein Problem; das ist im Jour fixe gesagt worden“, dann werden wir uns darum kümmern, selbstverständlich. Das ist die Pflicht der Fach- und Dienstaufsicht. Aber auch in den Berichten, wenn wir nachfragen, wenn es eben nicht so einen Hinweis gibt, sondern allgemein: „Was gibt es für Berichterstattung, die das Kanzleramt allein will?“ - kommt auch vor -, dann ist es auch so, wie ich es Ihnen geschildert habe. Da steht nicht drin: Und das haben wir von der wertigen Quelle XY.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut. - Dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion, der Fraktion der Union. Gibt es noch Fragen im öffentlichen Teil?

**Nina Warken (CDU/CSU):** Momentan nicht. Danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich versuche hier mal so drei, vier Punkte noch einzusammeln. - Herr Fritsche, Sie erinnern sich daran, wie das war, als diese Frage nach der Telefonnummer von Frau Merkel - von der NSA gesteuert - aufkam?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Mhm.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich glaube, Sie müssen Ja oder Nein sagen, damit der Stenograf das - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ach so, Entschuldigung. - Natürlich. Das war ja damals in allen Medien.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau, das war in allen Medien. Aber das muss ja auch im BMI eine Rolle gespielt haben.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Habe ich vorhin schon gesagt.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Natürlich habe ich nachgefragt, ob irgendwelche Erkenntnisse existieren. Es ist mir bestätigt worden weder vom BKA noch BfV, dass es solche gibt. Und dann haben wir die Frage gestellt: Wenn es nicht beweisbar ist - weil ich ja gesagt habe: spurenloser Äther -, was können wir im Rahmen der Zuständigkeit des BMI hier machen? Und da spielt natürlich die Spionageabwehr eine Rolle. Folge ist auch, dass jetzt die Spionageabwehr im BfV gestärkt worden ist, der sogenannte 360-Grad-Blick verstärkt wird.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, den soll es ja schon vorher gegeben haben. Aber sei es drum.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Verstärkt.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut, verstärkter 360-Grad-Blick. - Aber kam im Zusammenhang in diesen Tagen, wo das heiß diskutiert wurde - ich glaube, man war auch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mehrfach im Bundeskanzleramt; ich glaube, Sie waren auch mit von der Partie -, die Frage auf, was eigentlich in Bad Aibling gesteuert wird?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war kein Thema.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das war kein Thema.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum eigentlich nicht?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Warum?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Weil in Bad Aibling die Amerikaner mehrere Millionen Selektoren einsteuern. Und es leuchtet jetzt gar nicht so richtig ein, warum eigentlich ausgerechnet die Handynummer von Frau Merkel nicht dabei gewesen sein soll.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also noch mal - ohne jetzt dann nur auf die eingestufte Sitzung zu verweisen -: Es gab in Bad Aibling ein Projekt, das sich vor allem mit den Fragen und mit den technischen Möglichkeiten von Bad Aibling, also auch in der Kooperation, auseinandergesetzt hat. Und da war die Zielrichtung ganz klar, nämlich: Einsatzgebiete der Bundeswehr und Terrorismus.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Fritsche, nein. Das - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So war es.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Also keine kabelgebundene Kommunikation wird dort durchrastert, sagen Sie.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Wir sprechen jetzt von dem konkreten Projekt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das ist die Selektorenfrage.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. - Ich weiß, wovon ich rede. Ich rede davon, was in Bad Aibling geschieht. So. Und da gibt es natürlich auch Satelliten und irgendwie Afghanistan usw.; aber es gibt eben auch viel mehr, und in der Vergangenheit gab es viel mehr. Woher nehmen Sie die Erkenntnis, dass nicht bis zum heutigen Tag die Telefonnummer von Frau Merkel dort eingesteuert wird, wenn Sie es nicht nachgeguckt haben?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, die Telefonnummer der Kanzlerin einzusteuern, kommt überhaupt nicht infrage. Das ist etwas, was nicht im Aufgabenprofil des BND ist.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wenn der Bundesnachrichtendienst - - Ja, na klar kommt das nicht infrage und wäre eine Ungeheuerlichkeit; aber der Bundesnachrichtendienst steuert ja selbst die Telefonnummern von anderen Staatschefs. Und insofern: Die Amerikaner machen sich vielleicht gar nicht die Mühe. - Ich sage ja gar nicht, dass das nur bössartig ist, sondern vielleicht ist das auch einfach nachlässig, und man sagt: Gut, Leute, wenn ihr nicht wollt, dass das in Bad Aibling gesteuert wird, die Nummer von der Angela, dann müsst ihr sie halt selbst aussortieren. - Deswegen frage ich Sie: Woher nehmen Sie oder nimmt das Bundeskanzleramt oder der BND die Erkenntnis, dass nicht auch in Bad Aibling zumindest der Versuch bestand, dass in diesen Millionen von Selektoren auch die Nummer der Kanzlerin war, wenn Sie nicht nachgeguckt haben?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also noch mal ganz deutlich: Es wird nicht gesteuert durch den Bundesnachrichtendienst.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie haben es nachgeguckt.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich kann hier in offener Sitzung nur sagen: Es wird nicht gesteuert.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber, Herr Fritsche, es ist doch so: Teilweise mehrfach am Tag streut die NSA in dieses



## Nur zur dienstlichen Verwendung

System neue Selektoren, Zehntausende, manchmal Hunderttausende von neuen Selektoren ein. Also, wenn Sie nicht nachgeguckt haben, woher wissen Sie, dass unter diesen Millionen von Selektoren, die der Bundesnachrichtendienst in Bad Aibling - unter anderem in Bad Aibling - für die NSA gesteuert hat, die Nummer der Kanzlerin nicht war?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Noch mal, Herr Abgeordneter - ich habe versucht, das vorhin zu sagen -: Wir haben als Folge dessen, was wir im März 2015 und folgende gelernt haben, eine Qualitätssicherung eingerichtet, die die gesamten aktiven Profile, die existieren, überprüft.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber das ist eben ab dem Zeitpunkt. Und mich interessiert die Zeit davor. Hat sozusagen zehn Jahre lang seit „Eikon“ die NSA - vielleicht zweimal am Tag - versucht, die Nummer der Kanzlerin einzusteuern - vielleicht anfangs noch die Nummer von Herrn Schröder oder von Herrn Steinmeier oder wem auch immer -, oder schließen Sie das aus? Oder sind die im Filter hängen geblieben, in dem „+49“-Filter, den Frau Merkel ja vielleicht in ihrer Nummer dann erfüllen würde?

Aber haben Sie das mal überprüft? Oder könnte es sein, dass tatsächlich im Auftragsprofil die Amerikaner das regelmäßig versucht haben?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nach meiner Kenntnis nicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie können es auch nicht ausschließen, weil Sie nicht haben nachgucken lassen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein, ich kann es nicht ausschließen, weil, wie Sie wissen, bei der Vorlage der Listen - das ist ja eine lebende Liste gewesen - teilweise ja auch - sowohl, was die eigene Steuerung angeht, als auch die NSA - nicht alles wiederherstellbar ist.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es war nicht alles wiederherstellbar. Genau.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So ist es.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es sind Sachen verschüttgegangen. - Wie gesagt, Sie kennen ja unsere Position hier: Von den NSA-Selektoren durften wir ja gar nichts anschauen. Das würde jetzt ungeheuer helfen, zu sagen: Also, wir haben uns das alles angeguckt; Frau Merkels Nummer war nicht darauf. - Das können wir jetzt nicht machen. Und meiner Ansicht nach spricht vieles dafür, dass eben sie darauf war. Und wenn niemand nachgeguckt hat - na ja.

Und eine Frage aus dem Bundeskanzleramt, nicht von Frau Merkel selbst, aber damals seinerzeit in Richtung Spionageabwehr oder in den Diskussionen im Bundeskanzleramt, in denen Sie da zusammenkamen nach dem Motto: „Sagt mal Leute, machen wir das eigentlich auch?“, diese Frage ist nie gestellt worden?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, in den Besprechungen, an denen ich teilgenommen habe, nach meiner Kenntnis nicht. Ich habe den Part übernommen, der das BMI betrifft. Und das sind eben Staatsschutzfragen und Spionageabwehr.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also weder Pofalla noch Seibert noch irgendjemand haben gesagt: Leute, sagt doch mal - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** In den Besprechungen, an denen ich teilgenommen habe - und zugegebenermaßen waren das sehr viele im Juli/August -, hat das nicht stattgefunden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Erklärung von Herrn Pofalla am 12.08., die ist ja, ich sage mal - das kann man ja an diesen No-Spy-Abkommen-Verhandlungen und an dem Schriftverkehr da gut sehen -, von langer Hand geplant worden, diese 13-Punkte-Liste. Und man hat ja gerade im Hinblick auf das No-Spy-Abkommen auf diese Erklärung von Herrn Pofalla am 12.08. hingearbeitet. Haben Sie bei der Erstellung dieser 13-Punkte-Liste mitgearbeitet?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich glaube, soweit jetzt nicht das BMI betroffen war - und das ist, glaube ich, direkt bei der 13-Punkte-Liste nicht der Fall gewesen -, nicht; aber das ist meine Erinnerung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das Papier ist nicht mit dem BMI ab- - Also, diese Presseerklärung hier vom 12. August 2013, Pressestatement von Kanzleramtsminister Pofalla nach der Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums am 12. August 2013, die ist nicht mit dem BMI abgestimmt worden.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also abgestimmt in dem Sinne, dass es eine Ressortabstimmung gegeben hat, nicht. Sie wissen ja, dass es Vorbesprechungen zum Parlamentarischen Kontrollgremium gegeben hat; da ist das sicher angesprochen worden, aber nicht abgestimmt worden im Sinne von: Jetzt gehen wir mal Punkt eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht, neun durch.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir müssten dann schon wieder - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, von mir aus; aber dann dauert das hier halt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nein, von der Zeit aus.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, klar.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Sind halt immer die gleichen Zeitansätze. - Wir kommen zur nächsten Fraktion, der Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek hat nämlich auch noch Fragen.

**Christian Flisek** (SPD): Ja, das dauert eben. - Herr Fritsche, von Januar 2014 bis März 2015, was waren da Ihre Tätigkeits- und Arbeitsschwerpunkte als Koordinator?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, zunächst einmal die neue Einheit aufzustellen. Das ist ja vor dem Hintergrund auch - - Personalbedarf, den wir haben: Wie stellen wir uns insgesamt auf? Wie machen wir das in der internationalen Zusammenarbeit? - Dann kam ja die Einrichtung des Untersuchungsausschusses; das hat natürlich auch einen Punkt mitbetroffen. In der Zeit waren, glaube ich, auch meine Reisen als Single Point of Contact in dem Zusammenhang. Das hat alles eine Rolle gespielt.

**Christian Flisek** (SPD): Weil für uns ist das nach wie vor so, dass wir zwischen der Weisung von Herrn Pofalla - das habe ich auch gegenüber Herrn Pofalla so formuliert - und dem März 2015, dem Besuch vom neuen Chef des Bundeskanzleramtes, Herrn Altmaier, in Pullach eben ein schwarzes Loch haben. So ein bisschen irgendwie: Thema ist bekannt.

Eines habe ich ja gelernt: Dass man im Kanzleramt nicht wirklich proaktiv Dinge angeht. - Vielleicht werden Sie jetzt widersprechen. Aber das ist mein Eindruck, das ist meine Interpretation, dass man sozusagen nicht mal reingeht irgendwo und sagt: „Wie machen die das?“, sondern dass man sozusagen sich berichten lässt und allenfalls reagiert.

Jetzt hat man aber einen Anlass gehabt, man hat eben eine Weisung gehabt, nach Aussagen von Herrn Pofalla sogar eine Berichtsanhörung. Ich stelle mir übrigens die Frage: Warum hat man - jetzt unabhängig davon, ob Herr Pofalla uns hier die Wahrheit gesagt hat, ob jemals von ihm ein Bericht angefordert wurde oder nicht - eigentlich nicht später mal, selbst wenn das nie passiert ist, selber gesagt: „Wir wollen einen Bericht“? Also, Herr Heiß hat nur mit den Schultern hier gezuckt, hat auch gesagt wie Sie: Einen solchen Bericht gibt es nicht. - Sie haben das ja auch noch mal bestätigt. Warum hat man die Umsetzung der Weisung dem BND selbst überlassen in so einem sensiblen Bereich?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Zunächst einmal war mir ja diese Weisung nicht bekannt, sondern erst nach dem März 2015 - also, was meine Person betrifft.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Wissen Sie, da gehen mir die Nackenhaare hoch. Also dass im Prinzip an oberster Stelle eine Weisung vom Chef des Bundeskanzleramtes, die mündlich erteilt worden ist, in den BND eingespeist wurde, dass dazu nichts innerhalb des Kanzleramtes existiert, wo dann, sage ich mal, jemand wie Sie, der im Januar ins Amt kommt, darauf zugreifen könnte, um mal zu sagen: So, ich bin jetzt der Koordinator für die Geheimdienste. Der neue Chef des Bundeskanzleramtes ist Herr Altmaier. Er soll jetzt entlastet werden; darum bin ich ja in office. Und jetzt weiß ich, was der Vorgänger von Herrn Altmaier alles angeschafft hat, und ich kümmere mich jetzt nahtlos darum, dass das auch tatsächlich stattfindet. - Niente.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nachdem ich die Kenntnis erst im März 2015 habe und in dem Zusammenhang dann auch zu dieser 2013er-Besprechung - so muss man das ja, jedenfalls nach meiner Kenntnis, sagen -, sind wir dem dann voll inhaltlich nachgegangen.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, aber noch mal: Sie sind doch - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Aber in meiner Verantwortung erst seit -

**Christian Flisek (SPD):** Schauen Sie - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - März 15.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, gut. - Also vielleicht zoomte ich das mal ein bisschen runter, damit wir das auch nicht so persönlich machen. Es geht ja hier nicht nur um die Frage persönlicher Verantwortung. Es geht am Ende um die Frage des Funktionierens von organisatorischen Strukturen. Und am Ende geht es um die Frage, ob so etwas wie das Kanzleramt überhaupt die geeignete Aufsichtsorganisation über so was wie Nachrichtendienste ist, was angesichts dieser Konstellation fraglich erscheint. Weil, wenn der Chef, die Spitze des Kanzleramtes, Weisungen erteilt, weil er Missstände entdeckt, und innerhalb des Amtes, des Kanzleramtes, nicht sichergestellt wird, dass ein neu eingeführter Chefkoordinator für die Nachrichtendienste den Ball aufgreifen kann und

weiter fortführen kann, dass Sie überhaupt miteinander im März 2015 vor einer solchen Situation stehen angesichts eines Besuches in Pullach, dass Sie plötzlich Neuigkeiten erfahren mittendrin in der Arbeit eines Untersuchungsausschusses, das ist doch - - Also, entschuldigen Sie, aber da ist Luft nach oben, oder?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Deswegen habe ich ganz am Anfang, glaube ich, auf verschiedene Fragen gesagt, dass wir insoweit die Informationsstränge verbessern müssen, dass wir die Fach- und Dienstaufsicht - - dass der BND gezwungen wird, in dem Bereich die Fach- und Dienstaufsicht zu unterrichten. Das war eine meiner ersten Weisungen. Das ist die Reaktion darauf. Und ich gebe Ihnen vollkommen recht: Schöner wäre es gewesen, ich hätte es eher gewusst.

**Christian Flisek (SPD):** Darf ich gleich: „Gezwungen wird, die Fach- und Dienstaufsicht besser ...“: Ich meine, das ist er doch sowieso. Nach den Regularien, die wir haben, auch für die Unterrichtung des Parlaments, also nicht hier, aber der Kolleginnen und Kollegen, die im Parlamentarischen Kontrollgremium arbeiten, sind das doch alles Themen, die nach geltender Rechtslage vorgetragen werden müssten.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So ist es. Aber wenn es nicht funktioniert, dann muss ich auf den konkreten Fall Bezug nehmend natürlich noch mal eine extra Einzelweisung geben. Es gibt die Allgemeine Dienstanweisung des Bundesnachrichtendienstes, wo solche Dinge vorzutragen sind. Das existierte vorher schon; da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Aber vor dem Hintergrund der Diskussion, die wir vorhin geführt haben, dass ja von Mitarbeitern das eigentlich gar nicht als berichtenswert gesehen worden ist, weil sie das selbst entschieden haben, teilweise in den Außenstellen, an der TA, ohne die Vorgesetzten zu unterrichten - was wir jetzt auch verpflichtend hinbekommen haben -, ist das so geschehen, wie es geschehen ist. Die Allgemeine Dienstanweisung existierte schon 2013, und sie existierte lange vorher.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Na ja. - Nur noch mal: Also aus Sicht der Aufsichtsbehörde und - - Das findet ja auch alles nicht in einem luftleeren Raum statt; da gibt es Richtlinien, wie so Aufsicht auszuüben ist. Bei einer solchen Thematik - - Ich gehe vielleicht noch mit Ihnen mit, dass man sagt: „Wir haben Kapazitätsprobleme“, und: „Wir haben nicht die Aufgabe“, auch wenn ich nicht so weit gehen würde wie Sie, dass man sagt: „Ich müsste hinter jeden Mitarbeiter einen zweiten, der kontrolliert, stellen“ - also das ist ein bisschen, glaube ich, hoch gegriffen -, aber dass man sagt: „Man muss Schwerpunkte setzen im Rahmen beschränkter Kapazitäten und Ressourcen“, und dass das ein Stück weit bei einzelnen Themen dazu führt, dass man eher reaktiv dann aufgestellt ist und darauf vertraut, dass im Rahmen einer ordnungsgemäßen Verwaltung Dinge berichtet werden, auf die man reagieren kann. Aber das stellt sich doch irgendwie völlig anders dar, wenn man die Thematik bereits auf dem Bildschirm hatte, noch dazu in Zeiten wie den damaligen, ja? Es ist da gewesen, und es ist kein banales Thema gewesen.

Also die Frage: „Welche Selektoren sind in Zukunft zu steuern und welche nicht angesichts der Gemengelage? Was ist der Rechtsrahmen? Was sind Interessen?“, ist durchaus eine komplexe Thematik angesichts der Tatsache, dass man durchaus Anhaltspunkte hat, dass das innerhalb des BNDs vielleicht nicht optimal läuft bzw. man den Eindruck haben kann, dass vielleicht einzelne Mitarbeiter auch in untersten Hierarchien zu viel Verantwortung haben, der sie ohne klare Anweisung gar nicht nachkommen können. So.

Was sagt das über die Wahrnehmung der Aufsicht aus, wenn sozusagen es bis März 2015 dauert, bis überhaupt dann mal wieder dieses Thema bei Ihnen auftaucht?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Aber, Herr Abgeordneter, bei mir ist das Thema erstmalig da auftaucht. Und wenn Sie das Aktenstudium sehen, dann haben wir zu dieser Problematik, die wir genauso als schwerwiegend betrachten wie Sie und wie der Untersuchungsausschuss insgesamt, uns da permanent berichten lassen, haben entsprechende Weisungen erteilt, dass manches

nachgesteuert wird, und haben Aufträge gegeben, wie weiter für die Zukunft noch die Abteilung TA sich aufstellt. Und da sind wir noch dabei. Also, in dem Bereich, als ich es erfahren habe, haben wir definitiv in vielfältiger Art und Weise, und zwar die Fach- und Dienstaufsicht des BND, hier gehandelt und entsprechende Weisungen erteilt.

**Christian Flisek (SPD):** Sie reden jetzt immer über „nach März 2015“.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, so ist es. Weil das ist das, was - -

**Christian Flisek (SPD):** Genau. Ich rede vor März 2015.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Aber das habe ich nicht gewusst, und ich kann als Zeuge dazu nichts sagen.

**Christian Flisek (SPD):** Die Frage ist halt, welche Schlussfolgerungen man jetzt daraus zieht. - Sehen Sie einen Punkt in der Nachbetrachtung von Januar 2014, wo Sie sagen würden, da hat man vielleicht auch einen Fehler gemacht und hätte aktiver, proaktiv reingehen müssen und hätte nachfragen müssen, hätte man vielleicht unabhängig von der Frage, ob vielleicht Pofalla schon einen Bericht angefordert hat, mal irgendwie sagen können: „Wie läuft das jetzt in Sachen Selektoren bei euch?“?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Aber, noch mal, Herr Abgeordneter: Ich kann doch nur als Zeuge für das sprechen, was ich tatsächlich gemacht habe. Das sind hypothetische Fragen: Was hätte, wenn? - Ich weiß nicht, was der Punkt der Entscheidung war im Oktober 2013, und ich weiß nicht, wie die Diskussion weiter war.

**Christian Flisek (SPD):** Na ja. Gut. - Also die Frage, ob man selber sieht im Rahmen einer Reflexion, dass man da eventuell sagt: „Hier hätten wir vielleicht an der ein oder anderen Stelle uns anders verhalten müssen“, ist ja durchaus auch eine Frage der eigenen Wahrnehmung, es sei denn, es hat so etwas nie an Gedanken bei Ihnen stattgefunden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Aber für mich ist wichtig, wenn ich es erfahre, dass ich meine Vorgesetzten richtig informiere und dass wir dann sofort handeln. Und das haben wir nach meiner festen Überzeugung ab März 2015 gemacht.

**Christian Flisek (SPD):** Ich versuche es noch mal anders, Herr Staatssekretär Fritsche: Gibt es - Sie haben ja selber mal gerade den Begriff der Kultur verwendet - im Verhältnis BND und Kanzleramt eine Kultur, die da lautet vonseiten des Kanzleramtes: „Also, wir wollen im Zweifel nicht alles wissen. Was ihr bei euch regeln könnt, das regelt bitte bei euch“?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Definitiv nicht. Sowohl als ich Abteilungsleiter 6 war im Kanzleramt in der vorletzten Legislaturperiode als auch in der Zeit, in der ich jetzt als Staatssekretär die Verantwortung trage, ist es mein stetes Reden, dass irgendwelche Dinge, die bedeutend sind im Sinne der Allgemeinen Dienstanweisung und sonst, mit dem Kanzleramt geteilt werden müssen, weil es uns nichts nützt, wenn wir das dann von anderer Seite erfahren und hinterherhecheln. Deswegen kann ich nur deutlich sagen: Mein Petitum und das, was ich in den Gesprächen mit der Amtsleitung, egal welcher Amtsleitung, von Herrn Uhrlau bis zur jetzigen Amtsleitung - - gesagt worden ist und was mit den Abteilungsleitern - ich war in den Abteilungsleiterrunden - - war mein stetiges Werben, dass hier Informationspflichten seitens des BND existieren.

Wir haben eine Bringschuld, indem wir den BND insoweit als Fach- und Dienstaufsicht unterstützen; aber wir müssen natürlich die Informationen dazu haben, und nur dann können wir es entsprechend aufgreifen. Und das ist meine feste Überzeugung. Deswegen bin ich auch froh, dass die Stelle des Beauftragten mit dem Staatssekretär - und da gehe ich jetzt weg von meiner Person - hier rausgezogen worden ist, damit hier das auch intensiv weitergeführt werden kann. Und wir sind, so bedauerlich das ist, dass wir es so spät erfahren haben, derzeit in dem Bereich auf einem guten Weg; denn wir brauchen gerade die Aufklärung des BND, und die muss eben dann fehlerfrei erfolgen.

**Christian Flisek (SPD):** Und jetzt noch mal aus Ihrer Betrachtung heraus: Dass diese Informationen vielleicht nicht so zeitig an Sie herangetragen worden sind, wie das hätte passieren sollen oder müssen, wo lag der Fehler?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich habe mir die Bewertung - das habe ich, glaube ich, auf die Frage des Vorsitzenden ganz einleitend gesagt - des Abteilungsleiters angehört. Wie gesagt, mit Pofalla habe ich ja nicht mehr gesprochen, weil er schon längst weg war, als ich ins Kanzleramt gekommen bin. Und ich habe das nachvollzogen, was er mir gesagt hat, warum er die Verknüpfung nicht gezogen hat.

Und was die Frage des Berichts angeht, der vorhin ja in Fragen eine Rolle gespielt hat: Das ist mir nicht bekannt, dass ein solcher Bericht gefordert worden ist.

**Christian Flisek (SPD):** Noch mal: Was hat der Abteilungsleiter Ihnen vorgetragen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Er hat gesagt, dass er das, als wir dann nach dem März, nach dem 20., in Pullach waren, nicht verknüpft hat und dass er auch hier nicht - -

**Christian Flisek (SPD):** Was hat er nicht verknüpft?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Verknüpft, dass die Frage, die 2013 im Oktober eine Rolle gespielt hat, vielleicht zu dieser Frage der Selektoren hätte führen können.

**Christian Flisek (SPD):** Das ist für uns natürlich sehr schwer nachvollziehbar, nicht? Also, ich sage es mal so - wir haben die Zahlen vom BND vorliegen -: Was ist die Bedeutung von SIGINT? Mittlerweile, denke ich mal, 50 Prozent oder irgendwie mehr, ja? SIGINT funktioniert ganz wesentlich über Selektoren. Das heißt, wenn man hergeht und sagt: „Ich informiere mich mal über die Grundarbeitsweise dieses immer wichtiger werdenden Bereichs unseres Auslandsnachrichtendienstes“, dann kommt man automatisch zu der Frage: Was sind die Regularien, nach denen Selektoren, ob eigene oder fremde Selektoren, im



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Rahmen einer Kooperation gesteuert werden müssen? - So. Und dann komme ich als eine Behörde oder - das ist ein bisschen tiefgestapelt - als Bundeskanzleramt doch mal irgendwann zu der Frage: Wer entscheidet darüber, welcher Selektor scharfgestellt wird und welcher nicht? - Und vor allen Dingen, ich komme doch irgendwann mal zu der Frage: Gibt es hier irgendwelche Anweisungen, Regularien? Nach welchen Regeln findet das statt? - So.

Ich sage es Ihnen so: Das sind für mich ganz grundlegende, banale, einfache Fragen der Aufstellung, so wie Sie gerade gesagt haben. Ihre Funktion ist neu geschaffen worden; da sind Sie erst mal damit beschäftigt gewesen, sozusagen das Amt oder Ihre Einheit neu aufzustellen organisatorisch. So. Genauso wie man an so was herangeht, geht man doch auch an so ein Problem heran, mal etwas strukturierter und nicht immer nur sehr punktuell, situativ, reaktiv. Und wissen Sie, das ist halt das, wo ich sage: Das fehlt. - Und ich sage auch noch mal: Deswegen ist sozusagen der Umgang des Kanzleramtes mit dieser Problematik - abgesehen jetzt mal von den Fehlern, die beim BDN gemacht worden sind - - aber der Umgang: Also, das beste Bild ist das nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das ist dann die letzte Frage.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Dass es in dem Fall optimaler hätte laufen müssen, haben wir gesagt, hat die Bundesregierung gesagt, hat sie sofort im März 2015 gesagt.

Aber wir haben doch hier ein grundsätzliches Problem, Herr Abgeordneter Flisek: Wenn selbst die Amtsleitung, also die, die verantwortlich sind, direkt verantwortlich sind für den Dienst, das offensichtlich nicht gewusst haben, dann frage ich mich wirklich: Wie hätte hier die Fach- und Dienstaufsicht und deren Hauptansprechpartner - jetzt in meiner Position ist es die Amtsleitung - reagieren sollen?

Und noch mal: Wir haben dem Dienst das Angebot gemacht, dass wir den Dienst unterstützen, dass wir aber wissen müssen, was dort läuft. Wir

sind ganz allgemein - da war ich noch Abteilungsleiter 6 im Kanzleramt - über die Problematiken bei dem Neuen, also nicht nur Telefonnummern zu selektieren, sondern IP-Adressen, paketvermittelte Verkehre zu selektieren, unterrichtet worden. Solche Unterweisungen hat es natürlich gegeben; aber es ist nie gesagt worden, dass wir hier Probleme haben. Und wenn Sie sich erinnern an die Maßnahme im Zusammenhang mit 2008/2009 mit ITO, ist ja auch vonseiten des BND uns geschrieben worden, dass insoweit, was die SIGINT-Frage angeht, eine DV-SIGINT nicht notwendig ist, weil es keinen Fehler in dem Bereich geben kann. Und wir haben keinen Anhalt gehabt, in der Finished Intelligence - das habe ich versucht zu erklären - zu sehen, dass hier Selektoren eingesteuert worden sind, die nicht tragbar sind. Das hatten wir nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir müssten dann jetzt wechseln und kommen in der nächsten Fragerunde wieder zur Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, Herr Fritsche, ich möchte noch mal allgemein fragen: Wenn Sie jetzt in Ihrem Amt informiert werden, dass der Bundesnachrichtendienst reihenweise europäische Regierungen, Staatschefs, Ministerpräsidenten, Ministerien, EU-Institutionen, internationale Organisationen abhört und ausforscht, wenn das Ihnen mitgeteilt wird, ist das aus Ihrer Sicht ein besonderer Vorgang, ein besonderes Vorkommnis?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das ist ein besonderer Vorgang.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Warum ist dann im Jahr 2013 das Parlamentarische Kontrollgremium nicht über diesen Vorgang informiert worden, das ja über besondere Vorkommnisse zu informieren ist?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Dazu habe ich keine Kenntnis, weil in meiner Zuständigkeit ist das Parlamentarische Kontrollgremium sofort informiert worden, wenn Sie sich an die gemeinsame Sitzung mit den Obleuten dieses Ausschusses erinnern.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Wir haben ja nun den Umstand, dass sowohl Herr Pofalla als auch Herr Heiß - immer wieder im Übrigen der gleiche Mann - informiert waren und trotzdem das Parlament davon keine Kenntnis erlangt hat.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Noch mal: Was die Motivation für die damaligen Verhaltensweisen war, kann ich nicht beurteilen, weil ich nicht dabei war, weil ich auch nicht dafür verantwortlich war. Als im März 2015 das Ganze mir bekannt geworden ist, sind alle, die unterrichtet werden müssen, unterrichtet worden, und wir haben die notwendigen Weisungen als Fach- und Dienstaufsicht auch gestellt.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Wenn Sie aber sagen: „Es ist ein besonderes Vorkommnis“, dann ist damals ja gegen geltendes Recht auch und gegen die Informationspflichten der Bundesregierung gegenüber dem Parlament verstoßen worden.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Herr Abgeordneter, Sie wissen ganz genau, wie schwierig gerade die besonderen Vorkommnisse zu definieren sind. Das ist meine Bewertung, und ich habe mich an meiner Bewertung orientiert und habe das gemacht. Wir haben in dieser Legislaturperiode - daran möchte ich Sie erinnern - auch noch mal gemeinsam festgestellt - die Vertreter der Bundesregierung und das Parlamentarische Kontrollgremium -, dass diese allgemeine auszufüllende Beschreibung ausfüllungsbedürftig ist. Und wenn Sie sich erinnern, haben wir hier auch quasi einen Katalog erstellt, um es uns beiden leichter zu machen, was berichtswürdig ist. Aber noch mal: Das war eine Entscheidung, die mit mir nicht besprochen worden ist. Als ich solche entsprechenden Informationen hatte, sind alle die - - und vor allem das Parlamentarische Kontrollgremium, natürlich auch der Untersuchungsausschuss unterrichtet worden.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Na, ich frage deshalb, weil der Herr Heiß dabei war. Der Herr Heiß war es ja offenbar auch, der keinen Zusammenhang hergestellt hat zwischen, wie Sie sagen, den NSA-Selektoren und der BND-eigenen Steuerung.

Also, wenn ich erfahre, dass rund 40 000 Suchbegriffe gesperrt sind, weil sie gegen deutsche, europäische Interessen verstoßen oder eben nicht in diesen Suchprofilen laufen durften, dann wäre doch eigentlich die naheliegendste Frage gewesen, wenigstens für Herrn Heiß: Was steuern wir eigentlich? - Oder ist das völlig fernliegend?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Da müssen Sie Herrn Heiß fragen. Mit mir ist das nicht besprochen worden. Und wir haben ja gleichzeitig, wie wir erfahren haben - deswegen hat sich das ja auch überholt - - von der BND-eigenen Steuerung spätestens seit dem Besuch am 20. März erfahren und haben ja auch hier vom BND gefordert, dass er hier entsprechend berichtet, was er dann letztlich Ende September 2015 auch gemacht hat - - und wir dann das Parlamentarische Kontrollgremium unterrichtet haben.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, aber Herr Heiß wusste doch die ganze Zeit von 13 bis 2015 von den Steuerungen des BND. Und es ist niemand auf die Idee gekommen, Sie zu unterrichten, den neuen Chef BK zu unterrichten? Wenn das so ist, wenn Herr Heiß das alles wusste, aber weder Sie noch Herrn Altmaier unterrichtet hat, wieso ist denn der Mann eigentlich noch im Amt?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, das sind Entscheidungen, die ja im Hintergrund von verschiedenen Dingen eine Rolle spielen, nämlich einmal: Politischer Beamter, was mache ich mit dem? - Da gilt das, was ich vorhin gesagt habe, nämlich dass der politische Beamte ohne Angabe von Gründen im Amt bleibt und ohne Angabe von Gründen aus dem Amt scheiden kann. Das sieht das Beamtenrecht so vor.

Und was den anderen Aspekt angeht, da stellen sich Fragen von Disziplinarrecht. Das ist aus meiner Sicht aber nicht einschlägig.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Sie können ja immer wieder auf das Beamtenrecht verweisen; -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, so ist es.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** - wir reden hier aber über Verantwortlichkeiten. Und dann ist es



## Nur zur dienstlichen Verwendung

immer eine Schnittstelle im Kanzleramt, wo entweder alles vorbeiläuft - angeblich - oder aber alles gewusst wird und nie an die verantwortlichen politischen Spitzen des Hauses weitergegeben wird. Beides ist gleichermaßen unverantwortlich, und trotzdem sitzt der Mann dort noch. Weiß er einfach zu viel, oder was ist das Problem?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich weiß wirklich jetzt nicht, was Sie mit der Frage wollen. Für mich ist doch wirklich nur wichtig: Wann habe ich die Information bekommen, und wie bin ich mit der Information umgegangen? - Und das ist das Entscheidende. Und Herr Heiß hat das erläutert, wie er das gesehen hat, die Verknüpfung, und mehr kann ich dazu nicht sagen.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich mache Ihnen ja den Vorwurf für das, was vor 2013 war, logischerweise nicht; aber da war Herr Heiß ja auch schon im Amt. Und wenn wir hier erfahren, dass einfache Sachbearbeiter ohne jede Kontrolle, ohne jede Rücksprache, ohne jede Genehmigung von übergeordneten Vorgesetzten - angeblich - Staatspräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Institutionen, was sie wollen, einstellen in die Abhöranlagen des BND und die entsprechenden Suchbegriffe steuern, dann ist doch die Aufsicht im Kanzleramt offenbar völlig unzureichend gewesen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also ich kann ja nur aus den Akten von dem Vorgang etwas sagen. Und nach meiner Überzeugung ist der Umfang dessen, was damals eine Rolle gespielt hat, sowohl bei der Steuerung der NSA-Selektoren als auch bei der eigenen Steuerung, ja erst ab März 2015 bekannt geworden.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, warum hat denn Herr Heiß nicht gefragt?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Gerade weil Sie den Umfang ja hypothetisch zitiert haben, ist dieser Umfang oder ist ein entsprechender Umfang - ich will das nicht bestätigen - erst im März 2015 bekannt geworden.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Sie waren selbst Abteilungsleiter 6 vorher.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So ist es.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Da haben Sie gesagt, schon damals hätten Sie eingeführt, dass die Informationspflicht besteht, dass also wichtige Dinge auch logischerweise ans Kanzleramt dann gegeben werden müssen. Deshalb möchte ich Sie noch mal fragen - wir reden ja immer über März 2015; das Datum, das Sie genannt haben -: Mir liegt hier vor - das haben wir vorhin gekriegt, heute zu Beginn der Sitzung; das ist eine streng geheime Unterlage; da darf ich jetzt also nicht daraus vorlesen - eine Weisung, die Herr Pauland geschrieben hat: Grundsätze der technischen Aufklärung. Und da - jetzt mal ganz allgemein - steht drin, welche Spitzenpolitiker wie alles nicht mehr abgehört werden dürfen, welche Länder nicht abgehört werden dürfen, welche vielleicht unter Ausnahmen doch noch abgehört werden dürfen, was weiter gesteuert werden darf, was nicht, alles detailliert. Das ist datiert vom 4. April 2014, also ein Jahr vor dem Termin. Das ist eine zentrale Weisung für die technische Aufklärung. Auch die haben Sie nie erhalten?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Beim Studium der Akten.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Bei - - Ich habe Sie - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Jetzt, im Nachgang zur Aufbereitung nach dem März 2015; jedenfalls nicht 2014.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Die haben Sie selbst vorher nicht gesehen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So ist es.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Und hat Herr Heiß die auf dem Tisch gehabt? Hier sind so verschiedene Verteiler drin. Ich kenne da nicht alle Abkürzungen, abgesehen davon, dass ich es nicht vorlesen darf, aber: Wissen Sie, ob Herr Heiß das bekommen hat?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, wenn ich mich richtig erinnere - und weil ich die Akten ja gelesen habe -, ist das ein internes Papier, das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

den Bundesnachrichtendienst nicht verlassen hat.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Sie haben aber vorher gesagt, Sie hätten schon damals angewiesen, dass solche Dinge, die wichtig sind, dann tatsächlich auch dem Kanzleramt mitgeteilt werden.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So ist es.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Also ist dagegen verstoßen worden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Kollege, Sie können ja einen stillen Vorhalt machen, dann kann der Zeuge das Dokument auch sehen.

(Martina Renner (DIE LINKE): Der weiß schon, worum es geht!)

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Er weiß ja offenbar, worum es geht. Also von daher - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** 04.04., ist mir bekannt, ja.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Also ist gegen die geltenden Vorschriften verstoßen worden, und das hat weder Herrn Heiß noch Sie anschließend dazu bewogen, irgendetwas dort zu verändern.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Moment! Das ist ja nur eine Detailfrage in der gesamten Problematik. Es sind ja die anderen - - Die Listen, die hier eine Rolle spielen in diesem Untersuchungsausschuss, sind vor März uns auch nicht bekannt gewesen. Das ist ja auch ein Punkt, der unter die allgemeine Informationspflicht fallen würde. Das ist aber auch nicht bekannt gewesen. Deswegen hat es ja die Maßnahmen gegeben, die wir jetzt im Anschluss getroffen haben.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Aber was hat denn Herr Heiß in den zwei Jahren gemacht, in denen er das alles wusste? Was hat er denn getan, um dem weiter nachzugehen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich kann nur noch mal wiederholen: Er hat mir erläutert, dass er die

Verknüpfung nicht gezogen hat und dass es ihm erst im März 2015 klargeworden ist. Das andere müssen Sie Herrn Heiß fragen. Ich jedenfalls - -

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Ja, den haben wir ja gefragt. Nur allein für die Begründung hätte er aus meiner Sicht gehen müssen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das ist eine Bewertung von Ihnen. Ich bin als Zeuge hier und - -

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Und Sie sind auch sein Vorgesetzter.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das ist richtig.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Na ja, und als Vorgesetzter sollte man auch entsprechend handeln, wenn man merkt, eine Person ist offenkundig nicht in der Lage, den Job auszuführen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, seitdem ich in der Verantwortung bin - und jetzt losgelöst von dieser Problematik -, ist die Zusammenarbeit mit Herrn Heiß gut, und die Informationen laufen.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Wenn noch Zeit ist, hätte ich noch Fragen. - Können Sie uns den Grundsatz „do ut des“ erklären bei der Kooperation?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Na, du kriegst nur was, wenn du mir auch was gibst.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Genau. - Und kann es sein, dass man für diesen Grundsatz auch das eigene Auftragsprofil, die eigene Auftragsrelevanz verlässt, weil man sonst nicht das bekommt, was man will, oder der Partner beleidigt ist?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, das sehe ich nicht.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Das sehen Sie nicht?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Also dass man quasi nicht mehr unmittelbare Ziele verfolgt, sondern mittelbare.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Das mittelbare Ziel, das Wohlwollen des Partners.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Sehe ich nicht.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Dann würde ich Ihnen gerne einen stillen Vorhalt machen; das ist die Akte 281/16. Das ist ein Schriftstück, das Sie selbst verfasst haben am 29. April 2016, und da gibt es Ausführungen. Ich würde Sie bitten, die aufgeschlagene Seite ganz unten und dann übergehend auch die nächste Seite sich kurz anzusehen.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt -  
Der Zeuge und  
MR Philipp Wolff (BK)  
nehmen Einblick)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Können Sie da die Seitenzahl noch mal uns allen - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Jetzt nicht mehr.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber vielleicht Herr Fritsche gleich, wenn er sie hat, dass wir alle nachblättern können.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja. - Es ist die Seite 5.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Da fällt dieser Begriff. Und wenn Sie dann drumherum lesen, dürfte das der interessante Teil sein.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, ist mir bekannt.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ist Ihnen bekannt. - Aber da steht ja etwas anderes, als Sie eben ausgeführt haben: dass dieser Grundsatz nicht dazu geeignet ist, -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein, widersp-

**Martina Renner** (DIE LINKE): - die unmittelbaren Interessen beiseitezuschieben und mittelbare zu verfolgen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein, das widerspricht sich nicht, weil hier geht es ja darum, dass man AND-Kooperationen grundsätzlich durchführt, und nicht darum, dass man eins zu eins aufzählt: Wenn ich eine Information von dir habe, kriegst du eine Information von mir. - Das kann ja bei verstetigten Kooperationen gar nicht der Fall sein. Und darum geht es.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Hat man dieses do ut des im Zusammenhang mit dem Einpflegen der NSA-Selektoren angewandt?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, ich habe es gerade gesagt: Es gibt nicht ein Eins-zu-eins, -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Na ja, das ist aber jetzt eine - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - sondern man hat eine Kooperation, in der die - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ich habe da jetzt eine konkrete Frage: Spielte dieser Grundsatz im Zusammenhang mit den NSA-Selektoren eine Rolle?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, beim Abschluss des ersten MoAs: Kann ich Ihnen nicht sagen. - Es hat natürlich eine Rolle gespielt, dass man zusammenarbeitet mit anderen Diensten; da gab es ja mehrere Motivationen, warum man gerade mit der NSA zusammenarbeiten will. Aber do ut des im Sinne von - - sehe ich nicht.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Aber hat man vielleicht, als man gemerkt hat, dass man die Selektoren nicht versteht, dass dort Selektoren da- runter sind, die gegen deutsche und europäische Interessen verstoßen, dass die NSA immer wieder abgelehnte Selektoren versucht erneut durch neue Umschreibungen unterzuschieben, einzustellen, in dem Zusammenhang irgendwann gesagt: „Formal müssten wir es beenden, aber das Ziel der Kooperation ist zu groß. Das machen wir weiter“?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nach meiner Kenntnis hat es so eine Diskussion, jedenfalls die mir zur Kenntnis gekommen ist, nicht gegeben. Es gab ein anderes Projekt, das auch nur, wenn Sie wollen, in einer geheimen Sitzung weiter intensiver beraten werden kann, wo die Zusammenarbeit aus anderen Gründen eingestellt worden ist.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber das war ja nach den Snowden-Veröffentlichungen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Bitte? Ich habe die Frage nicht verstanden.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Das war ja nach den Snowden-Veröffentlichungen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ach nein, Sie meinen nicht das mit den Briten.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das, was ich meine, liegt in der Zeit, als ich Abteilungsleiter im Kanzleramt war.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Also Sie schließen aus, dass es für das Weiternutzen der NSA-Selektoren Gründe gab, die nicht aus dem unmittelbaren Auftragszweck des Bundesnachrichtendienstes herrühren, sondern mittelbar sich nur erklären lassen, weil man - „das Ziel heiligt die Mittel“ würde ich das mal so ein bisschen überschreiben - irgendwie unbedingt die Kooperation wollte und darauf in Kauf genommen hat, dass - ich würde annehmen, wenn wir von 13 Millionen NSA-Selektoren ausgehen, dass ein relevanter Anteil in Millionenhöhe nicht verstanden wird - sie auf der Datenbank des Bundesnachrichtendienstes laufen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, aber jetzt noch mal - unterstellt, Sie haben Recht -: Dann, wenn sie nicht verstanden worden sind, kann man ja nicht schlecht vorher einen Vertrag abschließen, indem man sagt: Drücken wir mal ein Auge zu. -

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Man kann sie aber nicht steuern!)

Sondern das ist ja der Mangel gewesen, -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Dann darf man sie nicht steuern.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - den wir jetzt auch behoben haben, beheben werden.

Im Übrigen: Die Zahl der Selektoren kann ich natürlich in offener Sitzung nicht sagen. Aber Sie wissen genau, dass die Zahl im Hinblick auf Telekommunikationsmerkmale - und das ist das Entscheidende - deutlich geringer ist. Ich weiß aber, dass natürlich die hohe Zahl hier eine Rolle spielt. Ich will nur mal in offener Sitzung auch darauf hinweisen: So viele waren es eben nicht.

**Martina Renner (DIE LINKE):** So viele waren es nicht, Selektoren?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So viele Telekommunikationsmerkmale. - Aber wir können die Diskussion gerne in eingestufte Sitzung fortführen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja. - Sie meinen natürlich dann die Permutationen, oder dass man zu einem Ziel sowohl Messenger wie E-Mail, wie Telefonnummern, wie sonst was gesteuert hat - IMEI oder so was. Klar. Aber es geht ja darum: Gerade unter den zuletzt Genannten sind dann eben auch welche, die der Bundesnachrichtendienst bis heute nicht versteht. Und wäre es nicht konsequent, diese einfach nicht im System laufen zu lassen? In dem Moment, wo man sie nicht lesen kann, darf ich sie nicht verarbeiten.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Deswegen ist eine der Qualitätssicherungsmaßnahmen erstens, lesen zu können, und zweitens, überhaupt auch mal eine Erklärung zu bekommen - was ja auch ein Mangel war.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Da müssten wir in der nächsten Runde weiter nachfragen. - Wir kommen nämlich jetzt zur Fraktion der Union. Hat die Union noch Fragen im öffentlichen Teil? - Das ist nicht der Fall. - Dann sind wir schon bei Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Fritsche, Sie merken, ich bin in Vorbereitung der Befragung der Kanzlerin; deshalb habe ich dazu noch ein paar Nachfragen an Sie. - Sie haben vorhin gesagt, Sie waren bei mehreren Besprechungen mit der Kanzlerin persönlich anwesend.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Mhm.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Trifft das auch für die Zeit zu, als Sie noch nicht im Kanzleramt beschäftigt waren, sondern noch im BMI? Mich interessiert hier vor allen Dingen die Zeit beim Bekanntwerden, dass das Kanzlerinnenhandy abgehört worden ist, also um den 20. Oktober herum. Waren Sie da auch schon, also in diesem Vierteljahr, bei Besprechungen mit der Kanzlerin dabei?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie sich an ein Treffen oder an mehrere Treffen - ich glaube, es sollen sogar drei gewesen sein nach dem Terminkalender von Herrn Pofalla -, drei Treffen an einem Tag, am 24.10.2013? Das war auch der Tag der Äußerungen der Kanzlerin „Geht nicht“ und so. Erinnern Sie sich an diese drei Treffen an einem Tag? Vielleicht außergewöhnlich.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, ich kann mich wirklich nur daran erinnern, dass wir mehrere Treffen mit Pofalla hatten, und zwar immer in zeitlicher Folge oder zur Vorbereitung einer Parlamentarischen-Kontrollgremium-Sitzung, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - von denen wir ja damals ziemlich viele hatten, wie Sie sich erinnern, Herr Abgeordneter Ströbele. Da ist sicher in dem Punkt auch das Handy der Kanzlerin mitbesprochen worden, weil das ja wohl um die Zeit in den Medien war, ohne dass ich mich jetzt auf ein genaues Datum festlegen kann. Da ist das sicher mitbesprochen worden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist Ihnen da schon bekannt gewesen, dass sowohl vom BfV als auch vom BND gesagt wurde: „Ist plausibel“, also: „Kein Beweis; aber es ist plausibel, dass das Handy der Kanzlerin abgehört worden ist“?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Kann ich mir aus - - Weiß ich aus der Erinnerung nicht. Ich will es allerdings nicht ausschließen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wollen Sie nicht ausschließen. - Können Sie sich erinnern, dass in einem dieser Gespräche darüber gesprochen worden ist, ob man das der Kanzlerin mitteilt oder ob man es ihr schon mitgeteilt hat? Ich meine, da können ja nur ein, zwei Tage dazwischen gewesen sein.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, das schließe ich eher aus, weil ich ja nicht in dem zuständigen Geschäftsbereich war. Das werden sicher interne Gespräche gewesen sein, die es wahrscheinlich daneben auch noch gab. Aber, wie gesagt - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber dass das bei Ihnen Gegenstand war: „Wir haben mit ihr gesprochen“, oder: „Wir reden jetzt mit ihr“, -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, nicht dass mir das - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und - also, mich interessiert dann immer wieder auch der Anruf - vielleicht: -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nicht, dass mir das erinnerlich ist.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - „Die wird dann mal bei Herrn Obama, ihrem Freund, anrufen“, so in diesem Sinne?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nicht, dass mir das erinnerlich ist.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich nicht erinnern. - Dann



## Nur zur dienstlichen Verwendung

kommen wir jetzt auf die Zeit danach, als Sie im Kanzleramt waren ab Januar: Können Sie sich erinnern, ob in den Gesprächen, an denen Sie teilgenommen haben und an denen auch die Kanzlerin teilgenommen hat, jemals über das Abhören des Handys der Kanzlerin die Rede war?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nach meiner Erinnerung nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nie erwähnt worden?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** In solchen Gesprächen nicht, nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): In keiner Besprechung. - Wie viele Besprechungen waren das denn ungefähr?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ach, das waren - ich habe es ja vorhin versucht - in unregelmäßigen Abständen - - Aber so viele Besprechungen waren das nicht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ein Dutzend oder so im Laufe der Monate?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, über mehrere Monate hinweg: Dutzend. Ich kann es Ihnen wirklich nicht sagen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und ich kann mir trotzdem vorstellen: Auch im Januar war das noch im Fokus des Interesses - übrigens auch der Kanzlerin -: „Was ist da dran?“, und: „Ist das richtig?“, und so. - Ist da nie drüber gesprochen worden, dass neue Erkenntnisse - - oder auch dann das Verfahren, das in Karlsruhe gelaufen ist, dass das angesprochen worden ist und wie man letztlich sich da verhält und ob sie als Zeugin verpflichtet ist, auszusagen, oder ähnliche Sachen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, nach meiner Kenntnis ist nicht darüber gesprochen worden, weil es keinen neuen Erkenntnisstand gab. Wichtig für mich war in dem Zusammenhang das, was ich vorhin zu dem sogenannten - ich lasse den

Begriff - Abkommen hatte, nämlich mein Telefonat, als ich da am ersten oder zweiten Tag im Kanzleramt war - - mit dem Weißen Haus telefoniert hatte. Aber die Problematik „Kanzlerinnenhandy“: Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und war in diesen Gesprächen dann ab Januar dieses No-Spy-Abkommen - oder wir nennen es ja jetzt allgemein „Abkommen“ - - War darüber die Rede, dass die Kanzlerin oder Sie der Kanzlerin oder wer auch immer gesagt haben: „Da wird jetzt nichts draus“, oder: „Das war von Anfang an ein Fake“, oder: „Das war ein Irrtum“, oder irgend so was?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Soweit ich mich erinnere, gab es mal eine Vorlage, in der die Information, vor allem meine Information, die ich aus diesem Telefonat gezogen habe, vorgelegt worden ist. Dazu gab es kein Gespräch.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es kein Gespräch.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Kein Gespräch.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also dass das jetzt - - Ich meine, es war ein wichtiges Thema, muss man sehen, -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - vor der Bundestagswahl, dass man jetzt möglicherweise ein No-Spy-Abkommen bekommt - relativ sicher. Man bildet eine Arbeitsgruppe und so was - war ja alles die Rede in diesem Pressegespräch -, und jetzt zerschlägt sich das plötzlich. War da nicht die Rede davon, dass Sie gesagt haben: „Ach Mensch, ihr habt mir doch gesagt: „Da ist was im Gange“, und: „Wieso scheitert das jetzt?“?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Noch mal: Das letzte Mal, wie ich mit den Amerikanern darüber gesprochen habe, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das haben Sie gesagt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - war ich optimistisch, dass es noch weiter kommt. Und dann hat es auf anderen Ebenen noch Gespräche gegeben, an denen ich nicht beteiligt war, wo dann letztlich das Ergebnis war: Daraus wird nichts. - Das hat mich persönlich enttäuscht, gebe ich zu, aber nicht, weil ich nicht glaubte, dass es von Anfang an nicht möglich schien, sondern weil ich doch gedacht habe nach dem Gespräch, das ich Anfang August 13 geführt habe, dass doch daraus etwas werden könnte.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Jetzt ist die Kanzlerin ja auch in die USA gefahren einige Zeit später. Und vor dieser Reise: Ist da noch mal - kann ich mir vorstellen - ein Briefing gemacht worden im Kanzleramt, wo dann vielleicht auch die Themen mit der Handgeschichte angesprochen worden sind?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, da kann ich Ihnen nur ganz allgemein sagen: Immer wenn die Kanzlerin reist, kriegt sie schriftliche Vorbereitungen, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das kann ich mir vorstellen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - manchmal auch mündliche Vorbereitungen, wo die Themen, die aktuell sind und die zu besprechen sind, natürlich mit aufgenommen sind.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und erinnern Sie sich daran, an Gespräche, dass es auch um diese Abhörgeschichten ging?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Sie meinen jetzt das Kanzlerinnenhandy. - Kann ich mich jetzt nicht erinnern.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kanzlerin- - Ja, Handy und überhaupt.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, natürlich wird immer wieder - ich weiß nicht, ob es dann angesprochen worden ist - das, was aktuell ist - und das war ja nach wie vor aktuell -, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, es war eine Belastung ja auch in gewisser - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - mit in den sogenannten Turbo aufgenommen. Davon gehe ich definitiv aus.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist schon mal ein kleiner Schritt. - Jetzt interessiert mich, was da gesprochen worden ist. Also, ist mal durchgespielt worden, ob sie das bei Obama ansprechen soll und in welcher Form und - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Herr Abgeordneter, wir bewegen uns jetzt hier wirklich im Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung. Das betrifft insbesondere die Vorbereitungen der Bundeskanzlerin für Gespräche mit ausländischen Staatsoberhäuptern. Das ist, glaube ich, hier nicht Gegenstand des Untersuchungsausschusses. Aber ich kann Ihnen ganz allgemein sage, dass hier solche Vorbereitungen zu aktuellen Themen - und das zähle ich dazu - natürlich existierten.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber ich habe - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Und jetzt bewegen wir uns außerhalb der Fragezeit und müssen schon wieder die Fraktion wechseln.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich nicht noch eine Frage nachreichen, dann kann ich den Komplex abschließen?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann machen wir das so, wenn es noch eine Frage ist.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, eine Frage. - Als die Kanzlerin dann zurückgekommen ist aus den USA - ich weiß nicht, waren Sie dabei in den USA? wahrscheinlich nicht -, -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - hat sie dann da berichtet, was sie mit Herrn Obama - - Ich will jetzt den Inhalt zunächst gar nicht wissen, sondern: „War das Thema?“, weil da können wir sie ja auch selber fragen. War das Thema, was Obama zu der Affäre „Handy“ gesagt hat?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, soweit ich mich erinnere, ist mir dazu nichts gesagt worden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oder vielleicht auch grünes Licht gegeben: „Passiert nichts mehr“, oder: „Ist geklärt“?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Noch mal: Nach meiner Erinnerung ist mir nichts gesagt worden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schade.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Tja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Gut. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion, der Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

**Christian Flisek** (SPD): Ich habe auch noch ein paar Fragen, und zwar auch noch mal in Bezug eben auf das, was wir vorhin erörtert hatten. - Herr Fritsche, haben Sie denn im Nachgang zu dem Besuch in Pullach, wo Sie ja sagen, Sie haben damals zum ersten Mal diese ganze Problematik dann mit voller Wucht zur Kenntnis genommen, mal ein kritisches Gespräch mit dem BND-Präsidenten Schindler geführt über die Zustände in seinem Hause?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Tja, es gehört zu meinen Aufgaben, solche Gespräche zu suchen, und es war nicht nur eins.

**Christian Flisek** (SPD): Können Sie uns darüber mal informieren? Was ist da gesprochen worden?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Na ja, das, was wir die ganze Zeit heute eigentlich schon in offener Sitzung besprochen haben, nämlich welche Defizite wir gesehen haben und wie wir diese Defizite aufgreifen können. Und Herr Schindler hat

gesagt, dass er hier die eigene Prüfgruppe eingerichtet hat, also BND-intern, und letztlich, dass er die Organisationsüberprüfung vorschlägt. Das ist im Laufe der Zeit gewesen. Also, wir haben eine Fülle von Gesprächen geführt, das erste auch am Freitag, als ich es erfahren habe, am 13. März; da war der Präsident bei mir.

**Christian Flisek** (SPD): Und war Herr Schindler da eher so als Reformier unterwegs, oder war er in einer Verteidigungshaltung? Oder wie muss ich mir das vorstellen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, wenn ich das richtig interpretiere, war er selbstkritisch, sowohl für den Dienst als auch für das, was die Amtsleitung nicht wusste, und hat alles unterstützt an Weisungen, die wir gegeben haben, damit der Informationsfluss künftig sichergestellt ist.

**Christian Flisek** (SPD): Genau den Eindruck hatte ich auch hier; wir haben ihn ja auch mehrfach befragt. Und Sie haben ja gerade formal korrekt - das hat ja auch noch mal Kollege von Notz betont - herausgearbeitet, dass es dann für die Entlassung von Herrn Schindler keiner Angabe von Gründen bedarf. Aber da gibt es ja einen sachlichen Zusammenhang offensichtlich, oder?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Sie haben es selber gesagt: keine Angabe von Gründen. - Dann kann ich natürlich auch nicht - -

**Christian Flisek** (SPD): Kommen Sie, Herr Fritsche!

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein, Herr Abgeordneter, da muss ich mich dran halten und keine Angabe von Gründen.

**Christian Flisek** (SPD): Wie wurde das vorbereitet, dass man Herrn Schindler ablösen wollte? Wann tauchte das Thema zum ersten Mal auf?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Auch das ist natürlich eine Frage, die unter Umständen in die Richtung geht, dass Sie Gründe wissen wollen. Wie gesagt - -

**Christian Flisek** (SPD): Nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein, es bleibt dabei: Es gibt keine Angabe von Gründen.

**Christian Flisek (SPD):** Also, Herr Fritsche, nein, nein, nein. Jetzt müssen wir ein bisschen aufpassen. Ich meine, man kann sich hinter allem Möglichen verschanzen. Und „keine Angabe von Gründen“ ist okay, ja? Aber ich frage jetzt Sie als Koordinator der Geheimdienste: Wann ist bei Gesprächen, die Sie geführt haben, zum ersten Mal aufgetaucht, dass Herr Schindler aus seinem Amt gegebenenfalls zu entlassen ist? - So. Und das ist eine Tatsache, und da möchte ich bitte Auskunft darüber.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Soweit ich mich erinnern kann, erstmals kurz vor dem Ereignis.

**Christian Flisek (SPD):** Von wessen Initiative ging ein solches Gespräch oder eine solche Maßnahme aus?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Herr Abgeordneter Flisek, es ist so, dass nach dem Beamtenrecht es hier um die Frage geht: politischer Beamter im Verhältnis zu dem zuständigen Ressortminister. - Und in dem Spannungsverhältnis spielt sich das ab.

**Christian Flisek (SPD):** Also, ich habe eine konkrete Frage gestellt: Von wem ging es aus?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nochmals: Nach meiner Erinnerung ist das - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dazu meldet sich auch die Bundesregierung.

**Christian Flisek (SPD):** Jetzt bin ich ja mal gespannt.

**MR Philipp Wolff (BK):** Sie können gerne auch noch mal in den Kommentar vom Bundesbeamtengesetz schauen. Aber auch die Verantwortlichkeiten zu solchen Fragen - -

**Christian Flisek (SPD):** Brauche ich nicht. Ich stelle hier Fragen, Herr Wolff, über Dinge, -

**MR Philipp Wolff (BK):** Richtig.

**Christian Flisek (SPD):** - über Gespräche, die stattgefunden haben.

**MR Philipp Wolff (BK):** Aber es wäre vielleicht ganz hilfreich, wenn Sie reingeschaut hätten, Herr Flisek, weil auch genau diese Frage der Verantwortlichkeiten - wer veranlasst so was? - ist natürlich so eng mit dem Grund verknüpft.

**Christian Flisek (SPD):** Herr Wolff, Entschuldigung, jetzt muss ich mal einhaken, ja?

**MR Philipp Wolff (BK):** Können Sie gerne machen, Sie sind ja zu - -

**Christian Flisek (SPD):** Ich rede hier nicht über die Frage, wo im Beamtenrecht offiziell das aufgehängt ist, wer wen entlassen kann - das interessiert mich nicht die Bohne -, sondern wann zum ersten Mal in Gesprächen, an denen Herr Fritsche teilgenommen hat, das Thema auftauchte: Im Zweifel wollen wir Herrn Schindler entlassen. - So. Und das ist eine Tatsache.

**MR Philipp Wolff (BK):** Ich versuche Ihnen gerade zu erklären, warum Herr Fritsche das nicht beantworten muss.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Wolff hat jetzt das Wort, warum er meint, dass Herr Fritsche das nicht beantworten muss.

**MR Philipp Wolff (BK):** Weil die Verknüpfung des Grundes - - Es ist im Beamtenrecht geregelt, dass es ohne Angabe von Gründen geschehen kann. Und die Verknüpfung des Grundes mit „Wer ist dafür verantwortlich?“ und „Wann ist das genau geschehen?“, die liegt doch auf der Hand. Also, die ganzen Umstände einer Entlassung eines politischen Beamten unterliegen der Option, keinen Grund zu nennen. Und da gehört auch dazu: Wer ist genau dafür verantwortlich? Wer hat wann mit wem gesprochen? - Können wir gerne auch im Kommentar nachschauen.

**Christian Flisek (SPD):** Entschuldigung, jetzt - -

(Dr. André Hahn (DIE  
LINKE): Herr Schäuble war  
es nicht!)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

- Ich bin dran.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** So, danke schön, Herr Wolff. - Herr Flisek ist weiter mit Fragen dran.

**Christian Flisek (SPD):** Ich möchte noch einmal auf den Herrn Wolff eingehen. Und wenn Sie das gerade noch mal von der Zeit bitte - - ja? Weil es geht nun mal nicht, dass hier die Bundesregierung -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Müssten wir gleich eine Beratungssitzung daraus machen.

**Christian Flisek (SPD):** - durch den Herrn Wolff - - Nein, so geht es nicht.

Ich frage über die Tatsache, wann zum ersten Mal bei einem Gespräch, an dem Herr Fritsche teilgenommen hat, das Thema aufgemacht wurde, Herrn Schindler zu entlassen. Und alles, was Sie jetzt gerade da gesagt haben, ist überhaupt kein Einwand und schon gar kein Grund, zu sagen: Auf diese Frage muss Herr Staatssekretär Fritsche keine Antwort geben.

**MR Philipp Wolff (BK):** Dann darf ich auch noch mal antworten: Diese Frage hat Herr Staatssekretär Fritsche auch beantwortet: Es war vor der Entlassung. - Dann haben Sie weiter gefragt und haben gefragt: Wer ist dafür verantwortlich? Wer hat den Stein ins Rollen gebracht?

**Christian Flisek (SPD):** Ja.

**MR Philipp Wolff (BK):** Und jetzt sind wir genau in dem Bereich, wo es um die Erforschung des Grundes geht. Und da können wir gerne noch mal ins Beamtengesetz, gemeinsam in den Kommentar schauen; das wäre vielleicht ganz hilfreich.

**Christian Flisek (SPD):** Brauchen wir nicht.

**MR Philipp Wolff (BK):** Gut.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut. - Und jetzt können wir mit der Befragung weitermachen.

**Christian Flisek (SPD):** Ja. - Ich bleibe bei der Frage jetzt noch mal, Herr Fritsche, weil ich den Einwand von Herrn Wolff a) nicht nachvollziehen kann und auch glaube, dass er nicht den Nagel auf den Kopf trifft. Wann zum ersten Mal und durch wen ist nach Ihrer Erinnerung bei einem Gespräch, an dem Sie teilgenommen haben, das Thema aufgetaucht, Herrn Schindler aus dem Amt des Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes zu entlassen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Und ich wiederhole noch mal, dass das kurz vor dem Ereignis war und dass zu der Motivation, wer was vorgeschlagen hat, ich das, was Herr Wolff gesagt hat, für überaus nachvollziehbar halte und deswegen hierzu nichts sagen kann.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, dann glaube ich, müssen wir eine Beratungssitzung machen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Muss ich mal fragen: Ist das ein Antrag?

**Christian Flisek (SPD):** Ich stelle Antrag auf Beratungssitzung. Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, gut. - Das wird in der Regel von allen Fraktionen so goutiert. - Damit unterbreche ich die Zeugenvernehmung an dieser Stelle. Ich bitte die Öffentlichkeit, den Saal zu verlassen, weil Beratungssitzung beantragt ist, die wir auch, sobald der Saal nicht mehr öffentlich ist, so handhaben werden.

(Unterbrechung des  
Sitzungsteils  
Zeugenvernehmung,  
Öffentlich: 15.44 Uhr -  
Folgt Beratungssitzung)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Fortsetzung des  
Sitzungsteils  
Zeugenvernehmung,  
Öffentlich: 16.16 Uhr)

### Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Klaus-Dieter Fritsche

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die unterbrochene Zeugenbefragung wird fortgesetzt. - Herr Kollege Flisek hat weiterhin das Wort. Bitte schön.

**Christian Flisek (SPD):** Ja. Vielen Dank. - Herr Staatssekretär Fritsche, also, ich würde ganz gerne dann noch mal ansetzen bei der Frage: Welche Wahrnehmung haben Sie? Wer hat zum ersten Mal die Thematik „Entlassung von Präsident Schindler“ angesprochen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich habe vorhin schon gesagt, dass das kurz vor dem Ereignis war, also der Entlassung. Und das war nach meiner Kenntnis in einem kleinen Kreis, bei dem mindestens ich und Chef BK dabei waren. Ob es noch weitere Teilnehmer gab, ist mir jetzt nicht erinnerlich. Aber in dem Kreis ist das zum ersten Mal besprochen worden, jedenfalls in meinem Beisein.

**Christian Flisek (SPD):** Gut. Aber jetzt noch mal: Von wem? Wer hat das zum ersten Mal angesprochen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, nach meiner Erinnerung ist die Diskussion - - Ich kann mich gar nicht erinnern, wer da angefangen hat.

**Christian Flisek (SPD):** War doch ein kleiner Kreis, haben Sie gesagt.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, ja. Aber das ist ja - - Also, Sie müssen sich das so vorstellen: Es gibt natürlich Ereignisse, wo wir ganz allgemein dann darüber reden. Und wer dann letztlich anfängt, die Problematik aufzugreifen - nicht, die Entscheidung zu treffen, die Problematik aufzugreifen; das ist ja das, was Sie wissen möchten -, das kann ich Ihnen nicht sagen. Also, ich gehe eher davon aus, dass es nicht von mir kam.

(Dr. André Hahn (DIE  
LINKE): Von Herrn  
Schäuble auch nicht!)

**Christian Flisek (SPD):** Mir geht es jetzt nur noch mal nur darum: Es geht nicht um die Problematik, um den Komplex, -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** - sondern nur um diesen Punkt: Herrn Schindler - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich verstehe Sie.

**Christian Flisek (SPD):** So. Und - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Herr Flisek, ich versuche ja - -

**Christian Flisek (SPD):** Es gibt ja eine Möglichkeit, dass Sie sagen, Sie können sich nicht mehr daran erinnern.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** So.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, ich versuche es, und das ist bei einer kleinen Besprechung im kleinen Kreis - - vor dem Ereignis hat das stattgefunden. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

**Christian Flisek (SPD):** Aber „kleiner Kreis“ heißt, das war -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also jedenfalls - -

**Christian Flisek (SPD):** - kein Jour fixe, regelmäßige offizielle Runde. Das war eine informelle Runde.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein, nein, nein. Das ist eine informelle Runde, und Chef BK war dabei.

**Christian Flisek (SPD):** Und Chef BK war dabei.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-  
NEN): Und das Ereignis ist  
die Entlassung selbst?)

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So ist es.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Kollege Flisek hat das Wort.

(Martina Renner (DIE  
LINKE): Ja, aber eine Ver-  
ständnisfrage - -)

**Christian Flisek (SPD):** Gut. - Also, jetzt fasse ich noch mal zusammen, und dann schließen wir das an der Stelle ab. Also, Sie haben keine aktive Erinnerung jetzt mehr, wer zum ersten Mal über eine Entlassung von Herrn Schindler in diesem kleinen informellen Kreis gesprochen hat.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So ist es.

**Christian Flisek (SPD):** Gut. - Im März 2015 in Pullach, haben Sie da noch Erinnerungen, wie das Gespräch anlässlich des Besuches mit Herrn Schindler ablief?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Na ja. Wir haben dem BND gesagt, er muss sich darauf vorbereiten - das war im Vorfeld -, damit wir umfassend unterrichtet werden, wie die - -

**Christian Flisek (SPD):** Wie viel Vorlauf hatte der BND da?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, das war ja am Freitag nach dieser Sonntagsbesprechung. Ich hatte noch mehrere Gespräche mit unseren Leuten, die den Fragenkatalog aufbereitet haben. Und ursprünglich war, glaube ich, mal geplant, dass im Kanzleramt wieder diese Besprechung stattfindet. Dann hat allerdings Chef BK entschieden, dass wir am Freitag besuchen; das muss Mitte der Woche gewesen sein.

**Christian Flisek (SPD):** Also, so zwei Tage Vorlauf.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Circa zwei Tage vorher. Ja, zwei Tage vorher.

**Christian Flisek (SPD):** Und Sie hatten eine Agenda, eine Tagesordnung, Fragestellungen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Wir hatten einen Fragenkatalog, hatten allerdings dem Dienst an die Hand gegeben, dass er den nicht - „den Fragenkatalog, den übergeben wir bei diesem Besuch“ - bei diesem Besuch vollständig zu beantworten hat, sondern dann anschließend zu beantworten hat. Wir wollten das Verfahren kennenlernen und wie das Ganze gelaufen ist. Das ist uns dargestellt worden. Ich hatte das vorhin schon mal erwähnt: Zusammenspiel, Auswertung, Beschaffung. Nach dieser Besprechung, muss ich ehrlich sagen, bin ich noch davon ausgegangen - so ist es uns auch vermittelt worden -, dass die Auswertung ganz grundsätzlich, und zwar alles an Selektoren hier - das betrifft jetzt vor allem die eigene Auswertung des BND - - dass das von der Auswertung kommt. Und zu den NSA-Selektoren ist gesagt worden, was es für Mechanismen innerhalb der Abteilung TA - ist jedenfalls versucht worden darzustellen - gibt, damit man das ausscheiden kann, was erstens G-10-Problematiken hat bzw. gegen deutsche Interessen verstößt.

**Christian Flisek (SPD):** Und dieser Fragenkatalog, den Sie in Vorbereitung übergeben haben, beschäftigte der sich im Schwerpunkt, vielleicht sogar ausschließlich, mit den NSA-Selektoren?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So ist es, weil zu dem Zeitpunkt war für uns ja die NSA-Selektoren- - Darauf bin ich ja am Freitag der Woche vorher aufmerksam gemacht worden. Der BND hat aber insgesamt vorgetragen und hat dann eben auch im Hinblick auf die eigene - - wie es bei der eigenen Beschaffung läuft, vorgehen. Und das war für uns dann Anlass, auch hier wieder nachzufragen. In den Sachstandsberichten ihrer verschiedenen Fassungen hat es auch nach meiner Erinnerung immer wieder einen Teil gegeben, der sich mit der eigenen Steuerung beschäftigte.

**Christian Flisek (SPD):** Das müssen wir jetzt noch mal vertiefen, Herr Fritsche.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Hat der BND, in dem Fall ja - - Der Präsident wird ja dort vorgetragen haben bei der Gelegenheit; davon gehe ich aus. Hat Herr Schindler dort aktiv, aufgrund eigener Initiative, die BND-Selektoren angesprochen, oder ist das erst auf Nachfrage, gegebenenfalls von Herrn Altmaier, passiert?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nach meiner Erinnerung waren unser Hauptpetitum, wie gesagt, die NSA-Selektoren. Dazu hat der Präsident, wie es üblich ist, eingeführt und hat dann an die Zuständigen in der Abteilung TA verwiesen. Und die haben den Gesamtmechanismus dargestellt. Und dabei hat auch die eigene Steuerung eine Rolle gespielt. Das ist nach meiner Erinnerung nicht vom Präsidenten vorgetragen worden, sondern von Mitarbeitern der TA.

**Christian Flisek (SPD):** Also, es war nicht so, dass man dann irgendwann am Ende vielleicht nur über NSA-Selektoren gesprochen hat, und dann hat Herr Altmaier zum Schluss die Frage gestellt, ob es sonst noch was gebe, was man wissen müsste.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So ist es nicht diskutiert worden.

**Christian Flisek (SPD):** Also, der BND selber, Mitarbeiter des BND, haben die Frage der BND-Selektorenproblematik akt- - Wie wurde das dargestellt?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, dargestellt: Auswertung steuert die Beschaffung. - Und dann war für uns das der Anlass, auch da nachzufragen bis hin zum Abschlussbericht im September 2015.

**Christian Flisek (SPD):** Wann machte es bei dieser Unterrichtung durch die BND-Mitarbeiter bei Ihnen zum ersten Mal klick, dass da irgendwas nicht ganz kosher ist?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Eigentlich noch nicht bei der Besprechung selbst, sondern erst als Reaktion, als wir die ersten schriftlichen, also nach meiner Erinnerung, Dinge bekommen haben.

**Christian Flisek (SPD):** Also, Sie sind fröhlich vergnügt aus Pullach wieder nach Hause gefahren oder - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich bin weder fröhlich vergnügt nach Pullach gefahren noch fröhlich vergnügt aus Pullach; denn das mit den NSA-Selektoren hat ja gereicht.

**Christian Flisek (SPD):** Gut. - Aber jetzt noch mal in Bezug auf die neue Dimension der BND-eigenen Selektoren: Diese Problematik war für Sie bei der Abreise noch nicht in dieser Weise gravierend, -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** War noch - -

**Christian Flisek (SPD):** - wie sich das dann im Nachgang auch herausgestellt hat.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nach meiner Erinnerung war es so.

**Christian Flisek (SPD):** Sie sind dann wahrscheinlich geflogen, wieder nach Berlin.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Hat man auf der Rückfahrt - - Haben Sie mit Herrn Altmaier da Gespräche geführt? Also, ich bin auch schon mal mit Herrn Altmaier geflogen. Da gibt es prima Gelegenheiten, sich zu unterhalten. Das ist oft auch sehr interessant.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Wenn ich mich richtig erinnere, hat er noch einen anderen Termin gehabt; deswegen bin ich mit den Leuten der Abteilung 6, mit ein paar, alleine geflogen.

**Christian Flisek (SPD):** Aha. Und im Nachgang, wie wurde das dann aufgegriffen? Was ist dann passiert?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Na, dann im Nachgang hat es natürlich eine Fülle von Gesprächen gegeben, sowohl bei uns mit der Abteilung als auch mit Chef BK. Es gab ja auch eine Fülle von Vorlagen, nämlich über die Art und Weise, wie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

es im BND aufbereitet worden ist, was uns vorgelegt worden ist, wo wir gesagt haben: Da müssen wir noch nachhaken. - Das hat sowohl den Punkt „NSA-Selektoren“ als auch den Punkt „eigene Selektoren“ betroffen.

**Christian Flisek (SPD):** Und wann wurde Ihnen klar, dass Sie das PKGr oder auch den Untersuchungsausschuss über die neue Thematik unterrichten müssen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Sie meinen die eigenen Selektoren? - Ja, sobald wir aus unserer Sicht die genügende Aufbereitung gemacht haben. Wir haben in der Sitzung, auch wenn der Taskforce-Bericht hier aus meiner Sicht etwas anderes suggeriert, von Mitte Mai/Anfang Mai darauf hingewiesen - also nicht wir, das Kanzleramt, sondern nach meiner Erinnerung der Präsident des BND -, dass auch die eigenen Selektoren überprüft werden. Da hat ja dann im Taskforce-Bericht das PKGr gerügt, dass das keine ordnungsgemäße Unterrichtung des PKGr gewesen sei zu den eigenen Selektoren. Das war auch nicht beabsichtigt, sondern es ist gesagt worden im Mai, dass wir da dran sind, dass wir das aufgegriffen haben und dass wir dann natürlich weiter unterrichten.

So. Und das hatten wir dann Anfang August, nachdem die eine Problematik, nämlich das, was den Untersuchungsausschuss vor allem interessiert hat, nämlich die NSA-Selektoren - - und die sachverständige Vertrauensperson eingesetzt worden ist, hatten die Mitarbeiter, die sich damit zu beschäftigen hatten, dann ihre Arbeitskraft darauf verlegt. Und wir haben einen Abschlussbericht Ende September 2015 nach meiner Erinnerung bekommen und dann bei der nächsten regulären Sitzung des PKGr das PKGr dazu unterrichtet. Dann ist ja auch dort die Taskforce eingerichtet worden.

**Christian Flisek (SPD):** Ist nach dem Besuch in Pullach die Bundeskanzlerin informiert worden?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Es hat sicher Vorlagen gegeben, schriftlich, an die ich mich erinnern kann. Es kann sein. Da kann ich mich aber definitiv nicht mehr erinnern, dass bei den Gesprä-

chen, die damals auch im Hinblick auf die sachverständige Vertrauensperson - - dass es da auch eine Rolle gespielt hat.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt müssten wir gleich wieder wechseln.

**Christian Flisek (SPD):** Ja. Dann wechseln wir.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur fünften Frageunde. Und auch in dieser Runde beginnt wieder die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner beginnt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ich habe auch nur ein Thema erst mal, und zwar würde ich gerne fragen zum 24. Oktober 2013.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** 24. Oktober 13.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Genau. - Da wissen wir aus dem Kalender von Herrn Pofalla, dass Sie um 9.30 Uhr bis 10.30 Uhr mit Herrn Schindler, Herrn Heusgen, Herrn Heiß, Herrn Maaßen und - hier steht noch - Herrn Seibert - der will ja mittlerweile in Brüssel gewesen sein - zusammensaßen. Und das ist der Tag nach der *Spiegel*-Veröffentlichung zum Kanzlerinnenhandy. Und ich würde gerne wissen, was man in dieser Runde beredet hat.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja. Nach meiner Erinnerung hat man alles, was aktuell war, beredet, vor allem, weil wir eine Sondersitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums, glaube ich, am gleichen Tag hatten - nachmittags, wenn ich mich richtig erinnere. Das hat ja, glaube ich, noch mal eine Besprechung direkt für dieses Parlamentarische Kontrollgremium gegeben. Aber bei mir verwischen sich jetzt die Besprechungen. Es ist sicher über das Handy gesprochen worden. Und da hat dann auch schon zeitnah eine Rolle gespielt - ich weiß nicht, ob es direkt in der Besprechung gesagt worden ist -, dass es plausibel ist, aber dass es schwer wird, das zu beweisen. Das sind die Fragen, die dort besprochen worden sind jetzt in Bezug aufs Handy.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Martina Renner** (DIE LINKE): Also, ich würde sagen, die Vorbereitung der PKGr-Sitzung ist ja das zweite Gespräch an dem Tag, 12.45 Uhr bis 13.45 Uhr. Der erste Termin sieht, wenn man auch den Kalender in den anderen Wochen so vergleicht und die PKGr-Tage sich anguckt, eher außerordentlich aus. Und es liegt sehr nahe, dass man sich eben ad hoc zu dieser Veröffentlichung verständigt hat. Neben dem, dass es plausibel erscheint: Ich meine, was ist denn - da war noch Herr Heusgen dabei; ich meine, das war ja schon eine größere Runde - noch besprochen worden an Maßnahmen, an „Schaltet man die GBA - - Was ist dort verhandelt worden?“

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, wenn ich mich richtig erinnere - und da bitte ich wirklich einfach um Verständnis; ich kann Ihnen jetzt nicht unterscheiden, ob in der Morgenbesprechung extra zu diesem Punkt gesprochen worden ist und dann anschließend in der weiteren Vorbesprechung zum Sonder-PKGr gesprochen worden ist -: In diesem Zeitrahmen ist ganz allgemein darüber gesprochen worden: Was ist beweisbar? Was gibt es für Möglichkeiten? - Und das ist das, was mich natürlich betroffen hat und was in meiner Erinnerung natürlich auch in meiner Zuständigkeit lag: Was können wir zur Aufklärung seitens der Spionageabwehr beitragen? - Und da ist besprochen worden, dass das relativ schwierig ist. Nichtsdestotrotz war ja eine der Folgerungen, diese 360-Grad-Blick-Betrachtung durch die Spionageabwehr zu verstärken; das ist eine direkte Folgerung. Aber ich nehme an, nachdem es so zeitlich nah mit der Erkenntnis aus den Medien zu dem Handy war, dass hier nur der Status hinsichtlich: „Was? Stimmt das? Von wem ist die Information?“, usw. besprochen worden ist.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Und wer konnte in diesem Termin einschätzen, dass die Meldung im *Spiegel* plausibel erscheint?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, ich weiß aus der Nachbetrachtung, dass solche Plausibilitäts-erwägungen vom Bundesnachrichtendienst erfolgt sind. Ob die jetzt genau in dieser Sitzung waren oder im zeitlichen Zusammenhang dann anschließend, also nicht am gleichen Tag unbedingt, sondern anschließend in der Diskussion,

das kann ich leider nicht mehr sagen. Aber es hat natürlich diese Gespräche gegeben.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Und was jetzt das BMI angeht, was waren konkret die Arbeitsaufträge, mit denen Sie dort herausgegangen sind?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, noch mal zu fragen vor dem Hintergrund - ich glaube, das ist auch öffentlich gewesen -, was Aufbauten auf Botschaften zu tun haben, inwieweit - das ist ja aus dem parlamentarischen Raum an die Bundesregierung herangetragen worden - Durchsuchungsbeschlüsse gegen Botschaften Wirkung haben. Das hat sich allerdings alles, die Diskussion, dann in der Folge ereignet. Und die Diskussion ist ja lebhaft befördert worden, ich glaube, durch den *Spiegel*, in dem dann so Wärmebildaufnahmen von Botschaftsgebäuden in den *Spiegel* gewandert sind. Und in dem Zusammenhang hat es die Aufklärung gegeben.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ich glaube, Herr Hahn wollte noch fragen.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Ja. - Herr Flisek hatte ja vorhin sich mit der Antwort zufriedengegeben - die Opposition geht ja immer ein Stück weiter -, was dieser - wie haben Sie gesagt? habe ich richtig aufgeschrieben? - „kleine informelle Kreis“ -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): - vor der Entlassung von Schindler - - Sie haben gesagt, Sie und der Chef BK offenbar; aber wie groß die Runde war, haben Sie ja nicht gesagt. War denn Herr Heiß mit dabei?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ist mir nicht erinnerlich.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): War noch ein anderer Bundesminister mit dabei?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ist mir auch nicht erinnerlich. In die Gespräche, in denen ich zu dieser Problematik dabei war, war kein anderes Ressort eingebunden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Auch kein Vertreter der SPD als Koalitionspartner - ist ja eine wichtige Entscheidung -, Herr Steinmeier.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Die Fach- und Dienstaufsicht und die Verantwortung für die obere Bundesbehörde Bundesnachrichtendienst liegt beim Bundeskanzleramt.

(Christian Flisek (SPD): Ich war dabei!)

- Das muss ich bestreiten mit Nichtwissen.

(Heiterkeit - Christian Flisek (SPD): Sehen Sie, da ändern sich wieder die Dinge!)

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Herr Fritsche, ich nehme ja nur an, dass - - So eine Personalie wird ja nicht einfach so mit Daumen hoch, Daumen runter - - Da hängt ja ein bisschen was dran.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, wir sind ja auch nicht in Gladiatorenwettkämpfen, sondern -

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Ja, und deshalb - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - es geht darum, dass ein Ressort eine solche Entscheidung nach dem Beamtenrecht trifft, und das ist allein in der Ressortverantwortung.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Und deshalb war auch kein anderes Ressort dabei, kein anderer Minister.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich wüsste gar nicht, was das sollte. Also: Nach meiner Erinnerung nicht. Und: Ich wüsste gar nicht, was das sollte.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Gut.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das heißt, keine Fragen mehr, die Gestik? - Gut. Das kann ich manchmal nicht so richtig interpretieren. Gut. - Dann kommen wir zur nächsten Fraktion.-

Die Union hat in öffentlicher Sitzung keine Fragen mehr. - Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege Ströbele hat noch Fragen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Herr Fritsche, der 24.10. ist ja von mir schon zweimal angesprochen worden, von der Kollegin hier gerade auch. Das muss ein ganz turbulenter Tag gewesen sein, weil am Vorabend kam der *Spiegel* damit raus. Ich habe mich inzwischen, nachdem ich auch noch mal da nachgelesen habe, erinnert, dass auch ich selber vom *Spiegel* aufgetrieben worden bin in meinem Wahlkreis und mir das vorgehalten worden ist, was Sie da wussten, und gleich eine Stellungnahme abgeben sollte, musste und gerne getan habe.

Das heißt, am nächsten Morgen, 24.10. - also, 23.10. war diese Meldung abends; ich nehme mal an, da waren Sie dann auch informiert -, am 24.10. morgens, die erste Sitzung um 8 Uhr morgens. Ich kann mir vorstellen, da gab es gar kein anderes Thema, sondern da gab es diesen *Spiegel*. Zumal - ich will mal weitermachen - die Kanzlerin am selben Tag - - Und das kann man heute in der *Süddeutschen Zeitung* noch mal genau nachlesen:

Da stand Angela Merkel am Eingang des Ratsgebäudes der Europäischen Union in Brüssel und empörte sich darüber, was kurz zuvor durch einen Bericht des *Spiegel* bekannt geworden war ...

Und dann steht da:

Merkel schien darüber ehrlich betroffen zu sein ...

Also, erst morgens Ihre Sitzung, dann äußert Frau Merkel was; die Kanzlerin drastisch betroffen. Und dann war die nächste Sitzung am Nachmittag des Tages oder am Mittag. Und dann war eine Sonder-PKGr-Sitzung. Haben Sie an dem Tag überhaupt noch was anderes gemacht als „Handy der Kanzlerin“?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich kann nicht ausschließen, dass ich auch noch was anderes zwischen den Besprechungen gemacht habe. Aber es war nicht nur der Tag turbulent - das muss ich ganz deutlich sagen -, sondern es war seit dem Anfang - 6. Juli war das, glaube ich -, seit dem Snowden-Auf-

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein, nein. Das weiß ich ja alles.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein. Moment, Moment, Moment. Ich will nur erklären, dass wir in der ganzen Zeit permanent Sitzungen hatten, eine Vielzahl von Sitzungen. Und ich schließe nicht aus - ich will Ihnen ja gar nicht widersprechen-, dass das das entscheidende Thema in der ersten Sitzung am Morgen war; ich gehe auch mal davon aus.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja. - Nein, die war - ich habe hier auch den Plan von Herrn Pofalla - 12.45 Uhr bis 13.45 Uhr. Dann war irgendwann die PKGr-Sitzung. Und jetzt nur zu Ihrer Beschäftigung: Mir liegen hier noch zwei nette Briefe von Ihnen vor. Der eine ist gerichtet an den Botschafter der Vereinigten Staaten von Nordamerika in Berlin, Herrn Emerson. Können Sie sich daran erinnern? Den haben Sie geschrieben.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich kann mich erinnern, dass ich nicht nur an einen Botschafter geschrieben haben, sondern auch noch an einen weiteren, wo Fragen gestellt worden sind im Sinne von: „Was kann dazu gesagt werden?“, und: „Was ist zu Aufbauten an Gebäuden zu sagen?“.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Kann das auch sein, dass Sie zwei Briefe an Herrn Emerson am selben Tag, am 24., geschrieben haben? Also, wenn das Datum hier nicht gefälscht ist oder verwechselt ist; kann auch sein.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, von Fälschung kann sicher keine Rede sein, weil die Bundesregierung immer nach bestem Wissen und

Gewissen die vollständigen Unterlagen, die richtigen Unterlagen vorlegt. Aber ich kann nicht ausschließen, dass es zwei Schreiben waren; aber nach meiner Erinnerung eins.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie sich noch daran erinnern, was Sie Herrn Emerson zu dem Handy der Kanzlerin geschrieben haben?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Sicher um Aufklärung gebeten. Kann ich jetzt nicht definitiv - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie von einer Straftat gesprochen oder von strafbarer Spionage, einem Vergehen oder Verbrechen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Kann ich nicht sagen, weil - - Ich glaube eher nicht, weil am gleichen Tag der GBA ja einen Beobachtungsvorgang vorgelegt hat, und da gilt für mich eigentlich normalerweise das, was immer gilt, wenn Staatsanwaltschaften sich mit der Ermittlung beschäftigen: dass wir jedenfalls dazu nichts weiter sagen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Wenn ich Ihnen jetzt vorhalte - - In dem einen Brief an Herrn Emerson ist davon die Rede: „Sofern eine solche Datenerhebung erfolgte ...“ Also, man kann zu so einem Spionagefall auch „Datenerhebung“ sagen; aber das trifft die Sache nicht richtig. „Datenerhebung“ ist ein bisschen sehr milde ausgedrückt, nicht?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, ich will jetzt gar nicht bewerten. Es ist eine Datenerhebung. Und wenn ich das so geschrieben habe, wird es richtig sein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Kann man da mal eben die Fundstelle haben, dass wir die nachblättern können?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. MAT A BK-1/3a, Blatt 83 und 84. Das sind dann die Seiten 76 und 77. Auf die Seite 76 komme ich jetzt noch mal.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Super. Danke schön.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will Ihnen das vorhalten. Das ist nicht nur meine Idee jetzt, als ich das gelesen habe, sondern auch das Auswärtige Amt hat sich über Ihren „weichen Stil“ nicht beschwert, aber moniert und hat gesagt, das „könnte in Washington die falsche Schlussfolgerung unterfüttern ...“.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herr Ströbele, ganz kurz Herr Wolff. Ich halte auch die Zeit an.

**MR Philipp Wolff** (BK): Ich bitte, dem Zeugen das mal vorzuhalten - weil jetzt wird immer geredet; der Zeuge hat das Schreiben nicht -, dass er sich es einfach auch mal anschauen kann.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich dachte, er kriegt es jetzt von der Fraktion.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich lese das doch vor.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, aber der Zeuge braucht ja auch ein Dokument.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist ja nicht Geheim.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Frau Kant bringt es ja schon.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
und MR Philipp Wolff (BK)  
nehmen Einblick)

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das geht dann weiter:

Der weiche Stil der Briefe könnte in Washington die falsche Schlussfolgerung unterfüttern, der Vorgang werde hier für nicht so gravierend gehalten.

Den Eindruck habe ich aber auch, jetzt im Nachhinein. Ich kannte das damals - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Kann ich so nicht sagen. Es ist eine Datenerhebung, und was das Auswärtige Amt dazu als Bewertung gibt, das ist eine Bewertung eines anderen Ressorts. Aus meiner Sicht war das richtig, das so zu schreiben. Und wir haben ja schließlich auch Aufklärung gefordert. Und das ist der eigentlich entscheidende Punkt, Herr Abgeordneter.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Alles hartnäckig!)

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. In einem sehr „weichen Stil“, um mal die Worte des Auswärtigen Amtes -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - zu bemühen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber Sie haben den Brief dann nicht mehr verändert. Dahinter ist dann auch der nächste Brief; der ist noch länger, anderthalb Seiten, Seite 79. Also, noch mal die Frage, Herr Fritsche: Wenn ich das so alles lese, dann war die PKGr-Sitzung; da waren Sie ja wahrscheinlich auch anwesend.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann war anschließend nach der PKGr-Sitzung - - gab es noch eine Presseerklärung, wie das ja manchmal geschehen ist, von Chef BK Pofalla. Und ich will Ihnen die ganze nicht vorlesen - die ist hier auch drin -, eine längere Presseerklärung offenbar über das Ergebnis der Beratung. Und dann steht da unter anderem, es würde sich hierbei um ein Vorgehen handeln, das „unter Partnern und engen Verbündeten völlig inakzeptabel ist. Das würde nach meiner festen Überzeugung“ - Pofallas festen Überzeugung - „einen schweren Vertrauensbruch darstellen“. Also dieser Angriff auf das Handy der Kanzlerin. - Schon starke Worte. Ich nehme mal an, so was posaunt man nicht in die Öffentlichkeit, und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sie schreiben auch nicht so einen Brief, wenn Sie nicht davon ausgegangen sind, dass das sehr, sehr ernst ist und auch vieles dafürspricht, dass das stimmt.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich habe ja betont, dass es eine Bewertung gab, die von Plausibilitäten, weil es Beweise nicht gibt, gesprochen hat. Und ich denke, wichtig ist doch, was in dem Schreiben inhaltlich gesagt worden ist: dass wir eine vollständige und rasche Aufklärung fordern.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Und ich verstehe jetzt nicht Ihre - - Hätte ich es beleidigend machen sollen? Oder was hätte ich aus Ihrer Sicht machen sollen, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein. Aber die Sache beim Namen nennen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - um der Bedeutung der Sache gerecht zu werden?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Sache beim Namen nennen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das werden wir in der Runde aber nicht mehr klären können, weil wir jetzt schon wieder zur nächsten Fraktion kommen, nämlich zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

**Christian Flisek** (SPD): Wir haben in öffentlicher Sitzung keine weiteren Fragen mehr.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das ist gut. - Dann sind wir bei der Fraktion Die Linke. - Frau Kollegin Renner auch nicht. - Die Union auch nicht. - Herr Ströbele, Sie können weitermachen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender, damit führen Sie dieses Verfahren endgültig ad absurdum.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, das nennt man Demokratie, Herr Ströbele; aber nicht jeder möchte das so.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hat mit Demokratie nichts zu tun, sondern mit Bürokratie oder bürokratischen Vorgängen. - Aber jetzt kann ich ja da weitermachen. Also, dann hat an diesem selben Tag anschließend an das PKGr und anschließend an diese Erklärung offenbar noch ein weiteres Treffen stattgefunden, und immer sind dabei gewesen Chef BK, also Herr Pofalla - der muss dann da gleich hingeeilt sein -, Schindler, Maaßen und Heiß und Sie. Können Sie sich jetzt erinnern?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, an das spezielle Treffen kann ich mich nicht erinnern.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Drei sind das ja; drei sind das an dem Tag.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, ja. - Aber noch mal: Ich schließe das nicht aus. Wenn das in dem Kalender steht, gehe ich davon aus, dass es auch in meinem Beisein stattgefunden hat.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und können Sie sich also an diesen dramatischen Tag nicht erinnern -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich kann mich daran - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und was darüber, über dieses Handyabhören der Kanzlerin, gesprochen worden ist?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, ich kann mich an die dramatischen Monate erinnern, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das haben Sie schon gesagt.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - nein -, die es seit Anfang Juni gegeben hat; das möchte ich noch mal betonen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das muss man ja im Zusammenhang sehen -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - und nicht einfach jetzt sagen: Das müsste Ihnen doch jetzt sofort als das aufgefallen sein, und alles andere - - zurückgestellt haben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, mir geht es jetzt darum - -

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Und dass wir uns unter Umständen nach der PKG getroffen haben, ist wahrscheinlich der Diskussion, die im Parlamentarischen Kontrollgremium darüber geführt worden ist, geschuldet, wo dann Chef BK gesagt hat: Kommen Sie alle noch mal hin. Wie bewerten wir das insgesamt?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, das halte ich für ein ganz normales Vorgehen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und können Sie sagen, was da besprochen worden ist?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Im Einzelnen nicht; das habe ich schon gesagt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Erinnern Sie sich nicht, oder wollen Sie nicht, oder dürfen Sie nicht?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Herr Abgeordneter, ich erinnere mich nicht, was im Einzelnen gesprochen worden ist.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ging es darum oder ging es auch darum, wie man die Sache außer mit so einem

freundlichen Brief an den Herrn Botschafter verifizieren könnte oder belegen könnte, besser belegen könnte?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich würde sagen, es ging vor allem auch darum, zu sagen: Was machen wir alle? Und ich nehme nicht an, dass die beiden Schreiben, die ich an den Botschafter geschickt habe, nach diesem Treffen rausgegangen sind. Die werden schon vorher rausgegangen sein, am 24. im Laufe des Tages, und dann ist wahrscheinlich noch mal besprochen worden, was alle in ihrer jeweiligen Zuständigkeit gemacht haben und was im Parlamentarischen Kontrollgremium dazu besprochen worden ist.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Und spielte jetzt - jetzt komme ich wieder auf meine Anfangsfrage zurück - bei diesen ganzen Erörterungen auch die Bundeskanzlerin eine Rolle und insbesondere, was sie vielleicht tun könnte oder schon getan hat, um bei der Verifizierung oder Nichtverifizierung, bei der Klärung zu helfen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nach meiner Erinnerung nicht; denn wir haben das besprochen, was wir jeweils machen können. Ich war der Innenstaatssekretär und zuständig für Spionageabwehr.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie an den beiden Tagen an einem Treffen teilgenommen mit der Kanzlerin?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Hatte ich vorhin, glaube ich, schon auf Fragen gesagt: Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben Sie nicht teilgenommen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie wissen überhaupt nichts von Reaktionen der Kanzlerin, außer das, was dann auch übers Fernsehen lief?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Was übers Fernsehen lief und was allgemeinkundig war, ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Allgemeinkundig“? Was war da allgemeinkundig?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Na ja, durch die Medien verbreitet; das halte ich für allgemeinkundig. Aber legen Sie mein Wort nicht auf die Goldwaage.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, das tue ich gar nicht, gut. - Also, dann bin ich jetzt erst mal mit dem 24.10.2013 rum. Da gibt es ja noch andere Zeugen, die wir dazu befragen.

Ich habe nur noch abschließend eine Geschichte, die ich noch mal klären wollte. Da komme ich noch mal zurück auf das, was der Vorsitzende vorhin ganz am Anfang Sie gefragt hat, nämlich zu Ramstein.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Mhm.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): War Ihnen bekannt - - Oder ab wann war Ihnen bekannt, dass der Vorwurf erhoben wurde, dass Ramstein, eine US-Niederlassung in Deutschland, bei dem Drohnenkrieg eine erhebliche Rolle spielt?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, soweit ich mich erinnere, durch die Veröffentlichung über eine Zeugeneinvernahme hier in diesem Ausschuss, als ein ehemaliger US-Mitarbeiter, Soldat gefragt worden ist, welche Rolle Ramstein spielt. Im Anschluss, wenn ich mich richtig erinnere, gab es verschiedene parlamentarische Anfragen dazu, die, glaube ich, federführend das Verteidigungsministerium beantwortet hat, weil es ja eine militärische Liegenschaft ist. Das ist meine Erinnerung in dem Zusammenhang.

Und jetzt in neuester Zeit natürlich das, was noch mal offensichtlich aufgrund eines Gesprächs von US-amerikanischen Diplomaten mit deutschen Diplomaten dann das Ergebnis für eine Fragestunde war, wo der zuständige Staatsminister des Auswärtigen Amtes die Erkenntnisse, die man aufgrund dieses Gesprächs hatte, weitergegeben hat.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ich frage Sie deshalb, weil mich interessiert - - Also, Sie sagen, Sie haben erst durch diese Aussage hier vor dem Ausschuss davon gehört.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Mhm.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war nicht irgendeiner, sondern das war ein Drohnenpilot mit über 1 000 Drohneinsätzen, der dafür auch einen Orden bekommen hat in den USA. Der hat das hier sehr detailliert geschildert; das hat der Vorsitzende Ihnen ja schon vorgehalten. Aber die Frage ist: Spätestens da, nachdem Sie jetzt davon gelesen hatten, wussten, da steht so eine Behauptung - nicht von irgendjemandem, sondern von einem unzweifelhaften Drohnenpiloten, der so was erzählt -, haben Sie da - Sie jetzt als Chef oder als Staatssekretär im Kanzleramt - Bemühungen unternommen, mal mit den Amerikanern abzuklären, was da tatsächlich läuft in Ramstein? Oder hatten Sie keinen Anlass dazu?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein, es gibt ja zuständige Ressorts, die sich mit der Frage beschäftigen haben. Das ist vor allem der Verteidigungsminister und, ich glaube, auch das Auswärtige Amt. Das sieht man ja auch, dass das Auswärtige Amt Gespräche mit Diplomaten geführt hat. Das war in deren Zuständigkeit.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Weil wir alle - also, auch ich habe ja mehrere Fragen dazu gestellt - haben immer von der Bundesregierung die Antwort bekommen, die auch Herr Obama, also er selber, aber auch die US-Administration sonst immer wieder gegeben haben auf die Fragen. In Ramstein selber, als ich da mal war, hat mir ein General das gesagt. Die haben immer die Formel gesagt - und die hat die Bundesregierung übernommen -, es starten keine Drohnen aus Deutschland, und es werden keine von Deutschland aus geleitet. Das war immer die Formel. Nun gab es ja diese neue Variante mit Relaisstationen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Mhm.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hatten Sie - „Sie“, das Bundeskanzleramt - nicht Veranlassung, jetzt mal da nachzugehen: Geben wir da immer falsche Auskünfte oder - - Also, wir haben ja immer danach gefragt, ob Ramstein - - welche Rolle Ramstein im Drohnenkrieg spielt. Wir haben nicht gefragt, ob hier ein Flugzeug oder eine Drohne startet, sondern wir haben gefragt, ob überhaupt Ramstein eine Rolle spielt. Und diese Aussagen waren meiner Einschätzung nach alle falsch, die wir bekommen haben, objektiv falsch.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Herr Abgeordneter, alle Fragen, die sich in dem Zusammenhang während des laufenden Untersuchungsausschusses mit Ramstein beschäftigt haben, habe ich immer gesehen vor dem Hintergrund des Einsatzauftrags des Untersuchungsausschusses, und da ging es um die Frage, ob von deutschem Boden aus etwas gesteuert wird bzw. veranlasst wird. Das ist - - Dass Ramstein eine von vielen möglichen Relaisstationen - das ist ja die neueste Aussage, die ich zur Kenntnis genommen habe - ist, bedeutet nicht, dass das von deutschem Boden aus gesteuert wird oder etwas veranlasst wird, was die Drohnen dann tatsächlich durchführen. Ich hatte ja auf eine vorhergehende Frage auch schon mal gesagt: Für mich macht es auch keinen Unterschied, jetzt in einem bewaffneten Konflikt, ob Drohnen eingesetzt werden oder eben andere Kriege -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, noch mal, weil ich immer sehe, dass die Frage der Drohne -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - hier eine besondere Rolle spielt. Das macht für mich keinen Unterschied. Wie gesagt, es gibt nach wie vor auch eine Diskussion - die Amerikaner beurteilen das anders als wir - im Krieg gegen den Terrorismus, ob es hier ein Selbstverteidigungsrecht nach der VN-Charta gibt. Das ist eine Diskussion, der wir uns alle stellen müssen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Herr Fritsche, immer wenn es ein bisschen kritisch wird, dann wiederholen Sie noch mal das, was Sie vorher alles schon gesagt haben; das habe ich ja vorhin schon gehört. Nur, mich interessiert: Sie haben also das Leiten des gesamten Einsatzes der Drohne von den USA über Ramstein - Glasfaserkabel bis Ramstein und von dort dann zum Satelliten - nicht als Drohnenleiten angesehen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** So ist es, und ich weiß gar nicht, in welcher technischen - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ins Ziel, sowohl Zielerkennung als auch Zielbekämpfung.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Noch mal: Das sehe ich so nicht, und ich sehe das im Übrigen auch nicht vom Untersuchungsauftrag gedeckt. Aber ich bin gerne bereit gewesen, ohne Anerkennung einer Rechtspflicht das zu sagen, was ich dazu sagen kann, und das habe ich gemacht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Also, diese von mir so bezeichneten illegalen Hinrichtungen, diese Art der Beteiligung von deutschem Boden aus, sehen Sie nicht problematisch als Staatssekretär im Kanzleramt? Immer noch nicht?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Noch mal, Herr Abgeordneter: Das ist ja zum einen eine Unterstellung, dass Sie von Illegalität sprechen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich habe versucht, Ihnen darzustellen, dass es hierzu eine Diskussion gibt, auch auf dem Boden der VN-Charta. Im Übrigen weise ich nochmals darauf hin, dass sowohl der GBA als auch die Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main, die sich mit der Sache beschäftigen musste aufgrund von Strafanzeigen, ausdrücklich gesagt haben, dass hier eine irgendwie geartete Beteiligung der Bundesregierung



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und der Bundesrepublik Deutschland nicht gesehen werden kann. Das ist für mich auch das Wesentliche.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Fritsche, jetzt meine letzte Frage dazu: Ist Ihnen bekannt, dass es im Kanzleramt und in der Bundesregierung - oder „oder in der Bundesregierung“ oder beides - eine Sprachregelung gibt oder eine Regelung gibt, möglichst an diesem Tabu nicht zu rühren und immer das nur zu antworten, was die US-Behörden selber dazu sagen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, Sie unterstellen jetzt, dass es eine Haltung der Bundesregierung und speziell des Kanzleramts gibt, dass man so antworten soll?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das ist reiner Zufall, dass immer das Gleiche geantwortet wird?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich würde nicht sagen, dass das Zufall ist - das ist bewusst so -, nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und diese neue Information, die an das Auswärtige Amt gegeben worden ist - mit dem wir uns ja hier auch schon beschäftigt haben -, dass der Drohnenpilot recht hat, dass das genau so läuft, die war für Sie auch nichts Besonderes?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Was in diesem Zusammenhang diskutiert wird und was den Untersuchungsausschuss betrifft, ist natürlich immer was Besonderes. Aber es ändert nichts an der Einschätzung der Bundesregierung, und es ändert auch nichts gegenüber den Informationen, die wir vorher schon - - die zuständigen Ressorts gehabt haben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, es geht weiter so. Die nächsten Drohneneinsätze können weiter über Ramstein laufen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Noch mal: Ramstein ist nach der Aussage eine technische Relaisstation, und Ihre Unterstellung - Glasfaserkabel hin, Satellit weg - kann ich nicht mehr nachvoll-

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das hat der Drohnenpilot so geschildert. Der hat ja recht gehabt.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ja, gut. Aber das kann - - Unser Ansprechpartner ist die Regierung der Vereinigten Staaten, nicht ein Drohnenpilot.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich jüngst auch noch mal dazu geäußert, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** - und das nehme ich zur Kenntnis.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Haben Sie dann mal versucht, das konkreter zu machen, zum Beispiel indem Sie persönlich - oder jemand, der sich da besser auskennt - mal nach Ramstein gefahren sind und dort die, die das durchführen, sich haben zeigen lassen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Definitiv nicht. Ich war schon in Ramstein, aber nicht zu diesem Zweck.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Und nochmals: Federführend in der Bundesregierung sind hier BMVg und AA.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Sie sehen keine Veranlassung, das weiter aufzuklären? Die können so weitermachen?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das habe ich damit nicht ausgedrückt, und ich habe auch nicht gesagt, dass sie so weitermachen können, sondern ich habe nur gesagt, was ich in meiner Position als Staatssekretär im Kanzleramt dazu sagen kann.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie reden für die Bundesregierung - im Kanzleramt.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Das Ressortprinzip wird in der Bundesregierung sehr ernst genommen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Außerdem redet er jetzt hier als Zeuge von seinen Wahrnehmungen und nicht als Regierungssprecher; der kommt ja gleich noch. - Gut, also, ich sehe, es gibt Fragen noch von der Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ich hatte eben nur zurückgestellt, damit Herr Ströbele seine Fragen im Zusammenhang stellen kann. - Ich habe tatsächlich noch ein ganz anderes Thema. Sie erinnern sich sicher wie ich an eine denkwürdige Runde, in der wir zusammensaßen am 04.02.2015. Eigentlich waren wir Obleute zusammengekommen. Aber dann kamen Sie und Herr Schindler doch überraschend zu uns dazu und berichteten uns von einem Schreiben aus Großbritannien, das ich natürlich, weil es eingestuft ist, hier in keiner Weise zitieren will; aber der Vorgang ist ja nun hinlänglich auch in der Öffentlichkeit.

Da wurden ja, ich sage mal, mit Hinweis auf eine untersuchungsgegenständliche Operation zwischen dem GCHQ und dem BND Bitten geäußert, die Sie übermittelt hatten an den Untersuchungsausschuss, die dahin zielten, dass wir uns damit

nicht befassen sollten bzw. dass wir sogar noch nicht mal den Operationsnamen nennen wollen. Am nächsten Morgen - also, es vergingen keine zwölf Stunden, meine ich - stand nun alles zu dieser Operation im Detail inklusive des Operationsnamens im *Focus* geschrieben von einem ehemaligen BND-Mitarbeiter.

Ich würde jetzt gern wissen: Was haben die Briten daraufhin gesagt? Also, ich meine, uns haben Sie gesagt, wenn irgendjemand diesen Operationsnamen ausspricht, dann wird die Zusammenarbeit eingestellt, und dann haben wir den nächsten Anschlag auf dem Pariser Platz zu verantworten. Nun hat der *Focus* dafür gesorgt, dass am nächsten Tag der Operationsname in der Welt war. Wir waren es nicht, die aus dieser Sitzung informiert haben.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Aus - -

**Martina Renner** (DIE LINKE): Wie auch immer der *Focus* dazu gekommen ist - meinethalben. Die Frage ist: Was ist denn vonseiten der Briten dann passiert?

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Aber Sie wollen sicher nicht von mir hören, dass wir es waren. Das kann ich auch nur bestreiten; wir waren es nicht. Ich halte das für einen ganz gravierenden Vorgang, weil das natürlich dazu geführt hat, dass wir in den Diskussionen mit unseren Partnern dem Vorwurf uns ausgesetzt haben, dass, was bei uns geheimhaltenswert ist, überhaupt nicht geheim gehalten werden kann.

Ich darf an der Stelle noch mal ausdrücklich sagen: Eine Aufklärung auch all dessen, was das PKGr in seiner normalen Tätigkeit macht oder ein Untersuchungsausschuss macht, ist auch in geheimen Sitzungen möglich. Deswegen ist es natürlich bei geheimen Tatbeständen dann sehr schwierig. Wir waren damals in großem Druck. Ich glaube, das habe ich bei meinem Besuch bei den Obleuten und bei den Beratungssitzungen auch deutlich gesagt, dass sowohl die Vereinigten Staaten von Amerika als auch das Vereinigte Königreich uns sagen: Wenn ihr weiter so macht und weiter Dinge indiskretioniert werden, dann



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gibt es Überlegungen, die Zusammenarbeit zurückzufahren.

Ich sage gleichzeitig an dieser Stelle: Das läuft aber bei Nachrichtendiensten nicht so ab, dass sie sagen: „Zum 01.10. kündige ich jetzt die Zusammenarbeit“, sondern das werden wir erst nach einem längeren Zeitraum merken, ob wir Informationen überhaupt noch bekommen, und das können eben auch wertvolle und wertige Informationen zur Verhinderung von Terrorismus auf deutschem Boden sein.

Das haben wir damals zur Kenntnis genommen, haben bedauert, dass es in die Öffentlichkeit gekommen ist, und haben versichert, dass wir gemeinsam mit dem Parlament - und dafür habe ich ja auch in den Beratungssitzungen bei Ihnen geworben - alles unternehmen werden, um die Geheimhaltung, soweit sie notwendig ist, auch herzustellen. Das ist die Reaktion sowohl von GC- - also sowohl von Vereinigtem Königreich als auch von den Vereinigten Staaten gewesen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, ich meinte das aber jetzt doch etwas konkreter. In diesem Schreiben sind ja konkrete Konsequenzen beschrieben worden, die eintreten, wenn Details aus dieser Operation - inklusive des Operationsnamens - bekannt werden. Beides ist eingetreten, also binnen Einmal-Schlafen.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Mhm.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Dann hat man danach mit dem GCHQ geredet, und dann war wieder alles gut, oder - - Wir würden gerne wissen, ob dieses Szenario, was dort aufgemacht wurde, ein realistisches war oder ob es eher eine Intention hatte, die außerhalb nun tatsächlich den Vorhaben des GCHQ lag. Es ist schön - - Wir werden wahrscheinlich nie mehr klären, wie die Information in die Öffentlichkeit gelangte. Wir sind auf der relativ guten Seite, weil am nächsten Tag in der Zeitung Details standen, die Sie uns nicht mehr berichten konnten, weil wir ja die Sitzung damals abgebrochen hatten. Somit wird es irgendwann zu klären sein - oder auch nicht -, von welcher Seite die Information die Sitzung verlassen hat. Wir als Obleute sind raus. Die Frage ist

nur - es ist damals ganz konkret in diesem Schreiben angekündigt worden, die Veröffentlichung von Details und des Namens hat diese und jene Folgen -: Sind diese Folgen eingetreten, ja oder nein? Das wäre meine Frage.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, es hat Verhalten gegeben, dass man gesagt hat: Wir tun uns schwer, in manchen Operationen erstens zusammenzuarbeiten und zweitens Informationen zu geben. - Ich muss allerdings gestehen, im Laufe der Zeit jetzt - und der Untersuchungsausschuss läuft ja auch schon einige Zeit - ist sowohl die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten als auch mit dem Vereinigten Königreich aus meiner Sicht so, dass ich nicht annehmen muss, dass uns irgendeine Information vorenthalten wird. Aber ich musste es zu diesem Zeitpunkt, und ich nehme es immer, weil es ja nicht die einzige Veröffentlichung ist, sehr ernst.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Sie schließen aber aus, dass es eine Drohgebärde gegenüber dem Untersuchungsausschuss war.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Also, ich habe überhaupt keinen Anlass, Frau Abgeordnete Renner, das so zu sehen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Gut, wir hatten ihn.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich gucke mal in die Runde. - Jetzt sehe ich keine Wortmeldung mehr. Damit wären wir am Ende der öffentlichen Sitzung. Jetzt gucke ich noch mal in die Runde, ob wir den Zeugen noch in nichtöffentlicher oder eingestufte Sitzung benötigen. - Ich hatte nicht - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Wenn, dann nur kurz.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, ja.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nicht unbedingt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, dann müssen wir nämlich keinen Beschluss fassen. -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann danke ich Ihnen ganz herzlich, Herr Fritsche, dass Sie bei uns waren, Fragen beantwortet haben, die uns - und nicht nur uns - auf der Seele lagen. Ganz herzlichen Dank. Es wird keine nichtöffentliche oder eingestufte Vernehmung mehr geben. Dann haben Sie für heute frei. Danke, dass Sie bei uns waren.

**Zeuge Klaus-Dieter Fritsche:** Ich bedanke mich.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut. - Wir würden jetzt den nächsten Zeugen in den Sitzungssaal bitten; das ist Herr Peter Altmaier. Dazu unterbrechen wir jetzt fünf bis zehn Minuten, bis Herr Altmaier im Saal ist.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung von  
17.04 bis 17.12 Uhr)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung des 1. Untersuchungsausschusses wird fortgesetzt.

### Vernehmung des Zeugen Peter Altmaier

Ich darf ganz herzlich unseren nächsten Zeugen begrüßen, Herrn Minister Peter Altmaier.

Ich stelle fest: Der Zeuge ist ordnungsgemäß geladen. Herr Altmaier, Sie haben den Erhalt der Ladung am 21. Dezember 2016 bestätigt. Herzlichen Dank, dass Sie meiner Ladung gefolgt sind und dem Ausschuss für diese Vernehmung zur Verfügung stehen.

Vorab gibt es einige Vorbemerkungen. Das bezieht sich zum einen auf die Tonbandaufnahme, die wir fertigen. Die Bundestagsverwaltung fertigt eine derartige Tonbandaufnahme. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung zu erleichtern. Nach Fertigstellung des stenografischen Protokolls wird die Tonbandaufnahme gelöscht.

Das Protokoll dieser Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, etwaige Korrekturen oder Ergänzungen am Protokoll vorzunehmen, wenn dies notwendig ist, und uns das Protokoll zurückzuschicken.

Herr Altmaier, vor Ihrer Vernehmung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuches mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe be-

straft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit auch gegebenenfalls Disziplinarverfahren, wenn dies in Betracht kommen sollte.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuftem Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis, damit der Ausschuss dann einen Beschluss gemäß § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes fassen kann und die Sitzung dann in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Weise fortsetzen kann und Ihnen dann die entsprechenden Fragen stellen kann. - Gibt es hierzu Fragen?

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das ist nicht der Fall. - Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Danach beginnt die Vernehmung zur Sache. Gemäß § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes haben Sie die Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, bei dem Sie nicht unterbrochen werden durch weitere Nachfragen. Danach werde ich Sie zunächst befragen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses das Wort für ihre Nachfragen. Dies geschieht nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, eine Fraktion nach der anderen.

Ich darf Sie dann nun bitten, zu Beginn Ihrer Ausführungen sich dem Ausschuss mit Namen, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.

**Zeuge Peter Altmaier:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Mein Name ist Peter Altmaier. Ich bin



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Mitglied des Deutschen Bundestages und Bundesminister. Ich bin 58 Jahre alt, und die ladungsfähige Anschrift ist Bundeskanzleramt, Willy-Brandt-Straße 1.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Wie ich es gerade gesagt habe, möchte ich Ihnen zunächst die Möglichkeit geben, wie es § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes regelt, Gelegenheit für ein Eingangsstatement zu haben. Wünschen Sie dies? Möchten Sie davon Gebrauch machen?

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann haben Sie das Wort.

**Zeuge Peter Altmaier:** Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ganz herzlichen Dank für die Einladung und für die Gelegenheit zu diesem Statement. Ich habe meinen Mitarbeiter Herrn Wolff gebeten, mich unsanft zu unterbrechen, wenn ich irgendwo Sachverhalte berühre, die in nichtöffentlicher Sitzung zu erörtern sind; das erleichtert meine Arbeit.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wir sind öffentlich!)

Ich war im Laufe meiner nun ja doch schon einige Jahre dauernden politischen Tätigkeit mehrfach mit Angelegenheiten der Nachrichtendienste befasst, das erste Mal im sogenannten Plutonium-Untersuchungsausschuss von 1994 bis 98 als stellvertretendes Mitglied; das betraf vor allen Dingen den BND. In meiner Zeit als Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium von 2005 bis 2009 war ich alternierend mit Thomas Oppermann Vorsitzender des PKGr, des Parlamentarischen Kontrollgremiums; Herr Ströbele mag sich an die Zeit erinnern. Es lag mir viel daran damals - obwohl ich als Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Regierungskoalition gut zu tun hatte -, dass die Kontrollrechte des Ausschusses gewahrt wurden. Deshalb habe ich sowohl Herrn Ströbele wie damals auch Herrn Neskovic, die als Vertreter der Opposition dort

anwesend waren, auch in ihren Aufklärungsinteressen unterstützt. Das war vor der Affäre Snowden.

Die Affäre Snowden habe ich dann erlebt als Bundesminister für Umwelt. In dieser Zeit war ich mit Angelegenheiten der Nachrichtendienste amtlicherseits nicht befasst, sondern habe meine Informationen aus der Presse und den üblichen Quellen entnommen. Ich bin dann seit 2013, seit Dezember 2013, als Chef des Bundeskanzleramtes insbesondere für den BND zuständig, aber auch sonst über die Gremien wie die ND-Lage beispielsweise mit der Arbeit aller Nachrichtendienste des Bundes befasst.

Ich war in diesen ganzen Jahren meiner Tätigkeit - und auch heute noch - zutiefst überzeugt, dass insbesondere der demokratische Rechtsstaat, den wir in Deutschland übrigens die längste Zeit unserer Geschichte nicht hatten, zu seiner Aufgabenerfüllung und zu seiner eigenen Verteidigung auf funktionierende Sicherheitsbehörden angewiesen ist. Dazu gehören für mich nicht nur die Streitkräfte und die Polizei; dazu gehören für mich ganz wesentlich auch ein funktionierender Nachrichtendienst oder funktionierende Nachrichtendienste, wie wir sie haben. Ohne Nachrichtendienste kann die innere und äußere Sicherheit nicht effektiv gewährleistet sein. Deshalb kenne ich auch kein demokratisches Land auf der Welt, das sich den Luxus leistet, auf Nachrichtendienste völlig zu verzichten. Ich kenne auch kein einziges Land, wo der Nachrichtendienst so autistisch ist, dass er nicht mit anderen Nachrichtendiensten spricht und zusammenarbeitet, weil wir in einer vielfach vernetzten Welt leben, wo die Kooperation der Nachrichtendienste und die Unterstützung in der Abwehr von Gefahren für die innere oder äußere Sicherheit eines Landes nur in einem gemeinsam von Zusammenarbeit und Vertrauen geprägten Verhältnis aller Beteiligten möglich ist.

Ich bin auch zum Ergebnis gekommen, dass unsere Nachrichtendienste in ihrer Effektivität und in ihrer Wirksamkeit ganz sicherlich nicht eingeschränkt, sondern eher noch unterstützt werden müssen; ich habe dazu als Kanzleramtsminister auch einiges getan. Ich bin der Auffassung, dass



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wir, so wie wir uns gerade nach den Anschlägen am Breitscheidplatz noch mal vor unsere Polizei gestellt haben, als Politiker auch eine Verantwortung haben, uns vor die Nachrichtendienste zu stellen. Ich bin fest davon überzeugt, dass der BND, das Bundesamt für Verfassungsschutz und der MAD zu den Guten und nicht zu den Bösen gehören und dass ihre Arbeit im Interesse unserer Demokratie gemacht wird und dass ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - Ausnahmen kann und mag es immer geben; deshalb braucht man auch Kontrolle - sich diesem demokratischen Rechtsstaat und dem Primat der Politik verpflichtet fühlen.

Weil ich glaube, dass der Primat der Politik auch für die Arbeit der Nachrichtendienste unerlässlich ist, war und bin ich der Auffassung, dass es auch einer wirksamen Kontrolle der Nachrichtendienste bedarf, sowohl auf Ebene der Regierung - und für mich gilt das insbesondere für den Bundesnachrichtendienst - wie auch auf Ebene des Parlamentes. Deshalb habe ich mich bemüht, soweit ich das jedenfalls beeinflussen konnte in den drei Jahren meiner Amtszeit, auch Ihre Arbeit zu erleichtern, wo immer das ging, ohne wichtige Interessen des eigenen Landes dabei aufs Spiel zu setzen.

Ich glaube, dass die Themen, die Sie heute beschäftigen, was meine Tätigkeit und meine Verantwortung angeht, mich insbesondere erreicht haben in meiner Funktion als Kanzleramtsminister seit dem 18. Dezember 2013. Ich habe für meine Ernennung als Chef des Bundeskanzleramtes - - Etwa eine Woche vorher hat die Bundeskanzlerin mich gefragt, ob ich bereit sei, diese Arbeit zu übernehmen. Ich habe dann mit meinem Vorgänger ein Übergabegespräch geführt, bei dem er mich über wesentliche strukturelle Abläufe im Kanzleramt und in der Arbeit des Kanzleramtsministers informiert hat. Wir haben uns dabei nicht über irgendwelche Einzelheiten von Vorgängen und Dossiers in den unterschiedlichen Abteilungen des Kanzleramtes unterhalten, weder im Bereich der Abteilung 6 noch aus anderen Bereichen, sondern es ging darum, dass ein möglichst reibungsloser Übergang der Verantwortung ermöglicht wurde.

Ich habe dann nach der Aufnahme meiner Tätigkeit sehr schnell mit den einzelnen Abteilungen Fachgespräche geführt, um mich in die wesentlichen Themen des Kanzleramtes einzuarbeiten. Ich habe damals auch bereits mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in dieser Abteilung darüber gesprochen, dass sich ein Untersuchungsausschuss mit dem Thema „NSA, Five-Eyes“ beschäftigen wird. Wir haben dann begonnen, uns darauf vorzubereiten, indem wir eine entsprechende Arbeitseinheit aufgebaut haben und indem wir das Zusammenstellen der von Ihnen benötigten Unterlagen organisiert haben.

Ich habe dann zum ersten Mal inhaltlich zwei Tage nach meinem Amtsantritt eine Vorlage, eine gemeinsame Vorlage von zwei Abteilungen bekommen zu dem Thema „No Spy“. Die Vorlage ist eingestuft; deshalb kann ich daraus nicht zitieren. Sie dürfte Ihnen aber bekannt sein; es war eine Vorlage vom 20. Dezember. Dort war der Sachstand der Verhandlungen zum Thema „No Spy“ dargestellt. Diese Vorlage hat mich sofort zu dem Schluss gebracht, dass wir Rücksprachebedarf hatten, weil deutlich wurde, dass es erhebliche Differenzen gab, die bei den Verhandlungen zutage getreten waren auf der Arbeitsebene. Das hat dann dazu geführt, dass ich nach der Ankunft von Herrn Fritsche, der erst im Januar im Kanzleramt begonnen hat, in einer Besprechung das weitere Vorgehen geklärt habe.

Das hat dann am Ende dazu geführt, dass vor einer USA-Reise der Bundeskanzlerin die Bundesregierung auch offiziell erklärt hat, dass auf absehbare Zeit mit dem Zustandekommen eines No-Spy-Abkommens nicht zu rechnen ist. Wenn Sie sich die Vorlage anschauen, dann können Sie, glaube ich, auch Rückschlüsse daraus ziehen, wie wichtig mir dieses Thema war. Es ist ja so: Manchmal stehen Vorlagen, die wir dem Ausschuss zur Verfügung stellen, in den Zeitungen, allerdings noch nie eine, die für die Regierung günstig war; das ist mir jedenfalls noch nicht aufgefallen. Aber für mich war es der entscheidende Punkt.

Der zweite Punkt war, dass im Frühjahr 2014 der Untersuchungsausschuss seine Arbeit aufgenommen hat. Ich habe mich damals entschieden, die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dokumente, die wir Ihnen zur Verfügung gestellt haben - nicht jedes einzelne Blatt, aber doch alle wichtigen Dokumente -, mir anzuschauen, sie zu diskutieren mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und habe auf diesem Wege dann Kenntnis erlangt von den Vorgängen, die Sie auch kennen. Insofern haben Sie vielleicht noch einen etwas intensiveren Kenntnisstand, weil Ihre Beschäftigung ganz frisch ist; meine war immer dann, wenn die Unterlagen übersandt werden mussten. Es gab auch manchmal Fälle, wo wir diskutiert haben, ob bestimmte Stellen zu schwärzen sind oder nicht. Ich war mit meinen Mitarbeitern gemeinsam der Auffassung, dass wir Ihnen so viele Informationen wie irgendwie vertretbar zur Verfügung stellen müssen, und es gab zwei oder drei Ausnahmen von diesem Prinzip. Auf eine, auf die Third Party Rule, komme ich dann anschließend noch zu sprechen.

Es gab dann im Frühsommer des Jahres 2014 einen Vorgang, in dem nämlich ein Spion mit dem Namen Marcel R. [sic!] - das stand in den Zeitungen; deshalb kann ich es hier sagen - in Pullach enttarnt wurde und festgenommen wurde. Ich habe mich sehr intensiv und umfangreich unterrichten lassen über alle Umstände dieses Falles. Es hat dazu geführt, dass wir zum einen den amerikanischen Botschafter ins Kanzleramt einbestellt haben; wir haben zum anderen den Vertreter des JIS aufgefordert, unser Land zu verlassen, wie wir das in vergleichbaren Fällen auch tun.

Es kam zu einem direkten persönlichen Gespräch über diese Angelegenheit - auch das stand in der Zeitung, ist nachzulesen - mit meinem amerikanischen Kollegen, dem Chief of Staff aus dem Weißen Haus, Denis McDonough, mit dem ich dann noch einmal die Bedeutung all dieser Vorgänge erörtert habe und deutlich die Position der Bundesregierung vertreten habe, dass in Deutschland deutsches Recht gilt, dass es keine Rabatte geben kann und dass die Bundesregierung die Verantwortung hat, die Durchsetzung dieses deutschen Rechts in Deutschland auch sicherzustellen. Bei dieser Gelegenheit stellte sich heraus, dass der Beschuldigte auch Informationen übermittelt hatte, die sehr sensibel waren, weil man daraus den Schluss hätte ableiten können, dass in Deutschland auch Freunde abgehört werden.

Ich hatte die Aussage der Kanzlerin „Abhören unter Freunden geht gar nicht“ als Bundesumweltminister verfolgt, und ich habe sie damals und auch heute für richtig und absolut notwendig angesehen, weil ich glaube, dass man unter Freunden auch bereit sein muss, sich gegenseitig zu vertrauen. Wenn Sie mit jemandem persönlich befreundet sind und der geht austreten, dann schauen Sie auch nicht, was er im Notizbuch aufgeschrieben hat. Wenn Sie wissen, wie umfangreich die Anforderungen an die Tätigkeit moderner Nachrichtendienste sind, dann ist man aus meiner Sicht schlecht beraten, die begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen, die man hat, darauf zu verwenden, sich ausgerechnet mit der Tätigkeit der Freunde zu beschäftigen. Ich halte das für unökonomisch und habe das in meiner Arbeit auch immer wieder zum Ausdruck gebracht.

Damals war es so, dass man den Eindruck haben konnte, dass es hier einen Verstoß gegeben hat. Ich habe daraufhin sehr intensiv mit dem Präsidenten Schindler zweimal gesprochen und mir die Dinge erklären lassen. Mir war zu diesem Zeitpunkt bekannt, dass es vor meiner Amtszeit einen Fall oder Fälle gegeben hat, wo deutsche Botschaften - - wo also Botschaften von EU-Staaten und anderen Staaten im Visier waren, und dass Chef BK Pofalla das geändert hat. Ich habe es nicht von ihm erfahren. Ich kann Ihnen auch nicht mehr sagen, ob ich es von Herrn Schindler selber erfahren habe oder von irgendjemand anderem; aber mir war das bekannt.

Nachdem ich nun diese beiden Vorgänge hatte, den Vorgang aus Oktober 2013, als ich noch nicht im Amt war, und den Vorgang vom Frühsommer 2014, habe ich Herrn Schindler ausdrücklich befragt - zweimal -, ob es weitere Dinge gibt, die ich wissen müsse, und ob es weitere Fälle gibt, wo wir Freunde abhören. Herr Schindler hat mir beide Male dies verneint. Wir haben dann die Praxis im Hinblick auf sogenannten Beifang auch noch einmal verändert und dafür Sorge getragen, dass sie im Einklang mit unseren politischen Prinzipien künftig stattfindet.

Ich habe dann - zu dem Thema Selektoren - zum ersten Mal überhaupt das Wort „Selektor“ gehört,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

als Herr Staatssekretär Fritsche mich an einem Freitag, dem 13. März 2015, telefonisch über den Sachverhalt unterrichtet hat. Das war ein Freitagabend; ich war auf einer Veranstaltung in Köln. Da wir über eine geschützte Leitung telefonieren mussten aufgrund der Angelegenheit und ihrer Implikationen, bin ich dann spätabends noch nach der Veranstaltung zum BfV gefahren nach Köln. Das war das erste und bisher einzige Mal - vermutlich auch das letzte Mal -, dass ich auf dem Sessel des Verfassungsschutzpräsidenten Maaßen sitzen durfte, und habe dann mit Herrn Fritsche die Angelegenheit erörtert. Mir war natürlich sofort klar, dass es sich hier um eine sehr bedeutsame Angelegenheit handelte, weil sie im Gegensatz zu dem stand, was wir als Politik der Bundesregierung nun doch schon immerhin seit zwei Jahren vertreten und auch dem BND und anderen Diensten als Richtschnur vorgegeben haben.

Ich habe mehrfach in den nächsten Tagen mit Herrn Fritsche telefonisch und auch persönlich und mündlich über diese Vorgänge gesprochen. Das zuständige Fachreferat hat dann am Montag, der auf den 13. folgte, eine Unterrichtungsvorlage für mich verfasst. Ich habe die dann am 17., einen Tag später, abgezeichnet; das habe ich mir noch mal rausschreiben lassen. Wir haben dann auch eine erste Weisung an den BND versandt und ihn angewiesen, detailliert über den gesamten Prozess dieser Selektoren zu sprechen. Ich habe dann auch darum gebeten, dass mir die Liste der Selektoren vorgelegt wird, und ich habe mir diese Liste persönlich angesehen, um mir einen Eindruck darüber zu verschaffen, von welcher Qualität und Bedeutung die betreffenden Selektoren waren. Das hat dazu geführt, dass wir dann in einem vierwöchigen Prozess sehr intensiv versucht haben, die Sachen - - Licht ins Dunkel zu bringen.

Ich will hinzufügen: Ich habe immer die Auffassung vertreten, dass für alles, was abgeschlossen war, mit dem Zeitpunkt der Einsetzung des Untersuchungsausschusses die Zuständigkeit bei Ihnen lag, aufzuklären, wie die Dinge gelaufen waren. Wir stellen Ihnen die Dokumente zur Verfügung, Sie vernehmen die Zeugen. Ich habe

nicht parallel dazu noch weitere Nachforschungen angestellt. Aber das hier war ein Vorgang, der war eben nicht abgeschlossen, und es war ein Vorgang, der in die Zuständigkeit des Bundeskanzleramtes als Fach- und Rechtsaufsicht fiel. Deshalb haben wir uns damit beschäftigt.

Ich habe dann eine Entscheidung getroffen, die ich im Rückblick als die einzig richtige ansehe, nämlich dass ich mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am 20. März nach Pullach zur Abteilung TA gefahren bin und dass wir dort über einen Zeitraum von mehreren Stunden die Thematik erörtert hatten. Und zwar war es so, dass meine Begleitung bestand aus dem Staatssekretär Fritsche und Vertretern aller Arbeitsebenen im Bundeskanzleramt quer durch die Hierarchie. Ich hatte darum gebeten, dass mir in Pullach auch alle Verantwortlichen des BND zur Verfügung stehen, sowohl die politische Leitungsebene mit dem Präsidenten wie auch der Abteilungsleiter, Unterabteilungsleiter, Referatsleiter bis hin zu denjenigen, die konkret mit den Selektoren beschäftigt waren. Das war aus meiner Sicht deshalb notwendig, weil mir daran gelegen war, umfassend mir ein Bild darüber zu machen, wie die Praxis des BND war, zu welchem Zeitpunkt sie geändert wurde und welcher Änderungsbedarf für die Zukunft besteht.

Ich habe den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die selbstverständlich durch die Ankunft des Kanzleramtsministers natürlich auch nicht nur in freudiger Erwartung waren, obwohl mein Verhältnis zum BND sehr gut ist - - Ich hatte den BND als Kanzleramtsminister zweimal besucht, einmal relativ kurz nach meiner Arbeitsaufnahme und ein zweites Mal, um auch in einer Personalversammlung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu sprechen. Das war der dritte Besuch in Pullach, den ich durchgeführt habe. Ich habe dann den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesagt, dass es mir vor allen Dingen um Sachverhaltsaufklärung geht und dass ich gekommen bin, um zu urteilen, und nicht, um zu verurteilen, und dass vor einer Entscheidung über Konsequenzen zunächst die Aufklärung steht. Ich habe allerdings auch gesagt, dass es sich um eine sehr ernste Angelegenheit handelt und dass die-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ser Besuch am 20.03. die Gelegenheit war, um alles, aber auch alles auf den Tisch zu legen, und dass es aus meiner Sicht nicht glücklich wäre, wenn wir dann hinterher noch einmal von Neuigkeiten in einer Dimension überrascht würden, die schwer zu erklären ist.

Bei dieser Besprechung ist es dann auch noch einmal - ich muss es jetzt summarisch sagen, weil ich ungern über Details in öffentlicher Sitzung spreche - um die Frage gegangen, wo und in welchen Fällen wir bis zur Entscheidung von Ronald Pofalla befreundete Botschaften abgehört hätten. Das ist erläutert worden. Ich habe dann noch mal nachgefragt und nachgefasst, wir sind die Liste durchgegangen im Hinblick auf einzelne Selektoren, und meine Mitarbeiter, insbesondere auch Herr Wolff, hatten eine große Liste von Fragen erstellt, die an den BND gerichtet worden ist und wo wir um schriftliche Aufarbeitung gebeten hatten, sofern es nicht möglich war, sie in der Besprechung zu beantworten.

Das hat dann dazu geführt, dass wir später weitere Erkenntnisse zu BND-eigenen Selektoren hatten. Ich hatte die Abteilung ausdrücklich ermuntert, alle diese Dinge so zu formulieren, dass wir möglichst präzise Antworten vom BND erhalten. Nachdem ich mit den Vertretern der Abteilung 4 über die Frage der US-amerikanischen Selektoren gesprochen hatte und auch über die Frage diskutiert hatte, was der BND selbst darüber hinaus macht, war ich anschließend von der Existenz einer so umfangreichen BND-eigenen Selektorenliste mit problematischen Selektoren überrascht und habe das auch ausdrücklich nicht gebilligt.

Nach dem Besuch in Pullach bin ich dann mit Herrn Fritsche so verblieben, dass die fachlich zuständige Abteilung 6 die weitere Aufarbeitung und Klärung übernimmt. Herr Fritsche hat mich regelmäßig mündlich über Fortschritte und auch über neu aufgetauchte Erkenntnisse unterrichtet. Wir haben dann am 22.04. - daran werden Sie sich erinnern - die Obleute des Untersuchungsausschusses und des PKGr gemeinsam über den Fund der Selektorenliste, die gewonnenen Erkenntnisse und die initiierten Aufklärungsaktivitäten unterrichtet.

Ich habe darüber hinaus es für sinnvoll gehalten, auch die zuständigen Minister der Bundesregierung in angemessener Form in etwa ähnlicher Detailtiefe, wie Sie auch Ihnen zuteil geworden ist, über die Vorgänge zu informieren, weil es Vorgänge von einer gesamtstaatlichen Bedeutung waren, insbesondere auch für die außenpolitischen Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland.

Es war mir wichtig, den Bundestag so einzubeziehen und auch gegenüber der Öffentlichkeit Stellung zu beziehen, dass die Ernsthaftigkeit unseres Aufklärungswillens keine Sekunde außer Frage stand. Wir haben am 23. April eine Pressemitteilung herausgegeben. Dort haben wir bereits damals ausdrücklich festgehalten, dass wir organisatorische und technische Defizite in den Arbeitsabläufen des BND festgestellt haben. Damals ist das hinterfragt worden, und es ist zum Teil auch kritisiert worden nach dem Motto: Die Bundesregierung möchte jetzt den BND für alles verantwortlich machen.

Das, was mir persönlich bei dem Besuch in Pullach aufgefallen war, war der Umstand, dass eigentlich niemand im BND Kenntnis von den Vorgängen hatte. Das kann ich nicht beurteilen und nicht bewerten. Aber es ist natürlich ein Problem - - Es wäre ein Problem gewesen, wenn die Leitungsebene, wenn die Abteilungsleitersebene, wenn die Unterabteilungsleitersebene von den Vorgängen gewusst hätte und sie nicht ans Kanzleramt weitergegeben hätte. Es ist aber auch ein Problem, wenn alle Beteiligten und Verantwortlichen davon nichts wissen. Das hat nichts zu tun mit in irgendeiner Weise disziplinarischen oder sonstigen rechtlichen Konsequenzen. Aber es hat viel damit zu tun, wie man den Nachrichtendienst künftig so organisiert, dass ähnliche Vorgänge sich nicht wiederholen.

Es war dann für mich die ganz besonders schwierige Frage - - Nachdem sich herausgestellt hat, dass Sie an der Selektorenliste ein gewisses Interesse hatten, war die entscheidende Frage: Wie gehen wir damit um? Es war eine der schwierigsten Fragen, die ich in meinem politischen Leben zu beantworten hatte, weil ich selbstverständlich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

weiß, dass das Aufklärungsinteresse des Parlamentes ein hohes Gut ist - verfassungsrechtlich geschützt -, und andererseits aber auch wusste und weiß, dass diese Selektorenliste ja nicht irgendein Instrument war, sondern wenn Sie so eine Selektorenliste haben, dann können Sie umfassende Rückschlüsse aus der Arbeit eines anderen Nachrichtendienstes eines anderen Landes gewinnen. Deshalb war es für mich ganz entscheidend, dass wir das einhalten, was wir von unseren Partnern ebenfalls erwarten, nämlich dass sie getroffene Absprachen über Vertraulichkeit und Geheimhaltung nicht einseitig aufkündigen.

Wir hatten bereits das Konsultationsverfahren laufen zu vielen Dokumenten, und wir haben dann noch einmal im Konsultationsverfahren auch die Frage versucht zu klären, ob wir diese Liste dem Parlament vorlegen dürfen oder nicht. Eine abschließende Antwort darauf ist nicht erfolgt. Es war eindeutig nach der völkerrechtlichen und nach der rechtlichen Lage so, dass wir diese Liste nur zur Verfügung stellen durften an Stellen außerhalb der Bundesregierung mit ausdrücklicher Zustimmung des amerikanischen Partners. Wir haben deshalb nach Möglichkeiten gesucht, wie man dem Aufklärungsinteresse des Bundestages auf anderem Wege gerecht werden kann. Wie Sie wissen, haben wir beispielsweise ein schriftliches Testat durch den BND erstellen lassen. Wir haben die Obleute auch am 6. Mai noch einmal informiert. Wir haben dann - und das war, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt - Ihnen alle Unterlagen zum Beweisbeschluss BND-26 - mit der einen Ausnahme der Selektorenliste - zur Verfügung gestellt.

Die Weitergabe der Selektorenliste konnte ich nicht verantworten, weder rechtlich noch politisch. Deshalb haben wir nach einem Weg gesucht. Ich habe am 17. Juni dann dem Untersuchungsausschuss angeboten, dass wir eine unabhängige sachverständige Vertrauensperson einsetzen, und auch dem Untersuchungsausschuss angeboten, sowohl den Auftrag zu formulieren wie auch Vorschläge für die Auswahl dieser Person zu machen. Die Mehrheit hat dann Herrn Dr. Graulich vorgeschlagen. Wir haben ihn eingesetzt. Er hat die Liste einsehen können. Er

hat Ihnen seinen Bericht im Oktober 2015 übermittelt und ist dazu auch vernommen worden. Das Bundesverfassungsgericht hat im Jahre 2016 festgestellt, dass dieses Vorgehen verfassungskonform war. Ich habe mich über dieses Urteil sehr gefreut, auch wenn ich - -

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Wir uns nicht!)

weil es deutlich macht, dass der Bundesnachrichtendienst auch zukünftig verlässlicher Partner für andere Nachrichtendienste sein kann und dass wir gegebene Zusagen auch einhalten, so schwierig dies im Einzelfall sein muss.

Was die Selektoren des BND angeht, ist es so, dass bei meinem Besuch in Pullach möglicherweise das Wort „Quarantäneliste“ gefallen ist. Ich schließe das nicht aus. Ich bin mir allerdings sehr sicher, dass ich die Quarantäneliste damals nicht mit BND-eigenen Selektoren in Verbindung gebracht habe, wenn das Wort gefallen sein sollte, sondern mit den Selektoren, die im Auftrag der NSA gesteuert wurden. Ich habe aber meine Mitarbeiter gebeten, sehr genau aufschreiben zu lassen und sehr genau zu überprüfen, inwieweit der BND auch mit anderen Nachrichtendiensten zusammenarbeitet außerhalb der NSA in diesen Fragen und was der BND in eigener Regie tut.

Die Frage, wie diese Quarantäneliste zu beurteilen ist, wurde dann etwas deutlicher und einfacher am 30. September 2015. Da ist mir ein umfangreicher Bericht von etwa 60 Seiten zur Quarantäneliste vorgelegt worden, ein Bericht des BND. Ich habe mir das alles sehr genau angeschaut und war auch in diesem Punkt der Auffassung, dass die Gruppenliste zwar kein Untersuchungsgegenstand war, dass aber eine Unterrichtung der zuständigen Gremien angezeigt war. Deshalb hat das PKGr auch eine Taskforce eingesetzt, die ihre Aufklärungsarbeit parallel zur Aufklärungsarbeit des Kanzleramtes geleistet hat und ihren Abschlussbericht veröffentlicht hat.

Ich glaube, meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie können aus diesen einleitenden Wor-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ten ersehen, dass mir das Thema des Untersuchungsausschusses und auch der Umgang mit den im Laufe seiner Arbeit gewonnenen Erkenntnissen sehr wichtig war und dass wir versucht haben, zu allen Zeiten und zu jedem Zeitpunkt diejenigen Entscheidungen zu treffen, die in der Sache notwendig waren. Ich habe allerdings auch den BND ermuntert und unterstützt darin, seine technischen Fähigkeiten an die veränderte Sicherheitslage anzupassen. Deshalb haben wir eine strategische Initiative in Gang gesetzt, die mehrere Jahre zu ihrer Umsetzung braucht, aber die Fähigkeiten des BND erheblich verbessern wird. Wir haben dafür gesorgt, dass der BND, auch was die Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angeht, mit den veränderten Herausforderungen der Bekämpfung des Terrorismus und der Gewährleistung der inneren Sicherheit mithalten kann.

Ich glaube, dass es ganz entscheidend ist, auch wenn dieser Untersuchungsausschuss beendet ist, dass wir all das, was im Untersuchungsausschuss an Erkenntnissen zutage gefördert worden ist, zum Anlass nehmen, die notwendigen Korrekturen zu machen - sie sind zu einem wichtigen Teil bereits erfolgt -, und dass wir umgekehrt aber auch immer im Auge haben, dass die entscheidende Aufgabe des BND darin besteht, uns zu schützen, auch gegen Aktivitäten anderer Nachrichtendienste beispielsweise und im Ausland - - das BfV im Inland.

Wir haben das BND-Gesetz in einem großen Konsens in der Großen Koalition - ich möchte mich dafür ausdrücklich noch einmal auch bei den Mitgliedern meiner Fraktion und der Fraktion der SPD im Untersuchungsausschuss und im PKGr herzlich bedanken - geändert und damit auch manche rechtlichen Fragen geklärt. Ich gehe davon aus, dass wir alle diese Fragen nicht ein für alle Mal ad acta legen können, sondern dass wir uns immer wieder mit der Frage auseinandersetzen müssen, wie wir das berechtigte Informationsinteresse des Parlamentes und die Notwendigkeit einer effektiven Arbeit des Dienstes im staatlich-öffentlichen Interesse so miteinander in Einklang bringen, dass beide Ziele am Ende des Tages erreicht werden. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank, Herr Minister Altmaier. - Jetzt sind ja schon die wesentlichen Punkte alle angesprochen; dafür ist ein Eingangsstatement ja auch da. Aber - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja. - Ich habe mir gedacht, Sie müssen die dann nicht alle noch mal in Fragen kleiden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nein, ich würde eher in Details gehen, und zwar würde ich gern beginnen mit dem Thema No-Spy-Abkommen. Da ist ja noch nicht so viel im Eingangsstatement zu gewesen, weil das ja auch so in die Schnittmengenzeit fällt - Regierungswechsel -, und da hat sich lange Zeit hartnäckig die Sichtweise gehalten, dass es das gar nicht gäbe, diese Diskussion über ein No-Spy-Übereinkommen, dass das nur eine Finte war vor der Wahl. Jetzt haben eigentlich die letzten Zeugen der letzten Sitzungen - aber auch davor - nach meiner Beurteilung zumindest sehr deutlich gemacht, dass auf zwei Ebenen verhandelt wurde, auf der Diensteebene, aber auch auf der politischen Ebene, dass die Diensteebene sehr weit war mit den Verhandlungen und sehr willens, auch vonseiten der Amerikaner, vonseiten der Amerikaner dieses Thema sogar erstmalig eingebracht wurde, dass man bis in den Januar 2014 noch Chancen sah zu einem No-Spy-Abkommen, dann aber dieses No-Spy-Abkommen - oder wie man es auch immer nennen mag - von der politischen Ebene Anfang des Jahres 2014 nicht mehr gewollt war, insbesondere von der amerikanischen Seite, wenn ich es richtig beurteile.

Für mich ist wichtig, mitzunehmen, dass beidseitig - so habe ich es verstanden - ernsthaft über ein entsprechendes Abkommen verhandelt wurde. Ich habe eben mit Staatssekretär Fritsche probiert, herauszukriegen, was denn wohl die Motivation der Amerikaner war. Da hätte man ja auch sagen können, gerade jetzt macht man dicht. Meine Spekulation war, dass man doch etwas peinlich angegriffen war, dass einem so ein Riesenleak passiert war, dass man ja selber eigentlich als derjenige Dienst dastand, der so eine Indiskretion zu verkraften hatte; dann steht man bei anderen Diensten ja nicht gut da, wenn aus



## Nur zur dienstlichen Verwendung

den eigenen Reihen einer unzählige Informationen an die Presse weitergibt. Dass das vielleicht eine Motivation war, das werden wir wahrscheinlich im Kern nicht ergründen können.

Mich würde aber interessieren: Wie haben Sie denn diese Zeit wahrgenommen? Gab es da ernsthafte Verhandlungen, oder war es jetzt vielleicht doch nur eine Show, und alle sagen, da gab es was Ernsthaftes? Wie haben Sie die Zeit mit den einzelnen Schritten erlebt?

**Zeuge Peter Altmaier:** Also, die Zeit - - Es gab ja in dieser Frage drei Phasen. Die erste Phase war die Zeit im Sommer 2013 bis zum Ins-Amt-Kommen der neuen Bundesregierung. Das habe ich damals nur aus der Presse wahrgenommen. Ich habe mich aber, wie ich eben schon sagte, im Vorfeld des Untersuchungsausschusses intensiv mit dem Aktenbestand beschäftigt und habe auch mit Herrn Fritsche und mit Herrn Heiß darüber mehrfach gesprochen, auch mit Herrn Heusgen. Und mein Eindruck ist, dass jedenfalls wir in Deutschland allen Anlass hatten, davon auszugehen, dass die amerikanische Seite zu ernsthaften Verhandlungen bereit war. Diese Verhandlungen haben dann ja auch stattgefunden. Diese Verhandlungen haben sich über den gesamten Herbst, und zwar auch über den Zeitpunkt - nach meiner Erinnerung jetzt; wie gesagt, ich war ja da nicht dabei, aber so wie ich das rekonstruiert habe - der Bundestagswahl hinweg erstreckt. Wir hatten ja eine lange Phase der Regierungsbildung. Die Große Koalition kam erst relativ spät ins Amt, nämlich Ende Dezember. Die Wahlen waren im September.

Mir ist dann - das habe ich vorhin gesagt - zwei Tage nach Amtsantritt in einer Vorlage der beiden zuständigen Abteilungen Außenpolitik und BND sozusagen der Sachstand berichtet worden. Ich konnte dort auch die Texte sehen, die entworfen waren. Es gab unterschiedliche Texte, und sie waren von beiden Seiten mit unterschiedlichen Inhalten gefüllt. In bestimmten Punkten war man sich einig. Es gab auch Ermutigendes. Aber mir war dann ganz entscheidend, dass an einer Stelle - an einer Stelle - ein ziemlicher Gegensatz war, und das war die Frage, sich dazu zu committen, dass sozusagen von den

Diensten jeweils das geltende Recht des Landes, also von deutschen Diensten in den USA und von amerikanischen Diensten in Deutschland, eingehalten wird. Da gab es in den Texten - ich habe in meiner Zeit als EU-Beamter in Brüssel ja viel auch mit englischen und französischen und anderen Texten mich auseinandersetzen müssen - ganz klar in der englischen Sprachfassung einen deutlichen Unterschied. Das hat mich dann dazu gebracht, dass ich mit Herrn Fritsche, als er im Januar da war, mit Herrn Heusgen und auch mit Herrn Heiß diese Frage noch einmal diskutiert hatte.

Die dritte Phase begann dann, als der amerikanische Präsident in einer großen Rede Anfang 2014 - das war im Januar, glaube ich; kann auch im Februar gewesen sein; da müssen Sie in die Unterlagen schauen; die haben Sie garantiert - sich zu diesen Themen geäußert hat. Dort hat er erklärt, dass sie keine Wirtschaftsspionage zu Zwecken der Wirtschaftsspionage betreiben. Er hat erklärt, dass sie die Kommunikation befreundeter Staats- und Regierungschefs nicht abhören, und hat dann ausdrücklich gesagt: Und im Übrigen werden wir uns nicht dafür entschuldigen, dass wir besser sind als andere. - Das war eine sehr klare Aussage. Das alles zusammengenommen hat für mich zu dem Ergebnis geführt, dass man ein No-Spy-Abkommen jedenfalls auf absehbare Zeit mit den amerikanischen Partnern nicht erreichen kann. Das haben wir dann vor dem USA-Besuch der Bundeskanzlerin auch öffentlich klargestellt.

Ich will hinzufügen, dass nach meiner festen Überzeugung die Debatten, die im Anschluss an die Aussage der Bundeskanzlerin: „Abhören unter Freunden geht gar nicht“, entstanden sind, auch dazu beigetragen haben, dass wir in diesem Thema No-Spy durchaus Fortschritte erreicht haben, wenn auch nicht mit dem amerikanischen Partner. Ich bin auch fest davon überzeugt, dass im Laufe der weiteren Entwicklung man zu dem Ergebnis kommen wird, dass es im Interesse aller Beteiligten wichtig ist, sich nicht gegenseitig auszukundschaften, sondern sich um die Fragen zu kümmern, die politisch in den jeweiligen Auftragsprofilen enthalten sind - - zu klären. Aber



## Nur zur dienstlichen Verwendung

für uns stand fest etwa im Februar 2014, dass dieses Abkommen nicht erreichbar war.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Hat man da vielleicht Ende der letzten Legislaturperiode nicht beherzt genug zugegriffen? Kamen dann die Wahl und diese Interimszeit dazwischen, dass man bei den Amerikanern nicht schnell genug gesagt hat: „So und so machen wir es“? Vielleicht war der Druck bei den Amerikanern ja wirklich sehr hoch, wieder die Partner zu besänftigen. Haben wir da geschlafen?

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich habe ja nun auch eine gewisse Tradition der Zusammenarbeit mit unseren amerikanischen Partnern, weil es ja auch leider Anlässe gab, die nicht nur erfreulich waren in dieser ganzen Zeit. Ich habe - - Sie haben das in Ihren Akten auch, und Sie müssen es selbst bewerten. Aber ich habe aus dem, was ich sehen konnte, sogar E-Mail-Verkehr auf der Arbeitsebene zwischen den Amerikanern und uns, Gesprächsprotokolle über Treffen, die in den USA stattgefunden haben, in Textentwürfen - - Das alles haben Sie. Für mich steht außer Frage, dass es im Sommer so aussah, als ob es ein Zeitfenster gibt, in dem man das erreichen kann. Es ist auch nach meiner Einschätzung sehr intensiv und ernsthaft verhandelt worden.

Möglicherweise - möglicherweise - hat sich auf der amerikanischen Seite dann ein Prozess vollzogen, wo man Weiterungen und Implikationen für das Verhältnis auch zu anderen Ländern mit einbezogen hat. Das kann ich aber nicht beweisen und nicht beurteilen, weil ich bei den Gesprächen, wie gesagt, nicht dabei war. Ich habe dann im Frühsommer oder im Sommer 2014 noch einmal auch mit amerikanischen Kollegen über dieses Thema am Rande kurz gesprochen, und es hat sich mein Eindruck bestätigt, dass es einen internen Prozess in der amerikanischen Regierung gegeben hat, der darauf hinauslief, es nicht zu machen. Ich weiß, dass andere es so darstellen wollten, als hätte die amerikanische Regierung das von Anfang an anders gesehen.

Mein Eindruck ist: Es gab die Bereitschaft, jedenfalls auf Ebene der Dienste in den USA, und des-

halb haben diejenigen, die diese Gespräche geführt haben, nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt, als sie gesagt haben: Wir halten den Abschluss dieses Abkommens für möglich. - Und sie haben auch kein schuldhaftes Zögern an den Tag gelegt, sondern es war ein Prozess, der am Ende, als ich die Fäden aufgenommen habe, dann ein eindeutiges Ergebnis bot, dass es nämlich nicht möglich war.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wenn dieser Prozess ja sogar so weit ging, dass man Textbestandteile verhandelte und Sie, Herr Minister, eben gesagt haben, vielleicht auch über dieses konkrete Abkommen mit Amerika gibt es da fruchtbare Ansätze, dann frage ich mich: Liegen die im Bereich der Five-Eyes-Staaten? Dann wären sie untersuchungsgegenständlich. Wenn, dann würde es mich natürlich interessieren, wenn es in dem Zeitraum ist. Wenn nicht, freut es mich trotzdem, dass es fruchtbare Ansätze gibt.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja. - Es gibt nichts, was untersuchungsgegenständlich wäre, was ich Ihnen vorenthalte.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Hauptsache, es ist dann fruchtbar. - Gut. Weg von den No-Spy-Verhandlungen und diesem Prozess, hin zum zweiten Thema: Selektoren. Das ist ja, glaube ich, das Kernthema. Als wir zum ersten Mal von der Relevanz der Selektoren erfahren haben, da kam das aus meiner Sicht alles ziemlich scheinbarweise und war zu Beginn etwas schwer zu durchdringen: verschiedene Listen, wo man sich ja dann erst mal so Listen in Papier vorstellt, als druckt da einer was aus. Dann läuft das ja technisch anders, dass man „aktiv“ setzt, Häkchen setzt usw. und auswählen kann. Da gab es verschiedenste Listen. Dann hatten Sachbearbeiter, Sachgebietsleiter bis hin zu Unterabteilungsleitern irgendwelche Dinge herausgenommen, eingestellt, und da sprach man auch von Listen. Dann gab es auch noch BND-eigene und NSA-zugelieferte Selektoren. Wann ist denn nach Ihrer Erkenntnis im Kanzleramt das Thema Selektoren zum ersten Mal hochgepoppt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Peter Altmaier:** Das kann ich Ihnen eindeutig beantworten. Es ist hochgepoppt an diesem Freitag, den 13, als Herr Fritsche mich angerufen hat -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** März, richtig?

**Zeuge Peter Altmaier:** - März, ja -, und zwar 2015. Und ich weiß noch, dass auch Herr Fritsche nicht nur überrascht, sondern sehr unangenehm überrascht war über diesen Umstand. Er hat mir glaubhaft versichert - auch Herr Heiß und andere -, dass sie diese Liste vorher nie gesehen haben und dass ihnen auch der Begriff „Selektor“ bis zu diesem Zeitpunkt in der täglichen Arbeit nicht begegnet war.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber im BND prüfte man schon deutlich vorher die Existenz von Selektoren, richtig?

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja. Es hat beim BND nach meiner Erkenntnis mehrere Phasen gegeben. Das Erste war die Aussage der Bundeskanzlerin. Also, das war so: Man prüfte die Selektoren natürlich sowieso von Anbeginn der Zusammenarbeit an, wenn sie eingesteuert wurden, weil wir ja auch eine G-10-Prüfung vornehmen mussten, um zu verhindern, dass Selektoren eingesteuert werden, die nach deutschem Recht gar nicht eingesteuert werden dürfen. Diese Prüfung - ich habe mir das angeschaut - ist nach meiner Einschätzung die ganze Zeit über ausgesprochen gewissenhaft und auch mit hohem Erfolg geschehen.

Zweitens gab es die Aussage der Bundeskanzlerin, dass das Abhören unter Freunden nicht geht. Und das hat nach meiner Wahrnehmung dann dazu geführt, dass der BND tatsächlich sich die Liste noch mal angeschaut hat und dass eine ganze Reihe von Selektoren aus der Steuerung herausgenommen wurden; aber nach allem, was ich weiß, ist darüber dem Kanzleramt nicht berichtet worden. Und deshalb konnten das weder meine Mitarbeiter noch ich zum damaligen Zeitpunkt wissen. Aber es war eine richtige Reaktion, und sie belegt im Übrigen auch, dass der BND tatsächlich versucht hat, die politischen Vorgaben umzusetzen, und dass auf der Arbeitsebene

jedenfalls dann eine ganze Reihe von Selektoren herausgenommen wurde.

Das Zweite war dann, dass Chef BK Ronald Pofalla im Oktober 2013 dann noch einmal den BND mündlich angewiesen hat, bestimmte Dinge nicht zu tun; darüber haben Sie, glaube ich, ausführlich auch hier schon gesprochen. Auch das hat noch einmal Folgen gehabt.

Und das Dritte war mein Besuch in Pullach mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Und auch dieser Besuch in Pullach hat dann noch einmal dazu geführt, dass besondere und sehr intensive Überprüfungen stattgefunden haben mit entsprechenden Folgen für den Gesamtbestand der Selektorenliste.

Also, das war ein Prozess, und in diesem Prozess sind wir, glaube ich, schrittweise da hingekommen, dass wir heute jedenfalls davon ausgehen, dass wir den Anspruch, Freunde nicht abzuhören, auch in unserer Arbeit leben. Und das ist ein Punkt, der mir, glaube ich, auch als positive Konsequenz aus all dem, was war, wichtig erscheint, weil es zeigt, dass die Nachrichtendienste eben doch dem Primat der Politik unterliegen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, erst mal teile ich die Sichtweise - wenn ich Sie so interpretieren darf -, dass der Satz der Kanzlerin sicherlich einiges bewegt hat und auch eine politische Message natürlich gesendet hat. Zumindest scheint er bewegt zu haben, dass eine Unterabteilung im BND angefangen hat, die eigenen Selektoren und die US-Selektoren dementsprechend zu überprüfen im Juli 2013. Jetzt frage ich mich aber: Nach der kontinuierlichen Prüfung, die ja auch unterschiedliche Ansätze immer wieder hatte, auch verbessert wurde irgendwann, warum war man nicht sorgfältiger, nachdem man ja schon in den früheren Jahren gemerkt hatte: „Da sind Suchbegriffe drin, Telekommunikationsmerkmale, die da nicht reingehören“? Warum war man nicht sensibler und hat gesagt: „Da müssen wir eine viel differenziertere Prüfung haben“? Denn wenn man sich die Listen anschaut, dann muss man doch den Eindruck gewinnen - ohne in Details gehen zu können -: So ganz gepflegt ist dieser Haufen der Selektoren



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dann doch nicht. Und da wundert mich einfach, dass plötzlich ein Unterabteilungsleiter sagt: „Jetzt muss ich da mal aufräumen“ - das ist meine Wortwahl jetzt des Ganzen -, und das für sich behält und das nicht hochmeldet.

Da habe ich eben den Staatssekretär Fritsche gefragt: Wenn dies Ganze mit dieser Relevanz - - Wenn man sagt, die Selektoren, die Suchbegriffe, die Telekommunikationsmerkmale also, das ist so der Kern nachrichtendienstlicher Erkenntnis, Nachforschung, wenn man die hat, weiß man: Wo guckt der BND oder andere Dienste dann eben hin - - Wenn das so wichtig ist, dann hätte man doch in so einer Situation eigentlich doch mal melden müssen, was Sache ist. Und da habe ich Fritsche gefragt: Wo hat es denn geklemmt? Und wenn ich ihn richtig verstanden habe, hat er gesagt: Ja, da in der Unterabteilung T2 hat es geklemmt. - Wie wird das vonseiten des Kanzleramtsministers bewertet?

**Zeuge Peter Altmaier:** Ganz einfach: Zunächst muss man unterscheiden zwischen dem Kanzleramt und dem BND. Nach allem, was ich weiß, haben das Kanzleramt und die zuständige Abteilung von der Existenz der Selektorenliste überhaupt erst im März 2015 erfahren. Und wenn sie vorher davon nicht erfahren haben, konnten sie auch nicht stärker sensibilisieren und Druck machen. Ich war dann, als ich mit meinen Mitarbeitern in Pullach war - - habe ich dann den dortigen Mitarbeitern ausdrücklich auch diese Fragen gestellt, die Sie dann ja auch hinterher im Untersuchungsausschuss erneut gestellt haben, nämlich die Frage: Haben Sie das hochgemeldet? Und die Antwort war Nein. - Nun bin ich weder ein Untersuchungsausschuss noch ein Gericht, und ich kann deshalb mir nicht anmaßen, zu entscheiden, ob diese Aussagen korrekt waren oder nicht, und wenn sie korrekt waren, warum man es nicht getan hat. Das alles kann ich Ihnen nicht beantworten. Sie haben ja die Zeugen selber vernommen. Für mich war es nur klar: In dem Augenblick, wo ich davon erfahren habe durch den Anruf von Herrn Fritsche, war für mich klar, dass ich als politisch Verantwortlicher handeln muss. Und ich glaube, dass ich das auch in einem erwartbaren Umfange getan habe.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wo lag denn jetzt der Hauptverstoß bei den Selektoren? Waren es die xy - wie viele es auch immer waren - EU-Ziele, Botschaften oder was weiß ich, was auch immer? Oder war es - so wie es mein Eindruck ist - nicht eher, dass man die Pflege dieser Selektoren, die Zuordenbarkeit, die Aktualität nicht hinbekommen hatte?

**Zeuge Peter Altmaier:** Wir haben ja in der Presseerklärung, die wir damals veröffentlicht haben, gesagt: Es gibt inhaltliche und organisatorische Defizite. So. Und zu den organisatorischen Defiziten gehört beispielsweise die Frage: Wie ist der Umgang mit Selektoren so organisiert, dass man zu jedem Zeitpunkt weiß, was man steuert, und dass man nichts steuert, was man nicht steuern soll, und dass die Listen so gepflegt und geführt sind, dass man auch zu jedem Zeitpunkt wissen kann, was wann gesteuert wurde und von wem und mit welcher Begründung. Das alles fällt unter die Rubrik „Organisatorisches“.

Das Zweite ist die Rubrik „Inhaltliches“. Und unter inhaltlich gehört für mich selbstverständlich, dass vor dem Einsteuern von Selektoren - seien es eigene oder fremde - immer überprüft werden muss, ob das mit der politischen Vorgabe durch die Bundesregierung und das Bundeskanzleramt - - ob das davon gedeckt ist, ob es auch gedeckt ist vom Geltungsbereich internationaler Abmachungen, die man getroffen hat. Das ist eine genuin politisch-inhaltliche Aufgabe, und auch dort hat es offenbar Defizite gegeben. Deshalb habe ich sie in dieser Presseerklärung benannt, weil mir völlig klar war, dass die Debatte sich um genau diese beiden Fragen drehen würde. Und wir haben dann in der Folge auch einiges getan, um so zu sensibilisieren und auch so zu organisieren, dass es in der Zukunft möglichst nicht mehr vorkommt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also im BND gab es die augenscheinlich. Und das mit der kontinuierlichen, gewissenhaften Kontrolle mit hoher Effizienz, da wäre ich persönlich mir jetzt noch nicht so sicher in der ganzen Zeit; sonst wären nicht so viele Selektoren drin gewesen, die man, glaube ich, erst bei der Kontrolle im Juli 2013 und dann fortlaufend gefunden hatte. Hätte



## Nur zur dienstlichen Verwendung

man da nicht geschubst - dann hinterher auch vom Kanzleramt -, wäre, glaube ich, doch einiges einfach weiter im Topf der Selektoren drin gewesen. Man kann dann ja punktuell auch entscheiden, ob man es drinhaben will. Da habe ich noch nicht mal ein Problem mit, wenn man sagt: Bestimmte Ziele wollen wir aus Gründen steuern. - Aber ich muss es schon wissen, was im Topf drin ist. Und wenn man dann irgendwann gar nicht mehr weiß, welche Telekommunikationsmerkmale man irgendwann mal reingetan hat und was sie jetzt bedeuten, ist das kritisch.

Bei den Handynummern, E-Mail-Adressen und vergleichbar leicht zu identifizierbaren Telekommunikationsmerkmalen kann ich das noch nachvollziehen. Nun können Selektoren ja auch ganz andere Telekommunikationsmerkmale sein oder die Kombination von weichen oder harten Telekommunikationsmerkmalen. Wie gewährleistet man denn da, dass man a) die G-10-relevanten herausfiltert oder aber auch nun weiß, wer sich denn hinter so einem Suchbegriff verbirgt? Das macht mir so ein bisschen Sorgen, weil ich könnte mir vorstellen, dass man doch jetzt erheblich Know-how, aber auch Personal dransetzen sollte, um diesen Topf von Selektoren einmal auf den aktuellen Stand zu bringen.

Ich habe eben bei Staatssekretär Fritsche gesagt: Das wäre doch mal ein Asset eines deutschen Dienstes, nicht, wie ich es bei den Amerikanern sehe, alles in den Topf zu schaufeln - sei's drum, was drin ist; wenn ein Treffer erfolgt, kann ich immer noch gucken, ob es noch relevant und notwendig ist -, sondern dass man hier punktgenau sagt: Unsere Selektoren, da wissen wir auch, was dahintersteckt. Nur, das, könnte ich mir vorstellen, erfordert deutlich mehr Personal und Aufwand.

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein, wir haben, glaube ich, seit März 2015 wirklich gute Fortschritte erreicht in diesem Prozess. Ich bin allerdings auch überzeugt, dass er noch nicht abgeschlossen ist. Und deshalb ist es Aufgabe des BND, weiterhin dafür - - Es gab ja auch eine Organisationsuntersuchung in der zuständigen Abteilung - das wissen Sie -, die ist inzwischen abgeschlossen. Es werden weiterhin Konsequenzen gezogen und

die richtigen Entscheidungen getroffen. Und ich weiß, dass in der Vergangenheit sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gebunden waren damit, auch die umfänglichen Unterlagen für den Untersuchungsausschuss zusammenzustellen. Das ist ja, glaube ich, inzwischen auch alles erledigt und getan. Und vielleicht wird es möglich sein, das Personal dort so zu verstärken, wie es angemessen ist. Ich gehe davon aus, dass das auch geschieht und dass von den Mitarbeitern meiner Abteilung 6 auch dafür Sorge getragen wird, dass das nicht nur im Dienst intern geschieht, sondern dass immer wieder auch an das Kanzleramt berichtet wird. Nachdem wir diesen Missstand erkannt haben, haben wir eine Verantwortung dafür, ihn abzustellen. Und ich bin sehr zuversichtlich, dass uns das gelingt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wie vollzieht man das denn im Rahmen der Abteilung 6 nach? Wenn jetzt der technische Fortschritt im BND im Bereich SIGINT so wunderbar mithilfe der Partner sich weiterentwickelt, man nicht nur Tools, Software und Gerätschaften nutzt, sondern auch neue Verfahren, da muss man doch im Wege der Dienst- und Fachaufsicht auch im Kanzleramt das widerspiegeln, damit ich dementsprechend den BND mit seinen neu erworbenen Kompetenzen auch adäquat kontrollieren kann. Wird das jetzt nachgezogen?

**Zeuge Peter Altmaier:** Das Kanzleramt steht ja vor der spannenden Aufgabe, nicht nur beim BND, sondern für alle Bereiche des Regierungshandelns nachzuhalten und nachzuziehen, was für die gesamtstaatliche Ebene und für die Ebene des Kanzleramtes von Bedeutung und wichtig ist. Da haben wir eine gewisse Erfahrung schon in den letzten 60 Jahren aufgebaut. Und ich fühle mich von meinen Mitarbeitern, die ja zum Teil schon ausgesagt haben, in dieser Frage ausreichend unterstützt. Ich habe immer die Parole ausgegeben - und es gilt im Übrigen auch für andere Bereiche: im Zuständigkeitsbereich des Bundesinnenministeriums, im Zuständigkeitsbereich des Bundesverteidigungsministeriums -, dass genügend Personal vorhanden sein muss, um diese Aufgaben zu stemmen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich will Ihnen aber auch sagen, dass es nicht Aufgabe des Kanzleramtes sein kann, für jeden BND-Mitarbeiter einen Spiegelmitarbeiter im Kanzleramt zu beschäftigen. Wir sind eine überschaubare Behörde mit rund 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und ich glaube, dass das die Voraussetzung dafür ist, dass zum Beispiel auch ein Kanzleramtsminister das Kanzleramt effektiv steuern kann. Und deshalb hat die Abteilung 6 in der Vergangenheit zusätzliches Personal bekommen; das ist richtig. Das hat auch damit zu tun, dass Herr Fritsche in die Abteilung 6 gekommen ist. Ich habe das in meinem Eingangsstatement nicht ausdrücklich wiederholt; aber das war eine Entscheidung, die die Bundeskanzlerin schon vor meiner Ankunft im Kanzleramt getroffen hatte, die sich als sehr segensreich erwiesen hat, weil nämlich sozusagen für die Koordinierung der Nachrichtendienste, aber auch für die Bewältigung all der Aufgaben, denen wir uns gegenübersehen, neben dem Chef des Kanzleramtes, der sich in keiner Weise aus seiner Verantwortung zurückzieht, aber der darauf angewiesen ist, dass er Mitarbeiter und Helfer hat, die ihn dabei unterstützen - - Und das haben wir durch diese Organisationsentscheidung sichergestellt. Das Kanzleramt ist heute in einer guten personellen und organisatorischen Verfassung, um seine Kontrollaufgaben wahrzunehmen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Ich möchte einen letzten Themenbereich anschnitten, das ist das Thema „Drohnen und Ramstein“. Das Thema „Drohnen und Ramstein“ kommt bei uns im Untersuchungsausschuss immer in dem Fahrwasser daher, dass der Eindruck erweckt wird, aus Ramstein werden Drohnen gesteuert, gar gestartet, war mal die Vermutung, um - -

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Quatsch!)

- Es stand in der Zeitung. Ich sage ja nicht, dass es so ist. Ich glaube, ich bin der Letzte, der sagt, dass es so ist; aber wenn Bryant das schon nicht gesagt hat - - Und von daher stelle ich mir die Frage: Was weiß man im Kanzleramt über Ramstein, was von dort gesteuert wird oder über Ramstein gesteuert wird?

**Zeuge Peter Altmaier:** Wir wissen das, was Sie auch wissen, weil wir haben Ihnen die Dokumente vorgelegt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Darüber hinaus. Mehr als eine Relaisstation sieht man in Ramstein nicht, oder doch?

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich habe die Dokumente, die Sie kennen, selbst auch gelesen. Ich habe das zum Anlass genommen, in einer Rücksprache mit meinen Mitarbeitern auch noch mal Fragen zu stellen und zu formulieren, und zwar Fragen sowohl rechtlicher Natur wie auch technischer Natur. Ich bin ja leider nur Jurist und kein Ingenieur. Dann hat man es vielleicht etwas schwerer mit der Einschätzung bestimmter Dinge; aber ich kann nicht erkennen, dass in Ramstein Dinge geschehen, die nicht vereinbar wären mit den vertraglichen Grundlagen, die für die Stationierung der amerikanischen Streitkräfte dort maßgeblich sind. Und ich kann auch nicht beurteilen, ob - - In der Presse stand ja was von diesen technischen Einrichtungen und Koordinierungen und was auch immer. Ich kann nicht entscheiden sozusagen, wie das technisch funktioniert, weil ich es mir technisch nicht angeschaut habe; aber ich bin fest davon überzeugt, dass die zuständigen Ministerien in der Bundesregierung, die für diese Fragen zuständig sind, sich das immer wieder anschauen. Und wenn es Grund gegeben hätte, einzugreifen und einzuschreiten, dann wäre ich von den betreffenden Kollegen ganz sicherlich darauf auch angesprochen worden.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir hatten ja einen Amerikaner hier, der zwar kein Drohnenpilot war, weil er nie eine Drohne geflogen ist, aber die Sensorik bedient hat

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das nennt man Pilot!)

bei vielen Hunderten von Drohnenflügen, der uns gesagt hat, dass Ramstein als eine Relaisstation genutzt wird, weil - ich erkläre mir das jetzt relativ einfach, weil ich auch kein Ingenieur



## Nur zur dienstlichen Verwendung

bin und keiner, der sich mit den Dingen auskennt - die Erdkrümmung eben so ist, dass man irgendwo dazwischen etwas braucht, damit Signale übertragen werden können. Da ist Ramstein eine von. Wenn das der einzige Punkt ist, dann stellt sich doch eigentlich die Frage, ob das, was dann über Ramstein als Relaisstation stattfindet, rechtmäßig ist - das ist die völkerrechtliche Frage -, aber auch nicht, ob Ramstein an sich - - ob da Drohnen starten, Drohnen gesteuert werden, weil auch Brandon Bryant sagte in seiner Vernehmung, er wisse nicht, dass aus Ramstein Drohnen gesteuert werden;

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über Ramstein!)

das sei ihm unbekannt. Deswegen frage ich die Bundesregierung, ob die Bundesregierung Erkenntnisse in diese Richtung hat.

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein. Über die übermittelten Unterlagen hinaus haben wir keine Erkenntnisse, also ich jedenfalls nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich habe jetzt erst mal keine weiteren Fragen mehr. - Wir kommen zu den Fragerunden. Und da beginnt in der ersten Fragerunde die Fraktion Die Linke mit Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Herzlich willkommen auch von mir, Herr Altmaier. - Sie haben ja geschildert, dass Sie sich auch ausführlich mit unseren Beweisbeschlüssen und der Aktenvorlage beschäftigt haben. Und was uns interessiert, ist, warum die Beweismaterialien zur Selektorenprüfung erst nach dem expliziten Beweisbeschluss BND-26 zur Verfügung gestellt wurden und nicht schon früher, zum Beispiel im Zusammenhang mit den Beweisbeschlüssen zu „Eikonol“ oder anderen, also nicht zum Beispiel schon im Sommer 2014? Gab es dafür einen expliziten Grund?

**Zeuge Peter Altmaier:** Wenn ich die Selektorenliste im Sommer 2014 gekannt hätten, hätte ich sie Ihnen zur Verfügung gestellt. Also nicht die

Liste, sondern die Informationen, die sich darauf beziehen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Na ja, aber die Prüfung in 2013 hat ja dann schon stattgefunden zu den NSA-Selektoren.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, Moment, passen Sie - - Bitte?

**Martina Renner (DIE LINKE):** Zu den NSA-Selektoren. Und die ganzen Prüfungsvorgänge, das war ja alles schon gelaufen.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, im Jahre 2013; aber das wussten wir nicht im Kanzleramt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Deswegen konnte man uns die Sachen auch nicht zur Verfügung stellen.

**Zeuge Peter Altmaier:** Wir konnten jedenfalls nicht dafür sorgen. Und welche - - Stellen Sie sich - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Warum ist dann - ich möchte das wirklich erklärt bekommen - erst auf Grundlage des Beweisbeschlusses BND-26 irgendwo der Groschen gefallen im BND, dass man diese Sachen hat und uns zur Verfügung stellen müsste?

**Zeuge Peter Altmaier:** Das müssen Sie den BND fragen. Es ist doch so, dass wir die Beweisbeschlüsse bekommen, und dann stellt jede Einheit in der Bundesregierung - also die Abteilung 6 zum Beispiel, die Abteilung 2, aber auch der BND - in eigener Regie die Dokumente zusammen, die zu den jeweiligen Beweisbeschlüssen gehören, und sie geben auch Vollständigkeitserklärungen ab. So. Und ganz offenbar war man damals der Auffassung, dass die Vorlage dieser Liste nicht erforderlich war. Und ganz offenbar hat man diese Meinung im BND in der zuständigen Fachabteilung geändert, nachdem Sie einen neuen Beschluss gefasst hatten; aber die Gründe, die dazu geführt haben, die müssen Sie - - die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mit-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

arbeiter erfragen, die diese Entscheidungen treffen mussten. Ich war daran nicht beteiligt und kann es aus der Distanz auch nicht beurteilen.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Das würde ja bedeuten, dass wir bis heute davon ausgehen müssen, dass teilweise unsere Beweisbeschlüsse - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Was „dass“?

**Martina Renner** (DIE LINKE): Dass teilweise unsere Beweisbeschlüsse nicht ordentlich erfüllt sind, weil der BND bis heute noch nicht gemerkt hat - wie jetzt bei BND-26 -, was wir darunter meinen könnten.

**Zeuge Peter Altmaier:** Frau Renner, das können Sie jedenfalls aus meinen Aussagen nicht ableiten. Ich gehe davon aus, dass wir Ihre Beweisbeschlüsse alle, so wie sie getroffen wurden, auch umgesetzt haben. Ich biete gerne an, dass meine Mitarbeiter Ihnen da noch einmal vielleicht schriftlich nachreichen und mit dem BND besprechen, warum man der Auffassung war, dass die Vorlage der Liste bis zu dem Zeitpunkt, wo Sie den neuen Beweisbeschluss gefasst hatten, nicht erforderlich war. Aber ich kann es hier nicht selber ausführen, weil ich mich sozusagen - - Ich habe zwar die Akten gelesen, die vorgelegt wurden; aber ich konnte natürlich nicht alle anderen Akten lesen, die nicht vorgelegt wurden, um zu entscheiden, ob sie relevant sind.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Das ist auch unser Problem.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ich würde gerne noch mal zu der Weisung von Herrn Pofalla bzw. Herrn Schindler nachfragen aus Oktober 2013. Sie nannten es „bestimmte Dinge nicht zu tun“. Das ist mir etwas unbestimmt. Könnten Sie noch mal genau sagen: Wann sind Sie von wem zu welchem Inhalt in Bezug auf diese Weisungen informiert worden?

**Zeuge Peter Altmaier:** Noch einmal: Ich habe relativ kurz nach meinem Amtsantritt - - Im Frühsommer 2014 bin ich mit dieser Frage konfrontiert worden, weil es Unterlagen gegeben hat, die uns bekannt geworden sind im Rahmen auch von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen im Fall des Spions Marcel R. [sic!]. Und aus diesen Unterlagen ging hervor, dass Telefonate befreundeter Politiker, wenn ich das mal so in Anführungszeichen sagen darf, abgehört worden sind. Ich habe darüber übrigens dann das PKGr unterrichtet. Es war Sommerpause. Ich habe die alle angerufen, die Obleute aller Fraktionen - auch Ihrer -, habe sie unterrichtet. Es stand dann auch irgendwann in der Zeitung. Deshalb kann ich darüber in öffentlicher Sitzung jetzt auch reden. Und in dem Zusammenhang - -

(MR Philipp Wolff (BK) meldet sich zu Wort - Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Schauen Sie mal, Herr Wolff!)

**Martina Renner** (DIE LINKE): Da mussten wir so lange drauf warten, Herr Wolff.

**Zeuge Peter Altmaier:** Bitte?

(Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie lösen positiv eine Diskussion, die wir seit drei Jahren führen, auf! Und da sind wir sehr dankbar! - Christian Flisek (SPD): Wir hätten Sie schon früher vernehmen sollen! - Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich zitiere jetzt immer Herrn Altmaier!)

**MR Philipp Wolff** (BK): Ich glaube, was Herr Altmaier bisher gesagt hat, ist durchaus noch im Rahmen dessen, was man in öffentlicher Sitzung sagen kann. Ich enthalte mich jetzt eines Kommentares zur Frage, ob alles, was in der Zeitung ist, in öffentlicher Sitzung bestätigt werden kann. Aber das hat Herr Altmaier auch, glaube ich, nicht gesagt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein, habe ich nicht gesagt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Da würde ich dann noch Einspruch nehmen, weil es noch lange nicht bedeutet, dass, wenn etwas in der Zeitung steht, man dann aus eingestuften Sitzungen die Dinge nacherzählen darf, weil natürlich ein Zeuge, der - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, das ist richtig. So, aber noch mal - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Darf ich eine kurze Nachfrage stellen, weil Sie jetzt tatsächlich einen Aspekt benennen, den wir immer nachgefragt haben, aber uns nicht bestätigt wurde - und die Akten geben das auch nicht her -: dass es im Zusammenhang mit Markus R. Gegenstände gab, die auch unseren Untersuchungsauftrag betrafen und eben auch bestimmte Schlussfolgerungen im BND und auch im Bundeskanzleramt ausgelöst haben. Das haben wir an verschiedenen Stellen, auch in Beratungssitzungen, hinterfragt - Herr Wolff, Sie können nicken, ja -, haben Beweisanträge zugestellt, und das ist uns in der Form nicht mitgeteilt worden. Es wurde immer gesagt - - Und deswegen ist das tatsächlich etwas Neues, was Sie sagen.

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein, nein, Frau Renner. - Darf ich mal fragen: War die Arbeit des BND mit eigenen Selektoren und seine eigene Arbeit untersuchungsgegenständlich? Nein, das war sie nicht. Es ging um die Five Eyes; darum ging es. Und deshalb habe ich damals, als das mir bekannt wurde, soweit ich weiß, auch nicht die Obleute in Ihrem Ausschuss angerufen, sondern ich habe die Obleute im PKGr informiert. Und über die Inhalte sage ich deshalb auch an dieser Stelle hier nichts und schon gar nicht in offener Sitzung. Aber in dem Zusammenhang ist mir klar geworden, dass es ein Problem gibt. So. Und darüber habe ich dann mit Herrn Schindler gesprochen, mehrfach - ich habe das in meiner Einleitung gesagt -, zweimal insgesamt, und ich habe Herrn Schindler befragt, ob es über das hinaus, was seinerzeit von Herrn Pofalla angeordnet worden ist, noch weitere problematische Fälle gibt.

Das, was Herr Pofalla im Oktober 2013 angeordnet hat - da ging es um Botschaften; das hat er auch so vor Ihrem Ausschuss gesagt, wenn ich das bei netzpolitik.org richtig nachgelesen habe -, das war mein Kenntnisstand zu diesem Zeitpunkt meines Gesprächs mit Herrn Schindler. Ich habe dann, als ich in Pullach war, noch mal ausdrücklich gefragt, wie das denn so ist mit diesen Botschaften. Und da ist mir gesagt worden: Na ja, es gibt zum Beispiel die Situation, dass eine befreundete Botschaft des Landes A, die sich im Land B befindet, besonders gute Erkenntnisse hat zu krisenhaften Entwicklungen in der Region und Ähnliches, und dafür interessieren wir uns. - Und da habe ich gesagt: Meine Güte, dann könnte auch mal der deutsche Botschafter seinen Kollegen anrufen und fragen, ob er die Berichte nicht gleich kriegen kann.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Richtig!)

So. An der Stelle war ich immer Freund einer klaren Aussprache. Aber ich hatte im Übrigen, als mir damals gesagt worden ist, dass Pofalla im Oktober 2013 so eine Anweisung erlassen hat, auch gar keinen Grund, erst mal weiter nachzufragen, weil ich davon ausging: Es waren einzelnen Fälle, und sie waren abgestellt. Das Licht im Keller war schon wieder ausgemacht; das brannte nicht mehr. Das war mein Eindruck, bis ich dann leider erfahren musste im März 2015, dass es die Selektoren gab und noch viele andere Dinge, also die NSA-Selektoren und noch andere Selektoren, die nicht dem entsprachen, was wir politisch vom BND erwarteten.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Als Sie sich das erste Mal mit dieser Problematik „Informationen von Botschaften“ befasst haben, war Ihnen denn dann gewahr, dass es um SIGINT geht, oder sind Sie davon ausgegangen, das geht um menschliche Quellen?

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein, ich ging davon aus, dass es um SIGINT geht. Ist mir aber, glaube ich, nicht ausdrücklich gesagt worden.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, okay.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Peter Altmaier:** Aber in meiner Erinnerung habe ich mich in all diesen Zusammenhängen vor allen Dingen mit SIGINT beschäftigt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Und wenn man ab einem bestimmten Moment ausschließen will, dass diese Botschaften gesteuert werden - so wird es ja dann in der Weisung formuliert gewesen sein - - Hatten Sie eine Vorstellung, wie so eine Steuerung aussieht?

**Zeuge Peter Altmaier:** Wenn Sie nach der Technik fragen: Nein. Diese Begriffe „Steuerung“ und „Selektor“ haben vor dem März 2015 weder in den Vorlagen, die für mich gefertigt wurden, noch in den Gesprächen, die ich geführt habe, eine Rolle gespielt.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber man muss doch irgendwie mitgeteilt haben - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Wenn Sie mal auch die ganzen Presseveröffentlichungen zu Snowden usw. sich anschauen und die Diskussion über das Kanzlerinnenhandy usw., dann ist immer die Rede gewesen von Abhören; das deutet sehr stark auf SIGINT hin. Aber es ist nie etwas gesagt worden zum Modus Operandi.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Doch! Es gibt eine Folie von Snowden, -

**Zeuge Peter Altmaier:** Jedenfalls das Wort Steuerung - -

**Martina Renner (DIE LINKE):** - da werden die Selektorentypen genau beschrieben und Ähnliches. Und da finden wir auch das Gros der Selektoren wieder, die auch sowohl bei NSA wie bei BND eingesetzt werden. Also, das findet sich alles schon in den Snowden-Dokumenten.

**Zeuge Peter Altmaier:** Mir persönlich ist das Wort „Selektor“ zum ersten Mal aufgefallen und auch bei mir hängen geblieben im Zusammenhang mit der NSA-Selektorenliste.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Gut. Aber dann würde ich gerne wissen -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das müsste die letzte Frage sein.

**Martina Renner (DIE LINKE):** - genau -, als Sie von dieser Weisung hinsichtlich SIGINT-Maßnahmen bei Botschaften erfahren haben: Was ist Ihnen erzählt worden oder erklärt worden, wie diese Botschaften abgehört werden?

**Zeuge Peter Altmaier:** Also - ich bitte herzlich um Verständnis -, ich ging davon aus, dass es sich um SIGINT handelt; und wie das im Einzelnen technisch geht, das hat mich nicht interessiert.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Peter Altmaier:** Und, ich glaube, das musste mich auch nicht interessieren, weil das Sache der zuständigen Experten ist. Es gibt ja, wie Sie wissen, ganz unterschiedliche Möglichkeiten, Kommunikation zu erfassen und abzuhören. In Saarbrücken gibt es ein Institut an der Universität von Herrn Professor Backes, und die haben beispielsweise herausbekommen, dass man Gespräche auch abhören kann, indem man Schwingungen auf Fensterscheiben nachvollzieht und Ähnliches. Da gibt es Tausend Möglichkeiten; und ich habe mich damit aber nicht vertieft beschäftigt, weil das nicht meine Aufgabe war.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. - Danke.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Wir kommen zur nächsten Fraktion der ersten Runde. Das ist die Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

**Christian Flisek (SPD):** Danke, Herr Vorsitzender. - Herr Altmaier, auch von unserer Seite: Guten Abend! Sie hatten vorhin in Ihrem Eingangsstatement, auf das ich zunächst einmal zurückkommen möchte, gesagt, dass Sie bei der Übergabe der Position „Chef Bundeskanzleramt“ von Herrn Pofalla ein Übergabegespräch hatten, wo es um allgemeine Abläufe gegangen ist innerhalb des Kanzleramtes, weniger über Einzelheiten gesprochen wurde. Noch mal kurz nachgefragt: Das Thema, was wir hier behandeln, hat



## Nur zur dienstlichen Verwendung

bei diesem Gespräch überhaupt keine Rolle gespielt? Mit keinem Wort?

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein, hat keine Rolle gespielt. Weil wir über inhaltliche Dossiers gar nicht gesprochen hatten, sondern es ging um die Fragen: Wann finden die Abteilungsleiterrunden statt? Wann wird die Kabinettsitzung vorbereitet? Wie ist die Staatssekretärsrunde? Das waren ja alles Dinge, die neu für mich waren; aber ich bin ja schon lange genug in dem Betrieb, dass ich das auch erfassen konnte. Aber über die Frage des Umgangs mit erneuerbaren Energien oder mit dem BND oder außenpolitische Fragen zum Euro haben wir kein Wort gesprochen.

**Christian Flisek (SPD):** Habe ich verstanden. - Sie haben dann gesagt, Sie haben Fachgespräche mit den Abteilungsleitern geführt. Ich gehe davon aus, dann auch mit dem Abteilungsleiter 6, mit Herrn Heiß. Ist bei diesem Gespräch dann über - - Sind da Dinge angesprochen worden, die unseren Untersuchungsgegenstand betreffen?

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, da sind Sie angesprochen worden. Nicht in persona, sondern, dass zu erwarten ist, dass ein solcher Untersuchungsausschuss eingesetzt wird. Zu diesem Zeitpunkt hing das in der Luft und war, glaube ich, auch bekannt, vermutlich auch schon presseöffentlich angekündigt. Ich wusste ja, weil ich als Staatssekretär im Bundesinnenministerium im Jahre 2005 auch an dem damaligen BND-Untersuchungsausschuss beteiligt war - da ging es um den Irakkrieg, wie Sie wissen -, dass solche Untersuchungsausschüsse einer umfangreichen Vorbereitung durch die Exekutive bedingen, weil die Unterlagen aufbereitet werden müssen, weil es Ressortabstimmungen geben muss über die Frage, welches Ressort was vorlegt, über die Frage, was geschwärzt wird und aus welchen Gründen. Das alles musste organisiert werden. Darüber haben wir gesprochen; aber nicht über die inhaltlichen Aspekte, die Sie interessieren, und schon gar nicht über die Selektorenliste, weil wir die nicht kannten.

**Christian Flisek (SPD):** Auch gar nicht über die Problematik, die im Oktober 2013 aufgeschlagen war mit der Weisung von Herrn Pofalla?

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein.

**Christian Flisek (SPD):** Wir haben eine etwas, sage ich mal, nicht zufriedenstellende Situation aufgrund der Aussage von Herrn Pofalla, der gesagt hat, er hat nach den Weisungen, die er ja mündlich erteilt hat, die erst danach verschriftlicht worden sind, einen Bericht angefordert, was ja, sage ich mal, ein klassisches Instrument auch der Fachaufsicht ist - Fach- und Rechtsaufsicht -, dass man sagt: Neben einer Weisung fordere ich dann auch mal einen Bericht an, ob das, was ich angewiesen habe, im Zweifel auch zufriedenstellend umgesetzt worden ist. - Herr Pofalla hat das hier gesagt. Dieser Bericht findet sich nicht in unseren Unterlagen. Ich gehe davon aus, dass das vollständig alles vorgelegt worden ist, und insofern haben wir natürlich eine Problematik. Herr Heiß kennt so etwas auch nicht aufgrund seiner Aussage. Und jetzt würde ich Sie gerne fragen: Ist Ihnen mal bei dieser Gelegenheit in Gesprächen irgendwann einmal ein solcher Bericht oder überhaupt die Idee, dass ein solcher Bericht angefertigt werden könnte, untergekommen?

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein. Eindeutig nein. Ich kenne diesen Bericht nicht. Er ist mir auch nicht vorgelegt worden, zu keinem Zeitpunkt. Es mag unbefriedigend sein, aber es geschehen auf dem Weg vom Referenten zum Minister manchmal Dinge zwischen Himmel und Erde, die man am Ende nur konstatieren kann. Im parallelen Untersuchungsausschuss, im Abgasuntersuchungsausschuss, bin ich befragt worden zu meiner Rolle als Umweltminister. Damals hatte ich ein Gespräch gehabt mit einer Umweltorganisation und habe gebeten dann, dass man dazu eine Ministervorlage erstellt. Die ist dann auch irgendwann erstellt worden; aber sie kam nie bis zum Minister, weil man dann irgendwann entschieden hat, dass der zuständige Mitarbeiter oder Referatsleiter das telefonisch erledigt, und es ist dem Minister dann nicht mehr vorgelegt worden. Das geschieht vermutlich häufiger, als man glaubt, weil halt eben immer auch sozusagen in dem jeweiligen Referat und in der jeweiligen Abteilung entschieden werden muss: Was ist so wichtig, dass der Minister es persönlich sehen muss, oder nicht?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und der Punkt, warum dieser Bericht nicht erstellt worden ist oder jedenfalls nicht vorgelegt worden ist - ich kenne ihn nämlich nicht -, den müssen Sie besprechen mit den Zuständigen, die damals beteiligt waren; aber ich habe das in der Vorbereitung auf diese Sitzung heute durch netzpolitik.org im Protokoll zum ersten Mal gesehen.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, ich stimme da gerne zu, dass manchmal da Dinge passieren können in so hierarchisch aufgebauten Organisationen, dass am Ende Dinge nicht nach oben dringen. Aber selbst wenn der Bericht erstellt worden wäre und er nicht nach oben gegangen wäre, dann wäre er auch vorgelegt worden, weil es sind, wie gesagt, ja nicht nur uns die Dinge vorgelegt worden, die Ihnen vorgelegt worden sind, sondern bei uns ist ja sozusagen alles an Aktenbestand da, was aus dem Bundeskanzleramt in irgendeiner Weise oder aus dem BND in diesem Kontext erstellt wurde. Also, hätte es einen solchen Bericht jemals gegeben - unabhängig jetzt von Ihrer persönlichen Kenntnisaufnahme -, dann würde er in den Unterlagen sein. Und das ist eben nicht der Fall. Und deswegen ist es halt im Prinzip die Frage, ob das am Ende eine Schutzbehauptung ist, ob nie dieser Auftrag erteilt worden ist, weil ich mir persönlich überhaupt nicht vorstellen kann - das sage ich Ihnen ganz offen -, wenn der Chef BK einen Bericht anfordert, dass sich das alles in Schall und Rauch auflöst und überhaupt gar keine Konsequenzen hat. Weil ich habe so viel Zutrauen in deutsche Ministerien und in deutsche Beamte, dass, wenn sozusagen der Chef des Bundeskanzleramtes - jetzt nicht Sie, sondern Ihr Vorgänger, Herr Pofalla - sagt: „Ich möchte zu dem Thema einen Bericht“, der dann auch kommt, selbst wenn Herr Pofalla nicht mehr im Amt ist, sondern Sie dann im Amt sind, und dann irgendwann über Herrn Heiß oder Herrn Fritsche das, wenn auch nicht vielleicht zu Ihnen, aber zumindest ins Kanzleramt kommt.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja. - Erst mal: Ganz herzlichen Dank auch im Namen aller meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das große Vertrauen. Zweitens: Ich kenne diesen Vorgang nicht aus eigenem Erleben, sondern ich habe das zur Kenntnis genommen schriftlich durch Lesen, was ich

Ihnen eben berichtet habe. Und mehr kann ich dazu nicht sagen.

**Christian Flisek (SPD):** Die Frage, die sich uns stellt, Herr Altmaier, ist ja die - - Sie haben ja selber dargestellt, dass Sie erst im März 2015 dann in diese Selektorenthematik tiefer eingestiegen sind. Und wir haben eben sozusagen im Oktober 2015 dieses Thema durchaus im Kanzleramt präsent, was zu Aufsichtsmaßnahmen führt; jedenfalls eine Weisung, vielleicht die Anforderung eines Berichtes; wissen wir nicht. Und die Frage, die sich uns stellt, ist halt, wie man sich das vorstellen muss im Innenleben eines solchen Kanzleramtes, als Aufsichtsbehörde über Nachrichtendienste, dass sozusagen ein solch langer Zeitraum vergeht, wo man keinen Anlass sieht, jetzt sozusagen an dieser Thematik dranzubleiben, nachzufassen. Ist das wirklich so, dass man nur reaktiv tätig wird, wenn sozusagen eine Meldung nach oben kommt? Wir haben das mal als schwarzes Loch bezeichnet hier. Und die Frage war: Wie kann das sein, dass sozusagen ein solcher Zeitraum vergeht, ohne dass an dieser Thematik weitergearbeitet wird, ohne dass man nachfasst: „Setzt ihr das wirklich richtig um? Was wird davon erfasst? Gibt es Probleme bei der Umsetzung?“?

**Zeuge Peter Altmaier:** Es gibt kein schwarzes Loch, jedenfalls keines, das mir begegnet ist. Wir haben uns im gesamten Jahr 2014 intensivst mit Ihrer Arbeit beschäftigt. Und wir haben uns im Übrigen intensivst beschäftigt mit den Vorgängen, die sich aus den Akten ergeben haben. Ich habe Ihnen ja gesagt: Es ist so im Kanzleramt - auch im Bereich der Abteilung 6 -, dass wir uns natürlich ständig mit Dingen der Nachrichtendienste beschäftigen. Wir haben dazu die ND-Lage jeden Dienstag und weitere Gremien. Es gibt dazu Rücksprachen von Herrn Fritsche und Herrn Heiß mit mir. Das bezieht sich auf Fragen der Bekämpfung des Terrorismus, es bezieht sich auf Fragen unserer außenpolitischen Interessen. Das Thema der Nachrichtendienste ist ein integraler Bestandteil der Arbeit des Kanzleramtes.

Was nun die Aufarbeitung angeht, habe ich ja gesagt, dass für mich, nachdem klar war, es kommt ein Untersuchungsausschuss, klar war, dass Sie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

untersuchen und dass wir das nicht parallel machen, zumal es sich um abgeschlossene Vorgänge handelte. Das hat aber nicht bedeutet, dass uns das nicht interessiert hat, ganz im Gegenteil. Ich habe dann zum Beispiel, wenn es bei den Akten - - Da ging es ja um bestimmte Projekte; das stand dann meistens auch hinterher in den Zeitungen zu lesen. Einmal ist darüber geschrieben worden, was in Frankfurt so passiert ist. Dann ist über ein Projekt geschrieben worden, was wir angeblich mit einem europäischen Partner, der vor einiger Zeit ein Referendum hatte, mal erörtert haben. Es gab also aus dem Aktenbestand, der Ihnen vorgelegt worden ist, viele Dinge, die mich nicht nur interessiert haben, sondern die dann auch zu Nachfragen geführt haben.

Ich habe das meistens besprochen mit den Mitarbeitern der Abteilung 6, und wir haben das aufgeklärt, und es hat mich dann schon auch interessiert beispielsweise, ob solche Projekte noch Nachwirkungen haben, ob sie fortgesetzt werden, was daraus geworden ist, warum sie eingestellt worden sind. Also, ich habe mich da nicht nur mit den Akten zufriedengegeben; aber wir haben keinen parallelen Strang der Aufklärung gemacht, weil das aus meiner Sicht mit dem Respekt vor dem Untersuchungsausschuss nicht so einfach vereinbar gewesen wäre.

Und dann habe ich Ihnen ja gesagt, dass es erhebliche Diskussionen und Gesprächsbedarf gegeben hat mit unseren amerikanischen Partnern, nicht im Hinblick auf Snowden, sondern im Hinblick auf das, was - angefangen vom Handy der Kanzlerin über die Frage von Spionen und anderes - uns so umgetrieben hat. Und auch das ist geschehen. So. Und über das Thema Selektoren kann ich nur noch mal sagen: Hätte ich das erfahren im Dezember 2013 oder im März 2014, ich hätte mich so intensiv darum gekümmert, wie ich es getan habe, als ich es im März 2015 erfahren habe. Und ich habe keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass auch meine Mitarbeiter im Kanzleramt - jedenfalls nehme ich das in Anspruch für Herrn Fritsche, der ja sozusagen mit mir dort eingezogen ist, und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserer Arbeitsgruppe Untersuchungsausschuss - - dass es auch für die vollkommen neu und überraschend war. Und das war ja auch der

Grund, warum wir dann so energisch gehandelt haben.

**Christian Flisek (SPD):** Jetzt haben Sie bei der Aufzählung der Mitarbeiter, ob es Zufall war oder nicht, die Abteilung 6 nicht genannt. Jetzt frage ich etwas provozierend: Aus der Rückschau, was Sie heute wissen, seit März 2015, glauben Sie oder würden Sie sagen, die Abteilung 6 des Kanzleramtes hat in diesem ganzen Zeitraum wirklich auch nachvollziehen können, wie erstens SIGINT heute funktioniert, welche Bedeutung Selektoren bei dieser Thematik haben und welche politische Sensibilität dahintersteckt?

**Zeuge Peter Altmaier:** Erst mal ist man im Rückblick immer schlauer als in der Vorschau. Das ist nun mal so, das liegt in der Natur der Sache. Zweitens - das ist aber jetzt sozusagen das, was ich auch aus dem Studium der Akten entnommen habe - ist es ja so, dass mit 9/11 auch die Arbeit der Nachrichtendienste vor neuen Herausforderungen stand. 9/11 fiel ja zusammen - - Es war nicht nur ein terroristischer Anschlag, sondern das war ja auch eine Zeit, wo durch die Digitalisierung und die Weiterentwicklung von Speichermedien und anderen Dingen, neue Formen nachrichtendienstlicher Tätigkeit im Bereich SIGINT möglich geworden sind. Und das hat dann dazu geführt, dass meine Vorgänger im Amt, nämlich Herr Steinmeier, der Bundespräsident, Herr de Maizière und Herr Pofalla, selbstverständlich in unterschiedlicher Art und Weise auch mit solchen Fragen befasst worden sind - das habe ich in den Unterlagen feststellen können - und möglicherweise nicht mit allen Fragen. Das würde ich auch für mich nicht in Anspruch nehmen. Ich muss nicht die Details wissen von jeder G-20-Maßnahme [sic!], die genehmigt wird. Das habe ich gewusst, als ich mit Herrn Ströbele im PKGr saß, und da hatten wir vorher den BND-Präsidenten Herrn Uhrlau. Der hat uns immer nur gesagt: Das muss jetzt so gemacht werden. - Da haben wir zugestimmt, weil wir der Meinung waren: Wenn der BND das sagt, dann ist es so. - Also, das ist jetzt eine politische Wertung, kein Bericht aus einer eingestuften Sitzung.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber Herr Schindler hat beispielsweise dann sehr viel intensiver auch über die Einzelheiten der Fälle informiert, und so, glaube ich, dass eine stärkere Sensibilisierung stattgefunden hat. Und die Vorgänge im Hinblick auf Snowden und NSA haben natürlich zu einer weiteren Sensibilisierung geführt. Da sind dann auch Konsequenzen gezogen worden, und auch das hängt damit zusammen, dass man nach diesem Vorgang klüger war als zuvor. Und deshalb bedeutet das aber nicht, dass die Art und Weise, wie die Arbeit davor gemacht worden ist, nicht adäquat gewesen wäre. Das kann ich auch nicht beurteilen. Das sind Schlussfolgerungen, die Sie treffen müssen. Ich bin jedenfalls überzeugt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Abteilung 6 ihre Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen erledigt haben über all die Zeit. Und ich kann es für die Zeit, in der ich mit ihnen zusammenarbeite, auch aus eigenem Erleben ausdrücklich bestätigen. Das schließt nicht aus, dass, wie überall im Leben, mal irgendwo auch Fehler gemacht werden. Darüber kann man trefflich streiten; aber es ist aus meiner Sicht so, dass die Kontrolle von Anfang an vorhanden war, dass aber ihre Wirksamkeit im Laufe der Zeit aufgrund der gewonnenen Erkenntnisse größer geworden ist.

**Christian Flisek (SPD):** Gut. - Eine der Konsequenzen war ja auch, dass dann Herr Schindler entlassen wurde. Wann war klar, dass Herr Schindler nicht mehr zu halten ist?

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich mache mir den Satz „nicht mehr zu halten“ ausdrücklich nicht zu eigen. Ich bin als Chef des Kanzleramtes nicht nur zuständig für die Aufklärung der Vergangenheit und nicht nur für das Tagesgeschäft, sondern als verantwortlicher Politiker - das wird Ihnen allen auch so gehen - stellt man sich ja immer auch die Frage: Was muss denn geschehen, damit auch jenseits unserer eigenen Amtszeit, die immer vom Mandat des Wählers abhängig ist, die Sicherheitsbehörden in einer Verfassung sind, die die Erledigung ihrer Aufgaben ermöglicht? Und ich habe mir zunächst einmal das Ziel gesetzt, die Vorwürfe, die geäußert worden sind im Zusammenhang mit den Selektoren, nicht nur anzuschauen, sondern so weit wie möglich aufzuklären. Wir haben in der Zwischenzeit aber

dann, jenseits der Arbeit dieses Ausschusses und des PKGr, auch einige Maßnahmen getroffen, die die Arbeitsfähigkeit des BND erhöhen sollen. Ich weiß nicht, ob das Thema S - I - T bei Ihnen schon diskutiert worden ist oder SIT, wie man es nennen möchte, was ja einen Umfang hat, der beachtlich ist. Wir haben personelle Verstärkungen beschlossen. Wir haben neue Herausforderungen, und ich wollte gerne, dass die Arbeits- und Funktionsfähigkeit des BND auch über einen längeren Zeitraum hinweg gewährleistet ist.

Und aufgrund seines Lebensalters kann Herr Kahl für die mittelfristige Ausrichtung des BND für Kontinuität sorgen. Ich habe Herrn Kahl gekannt aus unserer gemeinsamen Zeit - die immerhin vier Jahre dauerte - im Bundesinnenministerium, wo er Leiter Leitungsstab war; ich war Parlamentarischer Staatssekretär. Ich habe ihn aus dieser Zeit geschätzt. Und deshalb kam ich auf den Gedanken, Herrn Kahl dieses Amt zu übertragen, weil ich auch der Auffassung war, dass die zunehmende Vernetzung in Fragen der inneren Sicherheit, die wir ja auch in der Zusammenarbeit der Dienste und der Sicherheitsbehörden wiederfinden - - dass er für diese Aufgabe der richtige Mann ist. Ich habe mich sehr gefreut, dass er mein Angebot angenommen hat. Das ist im Übrigen in einer Regierung für diejenigen Positionen, die man als sogenannte „politische Positionen“ versteht, gang und gäbe.

Ich kann mich erinnern, Herr Flisek, als wir die Große Koalition gebildet hatten, da habe ich ganz, ganz viele Briefe bekommen von Ministern, die auch Ihrer Partei angehören, und Ministerinnen natürlich, die mich gebeten haben, zum Beispiel beamtete Staatssekretäre, Abteilungsleiter in den Ruhestand zu versetzen, was nach dem Beamtenrecht ohne Angabe von Gründen jederzeit möglich ist, weil das Vertrauen des Ministers entweder nicht mehr in ausreichendem Maße vorhanden ist oder wie auch immer. Und eine inhaltliche Begründung für solche Maßnahmen wird weder von Frau Nahles noch von Frau Schwesig noch von Herrn Maas verlangt. Sie kann auch nicht verlangt werden von dem Chef des Kanzleramtes oder von irgendeinem anderen Minister, weil die Konstruktion so ist, dass die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

übergroße Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ministerien und der Geschäftsbereichsbehörden eben nicht vom Vertrauen des Ministers abhängig sind, aber eine kleine Zahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr wohl. Und deshalb habe ich diese Entscheidung getroffen. Sie ist vom Bundeskabinett bestätigt worden. Ich habe Herrn Schindler ausdrücklich für seine Arbeit gedankt. Ich kenne auch Herrn Schindler aus meiner Zeit im Bundesinnenministerium. Ich halte ihn für einen hochqualifizierten und hochengagierten Beamten. Aber ich musste eine Entscheidung darüber treffen, wie der BND in den nächsten Jahren seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann. Und diese Entscheidung habe ich getroffen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt müssten wir - -

**Christian Flisek (SPD):** Ich würde ganz gerne, wenn es erlaubt ist, nur eine Frage - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Na klar.

**Christian Flisek (SPD):** Dann kann ich den Komplex abschließen. - Das bedeutet - - Ich meine, wir haben ja hier doch einen sehr engen zeitlichen Zusammenhang zu, ich sage mal, zumindest den Besuchsvorgängen in Pullach, andererseits, wie ich finde, eine recht ungewöhnliche öffentliche Einlassung des Kanzleramtes, was die Kritik am BND betrifft, wo man von sehr klaren organisatorischen Defiziten spricht. Das heißt, diese Personalie hat nach dem, was Sie mir jetzt sagen, überhaupt nichts damit zu tun, sondern es ist einfach eine Personalie gewesen im Hinblick auf eine strategische Neuaufstellung des BND.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich habe Ihnen gesagt, dass über die Gründe für Neubesetzungen auf der Ebene von Abteilungsleitern in Ministerien, Staatssekretären und bestimmten Geschäftsbereichsbehörden nicht öffentlich gesprochen und diskutiert wird. Das ist eine Entscheidung des Gesetzgebers, der hat sie so getroffen im Beamtenrecht; das ist also das Parlament. Und solange diese Entscheidung Gültigkeit hat, werden Sie von mir nichts anderes erfahren als das, was ich Ihnen gesagt habe.

**Christian Flisek (SPD):** Gut.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich komme noch mal zurück auf die besagte Presseerklärung, wo wir von den organisatorischen und inhaltlichen Defiziten gesprochen haben. Wissen Sie, mir ist das nicht leicht gefallen, weil ich mich immer auch vor meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stelle. Aber nach dem, was im Zusammenhang mit der Selektorenliste bekannt geworden war - - Wenn ich Ihnen gesagt hätte, es gibt überhaupt gar keinen Grund, irgendetwas zu verändern, dann hätten Sie gesagt: Das Kanzleramt mauert und will nicht die notwendigen Konsequenzen ziehen. - Wenn man so etwas sagt, dann wird gesagt: „Hier haben Sie, das Kanzleramt, den BND aber mal stark kritisiert“, oder so. Für mich war immer maßgebend, dass ich angemessen mit den Dingen umgehe. Und das, was ich im Zusammenhang mit der Selektorenliste erfahren habe, war für mich Anlass, diese Bewertung vorzunehmen, und ich glaube, ich kann sie auch belegen und kann sie in jeder Hinsicht rechtfertigen.

**Christian Flisek (SPD):** In der Sache sind wir dann, glaube ich, ganz bei Ihnen. - Herzlichen Dank erst mal.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Wir kommen zur nächsten Fraktion. Das ist die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Und Herr Kollege von Notz beginnt.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Minister! Ich habe den letzten Punkt nicht verstanden und frage deswegen jetzt noch mal nach. Also, wurde jetzt Herr Schindler wegen der Selektorenliste entlassen oder nicht?

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich habe ganz eindeutig gesagt, dass die einschlägige Vorschrift im Beamtenrecht nicht verlangt, dass bei der Entlassung eines politischen Beamten Gründe angegeben werden, -

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Die verlangt es nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Peter Altmaier:** - und alle Minister, die Minister der Grünen, der SPD, der CDU/CSU, die vor mir im Amt waren, haben von dieser Möglichkeit vielfältig Gebrauch gemacht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar.

**Zeuge Peter Altmaier:** Und ich kann mich nicht erinnern, dass dann ein Bulletin veröffentlicht wurde, wo drinstand, aus welchen Gründen der Betreffende nicht länger im Ministerium war.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe nur acht Minuten, und das war nicht meine Frage, sondern: Hat es was mit der Selektorenliste zu tun oder nicht? Sie haben jetzt in der Antwort vorher auf Herrn Flisek gesagt, dass man das nicht mitteilen muss oder dass das nicht mitzuteilen ist; so haben Sie das gesagt. Aber wenn man Herrn Fromm entlässt wegen der Vorfälle beim NSU, dann sagt man das sofort. Es ist eine Kann-Regelung. Sie brauchen vor allen Dingen im Innenverhältnis zu den Beamten Gründe nicht zu nennen. Das leuchtet mir ein. Aber ich frage Sie mal andersrum: Sie haben personell aufgrund dieser Affäre trotz der Presseerklärung, die Sie rausgegeben haben, gegen den BND keine personellen Konsequenzen gezogen?

**Zeuge Peter Altmaier:** Es hat sich personell einiges verändert, auch in der Abteilung TA, und zwar von der Spitze an. Und die Frage der personellen Konsequenzen, da hat ja, wenn ich das richtig verfolgt habe heute Nachmittag - ich habe das jetzt nicht im O-Ton verfolgt - - aber in den Presseagenturen ist auch gesagt worden, dass Herr Fritsche beispielsweise gefragt worden ist, ob es disziplinarrechtliche Maßnahmen gegeben hat. Ich habe mich mit der Frage, ob man disziplinarrechtliche Maßnahmen ergreifen muss, sehr auseinandergesetzt. Aber dann kann ich Ihnen sagen: Wenn der zuständige Abteilungsleiter oder Unterabteilungsleiter sagt: „Mir war das nicht bekannt“, dann ist das zunächst einmal vielleicht etwas, wo man sagt, das kann man schwer nachvollziehen; aber eine disziplinarrechtliche Maßnahme trägt es nicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hat es die nicht gegeben?

**Zeuge Peter Altmaier:** Bitte?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann hat es die nicht gegeben?

**Zeuge Peter Altmaier:** Die hat es nicht gegeben. So ist es.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also hat es keine personellen Konsequenzen aus dieser - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein. Aber es hat Veränderungen gegeben -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, mag ja sein, aber - -

**Zeuge Peter Altmaier:** - an verschiedenen Stellen, ja.

Und zur Frage des Präsidenten Schindler habe ich Ihnen gesagt, dass es meine Zuständigkeit als sozusagen zuständiger Fachminister für den BND ist, darüber zu entscheiden, wie der BND geführt wird. Und diese Entscheidung haben wir getroffen. Und wir haben beim BND auch in regelmäßigen Abständen Vizepräsidentenstellen zu besetzen, und auch dann teilen wir nicht mit, aus welchen Gründen jemand berufen wird oder verlängert wird oder nicht verlängert wird.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Aber es ist nicht nachweisbar, weil Sie es nicht formulieren, dass das mit den Verfehlungen im BND zu tun hat.

Jetzt aber weitere Fragen - von den Abläufen habe ich es nämlich noch nicht ganz verstanden -: Wie war das eigentlich, als Sie im Dezember 2013 ins Bundeskanzleramt gekommen sind? Hat es eine Übergabe mit Herrn Pofalla gegeben, und hat der Ihnen gesagt: „Achtung, hier die Nachsorge der Snowden-Veröffentlichungen. Da muss man noch mal ein bisschen draufgucken“ und so. „Da laufen noch so ein paar Dinge. Da gibt es Probleme“?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Hat man eine solche Übergabe, eine solche Besprechung gemacht?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das hat der Zeuge eben detailliert ausgeführt. Ich weiß nicht, ob du da nicht da warst, oder - - Da ist detailliert drauf eingegangen worden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Nachfolge. Ich hätte gerne eine kurze Antwort darauf. Das ist sehr freundlich, Herr Vorsitzender, aber - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, ich habe an demselben Tag, an dem die Kanzlerin mich gefragt hat, ob ich bereit bin, das Amt des Kanzleramtsministers zu übernehmen, Herrn Pofalla, der mir seit 30 Jahren gut bekannt ist, unter anderem durch 22-jährige gemeinsame Zugehörigkeit zum Deutschen Bundestag, aufgesucht, und wir haben eine erste Runde gemacht über die Frage, wie die Arbeit des Kanzleramtsministers organisiert ist, worauf zu achten ist. Wir haben in der Folge - es waren noch ein paar Tage Zeit - noch mehrfach gesprochen, wenn ich Nachfragen hatte. Es war auch klar, ich kann ihn jederzeit anrufen, wenn ich Fragen hätte zu irgendwelchen Dingen, die für mich neu wären. Und als ich dann das Amt angetreten habe, gab es noch eine offizielle Übergabe mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kanzleramtes und der Bundeskanzlerin. Herr Pofalla hat sich verabschiedet, ich habe mich vorgestellt. Und wir haben bei all diesen Gelegenheiten über politische Einzelfragen nicht gesprochen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und auch Herr Fritsche - im Hinblick auf seinen Wechsel ins Bundeskanzleramt - war nicht Teil dieser Fragen?

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein, mir war bekannt - das hatte mir die Bundeskanzlerin gesagt -, dass Herr Fritsche als beamteter Staatssekretär kommt. Ich habe das sehr begrüßt, weil ich glaube, dass wir in einer Zeit, wo gerade auch der Kanzleramtsminister auskömmlich zu tun hat - das kann ich Ihnen aus den letzten Jahren bestätigen - - dass es wichtig war nach den Vorgängen in der Affäre Snowden, aber auch im Hinblick auf die

gestiegenen Anforderungen im Bereich der inneren Sicherheit, sich personell an dieser Stelle zu verstärken. So.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Herr Fritsche kam dann ungefähr, ich glaube, zehn Tage nach mir - - im Amt. Und Herr Fritsche war ja jemand, der im Kanzleramt bereits die Abteilung 6 geleitet hatte. Er war dann vier Jahre Staatssekretär im Bundesinnenministerium, und insofern kannte er die Materie. Und trotzdem war es dann so, dass ich auch Herrn Fritsche informieren konnte, weil ich ja in der Zwischenzeit schon einiges gelernt hatte zum Thema „No Spy“. Herr Fritsche konnte das beitragen, was er erlebt hatte als Staatssekretär im Innenministerium im Sommer und im Herbst 2013. Und den neuen Herausforderungen haben wir uns dann gemeinsam gestellt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, Herr Fritsche ist explizit auch gekommen wegen seiner Kenntnisse in den Fragen „Snowden“?

**Zeuge Peter Altmaier:** In den Fragen der Nachrichtendienste. Herr Fritsche ist ja nicht nur für Herrn Snowden zuständig, sondern Herr Fritsche ist zuständig - das gibt es seit den 80er-Jahren - - Er ist Koordinator der Nachrichtendienste und damit eben auch für Angelegenheiten, die das BfV betreffen, den MAD betreffen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Peter Altmaier:** Und Herr Fritsche war und ist ein ausgewiesener Experte in diesen Fragen, weil der die Abteilung 6 im Kanzleramt vier Jahre geleitet hat und der Sicherheitsstaatssekretär von Herrn de Maizière und von Herrn Friedrich war.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und auch wegen seiner Kenntnisse in Sachen Snowden.

**Zeuge Peter Altmaier:** Also, das müssen Sie - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und haben Sie dann - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Das müssen Sie - - Entschuldigung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Peter Altmaier:** Das müssen Sie die Bundeskanzlerin fragen in dem Fall.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das werden wir gern tun.

**Zeuge Peter Altmaier:** Die hat nämlich die Entscheidung getroffen mit Herrn Pofalla zusammen, dass Herr Fritsche kommt, und ich habe diese Entscheidung für exzellent gehalten und halte sie nach wie vor für exzellent und habe mit Herrn Fritsche in all diesen Jahren eine extrem vertrauensvolle und extrem gute Zusammenarbeit gehabt, die mir geholfen hat, auch Ihre Fragen so zu beantworten, wie es angemessen ist.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, sehr gut. Sehr dankenswert. - Aber haben Sie dann mit Herrn Fritsche vor der Markus-R.-Geschichte schon über die Nachsorge der Fragen im Zusammenhang mit Snowden-Veröffentlichungen gesprochen, zum Beispiel - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das ist dann die letzte Frage.

**Zeuge Peter Altmaier:** Jetzt verstehe ich Ihre Frage nicht. - Über die Vorsorge der Nachsorge von Snowden oder - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über die Nachsorge der Snowden-Veröffentlichungen, also der Dinge, -

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - die praktisch offensichtlich - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, ja, natürlich, natürlich.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Minister, ganz kurz - - meine Frage zu Ende formulieren. - Also Dinge, die ganz offensichtlich noch offen waren, die Herr Pofalla nicht abgeschlossen hat und die bei Ihnen dann ja im März 2015 in Form einer Liste irgendwie aufblitzten: Wurde darüber zwischen Ihnen und Herrn Fritsche im Vorfeld sozusagen dieser Markus-R.-Geschichte und dann der Erkenntnis, die man im März 2015 hatte, gesprochen?

**Zeuge Peter Altmaier:** Noch mal: Über die Liste aus dem Jahre 2015 konnten wir im Jahre 2014 nicht reden, weil uns ihre Existenz nicht bekannt war; das hat Herr Fritsche Ihnen gesagt; -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber die Dinge, die auf der Liste standen vielleicht.

**Zeuge Peter Altmaier:** - ich habe es Ihnen auch gesagt. Im Übrigen habe ich aber mit Herrn Fritsche sehr intensiv bei vielen Gelegenheiten über die Arbeit des Untersuchungsausschusses gesprochen und über die Themen, die dort abgearbeitet wurden.

So, und da gab es ja ein Projekt, das fing mit „MS“ an, und ein anderes fing mit „E“ an, und es gab - - Die hatten zum Teil eine Vorgeschichte seit 2002, 2003. So, und dann hatte ich Fragen aus den Akten, die ich gelesen habe, und ich habe darüber - das waren alle die Snowden-Komplexe, von denen Sie sprechen - auch mit Herrn Fritsche gesprochen, selbstverständlich.

Aber es ergab sich aus allem, was ich studiert hatte, keinerlei Hinweis darauf, dass es - - Wir wussten natürlich, dass es Bad Aibling gibt. Und es gibt in Bad Aibling auch ein Dokument, was die Arbeit dort regelt; das ist Streng Geheim. Es standen Teile davon, glaube ich, auch schon irgendwo in der Öffentlichkeit. Aber ich habe mir dieses Dokument auch angeschaut, und zwar schon vor der Selektorengeschichte, und das Dokument ist nicht problematisch; problematisch ist das, was mit der Selektorenliste gemacht worden ist. Und das haben wir erfahren 2015.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, gut. - Wir kommen zur nächsten Fraktion, der Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken beginnt.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ja, vielen Dank. - Herr Minister, guten Abend auch von unserer Seite und vielen Dank für Ihr Eingangsstatement. - Ich möchte zeitlich zunächst da anknüpfen, wo auch der Kollege eben aufgehört hat: bei der Amtsübernahme, zu der Sie ja schon einiges gesagt haben. Es gab keine Übergabe bzw. das Thema, das wir hier behandeln, war nicht Thema der Übergabe oder des Übergabegesprächs mit Herrn Pofalla.

Mich würde dennoch interessieren, wie es dann weiterging, wie Sie dann die Aufgaben, die ja doch im Raume standen - die Snowden-Veröffentlichungen waren ein paar Monate her -, angegangen sind, wie die Aufgabenverteilung auch war zwischen Ihnen, Herrn Fritsche, Herrn Heiß, wie oft Sie sich haben unterrichten lassen und wie dann auch wiederum die Kanzlerin durch Sie eingebunden war.

**Zeuge Peter Altmaier:** Es ist so, dass ich eigentlich vom ersten Tag meiner Arbeit an mit diesen Fragen befasst war. Ich habe ja vorhin von der Vorlage gesprochen, die es am 20. Dezember gegeben hat. Und das, lieber Herr von Notz, ist natürlich sozusagen ein noch ausstehender Teil der Aufarbeitung von Snowden und dessen, was war, gewesen, dass wir diese Verhandlungen zu No Spy hatten. Und dass wir die Hoffnung hatten, ein solches Abkommen zustande bringen zu können, das hatte auch was zu tun mit den Diskussionen über das Kanzlerinnenhandy. Und darüber habe ich mit Herrn Fritsche und mit Herrn Heusgen und anderen nicht nur einmal, sondern nach meiner Erinnerung auch mehrfach gesprochen.

Herr Fritsche hat zu bestimmten Themen Vorlagen gefertigt, die Sie haben, soweit sie untersuchungsgegenständlich sind. Herr Fritsche hat natürlich auch zu anderen Themen Vorlagen gefertigt, die sich zu aktuellen Fragen der inneren Sicherheit ergeben haben. Wir haben es auch zu tun bisweilen mit Geiselnahmen, die zu lösen sind gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt und dem Krisenstab dort. Und in all diesen Fällen hat

mich Herr Fritsche entweder durch Vorlagen unterrichtet, oder er hat mich mündlich unterrichtet entweder in der Abteilungsleiterrunde, die es im Kanzleramt zweimal die Woche gibt, oder wenn die Information sensibel war, dann gab es auch vorher oder nachher eine Rücksprache zwischen Herrn Fritsche und mir.

Im Übrigen haben wir über Fragen der Nachrichtendienste natürlich - - reden wir jeden Dienstag in der ND-Lage, und es gibt noch ein paar weitere Formate, die auch einschlägig sind.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wenn Sie jetzt davon sprechen, dass Herr Fritsche Sie regelmäßig informiert hat auch durch Vorlagen, auch teilweise mündlich, dann stellt sich da mir doch die Frage, dass wir bei unserer Ausschussarbeit bei der Vorlage - - oder bei der Durchsicht der vorgelegten Unterlagen jetzt recht wenige Vorlagen oder Berichte gefunden haben, die Ihre oder die Paraphe der Bundeskanzlerin tragen. Wie erklären Sie sich das? Nachdem ja jetzt schon auch rübergekommen ist, dass Sie sich selbst auch intensiv mit der Aufarbeitung beschäftigt haben.

**Zeuge Peter Altmaier:** Es ist ganz einfach zu erklären: weil nämlich der Kanzleramtsminister und auch die Bundeskanzlerin nicht nur für diese Politik zuständig sind, sondern praktisch für alle Politikbereiche. Und wenn Sie die Vorlagen sehen würden - es ist ja nicht untersuchungsgegenständlich -, die mich im Laufe meiner Tätigkeit als Kanzleramtsminister aus den unterschiedlichsten Bereichen erreicht haben, dann werden Sie feststellen, dass es eine sehr hohe Zahl ist - obwohl aus den einzelnen Ministerien vielleicht die Zahl überschaubar ist - was weiß ich, zum Thema - - Wir haben auch ein Referat Kirchenrecht; die haben vielleicht nicht ganz so viele Vorlagen wie andere. Aber wenn Sie alles zusammennehmen, ist der Arbeitstag eines Kanzleramtsministers ausgefüllt; denn die Vorlagen wollen ja nicht nur abgezeichnet sein, sie wollen auch gelesen sein.

Der Kopf des Kanzleramtsministers ist auch nicht viel größer und auch nicht viel besser als andere Köpfe auf der Welt. Das heißt, ich muss ja mit meinen begrenzten Ressourcen, die ich habe, die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dinge angehen, die wichtig sind. Und das wird entweder von mir entschieden, wenn ich eine Anforderung stelle und bitte, mir zu etwas zu berichten oder eine Rücksprache zu machen, weil ich es in der Zeitung lese, weil mich ein Kollege darauf anspricht, weil es eine Überlegung ist, die ich anstelle, oder aber es wird in der Abteilung entschieden.

Und wenn in der Abteilung entschieden wird, dass es wichtig ist, dann wird es selbstverständlich dem Minister vorgelegt. Und das haben wir so gehandhabt. Allerdings ist es auch so, dass gerade in diesen Fragen sensible Informationen sehr oft mündlich ausgetauscht werden, zum Beispiel dann, wenn es um Entführungsfälle geht. Da gibt es nicht sehr viele Vorlagen, aber es gibt darüber Gespräche, und die sind in ihrer Natur, weil es um Menschenleben geht, so sensibel, dass man auch nicht jede Einzelheit verschriften sollte zum Schutz der Betroffenen; denn wenn sie verschriftet sind, dann sind sie irgendwo gespeichert, und dann kann es natürlich auch sein, dass sie in falsche Hände gelangen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und wie müssen wir uns dann vorstellen, dass die Unterrichtung der Kanzlerin abläuft? Wahrscheinlich durch Sie. Über welche Themen haben Sie sie unterrichtet? In welchen Abständen? Natürlich jetzt nur betreffend den Untersuchungsausschuss.

**Zeuge Peter Altmaier:** Es ist meine Aufgabe als Kanzleramtsminister, die Kanzlerin über all die Dinge zu unterrichten, die sie für ihre Arbeit wissen muss. Und auch die Kanzlerin ist so, dass sie, wenn sie sich für ein Thema interessiert, auch von sich aus mich bittet, sie dazu zu unterrichten. Und umgekehrt entscheide ich, worüber ich die Kanzlerin unterrichte. Dafür habe ich die Möglichkeit des jederzeitigen Zugangs zu ihr, und das geschieht in aller Regel mündlich. Es gibt aber auch Fälle, wo es schriftlich geschieht. Sie haben ja auch eine ganze Reihe von Bundeskanzlerinnenvorlagen in Ihren Akten, die es in den letzten Jahren gegeben hat.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Also war die Aufarbeitung der Themen dieses Ausschusses schon auch

regelmäßig Gegenstand von Gesprächen zwischen Ihnen und der Kanzlerin.

**Zeuge Peter Altmaier:** Wir haben im Untersuchungsausschussrecht ein sehr schönes Wort; das heißt Arkanum. Das ist der geschützte Bereich der Willensbildung der Bundesregierung, und da bitte ich einfach um Verständnis, dass Einzelheiten dieser Willensbildung auch im Bereich der Bundesregierung geschützt sind. Das ist zum Beispiel der Grund, warum wir über Gesprächsinhalte mit ausländischen Staats- und Regierungschefs nicht berichten über Presseerklärungen hinaus; das ist der Grund, warum auch andere Gesprächsinhalte etwa der Kanzlerin mit zuständigen Ministern und auch mit dem Chef des Kanzleramtes sich nur sehr unvollkommen für eine Erörterung in diesem Kreise - - äußern.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Die Bundeskanzlerin hat in der Regierungspressekonferenz am 19. Juli 2013 einen Achtpunkteplan als Konsequenz der Bundesregierung aus den in den Wochen zuvor bekannt gewordenen Berichten zur Tätigkeit der NSA, zu Prism und Tempora bekannt gegeben. Jetzt waren Sie zu der Zeit als Bundesumweltminister Mitglied der Bundesregierung, haben auch an den Kabinettsitzungen teilgenommen. Können Sie sich an die Sitzungen im Juli, August 2013 erinnern und auch daran, wie es zu dem Achtpunkteplan gekommen ist?

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein. Ich habe die Unterlagen, die Ihnen auch zur Verfügung stehen, die es dazu gibt; aber ich kann mich aus meinem Erleben als Bundesumweltminister an diese Diskussionen nicht erinnern. Das hängt aber auch damit zusammen, dass wir damals - für die, die sich für Umweltfragen interessieren - mit der Energiewende sehr, sehr schwierige und wichtige Aufgaben zu lösen hatten, was mich ausgesprochen stark beansprucht hat. Und ich hatte eine ganze Reihe von Gesetzen wie das Endlagersuchgesetz, das noch kurz vor der Bundestagswahl durch das Kabinett und durch das Parlament verabschiedet wurde. Das hat dann zur Folge gehabt, dass man sich als Ressortminister natürlich in erster Linie auch um die eigenen Zuständigkeiten kümmert. Und deshalb kann es durchaus sein,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dass in meiner Anwesenheit auch darüber gesprochen worden ist; aber erinnern kann ich mich daran nicht mehr.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Und in Ihrer jetzigen Tätigkeit: Haben Sie damit dann zu tun gehabt? Also, manche Dinge des Plans konnten ja recht kurzfristig umgesetzt werden; manche Maßnahmen waren längerfristig angelegt, zum Beispiel eine Initiative des BND mit Vertretern von Nachrichtendiensten von EU-Partnern, gemeinsame Standards der Zusammenarbeit zu erarbeiten. Haben Sie damit noch mal zu tun gehabt?

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja. Mit den laufenden Vorgängen habe ich zu tun gehabt und habe immer noch zu tun. Es gibt dort auch sehr viel Erfreuliches. - Aber wenn ich es richtig verstehe, Herr Wolff, ist es so, dass laufende Vorgänge vom Untersuchungsgegenstand ausgenommen sind.

(MR Philipp Wolff (BK)  
nickt)

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ich würde dann auch noch mal auf die Zusammenarbeit mit den Amerikanern, die Kooperation BND und NSA zu sprechen kommen.

Es gab ja bereits im Jahr 2013 auf Veranlassung eines Unterabteilungsleiters im BND - der Zeuge D. B., den wir hier auch gehört haben - eine Überprüfung der vom BND in Bad Aibling eingesetzten NSA-Selektoren. Die BND-Spitze und das Kanzleramt haben davon wohl erst mit fast zweijähriger Verspätung Kenntnis erlangt. Welche Schlüsse würden Sie daraus ziehen im Blick auf die Frage der Funktionsfähigkeit der Kommunikationsstrukturen innerhalb des BND und auch der Effektivität der Dienst- und Fachaufsicht des Kanzleramts über den BND?

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, zunächst einmal: Wenn es Vorgänge sind, die der Leitungsebene des BND selber nicht bekannt waren und, so wie mir gesagt worden ist, auch der Abteilungsleiterebene nicht bekannt waren, dann spricht das sehr dafür, dass es diese Defizite gibt oder gegeben hat.

Dass es im Jahre 2013 diese Überprüfung gegeben hat, und zwar ganz offensichtlich wohl auch im Zusammenhang damit, dass die Bundeskanzlerin eine politische Aussage getroffen hat, nämlich zu der Frage des Umgangs mit Freunden, zeigt ja im Übrigen, dass der BND tatsächlich das auch aufgenommen hat und versucht hat umzusetzen, allerdings offenbar sehr unzureichend; sonst hätten wir nicht die Probleme gehabt, die wir uns im ganzen Jahr 2015 dann noch - - mit denen wir uns beschäftigen mussten. Insofern finde ich, dass der Primat der Politik, auf dem wir bestehen müssen, nicht zu allen Zeiten und nicht zu jedem Zeitpunkt befriedigend umgesetzt worden ist. Das war für uns alle der Anlass und der Grund, zu überlegen, wo wir besser werden müssen. Das gilt übrigens für das Kanzleramt genauso wie für den BND; da nehme ich niemanden aus, und ich wage zu sagen, dass uns eine ähnliche Situation vermutlich heute - - dass es unwahrscheinlicher ist, dass uns eine ähnliche Situation passiert. Ich kann allerdings natürlich über Dinge, die ich nicht kenne und die ich nicht weiß, auch nur schwer spekulieren.

Ich hoffe nur, dass das, was wir in der Abteilung TA gelernt haben, auch in anderen Bereichen vom BND entsprechend berücksichtigt wird. So wie ich diese Organisation kennengelernt habe - - Und wir haben sehr, sehr viele junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eigentlich aus allen Bereichen: Sprachexpertinnen, Chemiker, Geografen, Geologen, Juristen, Betriebswirte, Volkswirte. Das sind alles exzellente junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, wo ich überzeugt bin, dass auch diese Debatten, die wir geführt haben - teils öffentlich geführt haben -, ihre Wirkung hinterlassen haben und dass der BND heute verantwortungsbewusster damit umgeht.

Und vor allen Dingen: Ich habe als Kanzleramtschef mehrfach klare Ansagen gemacht über die Informationen, von denen ich erwarte, dass sie der politischen Führung vorgelegt werden. So, und das habe ich in diesen drei Jahren immer wieder anlassbezogen getan, insbesondere im Zusammenhang mit den Selektoren, und ich gehe davon aus und habe auch keinen Grund, daran zu zweifeln, dass auch diese Ansagen nicht nur



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gehört wurden, sondern dass sie umgesetzt wurden.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Man kann ja auch noch ein paar Jahre zurückgehen. Wir haben rausgefunden, dass ja schon im Jahr 2005 US-Selektoren auffielen beim BND, die gegen deutsche und europäische Interessen und damit ja gegen die Vereinbarung, die der Kooperation in Bad Aibling zugrunde liegt, aus dem Jahr 2002 verstoßen haben. Schlagworte sind die Firmenbezeichnungen EADS und Eurocopter. Der BND hat die Erkenntnisse wohl ja jahrelang für sich behalten. 2010 wurde dann das Kanzleramt mal beiläufig informiert; aber das Thema war schon deutlich vor 2013 oder vor 2015 im Dienst und auch im Kanzleramt bekannt. Wie ist es denn dann zu erklären, dass es weder dem BND noch dem Kanzleramt in all den Jahren gelungen ist, die US-Partner dazu zu bewegen, derlei gegen deutsche oder europäische Interessen gerichtete Praktiken zu unterlassen? War vielleicht die Vereinbarung, die man 2002 getroffen hat, schon ungeeignet, dieses zu gewährleisten, dass eben gegen deutsche und europäische Interessen nicht verstoßen wird? Oder woran lag es?

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein. Also, erst mal: Das, was der Arbeit in Bad Aibling zugrunde liegt, ist aus meiner Sicht inhaltlich nicht zu beanstanden.

Der zweite Punkt war: Es gab in der Tat - das habe ich den Akten entnommen - Informationen des BND an die politische Leitungsebene im Kanzleramt. Sie haben dafür den schönen Ausdruck „beiläufig“ gebraucht. Ich weiß nicht - - Oder: Ich hatte jedenfalls im Nachhinein mir die Frage gestellt, ob über solche Vorgänge dann auch nicht in anderer Weise hätte informiert werden müssen. Aber ich möchte jetzt ungern über Vorgänge sprechen, die sich in der Amtszeit von Herrn Uhrlau oder von Herrn Schindler abgespielt haben, zu einem Zeitpunkt, wo ich noch nicht Kanzleramtsminister war. Ich glaube, das ist eine Frage des Stils sozusagen, dass man das nicht nachträglich bewertet.

Aber der entscheidende Punkt ist doch, was wir ab dem Zeitpunkt, wo wir Kenntnisnahme hatten, gemacht haben. Und da haben wir gesehen, es gab dieses Defizit, und wir haben versucht, dieses Defizit abzustellen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Was die Zusammenarbeit mit den Amerikanern anbelangt, wie würden Sie denn die Kooperationsbereitschaft der Five-Eyes-Staaten zusammenfassend beschreiben, vor allem wenn es darum geht, auch zum Beispiel Auskünfte für die Arbeit unseres Ausschusses zu erhalten, Freigabe von Dokumenten? Ich denke, es gab ja diverse Bemühungen auch der Bundesregierung, da auch was zu erreichen, auch uns was vorlegen zu können. Wir haben dann das Konsultationsverfahren gehabt, wo es um die direkte Einsichtnahme der Selektoren ging, das ja negativ verlaufen ist. Aber wie würden Sie insgesamt die Kooperationsbereitschaft beschreiben? Und welche politischen Schlüsse oder Konsequenzen haben Sie daraus gezogen?

**Zeuge Peter Altmaier:** Also, erst einmal ist es so, dass ich glaube, dass die Zusammenarbeit der Nachrichtendienste funktioniert, nicht nur mit Nachrichtendiensten der Five Eyes; wir haben andere europäische Partner, außereuropäische Partner. Der BND ist darauf angewiesen, dass er zur Erfüllung seiner Aufgaben mit vielfältigen Partnerdiensten weltweit zusammenarbeitet. Ich habe das immer ermuntert, weil ich es wirklich für entscheidend halte, wenn es darum geht, Informationen zu gewinnen über geplante Anschläge in einem frühen Stadium, wenn es darum geht, den internationalen Terrorismus so aufzuklären, dass man dann auch die notwendigen polizeilichen und richterlichen Maßnahmen ergreifen kann. Diese Zusammenarbeit hat funktioniert.

Im Zuge der Aufarbeitung der Causa Snowden kam es dann auch zu einem erheblichen Gesprächsbedarf. Das hatte aber auch halt eben zu tun mit der Frage Kanzlerinnenhandy und mit anderen Fragen. Und das hat dann wiederum dazu geführt, dass es auch schwierigere Gespräche gegeben hat, die aber bisher die Zusammenarbeit in der Sache - Gott sei Dank! - nicht verunmöglicht haben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Bei dem Konsultationsverfahren war es so, dass Herr Fritsche in Absprache mit mir zu einem sehr frühen Zeitpunkt, als die Arbeit des Ausschusses angefangen hat, die Partner besucht hat und mit seinem sozusagen Gegenüber in den Regierungszentralen der wichtigsten Länder darüber gesprochen hat, welche Unterlagen wir vorlegen, für welche Unterlagen wir die Zustimmung benötigen.

Da gab es dann auch schwierige Fälle. Wir hatten einmal einen Fall, da ging es um ein Konsultationsverfahren, wo uns die Zustimmung verwehrt worden ist. Ich habe dann in Rücksprache mit Herrn Fritsche entschieden, dass wir Ihnen die Dokumente trotzdem geben - das war im Treptow-Verfahren -, dass Sie diese Dokumente bekommen, weil ich das in dem konkreten Fall für vertretbar gehalten habe. Das war nicht ganz einfach. Ich habe dazu auch selbst Gespräche geführt - - also nicht das technische Konsultationsverfahren - - aber auf meiner Ebene. Und am Ende haben wir das Ding vorgelegt im Treptow-Verfahren, und ich war superstolz, dass vier oder fünf Wochen nichts rausgekommen ist. Und als ich dann das PKGr, die Obleute, und den NSA-Ausschuss, die Obleute, unterrichtet habe über die Selektoren, habe ich gesagt: „Mensch, jetzt sage ich Ihnen mal was“, und es scheint ja in dem anderen Fall auch funktioniert zu haben. Und dann hat es, glaube ich, ungefähr noch 14 Tage gedauert, und dann war dieser andere Gegenstand auch öffentlich. Bei den Selektoren war es, glaube ich, schon nach einem halben Tag öffentlich. Da hatte ich mir auch keine Illusionen gemacht.

Aber Sie können sich vorstellen, dass, wenn wir sagen: „Wir halten ein bestimmtes Verfahren, Treptow, für okay, und wir sind überzeugt, es kommt nicht raus“, und es kommt dann anschließend doch raus, die Partner dann, was das Konsultationsverfahren angeht, noch rigider sind.

Wir hatten ja zu Anfang eine ganze Reihe von Dokumenten, die wir auf diese Weise auch klären konnten und Ihnen vorlegen durften mit Zustimmung von Partnern, und es ist dann im Laufe der Arbeit schwieriger geworden. Ich kann nicht beurteilen, woher die Durchstechereien kommen.

Sie wissen ja, ich hatte mal einen Brief geschrieben an den Ausschussvorsitzenden und gesagt: Ich weiß nicht, wer verantwortlich ist. Vielleicht lassen wir das mal klären. - Und dann ist gesagt worden, ich hätte dem Ausschuss gedroht. Das war niemals meine Absicht - ich bin ein so zartfühlender und feinführender Mensch, dass ich niemandem drohen würde -,

(Vereinzelt Heiterkeit)

sondern es hätte ja auch der Ausschuss von sich aus sich an die Staatsanwaltschaft wenden können; aber es ist nicht geschehen. Ich habe dann, nachdem Sie traurig waren, gedacht: Dann mache ich es auch nicht. - So, und so wissen wir halt eben bisher immer noch nicht, woher die Durchstechereien kommen; aber sie finden leider Gottes statt.

(Martina Renner (DIE LINKE): Was? Selbstanzeige!)

Das ist etwas, was auf Dauer auch die Effektivität der parlamentarischen Kontrolle nicht leichter macht. Das ist meine feste persönliche Überzeugung. Ich habe immer gewollt, dass wir schonungslos und so umfassend wie irgend möglich Sie und vor allen Dingen das PKGr immer unterrichten über alle wesentlichen Dinge, und das werden wir auch in Zukunft tun. Aber solche Vorgänge erleichtern das nicht. Wir haben auch eine Verantwortung dafür, dass unsere Nachrichtendienste am Ende nicht als unzuverlässig gelten, weil es nicht garantiert ist, dass vertraulich überreichte Unterlagen vertraulich bleiben.

Das hat übrigens nicht nur mit diesem Ausschuss etwas zu tun. Wir hatten ja auch ein paar andere Fälle in der jüngeren Vergangenheit, wo es um vereitelte terroristische Anschläge usw. ging, wo dann plötzlich Dinge öffentlich wurden - für die Sie gar nichts können, weil Sie die Unterlagen nicht hatten -, die dann diejenigen, mit denen wir zusammenarbeiten, in Probleme bringen.

(Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt Ihnen das nicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zu denken, wo die Quelle ist?)

**Nina Warken** (CDU/CSU): Anfang Mai 2015 wurde in der Presse gemeldet, dass die NSA den größten Teil der Zusammenarbeit mit dem BND in Bad Aibling vorläufig beendet hätte; Auslöser seien Ihre Forderungen gewesen, für jeden US-Selektor künftig eine detaillierte Begründung mitzuliefern. - Stimmt das? Oder war es eher der BND, der die Zusammenarbeit mit der NSA bei der Überwachung von paketvermittelten Verkehren aus Krisenregionen in Bad Aibling vorübergehend eingestellt hat? Das haben ja wiederum andere Medien berichtet.

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein. Ich habe bei meinem Besuch in Pullach und auch bei anderen Gesprächen immer großen Wert darauf gelegt, dass wir solche Selektoren steuern, von denen wir auch wissen, was sie bedeuten. Andernfalls können wir unserer Verpflichtung nicht gerecht werden. Wir müssen ja prüfen, ob es G-10-relevant ist. Wir müssen prüfen, ob es vom Anwendungsbereich der Abmachungen erfasst ist, und wir müssen auch prüfen, ob es im deutschen Interesse liegt. Und das hat dazu geführt, dass man sich im BND die Selektoren genauer angesehen hat.

Ich weiß jetzt nicht, Herr Wolff, wie weit ich in öffentlicher Sitzung gehen kann, aber ich will vielleicht Folgendes sagen: Die amerikanische Seite hat das verstanden, und es hat eine gute Kooperation gegeben.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Also, hält sich die NSA daran? Oder werden die Forderungen jetzt erfüllt und wurde die Zusammenarbeit wieder aufgenommen?

**Zeuge Peter Altmaier:** Über laufende Vorgänge sollten wir, glaube ich, hier nicht reden.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Sie brauchen nur zu nicken!)

- Kriegt das Tonband eigentlich auch mit, wenn ich nicke?

**Nina Warken** (CDU/CSU): Nein.

**Zeuge Peter Altmaier:** Die Stenografin wahrscheinlich ja.

(Vereinzelt Heiterkeit)

**Nina Warken** (CDU/CSU): Ich kann dann sagen: Der Zeuge nickt. - Ich muss trotzdem noch mal - - Gibt es Unterschiede zur Zus- - noch mal vielleicht - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, ich verstehe ja Ihre Frage, und Ihre Frage ist berechtigt. Ich muss nur entscheiden, wie ich sie beantworte. Und ich sage mal so: Wir haben auch in der Zusammenarbeit mit der amerikanischen Seite in den Dingen, die Sie zu Recht monieren und beanstanden, Fortschritte erzielt.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Gut. Dann ist meine Zeit rum, und ich würde nachher weiterfragen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt in die zweite Fragerunde, und auch in der zweiten Fragerunde beginnt die Fraktion Die Linke. Frau Kollegin Renner.

**Martina Renner** (DIE LINKE): Ja, Sie sagten, Herr Altmaier, aus Ihrer Erinnerung heraus hat man sich zu vier Anlässen mit Selektoren befasst, also diese überprüft: im Zusammenhang mit G 10, im Zusammenhang mit dem Ausspruch der Kanzlerin - muss ich nicht mehr zitieren -, im Zusammenhang mit der Weisung im Oktober und mit dem Besuch in Pullach. Jetzt fällt mir hier die Zeugenaussage von D. B. ein, der sagte, man hätte schon früher, vor Snowden, angefangen, die Selektoren zu prüfen und auch herauszunehmen, weil man das Gras wachsen hörte.

**Zeuge Peter Altmaier:** Weil man das ...?

**Martina Renner** (DIE LINKE): Gras wachsen hörte. - Also, entweder wusste man schon, was kommt mit den Snowden-Dokumenten, weil die US-amerikanische Seite gesagt hat: „Wir haben hier ein Leck; Achtung Partner: Da kommt was



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auf euch zu!“, oder war auch, warum auch immer - - Wussten Sie von diesem „schon vorher angefangen, zu prüfen“?

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein. Also, vorher hätte ich es ja nicht wissen können, weil ich nicht Kanzleramtsminister war.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Nein, ob Sie - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich kenne auch diese Aussage von Herrn D. B. nicht. Für mich ist der Zusammenhang erkennbar mit der Aussage der Bundeskanzlerin, also der zeitliche Zusammenhang. Inwieweit man sich vorher schon Gedanken gemacht hat, weiß ich nicht. Wenn es geschehen wäre, wäre es löblich gewesen, sage ich ausdrücklich, weil es natürlich die Intention war - - Und ich muss auch sagen: Als die Bundeskanzlerin diese Aussage gemacht hat - ich war damals Umweltminister und, wie gesagt, nicht mit den Dingen konkret befasst -, ging ich selbstverständlich davon aus, dass wir keine Freunde abhören. Weil es wäre mir gar nicht in den Kopf gekommen. Also, wenn ich vor zehn Jahren Chef BK gewesen wäre, und jemand hätte mir gesagt: „Jetzt hören wir mal Freunde ab“, oder wie auch immer, hätte ich gesagt: „Haben Sie schlecht geschlafen?“

(Hans-Christian Ströbele  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es mir auch  
gegangen, als ich es erfahren habe!

- Genau, und das kann ich nachvollziehen. - Deshalb habe ich dann versucht, als ich es 2015 gehört habe zum ersten Mal, das alles so zu rekonstruieren, und kann Ihnen aber jetzt aus dem Kopf heraus nicht genau sagen, an welchem Tag der Herr D. B. damit angefangen hat und was der Auslöser dafür war. Die G-10-Überprüfungen, die sind immer schon gemacht worden, -

**Martina Renner (DIE LINKE):** Ja, klar.

**Zeuge Peter Altmaier:** - und die sind auch gut gemacht worden.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Aber dass vor den Snowden-Veröffentlichungen es schon Selektorenprüfungen gab und auch - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Kann ich aus dem Kopf heraus jetzt nicht beantworten, wird sich aber aus den Akten wahrscheinlich ergeben, die Ihnen vorliegen.

**Martina Renner (DIE LINKE):** Okay. - Ich gebe dann ab an meinen Kollegen an der Stelle.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, Herr Altmaier, ich fange noch mal in der Vorbemerkung an, weil Sie das jetzt wieder gesagt haben mit dem parlamentarischen Raum, wenn hier Informationen oder geheim zu haltende Dinge kommen und Durchstechereien usw.

Also, wir haben mehrfach erlebt, dass Sachen, die das Parlament noch gar nicht erreicht hatten und geheim zu halten waren, in den Zeitungen standen. Das heißt, da konnten es unmöglich Abgeordnete gewesen sein. Ich will das einfach hier auch noch mal so festhalten.

Ich möchte jetzt aber gerne auch noch mal zu einer Gesamtschau kommen, wo ich Sie dann bitte, auch mal klar zu antworten. Also, wenn ich mal Revue passieren lasse, was dieser Ausschuss bis jetzt herausgefunden hat: Da nehme ich die Operation „Eikonol“, Täuschung der G 10-Kommission, „Türöffner“, wurde gesagt, um an Routineverkehr zu kommen am Frankfurter Knoten, die NSA mit am Kabel. Die G-10-Filterung, haben wir durch Berichte gehört, funktionierte in vielen Fällen nicht zuverlässig, gerade auch bei Domains und Adressen, die nicht nur auf „.de“ endeten, usw. Wir hatten eine Funktionsträgertheorie, zu der uns hier erklärt worden ist, dort könnte auch der deutsche EU-Kommissar - deutsche EU-Kommissare - abgehört werden; sei alles völlig legitim. Dann haben wir mitgekriegt, dass ein deutscher Botschafter bei der EU tatsächlich abgehört worden ist. Wir haben die NSA-Selektorenliste, von der Sie ja auch schon gesprochen haben, fast 40 000 hochproblematische rechtswidrige Suchbegriffe gegen deutsche und europäische Interessen. Wir haben circa ein Drittel der mehreren Millionen NSA-Selektoren - - haben



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wir hier gehört, die der BND nicht lesen konnte und trotzdem gesteuert hat, von Millionen.

Jetzt, haben Sie gesagt, fordert man eine Begründung für Suchbegriffe. Die wird geliefert oder auch nicht geliefert, und wenn sie geliefert wird, können wir sie nicht überprüfen. Und noch immer gibt es offenbar viele Selektoren, die man nicht lesen kann, und steuert sie trotzdem.

Nach dem Skandal um die NSA-Selektoren kam offenbar niemand im Kanzleramt auf die Idee, zu sagen: Was machen wir denn selbst? Wie steuern wir? Was steuern wir? Was ist da drin? Keiner hat gesagt: Wir prüfen unsere eigenen Dinge, was da alles so gesteuert wird.

Wir wissen, der Bericht - der des Parlamentarischen Kontrollgremiums; Sie waren ja selbst auch da - beinhaltet auch, dass über Jahre EU-Regierungen, Staats- und Regierungschefs, internationale Organisationen, Botschaften in anderen Ländern durch den BND ausgeforscht worden sind. Die Kanzlerin war darüber angeblich nicht informiert. Und wir wissen auch, dass die Einsteuerung dieser Selektoren also auch von Staats- und Regierungschefs, von Ministerpräsidenten, Ministern angeblich auf Sachbearbeiterebene allein entschieden worden ist, ohne Information der Vorgesetzten, ohne Kenntnis des Kanzleramtes, und das über viele Jahre. Dann haben wir eine Weisung Ihres Amtsvorgängers Pofalla: EU und NATO-Selektoren sollen aus der Steuerung genommen werden. Die stammt vom Oktober 2013.

Wir wissen aus den Unterlagen, dass noch im April 2015 solche Selektoren, die eigentlich herausgenommen werden sollten, weitergelaufen sind. Die Umsetzung der Weisung hat offenbar niemand kontrolliert, hat nicht überprüft, ob das gemacht worden ist. Und dann ließ man die Kanzlerin im Regen stehen, als sie sagte: „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht“, obwohl der BND dasselbe gemacht hat - und das alles - das ist der Kern meiner Frage, die ich jetzt in der Zusammenfassung der ganzen Punkte hier, die sich noch weiter fortsetzen ließen, mal einkleide - unter der Fachaufsicht und Dienstaufsicht des Bundeskanzleramtes. Und dort

wollte man offenbar - - Das wusste entweder nichts, oder man wollte nichts wissen. Man hat aber jedenfalls auch nicht nachgefragt oder eigenständig mal Prüfvorgänge unternommen, in all den Jahren nicht, auch nach den Enthüllungen von Edward Snowden. Und der Mann, der dafür als Abteilungsleiter 6 die Hauptverantwortung trägt, sitzt nach wie vor auf seinem Stuhl.

Ich muss Ihnen sagen, Herr Altmaier, ich finde das eigentlich unglaublich, und möchte Sie jetzt hier noch mal fragen: Wo sind denn die Konsequenzen, die Sie als Chef Bundeskanzleramt aus diesen ganzen Vorgängen, die hier in diesem Untersuchungsausschuss ans Licht gekommen sind, gezogen haben? Und wie können Sie es verantworten, dass Herr Heiß immer noch in seinem Amt ist, angesichts all dieser Punkte, für die in Ihrem Amt eigentlich die Dienst- und Fachaufsicht liegt?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Eigentlich ist die Redezeit jetzt um. Wir kämen zur nächsten Fraktion, weil durch dieses lange Statement ist die Redezeit verbraucht. Außer, der Zeuge würde jetzt noch antworten wollen - das geht nicht zur Redezeit der Fraktion -; dann würde sich das um die Antwort des Zeugen verlängern. Ansonsten war das ein wunderbares Statement der Fraktion Die Linke.

**Zeuge Peter Altmaier:** Also, Sie sind das jetzt alles wieder losgeworden. Ich glaube aber nicht, dass sich dadurch etwas an den grundlegenden Dingen verändert.

Das Erste ist - das haben wir auch in der Presseerklärung gesagt; es steht mir nicht zu, die Arbeit des Ausschusses zu bewerten, aber meine eigene vielleicht -, dass ich nach wie vor der Auffassung bin, dass der ursprünglich erhobene Vorwurf einer massenhaften anlasslosen Ausspähung nicht belegt werden konnte.

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das stimmt nicht!)

Deshalb wird darüber auch so gut wie nicht mehr gesprochen in der öffentlichen Diskussion. Wir



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sprechen über den Vorgang mit den NSA-Selektoren, und wir sprechen über einige andere - - und den BND-Selektoren, -

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): „Eikonale“.

**Zeuge Peter Altmaier:** - und zwar zu Recht. Und zwar zu Recht, ja. Und wenn Sie nun über „Eikonale“ reden, dann muss ich Ihnen sagen, dass sind die wesentlichen Entscheidungen nicht in der Zuständigkeit von Herr Heiß getroffen worden. Das begann zu einem Zeitpunkt, als der Kanzleramtsminister noch nicht von meiner Fraktion gestellt wurde. Sie haben die Unterlagen alle und können das rekonstruieren.

Es gab dann einen Prozess, und der hat, als die Filtermaßnahmen nicht zufriedenstellend funktionierten, dazu geführt, dass das Projekt eingestellt wurde. Also, da hat die politische Kontrolle am Ende funktioniert. Und deshalb bitte ich ganz herzlich, dass man die Dinge auch so trennt, wie man sie trennen muss, und nicht alles zusammenrührt.

Im Fall der Selektoren hat es - noch einmal - Defizite gegeben, die waren bedeutend, sonst hätte ich nicht Sie umgehend alle unterrichtet, sofern Sie Obleute sind, und die waren auch nicht hinnehmbar; deshalb habe ich sie abgestellt. Aber wenn mir Herr Heiß sagt und auch alle anderen Mitarbeiter der Abteilung 6, dass uns das nicht bekannt war, dann muss ich davon ausgehen, dass diese Antwort ehrlich und richtig ist.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Wir kommen jetzt zur nächsten Fraktion, der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken beginnt.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Herr Altmaier, es gibt ja Presseberichte, nach denen die Bundesregierung als Reaktion auf die NSA-Affäre und das angebliche Abhören des Handys der Bundeskanzlerin 2014 den Plan entwickelt haben soll, künftig auch befreundete Geheimdienste in Deutschland überwachen zu lassen. Und die Berichte sagen, dass diese Entscheidung von Ihnen, Innenminister de Maizière und dem damaligen Außenminister Steinmeier getroffen worden sein soll. Trifft es zu? Gab es tatsächlich solche Erwägungen?

**Zeuge Peter Altmaier:** Was Sie sagen, bezieht sich auf das Thema 360-Grad-Blick.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Mhm.

**Zeuge Peter Altmaier:** Wir müssen ja auch im Inland - das ist ja dann die Zuständigkeit des BfV vor allen Dingen und nicht des BND - unsere Interessen wirksam schützen, und da ist die Frage: Wo setzt man denn die Ressourcen ein? - Wir kümmern uns seit vielen Jahren intensiv darum, Spionagetätigkeiten und andere aufzudecken, und zwar mit erheblichem Erfolg auch. Das ist meistens in der Presse kein großes Thema, aber es geschieht regelmäßig, dass wir Verstößen gegen deutsches Recht auf die Spur kommen. Und das, was wir als 360-Grad-Blick bezeichnen, ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Und sie ergibt sich daraus, dass wir darauf bestehen müssen, dass auf deutschem Boden deutsches Recht eingehalten wird, und deshalb ein Interesse haben, zu wissen, welche Aktivitäten hier stattfinden. Ich habe in der Tat mit meinen Ministerkollegen auch darüber geredet, und das ist eigentlich auch eine Frage der Fairness unseren Partnern gegenüber und unserer Verpflichtung, das deutsche Recht zu beachten.

Der amerikanische Präsident hat gesagt: Wir hören die Kommunikation von Regierungschefs nicht ab und entschuldigen uns im Übrigen nicht dafür, dass wir besser sind als andere. - So, und dann ist es doch ganz selbstverständlich, dass wir auch dort hinschauen, wie das unsere Aufgabe ist. Und wenn wir irgendwo einen Verstoß feststellen gegen deutsches Recht, was wir ja in einem Fall dann tatsächlich auch gemacht haben, obwohl das, glaube ich, noch vor Beginn dieser öffentlichen Debatte war, dann muss das deutsche Recht durchgesetzt werden.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Zeugen aus der Abteilung TA des BND, aber auch Vizepräsident Müller haben uns berichtet, dass es einen großen Know-how-Gewinn gibt im Bereich der Internetaufklärung aus der Zusammenarbeit mit der NSA. Und Herr Müller sagte auch, dass wir die Herausforderungen, vor denen wir im Moment stehen, in einer Burden-Sharing-Welt nur gemeinsam meistern können. Wie beurteilen Sie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

denn den Wert der Kooperation mit ausländischen Nachrichtendiensten, insbesondere mit denen der Five-Eyes-Staaten? Und wie kann denn bei solchen Kooperationen gewährleistet werden, dass es eben keine Hintertüren, keine Backdoors, gibt und leistungsstarke Dienste wie die NSA deutsche Bürger überwachen können?

**Zeuge Peter Altmaier:** Zunächst einmal ist es so, dass wir die Zusammenarbeit brauchen, weil kein einziger Nachrichtendienst der Welt so viele Mitarbeiter beschäftigen kann und so viele Informationen verarbeiten kann, dass er sämtliche Bedrohungen für die eigene innere Sicherheit erkennt. Es fallen immer wieder Erkenntnisse an, wo uns Partnerdienste Informationen geben, so wie wir wiederum auch, wenn wir Erkenntnisse haben, dass gegen die innere Sicherheit oder gegen Menschen in anderen Staaten Anschläge geplant werden, natürlich diese Länder auch darüber informieren, weil der Kampf gegen den Terrorismus, den wir führen, ist ein gemeinsames und ein weltweites Anliegen.

Das vollzieht sich heute mehr mit technischen Mitteln und mit SIGINT, als das früher der Fall gewesen ist, weil die technischen Möglichkeiten zugenommen haben. Das sind übrigens dann auch sehr schwierige Grenzfragen und manchmal auch juristische Fragen, denen wir uns stellen müssen. Und wir haben in der Vergangenheit festgestellt - vor allen Dingen in der Zeit unmittelbar nach den Anschlägen von 9/11 -, dass der BND in vielen Bereichen nicht auf der Höhe der Zeit war. Deshalb hat er seine Fähigkeiten in dem Bereich ausgebaut und verstärkt. Wir haben ja beispielsweise dann auch in Bad Aibling die Verantwortung übernommen.

Und das alles zusammen muss ständig wieder überprüft werden, ob es im Hinblick auf den Schutz von Grundrechten, ob es im Hinblick auf Datenschutz, ob es im Hinblick auf andere Gesetze gerechtfertigt und vertretbar ist. Das tun wir. Da gab es in der Vergangenheit auch beispielsweise im BND schon mal unterschiedliche juristische Bewertungen zu bestimmten Vorgängen. Das muss dann geklärt und ausgetragen werden. Aber es ist eine sehr anspruchsvolle Tätigkeit, und der Mehrwert ist allerdings beachtlich.

Und deshalb ist diese Zusammenarbeit nicht verzichtbar.

Es gibt natürlich Herausforderungen: Zum Beispiel gab es vor vielen Jahren so etwas wie das Tor-Netzwerk noch nicht. Wir reden heute nicht nur vom Internet, wir reden vom Darknet, wo Sie Waffen kaufen können, wo kriminelle Akte verabredet werden. Wir haben es damit zu tun, dass Terroristen und Gefährder heute über Verschlüsselungstechnologie verfügen in vielen Fällen, die wir uns vor einigen Jahren noch gar nicht vorstellen konnten. Es ist wie ein Wettrennen, wo man versuchen muss, dann immer wieder bei neuen Entwicklungen den Rückstand aufzuholen, und wo man niemals eine Situation hat, dass man sagen kann: „Jetzt haben wir diese Probleme alle gelöst“, weil auch die Gegenseite an diesem Wettrennen teilnimmt, und wir die Verpflichtung haben, zum Beispiel wenn es darum geht, bestimmte Kommunikationen, die heute aus krimineller Absicht verschlüsselt wird, dann auch zu entschlüsseln. Dann müssen Sie dafür etwas tun: Sie brauchen dafür Man-and-Woman-Power, Sie brauchen dafür Technologie, und all das wird gemacht, aber eignet sich halt eben auch nur sehr unvollkommen zur ausführlichen Erörterung in offener Sitzung.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit ist uns, glaube ich, allen bewusst, zumindest fast allen. - Ist aus Ihrer Sicht sichergestellt - allgemein gefragt -, dass bei diesen Kooperationen deutsche Bürger nicht missbräuchlich überwacht werden können, weil wir vielleicht im BND technisch nicht stark genug sind, um das zu verhindern?

**Zeuge Peter Altmaier:** Na ja, eine absolute Sicherheit kann es nicht geben. Aber was ich bestätigen kann, ist, dass die Mitarbeiter des BND das ihnen Mögliche und das Menschenmögliche tun, um deutsche Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Dazu gibt es Strategien; dazu gibt es Methoden. Das ist auch, glaube ich, in den Unterlagen, die wir Ihnen vorgelegt haben, alles beschrieben.

Aber es kann trotzdem Fälle geben, wenn beispielsweise - - Jetzt nehme ich mal an: Der Bürger



## Nur zur dienstlichen Verwendung

des Staates A, der hier geboren ist, der die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat - - Oder: Ein Deutscher wandert aus, vererbt die deutsche Staatsangehörigkeit weiter; irgendwann ist der Träger der deutschen Staatsangehörigkeit in zweiter oder dritter Generation jemand, der nicht mehr den deutschen Namen hat, der nicht mehr Deutsch spricht, sondern meinetwegen einen arabischen Namen oder einen chinesischen Namen oder einen anderen Namen hat und eine Sprache spricht, die man jedenfalls - - hinter der man keinen Deutschen vermutet. Dann ist es sehr, sehr schwer, zu identifizieren, dass der Deutsche ist, zumal er vielleicht sogar sich dieser deutschen Identität gar nicht bedient persönlich.

Insofern: Eine hundertprozentige Sicherheit kann es nicht geben, und trotzdem arbeitet der BND mit Hochdruck daran, diese Verpflichtungen zu erfüllen. Und wenn ich mir angeschaut habe, wie viele Selektoren - auch unter dem Gesichtspunkt G 10 - ausgesondert wurden, dann glaube ich, dass die Arbeit nicht völlig erfolglos ist.

Also, ich gehe von einem hohen Schutz aus, aber ich kann Ihnen nicht garantieren, dass nicht mal das eine oder andere geschieht. Dann geschieht es aber versehentlich und nicht bewusst.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Es gab im Mai 2015 Presseberichte über erste Hinweise, dass neben der NSA auch die Nachrichtendienste anderer Länder die Kooperation mit dem BND einschränken. Können Sie uns dazu was in öffentlicher Sitzung erklären, ob das zutreffend ist?

**Zeuge Peter Altmaier:** Na ja, in dieser Pauschalität natürlich nicht, sondern es ist sehr genau beobachtet worden - übrigens nicht nur von Nachrichtendiensten, auch von Regierungen -, wie die Diskussion hier in Deutschland abläuft. Und ich habe ja auch mit meinen Konterparts in anderen Hauptstädten - nicht nur mit einem, sondern mit mehreren -, mit Abgeordneten aus nationalen Parlamenten, mit Ministerkollegen über alle diese Fragen sprechen können, und es ist schon so, dass vielfach der Eindruck entstanden ist, dass bei uns sehr, sehr sensible Fragen der inne-

ren Sicherheit und der Nachrichtendienste ziemlich schnell und ziemlich umfassend öffentlich werden.

Ich sage das, Herr Hahn, bewusst nicht als Vorwurf gegen Sie. Ich bestätige, dass es auch Durchstechereien schon gegeben hat, wo Sie überhaupt gar nicht in den Verdacht kommen konnten, weil Sie diese Infos nicht hatten, weil es nicht untersuchungsgegenständlich war, sondern andere Bereiche betroffen hat. Aber es hat auch schon welche gegeben, wo Sie die Infos hatten, und auch dann sage ich nicht: Das waren Sie oder Sie oder Sie oder irgendeiner. - Ich kann es nicht wissen, und ich weiß es nicht. Aber der Umstand, dass so viel öffentlich wird, unterscheidet uns von der Öffentlichkeit in anderen europäischen und außereuropäischen Ländern.

Ich war mit Herrn Ströbele und mit Thomas Oppermann mal in den USA, und dann haben wir uns über das System der dortigen nachrichtendienstlichen Kontrolle informieren lassen. Und das war hochspannend. Da gab es eine Gang of Eight und eine Gang of Six; das waren die Vorsitzenden der Kontrollausschüsse im Senat und im Repräsentantenhaus; das waren wenige Fraktionsvorsitzende. Und das Ergebnis ist, dass dort relativ wenig rausgekommen ist in der Vergangenheit.

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja!)

Dieses System hätten wir natürlich auch in Deutschland einführen können; aber ich kenne keine politische Fraktion im Deutschen Bundestag, die sich dafür starkgemacht hat. Das ist eine Entscheidung des Parlamentes, wie die Nachrichtendienste parlamentarisch kontrolliert werden. Das ist im PKGr- - auch niedergelegt.

So, und deshalb ist es für uns sehr, sehr wichtig, dass wir eben nicht am Ende ein Image bekommen, dass Informationen, die an Deutschland weitergegeben werden, dort nicht sicher sind, weil das fatale Folgen haben könnte. Ich habe eben noch, als ich kam, im Vorbeigehen das Letzte gehört, was Herr Fritsche zu der einen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Frage gesagt hat, wo er gesagt hat: Na ja, wir glauben jetzt nicht, dass die Zusammenarbeit drastisch eingeschränkt ist. Wir können allerdings nicht wissen, welche Informationen ein Sachbearbeiter bei einem befreundeten Dienst weitergibt oder vielleicht nicht weitergibt, weil er der Auffassung ist, dass er damit seine eigenen Interessen gefährdet. - Aber insgesamt funktioniert die Zusammenarbeit, und wir haben ein großes Interesse, dass sie weiter funktioniert.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Dann kann man sagen: Die Situation hat sich auch ein bisschen entspannt mittlerweile wieder zu dem - - Also, es gab damals auch eine Anfrage des Kollegen von Notz, auf die die Bundesregierung auch schriftlich geantwortet hat und sinngemäß gesagt hat, dass es eben deutliche Anzeichen gebe, dass wichtige Partner die Zusammenarbeit auf den Prüfstand stellen. Die Frage wäre, was es für Anzeichen gab und ob sich das dann weiterentwickelt hat innerhalb des Untersuchungszeitraums. Können Sie dazu noch was sagen?

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein. Es hat diese Befürchtung bei Partnerdiensten, aber auch bei Partnerregierungen tatsächlich gegeben. Das kann ich aus eigenem Erleben bestätigen, bitte aber um Verständnis, dass ich keine Einzelheiten nennen möchte.

Jetzt ist es so, dass die Durchstechereien - und noch mal: ich verbinde das nicht mit einem Schuldvorwurf an irgendeinen, weil ich nicht weiß, von wem sie kommen, und sie kommen vermutlich auch nicht von einem oder einer, sondern - - Das ist ja gerade das Problem. Sie sind auch seltener geworden, weil die wesentlichen Dinge ja alle bekannt sind inzwischen, öffentlich.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Und das Zweite ist, dass die Notwendigkeit der Zusammenarbeit durch das Wiederaufleben des internationalen Terrorismus und insbesondere das Vordringen des IS, durch die Anschläge in Frankreich - *Charlie Hebdo* und *Stade de France* -, durch den Anschlag auf dem Breitscheidplatz und die Vorgänge in Ansbach und in Würzburg, durch den verheerenden Anschlag in

Brüssel und viele andere mehr - - ist die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit noch mal viel stärker in den Fokus gerückt. Und ich glaube, dass das auch dazu beiträgt, dass die Zusammenarbeit in der Sache besser wird. Wir haben auf europäisch - - übrigens nicht nur ein Interesse an Zusammenarbeit mit der NSA und mit Five-Eyes-Staaten, wir haben auch ein hohes Interesse an Zusammenarbeit und Datenaustausch im europäischen Bereich. Da haben wir die Situation, dass die Tätigkeit der Nachrichtendienste nicht in den Geltungsbereich des EU-Vertrages fällt, weil kein Mitgliedstaat dazu bereit gewesen wäre, so etwas zu tun seinerzeit, und dass deshalb diese Zusammenarbeit stattfinden muss zwischen den einzelnen Nachrichtendiensten in besonderen Formaten. Es gab mal vor einiger Zeit - das hat man, glaube ich, umbenannt; das hieß mal SITCEN - - Das habe ich noch als Staatssekretär in Brüssel besucht. Das war so eine Keimzelle einer solchen Kooperation. Das ist in der Zwischenzeit weitergegangen und ist heute wesentlich besser, als es vor zehn Jahren war.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Gut, dann würde ich an den Kollegen abgeben. - Vielen Dank.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Ja, Herr Bundesminister, ich würde bei dem Thema „BND-eigene Erfassung“ noch ein bisschen weitermachen wollen, das Thema ein Stückchen vertiefen. Das hatten wir vorhin auch mit dem Staatssekretär Fritsche gehabt, und zwar noch mal mit Blick auf das allgemeine Auftragsprofil der Bundesregierung.

Wenn wir also jetzt sehen, dass hier NATO- bzw. EU-Staaten oder Einrichtungen aufgeklärt wurden: Wie ist hier Ihre rechtliche oder politische Bewertung, sofern sich das in dem allgemeinen Auftragsprofil der Bundesregierung widerspiegelt? Ist es dann möglich und richtig, auch EU- und NATO-Staaten aufzuklären?

**Zeuge Peter Altmaier:** Das Auftragsprofil ist ja ein Dokument, was lebt und was in Abständen von ein, zwei oder drei Jahren, manchmal auch vier oder fünf Jahren, überarbeitet und neu gefasst wird. Dieses Auftragsprofil ist die Grundlage, an die sich alle halten müssen. Es sagt den



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Nachrichtendiensten auch, auf welche Informationen und auf welche Art der Arbeit wir Wert legen. Wir haben aber, wenn ich das so sehe, mit dem bislang gegoltenen Auftragsprofil offenbar nicht verhindern können, dass Personen und Institutionen aufgeklärt wurden, von denen wir nicht wollten, dass sie aufgeklärt werden. Deshalb haben wir auch eine Konsequenz gezogen und haben im neuen BND-Gesetz zum ersten Mal dazu Aussagen aufgenommen. Das ist ein erster, aber wichtiger Schritt.

Und wir haben bei der Überarbeitung des Auftragsprofils ebenfalls Konsequenzen gezogen, und es hat, wie gesagt, zusätzlich noch eine klare Ansage gegeben, nicht nur durch die Kanzlerin, sondern durch Herrn Pofalla und in den letzten drei Jahren durch mich - - das aus meiner Sicht uns heute besser davor schützt, dass die falschen Personen und Institutionen aufgeklärt werden, und das uns trotzdem eine hinreichende Flexibilität gibt, zum Beispiel in Krisenregionen und anderswo die notwendige Aufklärungsarbeit zu betreiben.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay, das heißt im Ergebnis also, im Fall von Proliferation oder Ähnlichem oder organisierter Kriminalität kann ich natürlich auch bei diesen NATO- und EU-Partnern weiterhin aufklären.

**Zeuge Peter Altmaier:** Das muss im Einzelfall entschieden werden.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Okay. - Noch mal mit Blick auf die Dienst- und Fachaufsicht: Ich will mich da jetzt nicht im vollen Umfang der Bewertung vom Kollegen Hahn in dem langen Statement anschließen, aber Fakt ist ja - das haben wir ja auch gemeinsam erörtert -, dass beispielsweise die Weisung von Ihrem Amtsvorgänger am 28. Oktober 2013 ja nicht - - Ja, darüber wurde schlecht informiert, teilweise gar nicht informiert.

Wir haben ja - das hat Kollege Hahn auch angesprochen - durchaus entscheidende Informationsdefizite und unseres Erachtens auch organisatorische Defizite, insbesondere eben bei der Dienst- und Fachaufsicht des BND in der Abteilung 6 des

Kanzleramtes, kennenlernen müssen. Es ist da eine ganze Menge unentdeckt geblieben, was im BND gelaufen ist.

Da würde uns natürlich interessieren, zum einen, wie Sie das beurteilen, die Qualität der Dienst- und Fachaufsicht in Ihrem Hause, und zum zweiten, ob Sie konkrete strukturelle Defizite dazu im Bundeskanzleramt sehen.

**Zeuge Peter Altmaier:** Vielen Dank. - Niemand kann uns hindern, klüger und besser zu werden. Das ist eine ständige Herausforderung. Wir haben auf die Erkenntnisse, die wir hatten, reagiert. Die wichtigste Maßnahme, die wir ergriffen haben, war die Berufung von Herrn Fritsche zum beamteten Staatssekretär und der damit verbundene, auch personelle Aufwuchs in der zuständigen Abteilung im Kanzleramt.

Im Übrigen ist es so, dass natürlich das Funktionieren jeder Dienst- und Fachaufsicht davon abhängig ist, dass die Geschäftsbereichsbehörde, um die es geht, all das nach oben meldet, was sie nach oben melden muss. Die Dienst- und Fachaufsicht bedeutet nicht, dass man staatsanwaltschaftliche Befugnisse hat, unangekündigt zu erscheinen und die Akten zu durchsuchen und mitzunehmen, sondern das ist eine Zusammenarbeit, die in zwei Richtungen geht, zum einen, dass die Fachbereichsbehörde die notwendigen Informationen liefert, auch über Probleme und über Dinge, die nicht so funktionieren, wie sie sollen, und dass umgekehrt die Dinge, die an uns herangetragen werden, aufgegriffen und geprüft werden.

Wir bekommen zum Beispiel - das erleben wir ja auch im PKGr - zur Arbeit der Dienste ständig Hinweise. Manche sind mit Namen versehen, andere sind eher anonym. Dann ist es für uns natürlich immer auch Anlass, den Dingen nachzugehen. Das macht auch die Fachabteilung. Aber es nie - das habe ich eingangs gesagt - - Wir werden niemals imstande sein, neben jeden Mitarbeiter im BND einen Mitarbeiter der Abteilung 6 zu stellen, der ihm über die Schulter schaut und bei der Arbeit zuguckt. Aber wir können organisato-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

risch die Dinge so machen, dass sie nachvollziehbar sind. Das ist, glaube ich, zu einem erheblichen Teil auch gelungen.

Ich bin niemand, der voreilig irgendwo personelle Konsequenzen zieht, weil ich glaube, dass auch die Expertise unserer Mitarbeiter ein hohes Gut ist, das wir nicht verschwenderisch behandeln dürfen. Aber es ist schon so, dass wir gelernt haben. Und ich hoffe, dass auch die Kolleginnen und Kollegen im BND gelernt haben. Ich bin mir sicher, dass das für die allermeisten von denen gilt.

Ich glaube natürlich - das will ich dann an dieser Stelle politisch sagen -, dass der Untersuchungsausschuss, auch wenn er zum eigentlichen Untersuchungsgegenstand zum Bedauern von Herrn von Notz und Herrn Hahn und manchen anderen nicht die Sensationen erbracht hat, die man sich erhofft hat - - Aber die Arbeit hat schon dazu geführt, dass wir Defizite erkannt haben und dass wir diese Defizite abstellen. Insofern bedanke ich mich ausgesprochen. Ich weiß, welche Arbeit damit für Sie in diesen drei Jahren verbunden war. Das war nicht immer nur vergnügungssteuerepflichtig. Aber wir haben durch diese Arbeit selbstverständlich auch viele Punkte entdeckt, wo wir dann Veränderungen vorgenommen haben.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Herr Bundesminister, existieren denn jetzt schriftliche Weisungen des Kanzleramtes hinsichtlich dessen, welche Themen vorzulegen sind bei Kooperationen, bei Rechtsfragen? Mich würde persönlich einfach noch ein Stückchen konkreter interessieren, welche Maßnahmen jetzt eigentlich getroffen wurden, damit diese Defizite, die Sie ja auch gerade beschrieben haben, die wir hier im Ausschuss herausgefunden haben, aufgearbeitet werden.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, wir haben selbstverständlich Anweisungen gegeben, und zwar praktisch von dem zweiten oder dritten Tag an, nachdem damals die Selektorenliste bekannt geworden ist. Es gibt mündliche Anweisungen. Es gibt schriftliche Berichte, die uns vorgelegt worden

sind. Es gibt im Auftragsprofil der Bundesregierung - - Im BND-Gesetz haben wir Änderungen vorgenommen. Ich glaube, dass wir das alles gemacht haben. Ich kann Ihnen gerne für das Protokoll noch mal die genaue Aufzählung dieser Maßnahmen vorlegen. Ich habe sie hier in meinem Sprechzettel irgendwo drin, weil es mir die Mitarbeiter aufgeschrieben haben. Ich will jetzt aber nicht zu lange in den Papieren blättern, aber es ist umfassend behandelt worden.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Gut. Wenn wir dann doch mal die Übersicht haben - ich weiß nicht, ob man das noch erreichen kann oder nicht - - Aber es wäre natürlich für uns schon hilfreich und wichtig.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Tankred Schipanski (CDU/CSU):** Dann darf ich noch mal auf einen Punkt eingehen, der schon ein Stück angesprochen wurde. Das war also die Amtsübergabe vom Herrn Pofalla zu Ihnen, dann auch noch mal mit Blick auf den 28. Oktober 2013. Nun war ja in diese ganze Problematik auch der Abteilungsleiter 6, der Herr Heiß, letztlich involviert und verwickelt. Wir hatten das den Staatssekretär Fritsche vorhin schon gefragt. Auch der wurde ja nicht informiert vom Herrn Heiß über die Weisung Ihres Vorgängers mit Blick auf die BND-eigenen Selektoren.

Haben Sie noch mal mit dem Herrn Heiß gesprochen, warum er Ihnen das damals nicht mitgeteilt hat, obwohl er das ja eigentlich zum damaligen Zeitpunkt schon wusste? Fehlte ihm da Gespür für die Problematik? War das Thema zwischen Ihnen und dem Herrn Heiß?

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein, das hat Herr Heiß, glaube ich, auch so ausgesagt. Ich kann mich auch nicht erinnern, dass Herr Heiß mich darauf angesprochen hat. Ich habe allerdings eben auch gesagt, dass ich davon erfahren habe, entweder von Herrn Schindler oder von jemand anderem, der es wusste; das kann ich nicht rekonstruieren. Aber mir war der Vorgang bekannt, als wir im



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Frühsommer 2015 dieses Thema „Beifang“ hatten.

Ich habe dann aber zu diesem Vorgang jetzt gar keinen Anlass gesehen, tätig zu werden; denn das war nach dem Motto - - Das war ja sozusagen - - Es galt ja als gelöst. Die Weisung von Herrn Pofalla galt als umgesetzt. Und das Problem schien sich zu beschränken auf einige Botschaften, insbesondere in Krisenregionen. Damit war das sozusagen ein abgeschlossener Vorgang. Punkt! Also, ich hatte gar keinen Grund, den Herrn Heiß darauf anzusprechen.

Sie müssen sich die Arbeit im Kanzleramt auch so vorstellen, dass immer genügend davon vorhanden ist. Es gibt einen hohen Kommunikationsbedarf, nicht nur mit allen Abteilungsleitern und Referatsleitern, sondern mit Abgeordnetenkollegen, mit Ministerkollegen, mit Staatssekretärskollegen. Und ich bemühe mich, soweit mir das mit meinen Möglichkeiten gegeben ist, wichtige Themen zu identifizieren und in wichtigen Themen tätig zu werden. Das ist meine Aufgabe.

Diese Frage hier, dass der BND offenbar in der Vergangenheit Botschaften in Krisenregionen abgehört hatte, war durchaus ein wichtiges Thema. Aber es war zu dem Zeitpunkt, wo ich es erfahren habe, gelöst. Deshalb war es für mich jetzt kein Gegenstand, noch mal tätig zu werden, zumal dieses Thema auch nicht untersuchungsausschussgegenständlich war - zum damaligen Zeitpunkt; heute ja, aber zum damaligen Zeitpunkt nicht.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut. - Jetzt müssten wir zur nächsten Fraktion kommen. Es beginnt Herr Kollege Ströbele, glaube ich. Ich sehe keinen, der zum Mikro greift. - Herr Kollege Ströbele für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir mussten erst mal anderthalb oder zwei Stunden warten, aber gut. - Herr Altmaier, als Sie diese neue Aufgabe Ende 2013 bekommen haben, da kamen Sie ja jetzt nicht vom Fach, also nicht

aus dem Bereich der Sicherheit und der Nachrichtendienste, sondern Sie kamen aus dem Umweltministerium.

**Zeuge Peter Altmaier:** Mhm.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben ja vorhin geschildert, dass Sie von Herrn Pofalla in zwei oder mehreren Besprechungen informiert wurden über das Prozedere und darüber, wie das da alles so läuft. Mich interessiert, wie Sie inhaltlich, als Sie dann ab Dezember tätig waren, eine Kontinuität hergestellt haben. Also, sind Sie zum Beispiel - - Sie haben ja selber mehrfach darauf hingewiesen: Da drohte oder war in Aussicht ein Untersuchungsausschuss. Es war klar, dass davon vor allen Dingen der Bundesnachrichtendienst und auch das Kanzleramt befasst oder Thema werden würden.

Wie haben Sie sich informiert über die Auffassung im Bundeskanzleramt, beispielsweise zu der Frage: „Welche Erkenntnisse haben wir, und welche Auffassung haben wir darüber, dass das Handy der Kanzlerin abgehört worden ist?“? Ist Ihnen - - Ich nehme mal an, Sie haben das vorher in der Zeitung mitverfolgt als Minister. Aber jetzt wollten Sie doch - - Also, wenn ich dahin gekommen wäre, hätte ich erst einmal gefragt: Wie ist denn da jetzt der Stand?

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, ich habe mich selbstverständlich über diese Fragen informiert. Gerade bei dem Kanzlerinnenhandy war es ja auch so, dass es, soweit ich weiß, ein staatsanwaltschaftliches - - oder sogar von der Generalstaatsanwaltschaft - das weiß ich nicht mehr auswendig - Vorermittlungen gegeben hat.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): GBA war das.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, GBA, so. - Das alles ist mir selbstverständlich vorgelegt worden. Selbstverständlich habe ich mir das, was wir hatten, auch angeschaut und versucht, es einzuschätzen. Nur, es war halt eben nicht so schrecklich viel, was wir hatten. Und deshalb - - Aber ich habe mich damit auseinandergesetzt, so wie ich mich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

übrigens auch mit allen anderen Fragen, die diesen Untersuchungsausschuss betroffen haben, anlässlich der Aktenübergabe auseinandergesetzt habe, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber - -

**Zeuge Peter Altmaier:** - weil es mich persönlich interessiert hat und weil ich verstehen wollte, was vorgegangen ist, und weil ich mir auch ein eigenes Urteil bilden wollte über das, was vielleicht besser oder schlechter gelaufen ist.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Da gab es zum Beispiel eine Operation - das will ich nur sagen -, die ist geplant worden, aber nicht zustande gekommen. Da ging es auch um die Frage: Wann wusste - - Wann hat der BND das Kanzleramt darüber informiert? So. Darüber habe ich mich natürlich mit dem Präsidenten des BND unterhalten, obwohl die Operation nicht zustande gekommen war und schon vor meiner Amtszeit eingestellt war. Aber es hat mich interessiert.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Was war denn dann die Meinung, die Sie vorgefunden haben und die Sie sich selber gebildet haben, über das Handy der Kanzlerin? Waren Sie der Auffassung: „Das ist wohl so“? Ich will jetzt gar nicht die einzelnen Informationsquellen abfragen, sondern eine zusammenfassende Beurteilung. Welcher Meinung waren Sie Ende des Jahres 13?

**Zeuge Peter Altmaier:** Also, ich war Ende des Jahres 13 - ich kam drei oder vier Tage vor Weihnachten ins Amt, das war am 18. Dezember, am 24. war Weihnachten - - So. Es war eine Vielzahl von Dingen zu regeln, von der Frage der amtlichen Reihenfolge der Minister und wer wo auf der Regierungsbank sitzt bis hin zu der Frage, welche Abteilungsleiter und Staatssekretäre in den Ruhestand versetzt werden von den einzelnen Ministern. Also, es gab viel Arbeit.

Dann war für mich sehr erhellend - darüber kann ich offen sprechen, weil es eine offene Rede war - die Rede von Präsident Obama Anfang 2014. Und in dieser Rede Anfang 2014 hat er in aller Offenheit - - Da waren für mich bestimmte Rückschlüsse denkbar, weil er nämlich sagte: Wir hören die Kommunikation von befreundeten Staats- und Regierungschefs jetzt und künftig nicht ab. - Daraus habe ich für mich den Schluss gezogen, dass für die Vergangenheit keine Aussage getroffen wurde, dass das vielleicht seinen Grund hat.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Richtig!)

Wir entschuldigen uns nicht, dass wir besser sind als andere. - Daraus habe ich für mich den Schluss gezogen, dass ich aus dem Umstand, dass das Handy der Kanzlerin nicht abgehört wird, nicht schließen kann, dass automatisch alle anderen Regierungshandys nicht abgehört werden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Kann man unterm Strich - ich habe auch nur wenige Minuten - sagen, Sie waren wegen der Äußerungen von Obama und dem, was Sie da erfahren haben, der Auffassung: „Also, es wird schon so gewesen sein, dass das Kanzlerinnenhandy bis zu dem Zeitpunkt, vielleicht bis zu dem Telefonat abgehört wurde“?

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein, ich habe es nicht ausgeschlossen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ausschließen kann man nie.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich hatte auch keinen Grund, darüber zu spekulieren. Aber ich kann mir vorstellen, dass die Kommunikation von Regierungsmitgliedern für eine ganze Reihe von Nachrichtendiensten möglicherweise interessant ist und dass man solche Kooperationen und dass man solche Kommunikationen auf unterschiedlichste Art und Weise sozusagen auch abfangen kann.

Was ich damals noch nicht so genau wusste, weil ich es mir erst im Laufe der Zeit angeschaut und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch angeeignet habe, war die Frage, wie das denn technisch geht mit der Erfassung und der Ausleitung von Daten und der Steuerung von Selektoren. Das alles habe ich im Laufe der Zeit gelernt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Peter Altmaier:** Aber das haben ja meine Vorgänger im Amt nach ihrer eigenen Aussage in ihrer Amtszeit auch nicht alles im Detail überschaut, weil es nicht aktuell war und nicht an sie herangetragen wurde.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das hatten Sie schon erzählt. - Jetzt hatte die Kanzlerin - das haben Sie wahrscheinlich auch in der Zeitung gelesen; vielleicht wurde Ihnen auch noch mal berichtet - mehrfach, aber vor allen Dingen dann am 24. Oktober - da waren Sie nur noch nicht da - sehr drastische Äußerungen im Fernsehen gebracht - aus Brüssel, also gar nicht mal hier aus Deutschland - anlässlich eines netten Interviews, offenbar sehr engagiert und sehr dahinterstehend und vielleicht auch empört: Abhören oder Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lag das auf der Linie? Also, auch die Kanzlerin geht davon aus, dass da was dran ist? Das ist vielleicht nicht hundertprozentig sicher, aber - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Das müssen Sie mit ihr diskutieren.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das tun wir auch.

**Zeuge Peter Altmaier:** Aber ich kann einen Punkt nennen, wo ich sehr früh beschäftigt war. Das war nämlich die Abgabe der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin. Dort hat sie ja noch mal ihre Aussagen konkretisiert und wiederholt. Das war, glaube ich, Ende Januar oder Anfang Februar. Das heißt also, dass wir sagen: Wenn das

alles so gewesen sein sollte, dann war es nicht in Ordnung.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das „Wenn“ hat sie ja nicht gesagt, sondern sie hat das ziemlich drastisch geäußert. Aber wir wollen nicht ins Einzelne gehen.

Wie war denn überhaupt die Auffassung, die Ihnen berichtet wurde, im Kanzleramt oder auch von der Leitung des BND, zu Edward Snowden? Wurde Ihnen vermittelt, dass die Dokumente alle zweifelhaft sind, möglicherweise Fake sind oder gefälscht oder nachgemacht sind? Oder wurde Ihnen gesagt: „Es stellt sich immer mehr heraus - auch die Reaktion der Amerikaner deutet darauf hin -: Das ist wohl echt“? Das ist ja eine wichtige Frage.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja. Mir wurde vermittelt, dass die Dokumente von unterschiedlicher Qualität und Güte waren. Es sind im Laufe der Zeit, wahrscheinlich auch nicht nur aus dem Fundus von Herrn Snowden, unterschiedliche Dinge veröffentlicht worden. Nicht alle waren falsch, nicht alle waren unzutreffend.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gab es denn falsche?

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein. Und umgekehrt sind auch nicht alle Dokumente gleichermaßen aussagekräftig. Ich habe das mal in einem Interview im *Spiegel* gesagt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Peter Altmaier:** Da sind Snowden-Dokumente veröffentlicht worden. Da standen als Nummern drin, die abgehört werden, beispielsweise die Nummern von Ministern und Vorzimmern von Ministern und Kanzleramtsministern. Das alles stand da drin. Das hat, glaube ich, die *Süddeutsche Zeitung* zusammen mit dem Norddeutschen Rundfunk gebracht.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber war Falsches drin?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Peter Altmaier:** Nun ist es so: Wenn Sie irgendwo in einem Dokument lesen, dass die Nummer des Kanzleramtsministers so und so ist: Das können Sie auch rauskriegen übers Internet oder wenn Sie meinen Briefkopf irgendwo mal genau lesen. Da steht die Telefonnummer nämlich drin. Das sagt dann natürlich noch nichts darüber aus, ob dieses Telefon tatsächlich abgehört worden ist.

Dann gibt es im Bereich SIGINT ganz unterschiedliche Möglichkeiten. Das eine ist, Sie greifen an der Quelle zu. Das ist aber nach meiner Einschätzung in den Fällen, von denen wir heute reden, nicht in erster Linie der Fall; denn es geht ja um Selektoren, wie wir inzwischen wissen. Und Selektoren werden eingesetzt, um bestimmte Kommunikationen zu überprüfen im Hinblick auf Inhalte und Nummern.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das weiß ich alles.

**Zeuge Peter Altmaier:** So. Das kann zum Beispiel bedeuten, wenn ich als Kanzleramtschef telefoniere, dass mein Telefon völlig in Ordnung ist, aber dass ich irgendwo in einem Land anrufe, wo zufällig irgendein anderer ausländischer Nachrichtendienst diese Leitung mit einem Selektor steuert. Dann kann es durchaus sein, dass meine Gespräche mitgeschnitten werden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das ist mir alles bekannt, Herr Altmaier. Mich interessiert einfach, welche Auffassung bestand - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt müssten wir aber wieder wechseln, weil leider schon zehn Minuten rum sind, Herr Kollege Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich meine, er redet die ganze Zeit.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, das ist die Aufgabe des Zeugen.

(Heiterkeit)

**Zeuge Peter Altmaier:** Das wird aber nicht angerechnet auf Sie.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er wiederholt das, was er schon dreimal gesagt hat. Ich würde gerne meine Fragen beantwortet haben.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das müssen Sie in der nächsten Runde versuchen. Denn jetzt stellt die Fraktion der SPD die nächsten Fragen. Herr Kollege Flisek.

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann dauert es eben länger!)

**Christian Flisek** (SPD): Herr Altmaier, ich würde ganz gerne noch mal auf einen Bereich zu sprechen kommen, den Sie auch selber angesprochen hatten. Das war ja damals Ihr Schreiben in Bezug auf die Frage: Wo gibt es eventuell eine Durchstecherei und wo nicht? Ich würde Sie mal ganz gerne fragen. Sie wissen ja, wir haben eine Reise als Untersuchungsausschuss in die USA gemacht. Wir sind dort eigentlich in dem Wissen hingefahren, dass es noch einen Konsultationsprozess mit der US-Seite gibt.

Wir hatten dort auch in den Gesprächen vor Ort - wir haben zumindest die führenden Köpfe im Repräsentantenhaus, was die Geheimdienstkontrolle betrifft, treffen können; im Senat war das dann nicht möglich - immer wieder mehr oder weniger freundliche Andeutungen gehabt, dass man uns sozusagen eben, ich sage mal, nicht trauen könne; alles, was man da sagt, das sei sozusagen morgen gleich in der Zeitung. - Wir konnten das bei diesen Gesprächen nicht wirklich einordnen. Und wir haben dann im Nachgang erfahren, dass das Konsultationsverfahren ja beendet worden war. Jetzt will ich Sie ganz gerne fragen: Warum haben wir das nicht vor der Reise erfahren?

**Zeuge Peter Altmaier:** Das Konsultationsverfahren zu den Dokumenten oder zu der Selektorenliste? Welches meinen Sie?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Christian Flisek (SPD):** Das Konsultationsverfahren, ich denke mal, was ausgesetzt wurde.

**Zeuge Peter Altmaier:** Was ausgesetzt wurde.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, genau.

**Zeuge Peter Altmaier:** Das kann ich jetzt nicht nachvollziehen. Aber ich habe selbst erfahren, dass es ausgesetzt ist, habe auch die Begründung erfahren. Ich gehe eigentlich davon aus, dass man Sie darüber informiert hat. Ich weiß aber nicht, ob das geschehen ist.

**Christian Flisek (SPD):** Wir haben das hier eigentlich erst mit einem Jahr Verzögerung erfahren.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dazu kann Herr Wolff etwas sagen.

**MR Philipp Wolff (BK):** Sie haben es ja intensiv in einer Beratungssitzung geklärt - da war, glaube ich, auch Herr Staatssekretär Fritsche anwesend - und darüber diskutiert. Ich glaube, dass der Zeuge dazu tatsächlich auch in seinem Zeugenstatus weder wahrscheinlich aussagefähig ist, wie er gerade gesagt hat, und ich gehe auch davon aus, dass das eher ein Fall für eine Beratungssitzung wäre.

**Christian Flisek (SPD):** Dass das was ist?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ein Fall für eine Beratungssitzung.

**MR Philipp Wolff (BK):** Dass das eher ein Fall für eine Beratungssitzung nochmals wäre, weil das ist jetzt wirklich die Durchführung des Konsultationsverfahren und weniger die Frage des Untersuchungsgegenstandes.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aha.

**Christian Flisek (SPD):** Ich frage Sie hier jetzt außerhalb einer Beratungssitzung, Herr Altmaier, einfach als Zeuge natürlich über Ihre Wahrnehmung. Insofern an Sie gerichtet die Frage: Sind

Sie mit der Thematik, wann wir über die Aussetzung des Konsultationsverfahren informiert werden sollen, befasst?

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich bin mit dem Thema Konsultationsverfahren befasst gewesen, kann aber aus eigenem Erleben jetzt nicht sagen, erstens, wann sie informiert wurden und zweitens, ob das zu spät war oder wie viele Tage zu spät. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Christian Flisek (SPD):** Gut. Dann lassen wir das an dieser Stelle dabei. - Aber noch mal auch zu dem Komplex selber. Ein solches Konsultationsverfahren ist ja nur deswegen erforderlich, weil bei den Vereinbarungen, die die Dienste miteinander über ihre Kooperation treffen - Sie haben es bereits angesprochen - eine sogenannte Third Party Rule oder -Klausel existiert, also sinngemäß, dass das Material des jeweiligen Dienstes einer dritten Seite nur dann übermittelt werden darf, wenn die jeweilige Seite, von der das Material kommt, zustimmt.

Jetzt frage ich Sie auch mal unter dem Blick auf das, was wir jetzt hier gemacht haben: Kann es wirklich Sinn machen, dass die Bundesregierung vielleicht auch in Zukunft noch solche Kooperationsvereinbarungen billigt, wo genau solche Drittparteienklauseln drinstehen, wenn man jetzt sagt: „Die Bundesregierung stellt sich auf den Standpunkt, im Verhältnis zu ihr ist auch das Parlament und damit auch ein Untersuchungsausschuss dritte Partei“?

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, die Vereinbarungen machen auf jeden Fall für die Zukunft Sinn, weil wir ansonsten viele Informationen nicht bekommen, weil der Partner sagt: Wir vertrauen euch als Partnerdienst. Aber wir wollen nicht, dass diese Information in dritte Hände gelangt, und zwar völlig egal, ob das Regierungsstellen sind oder ob es irgendeine NGO ist oder ob es was auch immer ist. - Das ist die Voraussetzung dafür, dass wir diese Informationen bekommen.

Warum gibt es denn diese Third Party Rule? Sie gibt es deshalb, weil die Informationen oftmals sehr sensibel sind und weil ihre unkontrollierte



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Verbreitung und Veröffentlichung Quellen gefährden könnte, weil es dazu führt, dass man Arbeitsmethoden anderer Nachrichtendienste rekonstruieren und nachvollziehen kann, weil es dazu führt, dass bestimmte Quellen auch versiegen, wenn es bekannt würde. Das hat dazu geführt, dass sich diese Praxis etabliert hat.

Sie ist sehr alt. Sie ist sozusagen einer der Grundpfeiler der Zusammenarbeit der Nachrichtendienste. Diese Zusammenarbeit ist heute wichtiger denn je. Sie war auch schon in früheren Jahren wichtig. Aber angesichts der Globalisierung und der Globalisierung des Terrors und der Globalisierung von Proliferation und von organisierter Kriminalität und vielem anderen mehr kommen wir ohne Zusammenarbeit mit anderen Nachrichtendiensten nicht aus.

**Christian Flisek (SPD):** Jetzt würde ich Ihnen aber in der Einschätzung widersprechen wollen, dass so eine Klausel konstituierend ist für die Kooperation. Es mag sein, sage ich mal, dass die Amerikaner so viel Druck erzeugen können, dass die Deutschen sich dem beugen. Aber wir haben aus unserer Arbeit gelernt, dass in den USA wiederum - also mit Verlaub - kein Mitglied des Kongresses, was mit Geheimdienstkontrollfragen beschäftigt ist, auf die Idee kommen würde: Ich bin zufrieden, wenn meine Administration mir sagt, wir haben mit den Deutschen so eine Third Party Rule vereinbart. Deswegen müssen wir sie jetzt erst fragen, ob wir es vorlegen dürfen. Wenn die Nein sagen, dann legen wir es euch nicht vor. - Da würde jedes Mitglied des Repräsentantenhauses und des Senats sagen: Sorry. Da lache ich mal kurz.

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein. Sie sind ja mein großkoalitionärer, befreundeter Abgeordneter.

(Heiterkeit)

Trotzdem kann ich mir das jetzt nicht verkneifen: Genau das haben die USA respektiert, und zwar gab es nach 9/11 eine Untersuchungskommission. Da ging es um die Frage, ob bestimmte Dokumente, die die USA erhalten hatten, dem Parlament vorgelegt werden dürfen - ohne Zustimmung des jeweils anderen. Da hat sich dann

herausgestellt, dass die USA eine Kommission gegründet hatten, die der Exekutive zuzurechnen war, und dass die Dokumente eben nicht an den Senat und ans Repräsentantenhaus gegeben wurden, sondern nur an die Mitglieder dieser Kommission, die im Bereich der Exekutive angesiedelt war.

Das hat mich damals, als ich das nachvollzogen habe aus den alten Akten - sie sind ja auch schon 15 Jahre alt -, dazu inspiriert, diese Konstruktion mit Herrn Professor Graulich ins Auge zu fassen, wo man sagt: Das Informationsinteresse des Parlamentes muss zwar so weit wie möglich anerkannt und auch erfüllt werden, aber so, dass die geschützte Nachricht im Herrschaftsbereich der Exekutive bleibt. Das war der Grund, warum wir dafür, um Herr Graulich die Selektoren zu zeigen, keine Zustimmung der amerikanischen Seite brauchten. Wenn wir aber beispielsweise zugelassen hätten, dass sie hier in diesem Untersuchungsausschuss eingesehen werden, in welchem Verfahren auch immer, dann hätten wir diese Zustimmung benötigt. Das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich anerkannt, dass dies verfassungskonform war.

**Christian Flisek (SPD):** Sehen Sie denn in dieser Konstellation keine Problematik dahin gehend, dass die internationale Nachrichtendienstkooperation damit in einen kontrollfreien Bereich münden kann, in einen Bereich, der gerade über eine solche Klausel, wo man ja dann von der Zustimmung des anderen Partners abhängig ist, jeweils dazu führt, dass ganze Bereiche einer solchen Kooperation einer parlamentarischen Kontrolle entzogen sind?

**Zeuge Peter Altmaier:** Es ist eine Herausforderung; das gebe ich gerne zu. Aber erstens hat das Konsultationsverfahren in einigen Fällen ja auch dazu geführt, dass Unterlagen vorgelegt werden dürfen; das ist so. Zweitens sind Möglichkeiten, wie das Verfahren mit Herrn Graulich denkbar, wie man dem Informationsinteresse des Parlamentes entgegenkommt. Und drittens ist die Kontrolle dieser nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit dem Parlament und der Regierung gemeinsam anvertraut. Das heißt, auch die Regierung hat eine Verantwortung, zu kontrollieren, wie die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Nachrichtendienste mit ihren Partnerdiensten zusammenarbeiten. Und dort, wo wir alleine entscheiden können, da ist die Stellung des Parlamentes eine stärkere, und dort, wo aus Gründen der inneren und äußeren Sicherheit solche Absprachen notwendig sind, ist die Rolle der Regierung eine stärkere.

Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir jedenfalls mit wichtigen Partnerorganisationen - und das sind nicht nur die Five Eyes; wir arbeiten ja mit sehr vielen Nachrichtendiensten weltweit zusammen - mit wichtigen Partnerdiensten bekämen wir ohne diese Regel diese Informationen nicht. Und wir würden auch unsere Informationen nicht weitergeben, wenn es nicht eine solche Regel gäbe.

So, jetzt können Sie die Frage stellen und sagen: Ja, aber dort, wo Deutschland eine starke Stellung hat, weil wir mit einem Land zusammenarbeiten, das vielleicht viel kleiner und viel ohnmächtiger ist und das im besonderen Maße auf die Zusammenarbeit mit uns angewiesen ist, da könnten wir doch vielleicht einmal sagen, dass wir deren Unterlagen auch weitergeben müssen, können, ohne dass die zustimmen. - Ich glaube nicht, dass es funktionieren würde, und es wäre auch nicht richtig; denn wir haben gemeinsam ein Interesse daran, sensible Informationen zu schützen, und dafür halte ich diese Regel für geeignet.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, ich bin ganz bei Ihnen, dass wir nach wie vor Kooperationen brauchen. Ich glaube auch, dass aus diesen Kooperationen sehr wichtige, zum Teil sehr sensible Informationen herrühren. Ich glaube aber auch, dass wir solche Kooperationen mittelfristig nur auf eine tragfähige Basis stellen können in einer rechtsstaatlichen Demokratie, wenn wir hier eine entsprechende Kontroll- und Aufsichtsdichte erreichen, auch und gerade in solchen Kooperationen. Und da sage ich ganz offen - ich adressiere das hier -: Da mache ich mir eben Sorgen, wenn sozusagen über solche vertraglichen Klauseln - das sind ja nichts anderes als vertragliche Klauseln - ein Stück weit die vertragschließenden Parteien darüber disponieren können, was überhaupt Gegenstand einer Kontrolle sein kann und was

nicht. Das heißt, sie haben die Dispositionsmacht, das dem Ganzen zu entziehen. Und insofern - wir reden ja auch darüber, wie wir die Geheimdienstarbeit in Zukunft mit einem hohen Maß an Legitimation versehen können; das ist, glaube ich, unser aller Interesse, sage ich mal - ist das einer der Bereiche, wo ich die allergrößten Bauchschmerzen habe, also die Frage: Wie kann ich Kooperationen überhaupt einem Verantwortlichkeitsregime unterstellen? Wir haben in der BND-Reform dazu die ersten wesentlichen Schritte gemacht. Aber wie kann ich es auch einer Kontrolldichte unterziehen, die nicht dazu führt, dass die vertragschließenden Parteien selber definieren können: Was ist drin, und was ist nicht drin?

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich halte ja die parlamentarische Kontrolle für notwendig. Allerdings haben wir ja auch schon in der Vergangenheit immer anerkannt, dass nicht alles, was die Nachrichtendienste betrifft, auch einer öffentlichen Kontrolle unterworfen sein muss. Deshalb haben wir zum Beispiel - das hat Herr Ströbele immer und immer wieder beklagt - im PKGr manche Informationen mitgeteilt, die für Herrn Ströbele wohl hochinteressant waren, über die aber in der Öffentlichkeit nicht berichtet wurde, was er als sehr unbefriedigend empfunden hat. Aber es war ein Weg, eine solche Kontrolle zu ermöglichen, und zwar nicht für alle Parlamentarier gleichermaßen, sondern für das damit beauftragte Gremium des Deutschen Bundestages, das wir getroffen haben.

So, und nun ist es ganz offenbar so, dass wir nicht wissen, woher die Indiskretionen kommen, aber wir wissen, dass sie stattfinden. Wir wissen nicht, ob es Abgeordnete sind, wir wissen nicht, ob es Mitarbeiter der Ausschüsse sind, wir wissen nicht, ob es Mitarbeiter der Nachrichtendienste sind. Das alles können wir nicht wissen. Aber was wir wissen können - auch nach diesen drei Jahren -, ist, dass doch sehr, sehr vieles öffentlich geworden ist, was aus Sicht der Partnerdienste und aus Sicht der Bundesregierung nicht werden sollte.

Die Quadratur des Kreises besteht nun darin, eine parlamentarische Kontrolle zu organisieren,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die so effizient ist, dass verhindert wird, dass die Dinge in falsche Kanäle und am Ende an die Öffentlichkeit gelangen. Ich habe dafür keine Antwort. Und solange ich diese Antwort nicht geben kann, kann ich es verstehen, dass Partnerdienste sagen: Wir geben euch Informationen, aber nur dann, wenn ihr nicht darüber entscheidet, wer sie sonst noch alles bekommt. - Sondern es ist zum Beispiel auch so, dass bestimmte Informationen weitgehende Rückschlüsse zulassen auf die Tätigkeit der betreffenden Nachrichtendienste. Wir haben hier eine Verantwortung, den deutschen BND zu kontrollieren. Wir haben aber keine Verantwortung und kein Recht, den Nachrichtendienst von Frankreich, Italien oder Großbritannien zu kontrollieren. So, und in diesem Spannungsfeld muss man Lösungen suchen. Ich bin überzeugt, dass es diese Lösungen gibt.

Und ich frage mich, wenn der Kollege von Notz das Verfassungsgerichtsurteil vielleicht schon vorher gekannt hätte, ob er sich dann nicht doch in die Auswahl der Vertrauenspersonen und in die Formulierung des Mandates stärker mit eingeschaltet hätte. Ich hätte nicht ausgeschlossen - damals, als wir das mit Ihnen diskutiert haben -, auch jemanden zu benennen, der von der Opposition vorgeschlagen wird. Ich habe mit meinen Mitarbeitern darüber gesprochen und auch mit dem Kollegen Oppermann und wenn mich nicht alles täuscht, auch mit Ihnen damals über die Frage, wie weit man auf die Opposition zugeht. Ich habe dann gesagt: Natürlich entscheidet die Mehrheit am Ende; aber wenn die Opposition jemanden vorschlägt, wo wir von der Integrität der Person und dass sie die Auflagen zur Vertraulichkeit beachtet, überzeugt sind, warum dann nicht auch jemanden von der Opposition nehmen? Es ist dann kein Vorschlag gemacht worden. Aber vielleicht gibt es irgendwann mal, wenn ich längst nicht mehr in der heutigen Verantwortlichkeit bin, wieder einen anderen Fall, wo man sich dann überlegen kann: Kann man dieses Modell, was wir damals praktiziert haben, was Sie ja auch sehr engagiert vertreten haben, nicht auch noch ausweiten und weiterentwickeln und verbessern, um parlamentarische Kontrolle zu ermöglichen, ohne dass man diese Verpflichtungen bricht oder umgeht?

**Christian Flisek (SPD):** Ja, ich bin da bei Ihnen, dass man darüber nachdenken muss, weil - noch mal, ich möchte das wirklich noch einmal deutlich unterstreichen - ich glaube, dass es so etwas wie ein Elefantenargument in der Debatte gibt. Und das Elefantenargument lautet nach meinem Dafürhalten: Wenn wir eine Kooperation gefährden und infolgedessen auch nur eine Information nicht bekommen würden, die einen terroristischen Anschlag verhindern würde - diese Verantwortung will kein Mensch tragen - - dass wir sozusagen mit so einem zunächst Elefanten, der durch den Raum marschiert, schwer leben können, wenn wir gleichzeitig die Verantwortung auch haben, gerade die immer bedeutender werdende Kooperation von Geheimdiensten im Bereich SIGINT - weil SIGINT-Überwachung nun einmal ein internationales Geschäft zunehmend ist und damit auch ein Kooperationsgeschäft ist - wie man das in den Griff bekommt. Ich glaube, wenn wir sagen: „Es wird weiterhin eine Third Party Rule geben, die auch dazu führt, dass das PKGr dann nicht über Dinge informiert wird, wenn der jeweilige Kooperationspartner es nicht will“, dass wir hier sozusagen ein Loch, einen Bereich haben, der kontrollfrei ist.

**Zeuge Peter Altmaier:** Noch einmal: Ich glaube nicht, dass er kontrollfrei ist. Aber es ist ein Spannungsfeld, und es macht die Kontrolle schwieriger. Aber ich muss hier eine Güterabwägung vornehmen, und das Bundesverfassungsgericht hat diese Güterabwägung auch vorgenommen und ist dann - - Das Bundesverfassungsgericht hätte dann ja auch sagen können: Wir halten die Third Party Rule für unbeachtlich im Verhältnis zum Bundestag, weil wir glauben, dass die Kontrolle durch das Parlament über allem steht. Das hat aber das Bundesverfassungsgericht nicht gesagt, sondern es hat in einem sehr klug argumentierenden Urteil - wobei mir nicht zu steht, Urteile des Verfassungsgerichtes zu bewerten -, in einer sehr umfangreichen Argumentation dargelegt, warum es glaubt, dass die Position der Bundesregierung in der Sache angemessen und richtig war - - und das Bundesverfassungsgericht diese Konstruktion mit der Vertrauensperson ausdrücklich anerkannt hat als einen Versuch, so weit zu gehen im parlamentarischen Kontroll-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

recht wie irgend möglich, ohne das Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik zu gefährden und aufs Spiel zu setzen. Da haben Sie, die Abgeordneten, Rechtsgeschichte geschrieben mit diesem Institut. Und ich kann mir durchaus vorstellen, dass das letzte Wort in künftigen Fällen nicht gefallen ist. Aber ich könnte als Kanzleramtsminister nicht die Verantwortung dafür übernehmen, zu sagen: „Ich schließe solche Vereinbarungen nicht mehr ab oder ich kündige sie auf“, weil ich genau weiß, dass es erhebliche Konsequenzen hätte, und das möchte ich gerne verhindern.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Eigentlich sollten wir damit zur nächsten Fraktion übergehen, mit so einem tollen Abschluss: „Rechtsgeschichte“.

**Christian Flisek (SPD):** Wir gehen nur dann über, wenn die Zeit abgelaufen ist.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, die ist seit drei Minuten abgelaufen.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, also den Einwand respektiere ich.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Na, da habe ich Glück gehabt. - Gut, dann kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion: Die Linke. Herr Kollege Hahn.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, das Problem, das der Herr Flisek hat, habe ich in gewisser Weise auch. Wenn ich mir vorstelle, dass Sie künftig fast alle internationalen Operationen des BND mit einem Partner durchführen - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Bitte? Noch mal.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Wenn ich mir vorstelle, dass Sie künftig fast jede Kooperation des BND im Ausland mit anderen Partnern durchführen würden, -

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** - dann steht jedes Mal die Frage, dass dort ein anderer Nachrichten-

dienst beteiligt ist, und dann würden Operationen, die das Ausland betreffen, tatsächlich weitgehend jeder Kontrolle entzogen.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Und das kann natürlich nicht der Ausweg sein für die Bundesregierung, Kontrolle nicht stattfinden zu lassen. Dann würde sie parlamentarisch zur Farce, wenn Sie immer einen Partner einfach dazunehmen, und dann war es das mit der Kontrolle. Und das ist ja genau die Sorge, die wir haben.

Und was die Person Graulich angeht, wo ich dazu jetzt noch gleich eine Frage noch mal habe - nicht die Person, sondern zu dem Vorgang -: Wir haben ja auch das Problem gehabt, a) dass er von der Mehrheit bestimmt worden ist und b) dass die Regierung ihn eingesetzt hat. Ich möchte fragen, was der denn konkret geprüft hat.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dazu hat Herr Wolff eine Anmerkung.

**MR Philipp Wolff (BK):** Herr Hahn, Sie werden jetzt gleich wieder sagen, ich mache das nur bei der Opposition, aber - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ist ja auch so!

**MR Philipp Wolff (BK):** Nein, ich habe es vorhin auch sogar bei der Unionsfraktion gemacht. - Es geht jetzt wirklich ausschließlich ums Konsultationsverfahren bzw. um die Konstruktion Graulich. Das ist nämlich nicht Untersuchungsgegenstand. Der Minister kann natürlich gerne was dazu sagen, ohne Anerkenntnis einer Rechtspflicht. Ich will nur darauf hinweisen: Es ist tatsächlich ohne Anerkenntnis einer Rechtspflicht, weil es ist nicht der Gegenstand dieses Ausschusses.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Zumal wir es dann auch entre nous mal diskutieren müssen. Es gibt da entsprechend Mehrheitsbeschlüsse in diesem Ausschuss, die müssen ja nicht jedem gefallen. Aber von daher müssten wir das unter uns diskutieren.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Nein, da müssten wir gar nichts diskutieren. Ich möchte einfach wissen, was der konkret geprüft hat. Und ich frage das aus den Zeugenaussagen, die wir hier haben, auch Unterlagen. Wir haben ihn ja mit der Mehrheit eingesetzt als es um diese 40 000er-Liste geht, oder 38 000 und ein paar Zerquetschte. Inzwischen wissen wir, dass noch mehr NSA-Selektoren rausgenommen worden sind, gesperrt worden sind; eine ganze Menge offensichtlich in der Folgezeit. Und meine Frage ist: Wer hat die kontrolliert? Hat Graulich die weiteren Begriffe, die ebenfalls gesperrt worden sind, weil der BND und das Kanzleramt rausgefunden haben, auch die sind problematisch, auch die sind rechtswidrig, auch die sind gegen deutsche Interessen - - Wer hat die geprüft? Sind die überhaupt noch mal von jemandem geprüft worden?

**Zeuge Peter Altmaier:** Moment! Also, Herr Graulich hat sich mit den NSA-Selektoren beschäftigt. Das war in seinem Mandat ausdrücklich so formuliert. Und es war ja so: Die Regierung hat ihn zwar eingesetzt, aber wir haben den Ausschuss gebeten, Vorschläge zu machen. So. Natürlich, wenn wir ihn einsetzen, sind wir nicht gezwungen, jeden Vorschlag anzunehmen; aber es bestand bei der Regierung die Bereitschaft, sich Vorschläge der Opposition sowohl zum Mandat wie auch zur Person vorurteilsfrei anzuschauen und gegebenenfalls auch zu berücksichtigen.

Was Herr Graulich im Einzelnen im Hinblick auf die NSA-Selektoren geprüft hat, das ergibt sich aus seinem Mandat und aus seinem Abschlussbericht. Das ist jetzt nicht Gegenstand meiner Befragung. Aber war die BND-Selektoren angeht: Die hatte er nicht zu prüfen.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich rede nicht über die - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Dort gibt es keine Third Party Rule. Da gab es ein Kontrollrecht des Parlamentes, und deshalb hat das PKGr eine Taskforce eingesetzt, und diese Taskforce hat sich das angeschaut. Und das war für die Regierung auch nicht immer einfach und nicht immer schmeichelhaft;

aber da konnten wir uns auf die Third Party Rule nicht berufen und haben es auch nicht getan.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Das war auch nicht meine Frage. Ich habe ausdrücklich nach NSA-Selektoren gefragt. Nach dem, was wir hier erfahren haben in den letzten Wochen, sind weitere NSA-Selektoren gesperrt worden, weil rechtswidrig gegen deutsche, gegen europäische Interessen. Und die Frage, die ich habe, ist: Was ist dort noch dabei an möglichen riesigen Problemen, Skandalen, über die wir alle nicht informiert sind und die offenbar auch Herr Graulich nicht gesehen hat? Und die Frage ist: Wer hat diese Suchbegriffe jetzt durchgesehen, und wer kann dem Untersuchungsausschuss für seinen Abschlussbericht dort eine Information geben?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Darf ich noch einmal verständnishaft - - weil ich kann gerade nicht folgen. Welche NSA-Selektoren wurden wann herausgenommen? Über welchen Zeitpunkt reden wir?

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Die 40 000-er waren damals relativ am Anfang. Und es sind dann - das ist uns mitgeteilt worden - weitere rausgenommen worden; man hat noch mal gesucht, man hat durchgesehen die noch in der Steuerung befindlichen NSA-Selektoren, und es sind weitere herausgenommen worden. Ich weiß jetzt gar nicht, ob wir die genaue Zahl wissen. Aber es sind weitere etliche herausgenommen worden. Meine Frage ist: Wer - -

(Zuruf)

- Tausende!

**Zeuge Peter Altmaier:** Darf ich mal dazu - - Es ist ja eine interne Diskussion im Ausschuss. Ich will abschließend vielleicht noch Folgendes dazu sagen: Als wir Herrn Graulich eingesetzt haben, war es das Anliegen des Ausschusses - ich glaube, übrigens auch der Opposition -, dass sein Bericht nicht irgendwann zum Ende der Arbeit des Ausschusses kommt, sondern so zeitnah, dass man die Erkenntnisse, die in dem Bericht enthalten sind, für die weitere Arbeit des Ausschusses noch berücksichtigen kann. Und das im



## Nur zur dienstlichen Verwendung

impliziert dennotwendigerweise, dass all das, was möglich sich noch ereignet hat, nachdem er den Bericht fertiggestellt hat, von ihm nicht bewertet werden konnte, weil es eben erst nach diesem Zeitpunkt war.

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

Ich kann Ihnen aber so viel sagen - vielleicht beruhigt Sie das -, dass nach meiner Kenntnis und nach meiner Einschätzung alle wesentlichen Dinge Herrn Graulich vorlagen, von ihm bewertet worden sind, und alles andere, was dann vielleicht noch bei weiteren Prüfungen, die fortlaufend durchgeführt werden, weil wir nämlich auch wollen, dass sozusagen die Dinge ja verbessert werden - - dass das in der Qualität und Quantität nichts Entscheidendes verändert hat. Das ist mein Eindruck.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Was heißt denn das konkret?

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, das heißt, dass Herr Graulich nur Dinge prüfen konnte, die vorlagen bis zu dem Zeitpunkt, wo er den Bericht abgeschlossen hat.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Das weiß ich selber, Herr Altmaier.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Bloß, weil Sie sagen, Sie wollen etwas Abschließendes sagen. Mit Verlaub: Wann Sie etwas Abschließendes sagen, hängt von unseren Fragen ab.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Und insofern gibt es dort nach wie vor Unklarheiten für mich. Herr Graulich hat nicht geprüft die noch in der Steuerung befindlichen anderen Millionen Selektoren, sondern er hat die 40 000 oder 38 900 - wie auch immer - geprüft. Jetzt finden Sie im BND, im Kanzleramt, weitere Suchbegriffe, vielleicht noch schlimmer oder noch gravierender. Wissen wir

nicht; hat auch Herr Graulich nicht gesehen. Und die Frage ist: Was ist dort gefunden worden? Wie brisant ist das? Und wer prüft das? Da wir es ja nicht sehen dürfen und Herr Graulich nicht gesehen hat, weil sein Abschlussbericht schon vorliegt: Wer prüft, was dort noch gefunden worden ist in den letzten Monaten?

**Zeuge Peter Altmaier:** Herr Hahn, ich finde jetzt das, ehrlich gesagt, nicht ganz fair. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, am Mandat von Herrn Graulich mitzuwirken. Und wenn Sie der Auffassung waren, dass das Mandat nicht umfassend genug war, wenn Sie der Meinung gewesen wären, es sollten noch andere Dinge aufgenommen werden, dann hätten Sie das beantragen können, dann hätte der Ausschuss darüber befunden. Ich weiß nicht, ob Sie es gemacht haben. Nach meiner Erinnerung hat die Opposition sich an der Formulierung des Mandates und an den Vorschlägen für die Personen nicht beteiligt. So. Und dann finde ich es nicht ganz fair, wenn Sie hinterher dann sagen: Und das war nicht, und das war nicht, und das war nicht. - Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist: Hat sich nach Abschluss der Untersuchung von Herrn Graulich ein neuer Sachverhalt ergeben, der es notwendig machen würde, noch einmal eine Prüfung vorzunehmen? Das kann ich nicht erkennen. Das habe ich Ihnen so gesagt. Das ist meine persönliche Auffassung. Im Übrigen ist das eine Frage, die der Ausschuss beurteilen muss.

**Dr. André Hahn** (DIE LINKE): Ja, wir wissen ja nicht, was dort ist. Deshalb können wir das nicht beurteilen. Aber Fairness ist ein schönes Stichwort. Es war die Bundesregierung, die gesagt hat, dass sich die Untersuchung des Beauftragten selbstverständlich nur auf diese gesperrte Liste beschränkt und nicht auf die noch laufenden Selektoren. Und demzufolge konnten wir dort nicht erweitern, selbst wenn wir gewollt hätten. Das war die Voraussetzung, dass gesagt worden ist: nur die gesperrte Liste, nicht die laufenden Selektoren. Und demzufolge war nichts mit der Erweiterung durch uns möglich.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Peter Altmaier:** Also, ich kann das jetzt nicht nachvollziehen, ob wir das so gesagt haben. Aber wenn wir es so gesagt haben, hat es natürlich damit etwas zu tun, dass sich das Untersuchungsrecht des Parlamentes auf abgeschlossene Vorgänge bezieht, und daraus hat sich dann das Weitere ergeben. - Wenn es so war; ich weiß es nicht.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, ja, das ist dann die Fairness. Richtig. - Ich möchte aber noch mal fragen, wie Sie das denn bewerten, wenn der BND-Präsident zum Kanzleramtschef, der jetzt Sie sind, kommt - damals war es Herr Pofalla, Ihr Vorgänger -, teilt mit: Wir haben da ein größeres Problem. EU-Staaten, Botschaften usw. werden von uns in der Steuerung ebenfalls überwacht. - Wann ist der Punkt erreicht, wo man die Bundeskanzlerin informieren muss aus Ihrer Sicht? Sie haben ja vorhin gesagt, Sie sind dafür jetzt auch zuständig, Sie bewerten das. Wann ist der Punkt, wo man die Bundeskanzlerin informieren muss, die zeitgleich durchs Land läuft und sagt: „Spionieren, Ausspionieren unter Freunden geht gar nicht“?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das ist jetzt die letzte Frage in der Runde.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich bitte um Verständnis. Ich war bei dem Gespräch zwischen Herrn Pofalla und Herrn Schindler nicht dabei. Ich weiß nicht, was konkret besprochen worden ist. Es ist mir berichtet worden, und ich habe es aus Ihren Unterlagen gesehen. Deshalb bitte ich ganz herzlich um Verständnis, dass ich da keine nachträgliche Bewertung vornehme, sondern ich entscheide in den Fällen, in denen ich zu entscheiden habe, nach meinen besten Fähigkeiten.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Wenn Sie das, was Sie jetzt wissen, damals gesagt bekommen hätten - jetzt rede ich davon, was Sie in eigener Entscheidung tun würden -, würden Sie es wirklich so halten, dass die Kanzlerin davon keine Kenntnis erhält?

**Zeuge Peter Altmaier:** Noch einmal, noch einmal: keine hypothetischen Antworten auf hypothetische Fragen. Als ich damals mit Herrn

Schindler über die Frage selbst noch mal im Frühsommer 2015 gesprochen habe, da habe ich mit Herrn Schindler über dieses Thema geredet, und es erschien mir nicht als ein größeres Problem, sondern es erschien mir damals als ein Problem, das einige Botschaften betroffen hat und das abgestellt und gelöst war. So.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut. Wir kommen zur nächsten Fraktion, das ist die Fraktion der CDU/CSU. Frau Kollegin Warken.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ja, vielen Dank. - Herr Altmaier, Sie haben sich in der Vergangenheit ja das eine oder andere Mal schon zu Fragen, die die Ausschussarbeit betreffen oder die die Tätigkeit des BND betreffen, ja auch via Twitter geäußert, unter anderem im Mai 2015. Da haben Sie geäußert auf die Frage, ob der BND Europäer legal überwachen dürfe: Es handelt sich bei der Thematik um - ich zitiere - „keine Meinungs-, sondern eine Rechtsfrage“ und diese sei - Zitat - „... von denen zu beantworten, die dazu berufen sind“.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Der ehemalige BND-Präsident Herr Schindler hat bei uns im Ausschuss, auch im Mai 2015, gesagt - ich zitiere ihn -:

Die Aufklärung europäischer Ziele, wenn sie denn erfolgt wäre, wäre daher kein Gesetzesverstoß, sondern dieses vielmehr eine Frage der politischen Bewertung.

Wer hat denn jetzt Recht: Herr Schindler oder Sie?

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, so etwas wird als  
Zeitspiel gepiffen!)

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich vermute übrigens, dass wir beide Recht haben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist einfach! -  
Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ehrlich! Das ist so  
verrückt!)

Und im Übrigen ist es so, dass die Frage auch von Fall zu Fall zu entscheiden und zu beantworten ist. Und wir haben politisch entschieden, dass wir Freunde nicht abhören. Und es gibt aber immer auch Grenzfälle und Fälle, die besonders zu bewerten und zu entscheiden sind. Aber generell ist es so, dass wir Freunde nicht abhören, und das gilt insbesondere für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wer Freunde  
sind, bestimmen wir!)

**Nina Warken** (CDU/CSU): Wo verläuft denn Ihres Erachtens die Grenze, wenn es jetzt um strategische Fernmeldeaufklärung von Einrichtungen von Partnerstaaten geht, wenn das Ziel dabei die allgemeinpolitische Aufklärung von Drittstaaten ist, sofern es sich alles innerhalb des APB bewegt? Wo ist da die Trennlinie des Erlaubten?

**Zeuge Peter Altmaier:** Na ja, ich weiß nicht, ob ich das in öffentlicher Sitzung beantworten darf oder - - Ich könnte das jetzt schon sehr detailliert auch noch einmal auseinanderklabüsern. Zum Beispiel ist es ja so, dass es oftmals Kommunikationen gibt, an denen Stellen in zwei verschiedenen Staaten beteiligt sind, unter anderem auch ein Staat, den Sie aufklären. So. Und dann ergeben sich solche Fragen. Aber ich glaube nicht, dass ich das hier in öffentlicher Sitzung tun sollte, oder?

**MR Philipp Wolff** (BK): Also den Einzelfall sicher nicht. Wenn es um die Gesetzeslage geht - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Also, es ist zum Beispiel so: Wenn wir uns entschieden haben, einen bestimmten Staat aufzuklären, weil es dafür Gründe gibt, dann kann es zum Beispiel auch sein, dass Kommunikation erfasst wird, die geführt wird

mit einem Vertreter dieses Landes, der mit einem Vertreter eines europäischen Landes telefoniert oder spricht, den wir nicht aufklären. So, und trotzdem ist das dann sozusagen nicht die Aufklärung dieses europäischen Landes, sondern es geht um das Land, was im Auftragsprofil der Bundesregierung enthalten ist und wo wir im nationalen Interesse an dieser Aufklärung ein hohes Interesse haben und was dann völlig vom Auftragsprofil gedeckt ist. Was dann im Übrigen die Frage der Rechtmäßigkeit angeht, so beurteilt die sich vor allen Dingen natürlich nach dem BND-Gesetz und was dort drinsteht. Und das haben wir ja gerade erst novelliert, und die Änderungen sind Ihnen ja auch, glaube ich, alle bekannt.

**Nina Warken** (CDU/CSU): Gut. Dann gebe ich an den Kollegen ab. Vielen Dank.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Herr Bundesminister, ich habe noch einmal eine Frage. Die Kollegin Warken hat das vorhin relativ abstrakt gefragt; ich möchte es einfach noch mal konkreter fassen.

Sie hatten ja den Besuch in Pullach am 20. März 2015 gehabt. Dann haben Sie auch in Ihrem Eingangsstatement erklärt: was war der Anlass, wie überrascht man war, was anschließend alles geschehen ist, schriftliche Anfragen usw. usf. Was uns natürlich jetzt auch mit Blick auf diese Woche Donnerstag interessiert, ist, wie Sie von diesen Erkenntnissen, die Sie da gewonnen haben, die Bundeskanzlerin unterrichtet haben.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich habe vorhin gesagt, dass ich über diese Erkenntnisse auch Mitglieder der Bundesregierung informiert habe, und ich habe gesagt, dass ich die Bundeskanzlerin in sehr wichtigen Frage informiere. Und alles andere ist - die Einzelheiten dieser Informationen, dieser Kommunikation -, glaube ich, vom Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung, dem berühmten Arkanum, umfasst. Und deshalb bitte ich herzlich um Verständnis, dass ich diese Frage nicht beantworten möchte, was die Details angeht. Aber Sie können davon ausgehen, dass dies ein



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sehr wichtiger und sehr bemerkenswerter Vorgang war und dass alle informiert wurden, die darüber informiert werden mussten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut. Dann bitte der Kollege Wendt weitermachen.

**Marian Wendt (CDU/CSU):** Ja, vielen Dank. - Ich will nur noch mal auf die Selektorenliste zu sprechen kommen. Es gibt ja immerhin eine Zahl von 40 000 Selektoren, und das Entscheidende ist ja aus meiner Sicht nicht ein Selektor an sich, sondern im Endeffekt die Person dahinter, die dahintersteht und eine gewisse Information generiert oder nicht generiert. Und dann kann man ja ausrechnen: Es gibt soundsoviele Selektoren, eine Person generiert soundsoviele verschiedene Daten, E-Mails, Telefonnummern, und dann kommen wir vielleicht auf eine vierstellige Zahl, kann man sich herunterbrechen, je nachdem - aus Ihrer Erfahrung heraus als Chef des Nachrichtendienstes, der Nachrichtendienste bzw. dann auch andere Herleitungen - - Der Vorwurf ist ja, dass dort befreundete Botschaften, befreundete Partner mit einer entsprechenden E-Mail-Endung geführt wurden; von der Knesset zum Beispiel, haben wir gelesen, oder andere Bereiche. Ist es aus Ihrer Erfahrung her auch so, dass es in befreundeten Ländern Personen gibt, die es nötig machen, überwacht zu werden, auch durch uns, weil zum Beispiel sie Anschläge planen, weil sie eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit in unserem Land oder in Europa darstellen, die es eventuell auch begründen würden, dass solche Personen auch aus dem Grund heraus, dass Nachrichtendienste im Sinne unserer Sicherheit agieren, entsprechend geführt werden sollten?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, das war ein Beispiel, kein konkreter Fall.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, ich habe ja gar keinen Anlass, mich über die Frage zu beklagen. - Ja, wenn ich sage: „Freunde hören wir nicht ab“, dann meine ich damit, dass wir grundsätzlich sagen, dass wir Parlamente, Regierungen, Gerichte, Behörden befreundeter Ministerien, befreundeter Staaten nicht abhören wollen und nicht abhören werden. Ich habe mich vorhin schon auf die Frage, die gestellt worden ist zu

dem Thema: „Können dann auch unter Umständen europäische Stellen, wenn sie mit ausländischen Stellen, die wir aufklären, sprechen, betroffen sein?“, geäußert, in aller Vorsicht. Und selbstverständlich haben wir ein Interesse daran, dass wir terroristische Gefährder, organisierte Kriminelle, Leute, die mit Proliferation sich beschäftigen, dass wir das aufklären und dass wir denen möglichst das Handwerk legen.

**Marian Wendt (CDU/CSU):** Ich wollte das nur noch einmal auch erläutert darstellen, weil das halt oft der Vorwurf ist: Es gibt dann diese Liste, und da wird massenlos und anlasslos -

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein.

**Marian Wendt (CDU/CSU):** - überwacht usw. usf., sondern dass man ja auch ein konkretes, ein - -

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Massenlos“? Was ist denn das?)

- Das ist ja der Vorwurf, der immer wieder im Raum steht - - sondern dass die Selektorenliste -

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Massenlos, hat noch niemand behauptet!)

- Massenhaft - - dass das auch gewisse Gründe sind, warum man auch aus gutem Grund diese Person eventuell im Visier hat.

Ich will noch einmal auf einen anderen Bereich kommen. Wir sind ja als Ausschuss auch gehalten, Konsequenzen aus einem gewissen Sachverhalt, den wir erforscht haben, zu ziehen. Und was man ja zumindest feststellen muss, ist, dass in den letzten Jahren, vielleicht seit den Snowden-Veröffentlichungen, zumindest der Blickwinkel der Öffentlichkeit - von vielen Fachpolitikern und der Fachebene schon sicherlich eher - auf die ganze Frage Cybersicherheit gelenkt wurde. Im November 2016 wurde auch eine entsprechende Cybersicherheitsstrategie für Deutschland verabschiedet. Und da vielleicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

einmal aus der nachrichtendienstlichen Perspektive, aus Ihrem persönlichen Standpunkt auch heraus, noch einmal gefragt: Tun wir bereits alles und sind alle erforderlichen Maßnahmen bereits getan, um unsere Bürger, um unsere Unternehmen, aber natürlich auch die Kommunikation der staatlichen Verwaltung vor Angriffen von außen zu schützen? Aber natürlich auch, also den Angriff des Datenabflusses, dass dieser nicht passiert, aber natürlich auch, um eine entsprechende Sicherheit zu gewährleisten: Was müsste dort noch aus politischen, finanziellen und gegebenenfalls auch anderen Gründen noch getan werden, um diese Cybersicherheitsstrategie umzusetzen und im Endeffekt den Schutz unserer Gesellschaft zu verbessern?

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein! Das ist nicht untersuchungsgegenständlich! Leute!)

Die Konsequenzen aus einem Sachverhalt - -  
Wenn ihr beklagt, dass es so und so ist, dann müssen wir auch Konsequenzen daraus ziehen, etwas zu ändern.

(Dr. Konstantin von Notz  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie verzweifelt muss man sein! - Heiterkeit)

- Wir haben hier keine Verzweiflung.

**Zeuge Peter Altmaier:** Also, es ist doch selbstverständlich, dass wir in den letzten Jahren nicht nur erlebt haben, dass das Internet und die Kommunikation sich vervielfacht hat, sondern wir haben eben festgestellt, dass sich auch die Gefahren, die über Cyber, von Cyber ausgehen können, von Cyberaktivitäten ausgehen können, stark zugenommen haben und dass nicht nur staatliche Akteure dort unterwegs sind, sondern auch nichtstaatliche Akteure. Und das bedeutet, dass wir uns darauf einstellen müssen. Wir sind nicht schlecht. Wir haben das BSI, das sich damit schon länger beschäftigt, und, wenn ich das einmal so sagen darf, wir haben den Kommunikationsverbund der Bundesregierung, und dort sind

wir inzwischen, sind wir bisher - - haben wir alle Angriffe und Gefahren recht erfolgreich abgewehrt. Es gab auch andere Vorkommnisse von Kommunikation, die nicht über IKT geschützt war, die nicht ganz so erfolgreich war, und das zeigt, dass wir besser werden müssen. Und das ist der Grund, warum wir bei der Bundeswehr eine sozusagen nicht neue Teilstreitkraft - aber weit davon weg ist es auch nicht -, also einen Schwerpunkt Cyber gebildet haben. Das ist der Grund dafür, warum der Bundesinnenminister in seinem Zuständigkeitsbereich einen neuen Schwerpunkt in dieser Frage bildet, und das ist der Grund dafür, warum der BND ein durchaus finanzaufwendiges, aber absolut notwendiges Technikprogramm aufgelegt hat, weil wir auch nicht davon ausgehen können, dass ein einmal erreichter Stand für alle Zeit ausreichend ist, sondern die Fähigkeiten müssen ständig verbessert werden, weil diejenigen, die uns über Cyber bedrohen, ihre Fähigkeiten auch verbessern. Und deshalb ist das eine sozusagen permanente Aufgabe, wo man niemals sagen kann: „Wir haben absolute Sicherheit“, sondern wir müssen uns immer wieder bemühen, die Firewall zu verbessern und die - -

Alleine die Detektion, das Feststellen von Nachrichtenabflüssen ist eine schwierige Geschichte und erfolgt manchmal erst mit erheblicher zeitlicher Verzögerung. Außerdem ist die Sensibilisierung gerade auch in der Wirtschaft ein ganz wichtiges Thema, dem sich der Bundesinnenminister und auch viele andere, der Bundeswirtschaftsminister, widmen, ganz wichtig, weil auch viele Unternehmen noch gar nicht so sensibilisiert sind, dass sie wissen, worauf sie achten müssen und wie sie erkennen können, wenn sie Opfer eines Cyberangriffs werden.

**Marian Wendt (CDU/CSU):** Vielen Dank. Keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Kommen wir jetzt zur nächsten Fraktion: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Kollege von Notz beginnt.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Es ehrt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die Opposition, dass hier so auf Zeit gespielt wird. Es muss ja eine große Furcht vor unseren Fragen bestehen, aber - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, die jetzt kommen, weil das ist ja keine Theaterveranstaltung hier.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so!? Da wird es jetzt so präzise, Herr Vorsitzender, ja? So scharf dann, ja?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Immer bei der Opposition.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das fällt Ihnen ja früh ein, ja? Jeder diskreditiert sich, so gut er kann.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ihr seid ja jetzt dran.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, genau. - So. Herr Minister, ich komme noch einmal auf diesen Vorgang Ihrer Kenntnisnahme der Pofalla-Weisung zurück. Wenn ich das vorhin richtig verstanden habe, war das im Frühjahr 2014, dass Sie von dieser Weisung erfahren haben.

**Zeuge Peter Altmaier:** Frühsommer.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frühsommer. Wie ist das genau passiert? Also, wer hat Sie über diese Weisung, die ja mündlich erteilt worden ist, unterrichtet?

**Zeuge Peter Altmaier:** Das habe ich, glaube ich, schon gesagt. Ich weiß, dass ich darüber in zwei Gesprächen mit Herrn Schindler gesprochen habe; aber ich kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, ob ich es von Herrn Schindler erfahren habe oder von jemand anders. Da bitte ich einfach - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie erinnern - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich antworte nach bestem Wissen und Gewissen. Aber es war mir bei diesen Gesprächen bekannt, und weil ich wusste

sozusagen, dass es das gegeben hatte, und weil ich dann überrascht war über diese neue Problematik „Beifang“, habe ich die Frage gestellt: Gibt es noch andere Dinge, die ich wissen muss, die problematisch sind, die möglicherweise geändert werden müssen? So. Und da bin ich mir ganz sicher, und das weiß ich auch sehr genau. Aber ob es nun Herr Schindler selber war oder jemand anders, entzieht sich meiner Kenntnis.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie wissen ganz genau, dass Sie Herr Schindler diese Frage gestellt haben.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau!

**Zeuge Peter Altmaier:** - ich wusste zu dem Zeitpunkt, als ich mit Herrn Schindler über den neuen Vorgang sprach - im Zusammenhang mit Marcel R. [sic!], -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Markus R.

**Zeuge Peter Altmaier:** - Markus R., ja, und dem Beifang -, da habe ich dieses Thema auch mit Herrn Schindler aufgenommen in zwei verschiedenen Rücksprachen. Und ich bin jemand, der natürlich auch ein bisschen immer evidenzbasiert denkt. Und als ich gehört habe, dass sozusagen, nachdem wir erklärt hatten, Freunde hören wir nicht ab, und damit auch der politische Wille ja spätestens mit dieser Aussage der Kanzlerin ganz klar erkennbar war und es dann dennoch notwendig war, dass Herr Pofalla im Oktober noch einmal die Praxis geändert hat und Anweisungen gegeben hat, und dann wieder ein Vorgang mir auf den Tisch flattert, den ich für problematisch hielt - - kam mir selbstverständlich der Gedanke: Ist es das jetzt, oder gibt es noch irgendetwas?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nur - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Und das habe ich mit Herrn Schindler diskutiert.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie mit Herrn Schindler diskutiert. Nur: Herr Heiß hat Sie nicht informiert über diesen Vorgang?

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein, ist mir nicht bekannt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das können Sie nicht erinnern. Und: Wer hat gesagt, dass das Beifang ist?

**Zeuge Peter Altmaier:** Herr Schindler.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der sagte, dass das Beifang ist.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja. - Nicht die Geschichte mit den Botschaften; das war der neue Fall.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich habe doch vorhin, ohne den Fall zu nennen - es stand auch schon in der Zeitung, und Sie werden sich bestimmt daran erinnern - - Es gab damals Zeitungsberichte, dass Kommunikation von westlichen Politikern und Verantwortungsträgern abgehört worden sei.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, zum Beispiel US-Außenministerium.

**Zeuge Peter Altmaier:** So. Darüber ist geschrieben worden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Peter Altmaier:** Und das war natürlich dann Gelegenheit zur Rücksprache von Herrn Schindler mit mir, als wir das festgestellt haben. Und ich habe mich dann über den Umgang mit Beifang - das heißt, das sind Informationen, die man nicht gezielt sucht, sondern die sozusagen anlässlich einer Aufklärung beifällig sozusagen oder beiläufig erlangt werden - , darüber informieren lassen. Das hat mich sehr interessiert.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wer hat gesagt, dass es Beifang ist, Herr Minister? Wer sagte, was ist Beifang?

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, der Bundesnachrichtendienst sagte mir das. Herr Schindler.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Und daraufhin haben Sie nachgefragt: Steuern wir die nicht etwa direkt? Und dann haben die Sie angelogen und haben Ihnen gesagt: Nein, das haben wir zufällig erfasst.

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein, es ging ja um eine ganz konkrete Kommunikation. So. Und da ist mir das geschildert worden, dass es zufällig erfasst worden ist und nicht gezielt danach gesucht worden ist.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Peter Altmaier:** So. Und ich habe dann gesagt: Das ist gravierend, darüber muss ich das PKGr unterrichten, die Obleute. Ich weiß, es war die Ferienzeit schon angebrochen, und ich habe dann - - Ich glaube, Herrn Hahn habe ich erst relativ spät erreicht, und andere habe ich sofort erreicht und habe sie darüber - auch Herrn Ströbele seinerzeit - unterrichtet in allgemeiner Form, aber so, dass die Bedeutung des Vorgangs erkennbar war, und weil ich ungern wollte, dass sich dann irgendwann noch einmal zu den Obleuten muss, um zu sagen: Es war noch mehr. Ich hatte keine Ahnung von der Selektorenliste, die war nicht bekannt zu dem Zeitpunkt, habe ich aber gefragt: Gibt es noch sonst etwas, was nicht im Einklang steht mit dem Spruch „Freunde hören wir nicht ab“? Und dann ist mir klar gesagt worden: Das war's.

Dann kam die Selektorenliste im März 2015, und dann habe ich selbstverständlich wieder mit BND und auch mit Herrn Schindler, aber nicht nur mit ihm, sondern auch mit anderen Verantwortlichen darüber gesprochen, und dann habe ich gesagt: Sie haben mir doch damals gesagt, es gibt sonst nichts. - So, und dann hat Herr Schindler - das hat er ja auch im Ausschuss wiederholt - mir gesagt: Ich wusste es halt eben nicht. - So. Und das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

kann ich auch nicht widerlegen, und ich kann es nicht bestätigen, sondern ich muss es so nehmen, wie er mir es gesagt hat und wie es mir der Leiter der Abteilung TA gesagt hat. Und das war dann für mich der Grund zum Handeln und die Dinge zu verändern. Aber bei diesem Gespräch im Frühsommer waren die Selektoren noch keine Problematik. Ich wusste damals noch gar nicht, was ein Selektor ist, also wie die technische Art der Steuerung geht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie sagen: Sie sind da im Frühsommer 2014 vom Bundesnachrichtendienst über den Umstand, dass man zum Beispiel ausländische Staatschefs direkt steuert, zum Beispiel das Außenministerium der USA, falsch informiert worden vom Präsidenten des BND, dem Sie diese Frage direkt praktisch gestellt hatten.

**Zeuge Peter Altmaier:** Falsch hätte er mich dann informiert - es ist ja immer die Frage, ob es objektiv oder subjektiv falsch ist -, wenn Herr Schindler selbst davon ausging, dass es überhaupt gar keine derartigen Erfassungen gibt, die zielgerichtet sind. Dann hätte er aus seiner subjektiven Sicht mich nicht falsch, sondern richtig informiert.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, verstehen Sie?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Und das kann ich - - Objektiv war es natürlich falsch, weil es BND-Selektoren gab, die es nicht hätte geben dürfen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Nur, jetzt mal - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Und deshalb habe ich ja auch dann entsprechend gehandelt, was die Veränderungen angeht, und es sind Selektoren aus der Steuerung herausgenommen worden, -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Minister, ganz kurz - -

**Zeuge Peter Altmaier:** - weil wir im Kanzleramt das so wollten.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nur, die Frage ist ja - - Objektiv und subjektiv falsch, ist ja eine feine Unterscheidung. Die Antwort wäre ja wohl gewesen von Herrn Schindler: „Jetzt mal ganz im Ernst, ich kann es Ihnen gar nicht genau sagen. Ich gehe mal nach Hause und gucke nach“, oder: „Wir diskutieren dieses Thema seit 2005, seitdem wir EADS und Eurocopter steuern; ich guck mal nach.“ Oder ich würde fast sagen: Die Fach- und Rechtsaufsicht sagt: „Legt uns mal hier eine Auseinandersetzung mit den Millionen von Selektoren vor, die ihr steuert“, also sozusagen diesen Bericht, den Pofalla meint angefordert zu haben, der dann eben das Bundeskanzleramt darüber informiert, dass man da nie eine systematische Aufarbeitung gemacht hat. Aber das ist ja irgendwie nicht erfolgt.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja. Und ich habe weder von - - Bis zu dem Zeitpunkt am 13. März habe ich von der Frage, wie diese Steuerung von Selektoren funktioniert und welche gesteuert werden und welche problematisch sind, nichts erfahren, weil es auch im Kanzleramt erst bekannt geworden ist mit der Vorlage dieser Liste, die an den Ausschuss gehen sollte.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich habe im Übrigen Herrn Schindler diese Frage gestellt, und wie er damit umgegangen ist. Das müssen Sie mit Herrn Schindler besprechen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haben wir gemacht.

**Zeuge Peter Altmaier:** Genau, haben Sie gemacht, und es ist nicht meine Aufgabe, das zu bewerten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt müssten wir wieder zur nächsten Fraktion kommen, nämlich zur Fraktion der SPD, wenn es noch Fragen - - Ich frage ich mal in die Runde: Gibt es bei den anderen Fraktionen in öffentlicher Sitzung noch Fragen? - Noch mal eben in die Runde gucken. - Bei der Fraktion Die Linke gibt es noch Fragen. - Die Kollegin Warken meldet sich.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Ich würde nur anregen, dass wir uns vielleicht mal verständigen, wie wir jetzt den Rest noch strukturieren. Weil wir haben ja die Stenografen für die geheime Sitzung nur bis 12. Danach können wir ja noch unbegrenzt öffentlich weitermachen. Ob wir dann zwischendurch jetzt mal Geheim gehen wollen oder nicht oder was jetzt da - - Nur dass wir das im Auge behalten. Ich weiß nicht, ob wir dazu jetzt eine Beratungssitzung brauchen - -

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können wir jetzt kurz mal überschlägig hören, wer wie viele Fragen gestellt hat schon zeitmäßig?

**Nina Warken (CDU/CSU):** Nein, ich sage ja auch nicht, dass wir jetzt aufhören müssen, nur, wir müssen ja zwischendurch - -

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das kann das Sekretariat mal kurz sagen.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wir müssen jetzt - - Mir ist es egal. Wir können ja mit ihm hier noch öffentlich weitermachen, bis ihr fertig seid. Nur wir müssen ja bis 12 mit der geheimen durch sein. Da ist die Frage, ob wir jetzt unterbrechen oder ob wir das noch so fertigkriegen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das ist doch eine kluge Anmerkung.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Das haben wir ja auch so vereinbart. Wir können es auch machen, wie ihr es wollt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich frage jetzt mal in die Runde: Ich höre, dass die Koalitionsfraktionen im öffentlichen Teil keine Fragen

mehr haben. Wie viele hat denn noch die Opposition? Vielleicht kriegen wir das ja ungefähr - -

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Das hängt auch von den Antworten ab. Ich kann nur sagen: Ich habe keinen Bedarf für eine nichtöffentliche Sitzung zum Beispiel.

(Marian Wendt (CDU/CSU):  
Das ist doch die Frage!)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Genau. Hier auch nicht.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** In öffentlicher Sitzung habe ich schon noch ein paar Fragen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Bei der SPD: Besteht Bedarf an einer nichtöffentlichen Sitzung?

**Christian Flisek (SPD):** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nein. - Jetzt muss ich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch fragen, weil dann könnten wir entspannt mit den Oppositionsfraktionen weitermachen, mit ihren Fragen.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das könnten wir in jedem Fall tun, weil wir hier fragen, solange wir fragen wollen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber ich meinte ja, entspannt.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber um die gute Absicht zu dokumentieren, können auch wir auf den nichtöffentlichen Teil verzichten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ihr seid super.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann ist der Kollege Hahn jetzt in der nächsten Runde dran, ganz ungestört und entspannt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, ich wollte jetzt noch mal auf den letzten Punkt zurückkommen, den der Kollege von Notz gefragt hat. Weil Sie sprechen vom Frühsommer 2014, und da haben Sie den BND-Präsidenten gefragt: Ist da noch mehr, oder gibt es da noch was, was ich wissen müsste? Ist da noch was Problematisches? - Ich gebe das jetzt mal so sinngemäß wieder. Wie vereinbart sich denn das damit, dass der BND-Präsident im Oktober 2013 bei Herrn Pofalla war und ihm gesagt hat: „Botschaften, EU usw. steuern wir“, und Pofalla die Weisung gibt, das einzustellen? Und da wusste ja der BND-Präsident, dass es da noch was gibt. Und warum ist ihn das nicht gefragt worden?

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein, das ist ja in dem Gespräch erörtert worden, dass es damals eingestellt worden sei.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, aber es war ja noch gar nicht eingestellt.

**Zeuge Peter Altmaier:** So ist es.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Es ist ja im Frühjahr 2015 immer noch gesteuert worden.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, so ist es. Und es sind auch offenbar noch einzelne Selektoren auch nach meinem Besuch - - und gerade nach meinem Besuch noch Selektoren ausgesondert worden. So ist es. Und das habe ich beschrieben mit den organisatorischen und inhaltlichen Defiziten, die es gegeben hat. Die habe ich öffentlich klar benannt. Und ich möchte aber auch um Verständnis bitten, dass es nicht jetzt meine Aufgabe ist, darauf endlos rumzureiten. Ich habe ein Interesse an einem funktionierenden Bundesnachrichtendienst. Der Bundesnachrichtendienst macht eine hervorragende Arbeit. Das hier war eine Kiste, mit der ich nicht einverstanden war, und das haben wir geändert. Punkt.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, und wir wollen gerne wissen, wer wann was gewusst hat und vielleicht auch unterlassen hat.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Damit bin ich dann auch noch wieder bei der Abteilung 6. Sie haben vorhin gesagt, was vor der Zeit von Herrn Heiß war, und Sie haben gesagt, was er nicht beeinflussen konnte. Ich will wenigstens drei Punkte noch mal nennen, und daran schließt sich dann die Frage an, warum es keine Konsequenzen gibt.

Ich nehme mal den letzten Punkt: Es gibt eine Weisung - die wird erlassen -, die Sachen rauszunehmen, und das Ganze wird noch zum Teil anderthalb Jahre länger trotz Weisung des Chefs des Kanzleramts gesteuert. Warum hat niemand geprüft, dass das auch rausgenommen wird? Was hat Herr Heiß, der dabei war, getan, um festzustellen, ob die Weisung umgesetzt wird? Mein Verständnis ist: Wenn eine solche Weisung ergeht, frage ich spätestens nach zwei Monaten - das ist schon eine lange Zeit - nach: Habt ihr das getan? Ist das raus? Läuft da noch was? Das ist doch offenkundig zu keinem Zeitpunkt gemacht worden. Warum?

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, aber das müssen Sie doch mit Herrn Heiß diskutieren. Mir ist gesagt worden - und das war mein Kenntnisstand, auch noch im Gespräch mit Herrn Schindler -, dass die Weisung von Herrn Pofalla umgesetzt worden ist. Und damit war das Problem aus meiner Sicht gelöst. Dass die Weisung nicht komplett umgesetzt war, das haben wir hinterher erfahren. Und welche Maßnahmen und welche Schritte Herr Heiß dann in der Zwischenzeit unternommen hat, das müssen Sie mit ihm diskutieren. Für mich ist jedenfalls auch nachvollziehbar, dass ein Abteilungsleiter im Kanzleramt davon ausgehen kann, dass Weisungen, die er oder der Chef des Kanzleramtes geben, dann auch tatsächlich umgesetzt werden. Das ist das Mindeste, wovon man ausgehen muss. Ich bin den ganzen Tag mit Thematiken beschäftigt, wo ich Entscheidungen treffen muss, wo ich auch Weisungen geben muss - jetzt nicht im nachrichtendienstlichen Bereich - an andere Abteilungen und Referate im Kanzleramt, und ich gehe selbstverständlich davon aus, dass es umgesetzt wird, und tauche da nicht unangemeldet in den Büros auf und sage: Bitte zeigt mir mal, was ihr umgesetzt habt. - Dass man den Informationsfluss zwischen dem BND und dem



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Kanzleramt verbessern muss, das ist allerdings dann am 15. unabweisbar deutlich geworden, und deshalb haben wir dann auch dafür gesorgt.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Sie können sich ja vorstellen, dass wir Herrn Heiß danach gefragt haben. Und daher wissen wir ja, dass er nichts getan hat in dieser Sache. Und da ist für mich eben die Frage: Was heißt das für Sie als Chef Kanzleramt, wenn der zuständige Abteilungsleiter für Rechts- oder Dienst- und Fachaufsicht nichts tut in dieser Frage?

**Zeuge Peter Altmaier:** Die Frage ist doch: Hätte Herr Heiß mit dem, was er bis zum 13. oder 12. März 2015 wusste, Anlass haben müssen, nachzufragen und zu fragen: „Habt ihr es auch umgesetzt?“? Wenn der Präsident des BND jedenfalls mir gesagt hat, er hat es umgesetzt, und zwar im Jahre 2014, als ich ihn danach gefragt habe, dann kann ich doch - - Und dann ist die Frage: Hätte ich, als Herr Schindler mir sagte: „Es gab da mal ein Problem mit den Botschaften in Krisenregionen, und Herr Pofalla hat dann gesagt, wir sollen das ändern. Das haben wir geändert“, dann einen Anlass haben sollen, zu Herrn Heiß zu gehen und zu sagen: „Habt ihr das auch nachkontrolliert und nachgeprüft? Womöglich haben die mich angeschmiert?“? Ich hatte diesen Anlass auch für mich persönlich nicht gesehen; das sage ich Ihnen ganz offen.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Nun, nach allen Erfahrungen, die man vorher, in den Monaten vorher mit dem Bundesnachrichtendienst gemacht hat, wäre es vielleicht sinnvoll gewesen, das zu tun.

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein, meine Erfahrung, die ich über einen Zeitraum von insgesamt zehn oder elf Jahren in der Zusammenarbeit mit Herrn Schindler in unterschiedlichen Funktionen hatte, als Staatssekretär, als PKGr-Mitglied und als Chef des Kanzleramtes, waren sehr positive Erfahrungen. Ich habe Herrn Schindler nicht nur in der Vergangenheit geschätzt, ich schätze ihn auch heute noch und seine Person. In diesem einen Punkt sind die Dinge nicht gut gelaufen. Das ändert aber nichts daran, dass Herr Schindler in sei-

nem Wirken für die innere Sicherheit Deutschlands über viele, viele Jahre wirklich Gutes und Wichtiges geleistet hat.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, wenn Herr Schindler gehen musste, dann ist die Frage, warum der Abteilungsleiter immer noch da ist. Das ist der - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Nun haben Sie doch - Entschuldigung - - Nun machen Sie schon wieder eine Unterstellung. Ich habe vorhin eindeutig gesagt, dass über die Fragen, die dazu führen, dass ein politischer Beamter in den einstweiligen Ruhestand versetzt wird - - dass diese Gründe nicht angegeben werden, und zwar aus gutem Grund - das ist gesetzlich so vorgesehen -, und dass ich deshalb auch das gesagt habe, was für mich maßgeblich war, Herrn Kahl zu berufen, nämlich dass der BND damit eine Entwicklungsperspektive hat, auch an der Spitze, die für die Umsetzung der großen und wichtigen Herausforderungen notwendig ist.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Und das war Ihre - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Das habe ich Ihnen gesagt, und alles andere habe ich Ihnen gesagt. Was die Entlassung betrifft, das ist eine Frage, die nicht öffentlich zu diskutieren ist.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Und Herr Kahl war Ihre Idee, nicht die von Herrn Schäuble?

**Zeuge Peter Altmaier:** War meine Idee, ja. Das hat Herr Schäuble übrigens öffentlich selbst gesagt.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, das sagt ja nichts.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, ich kann es Ihnen aber sagen. Ich habe Herrn Schäuble am Rande einer Plenarsitzung darauf angesprochen, und Herr Schäuble war, glaube ich, zunächst von der Personalie selber auch überrascht, aber konnte meine Argumente sehr gut nachvollziehen. Und ich habe dann die Personalie auch in der Bundes-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

regierung abgestimmt, mit den übrigen zuständigen Ministern, mit der Bundeskanzlerin. Und das ist der Vorgang, wie Herr Kahl zum BND-Präsidenten wurde.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Wir haben vorhin ja noch - - von der Zeugenvernehmung von Herrn Fritsche noch kein Protokoll logischerweise. Mir ist bloß von der Erinnerung - ich versuche, das mal sinngemäß wiederzugeben -, dass er gesagt hat, er hat erst am 13.03.2015 erfahren, dass es so was gibt.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Wenn er das gewusst hätte, dass EU-Institutionen oder Ähnliches ausspioniert worden sind, dann hätte er das sofort unterbunden.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Und da frage ich jetzt noch mal: Sie haben gesagt, Frühsommer 2014, wo auch die beiden Gespräche stattgefunden haben mit Herrn Schindler - - Da war es von Beifang - - und da waren - - die anderen Sachen waren abgestellt, hatte Ihnen Herr Schindler dort gesagt. Auch das wusste Herr Fritsche nicht. Haben Sie damals über diese Situation mit Herrn Fritsche gesprochen, also nach den Gesprächen mit Schindler? Der ist ja eigentlich dazwischengeschaltet normalerweise. Haben Sie Herrn Fritsche - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, natürlich habe ich mit Herrn Fritsche gesprochen, und Herr Fritsche war auch, glaube ich, der Erste, der mich über das Thema informiert hat. Und danach haben wir dann mit Herrn Schindler gemeinsam darüber gesprochen. Und es gab ein zweites Gespräch; das habe ich mit Herrn Schindler alleine geführt. Aber das ist doch kein Gegensatz zur Aussage von Herrn Fritsche. Herr Fritsche hat Ihnen gesagt, dass er die Vorgänge der NSA-Selektorenliste und mit den darin befindlichen Selektoren, die gegen unser Prinzip verstoßen haben, erst erfahren hat am 15. März 2015, und über die BND-Selektoren, die noch nach der Anweisung von Herrn Pofalla weiterhin gesteuert wurden, hat er

noch viel später erfahren, genauso wie ich - da habe ich Ihnen ja gesagt, wann wir das Prüfergebnis hatten und dass ich dann eine 60-seitige Vorlage hatte, wo das im Einzelnen auseinandergesetzt war -, sodass die Aussage von Herrn Fritsche und die Aussage von mir nun wirklich, aber millimetergenau deckungsgleich sind. Herr Fritsche hat von der NSA-Selektorenliste zu diesem Zeitpunkt nichts gewusst, und ich habe davon auch nichts gewusst, und Herr Schindler sagt, auch er hat davon nichts gewusst.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Weiter müssten wir dann in der nächsten Runde fragen; denn ich glaube, zumindest die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat noch Fragen. Herr Kollege Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, Herr Altmaier, das wird ja immer bunter. Wir haben ja Herrn Schindler gehört, und zwar mehrfach. Und Herr Schindler hat erklärt, das, was ihm von seinem Bundesnachrichtendienst mitgeteilt worden ist vor dem Gespräch mit Herrn Pofalla, sei - ich lese Ihnen das jetzt hier mal vor - - Die kam auch nicht - - Wir haben ein Problem, hätten die gesagt, also seine Mitarbeiter, weil wir etwas - - Nein. Die haben nicht gesagt:

„Wir haben ein Problem, weil wir etwas Ungesetzliches machen ...“, sondern sie haben nur auf die Problematik hingewiesen, dass doch

- jetzt kommt das -

eine beachtliche Anzahl von EU- und NATO-Zielen gesteuert wird im Bundesnachrichtendienst und das unter dem Gesichtspunkt der politischen Äußerung der Kanzlerin möglicherweise ein Problem werden könnte.

So hat er hier ausgesagt. Und das entsprach auch dem, was ich vorher wusste.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Können wir die Quelle noch mal genau hören? Dann können wir mal nachblättern.

**Zeuge Peter Altmaier:** Kann mir das jemand mal vorlegen?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, was für ein Protokoll, welche Seite?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Protokoll, Seite 26 von 82.

**Zeuge Peter Altmaier:** Darf ich das mal sehen?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir probieren, es gerade herauszukriegen, aber die Vernehmung - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - 19. Januar 2017, 126. Sitzung.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Vor vier Wochen ungefähr!)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wenn Sie es haben als Fraktion, könnten Sie es ja dem Zeugen zur Verfügung stellen, weil wir suchen es gerade.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich wollte da noch was vorlesen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann kriegen Sie gleich unseres.

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt)

**Zeuge Peter Altmaier:** Wo steht das? Seite 26?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist 26 links, der vorletzte Absatz.

**Zeuge Peter Altmaier:** Moment.

(Der Zeuge liest in den ihm vorgelegten Unterlagen)

Wann soll das geschehen sein, an welchem Tag, in welchem Jahr?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war - - Also, es geht dann weiter, dass er das dann Herrn Pofalla mitgeteilt hat, also das kommt auf der nächsten Seite. Sehen Sie?

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und so haben - -

Und wie haben Sie es genau Herrn Pofalla berichtet?

Und dann sagt er, also in der Mitte auf der anderen Seite:

Ja, ich bin hingefahren und habe es ihm gesagt.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Oktober 2013!)

Das ist im Oktober vor dieser ganzen - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, ja, das kann ich natürlich aus eigenem Erleben jetzt nicht bestätigen. Das ist mir auch - - In dieser Form ist mir die Aussage nicht bekannt gewesen. Also hier steht ja, dass eine beachtliche Anzahl von EU- und NATO-Zielen - - Mir ist gesagt worden, von einigen Botschaften, insbesondere in Krisenregionen - das habe ich gewusst -, und dass es abgestellt ist. Und alles andere entzieht sich meiner Kenntnis.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Ich mache den Vorhalt trotzdem weiter. Dann soll dieses Gespräch mit Herrn Pofalla gewesen sein am - - Ende Oktober. Und da soll auch Herr Heiß dabei gewesen sein. Und daraufhin hätte Herr Schindler vorgeschlagen: „Wir nehmen das raus“, und da hätte Herr Pofalla gesagt: Ja, ja, das wird gemacht. So, das soll gemacht werden. - Und dann haben wir auch von Herrn Schindler gehört und auch von anderen, dass danach - - Aber man hat sich das nachher noch mal überlegt und hat einzelne Sachen wieder eingestellt in die Erfassung.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und jetzt - - So. Das war jetzt 2013, das, was ich Ihnen gerade vorgelesen habe. Und 2014 - so habe ich Sie jetzt verstanden -, im Sommer hat Herr Schindler Ihnen gesagt: Da ist nichts mehr. - So meine Zusammenfassung. - Sonst ist da nichts. - Nun kommen Sie wieder ein Dreivierteljahr später, im März 2015, 13. und 20. und so, dann geht das weiter. Also was sagen Sie denn dazu? Also kann - - Er hat Ihnen doch offensichtlich die Unwahrheit gesagt. - Also was gibt es daran noch runzuzuckeln? Wenn das stimmt, was Sie sagen, hat er die Unwahrheit gesagt. Und wir haben ihn dazu jetzt nicht befragt, weil wir ja nicht wussten, was Sie sagen.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja. Jetzt bitte ich - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre die Unwahrheit. Was kann eigentlich ein Präsident Schlimmeres machen, als seinem aufsichtführenden Minister im Kanzleramt so was falsch zu sagen? Gibt es noch ein größeres Vergehen?

**Zeuge Peter Altmaier:** Das kann ich Ihnen - - Also, ich werde mich nicht auf dieses Glatteis begeben, dass ich jetzt darüber urteile, ob Herr Schindler die Wahrheit oder die Unwahrheit gesagt hat. Ich habe mit ihm viele Jahre gut zusammengearbeitet. Und ich hätte mir selbstverständlich im BND einen anderen Umgang mit diesen Selektoren, eigenen und fremden, gewünscht, weil ich der Auffassung bin, dass spätestens mit der Aussage der Kanzlerin ein Grund vorhanden gewesen wäre, umfassend zu überprüfen, ob es Probleme gibt. Ich weiß aber nicht und kann es auch nicht einschätzen und nicht beurteilen, welche Überlegungen dazu im Dienst genau getätigt worden sind. Sie haben ja einige Zeugen auch vernommen, die damit befasst waren.

Das alles wurde aus meiner Sicht der politischen Bedeutung der Sache nicht gerecht. Und es war auch - - Unabhängig von der Ansage der Kanzlerin, Freunde hört man nicht ab, glaube ich, dass es auch vorher schon die eine oder andere Gelegenheit gegeben hätte, genauer hinzuschauen.

Und ich habe vorhin selber gesagt, dass für mich ganz entscheidend ist, wenn ich Selektoren steuere - und das ist nun mal nicht zu vermeiden, dass man das tut, wenn man Nachrichten gewinnen will -, dass man erstens sich darüber Rechenschaft abgibt, wen man steuert, und dass man dann auch dafür sorgt, dass es technisch entsprechend umgesetzt wird.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Peter Altmaier:** So. Und das habe ich klar benannt. Und ansonsten werden Sie mir kein Urteil zur Person des BND-Präsidenten entlocken, auch nicht zu seinen Vorgängern im Amte, weil ich glaube, dass der gegenseitige Respekt auch etwas wert ist. Ich will allerdings eine Sache auch deutlich sagen: Ich habe keinen Anlass, irgendwo auch nur zu vermuten, dass etwas geschehen ist, was strafrechtlich in dem Zusammenhang relevant wäre.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es kommt jetzt hier auf Wahrheit und Unwahrheit an.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sind Sie richtig informiert worden, als er Ihnen sagte - - Nein. Und ich kann nur sagen: Nein, Sie sind nicht richtig informiert worden.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, das ist ja alles wahr. Ich hatte in diesem Raum die Ehre, den sogenannten Wahllügenuntersuchungsausschuss im Jahre 2002, 2003 als Obmann zu begleiten. Und da ging es um die Frage, nur um das mal colorandi causa mitzuteilen, wann die Bundesregierung wusste, dass der Haushalt aus dem Leim gegangen war und dass die Verschuldung explodierte und wer es wem gesagt hat. Und dann hat Herr Eichel beispielsweise, der Finanzminister - - Dem hat der Staatssekretär berichtet, dass die Verschuldung enorm ansteigen wird, und dann hat man ihn gefragt: Und haben Sie dann darauf reagiert? - Und da sagte er: Nein, ich habe es nicht geglaubt. - So. Und dann habe ich den Bundeskanzler gefragt in diesem Raum, ich habe gesagt: Wie haben Sie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sich denn informieren lassen darüber - den damaligen Bundeskanzler -, wie sich die Staatsverschuldung entwickelt? - Und da guckte er mich an und sagte - also sinngemäß, ich kann es nicht zitieren aus dem Kopf - - nach dem Motto: Ich hatte damals Wichtigeres zu tun, als mich darüber alle paar Tage informieren zu lassen.

So. Das können Sie dann bewerten. Aber diese Bewertung kommt an Grenzen. Ich kann nur das bewerten, was ich selbst erlebt habe in meiner amtlichen Zuständigkeit als Kanzleramtsminister. Und da habe ich versucht, die Dinge so zu organisieren, dass Fehler korrigiert werden und dass Fehler in der Zukunft unwahrscheinlicher werden. Ob mir das gelungen ist, wird man in späteren Jahren vielleicht abschließend beurteilen können. Aber ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind. Und dass ich im Übrigen dann aber auch den erforderlichen Respekt vor ehemaligen und jetzigen Präsidenten des BND befehlige, kann man, glaube ich, nachvollziehen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt müssten wir mit der Fraktion Die Linke weitermachen, wenn noch Fragen im öffentlichen Teil bestehen.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja. Ich würde gern noch mal auf die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin kommen. Sie haben das vorhin selber ins Spiel gebracht. Sie haben gesagt, Sie sind da ja auch noch mit befasst gewesen. Und sie hat ja in der Regierungserklärung sich auch zu der Thematik geäußert. Nun will ich jetzt nicht im Detail wissen, wie das praktisch läuft, damit Sie nicht wieder den Kernbereich der exekutiven Eigenverantwortung irgendwie dort mit ins Spiel bringen. Aber ich könnte mir vorstellen, wenn man eine Passage zu Geheimdiensten schreibt und auch zu Dingen, die die Amerikaner tatsächlich oder vermeintlich gemacht haben, und man will sich da positionieren, dass die Bundeskanzlerin sich nicht mit einem Stift hinsetzt und das aufschreibt, sondern dass es da Leute gibt, die da auch zuarbeiten. Und ich könnte mir vorstellen, wenn man Aussagen zur NSA trifft oder gegenüber der amerikanischen Regierung, dass da neben dem Kanzleramtschef auch der BND-Präsident oder der zuständige Abteilungsleiter 6 im

Kanzleramt vielleicht Hinweise geben oder Vorschläge machen, wie man das formulieren könnte.

Worauf ich hinauswill, ist: Da die Kanzlerin ja in ihrer Regierungserklärung im Kern erstens die Vorgänge kritisiert hat und auch noch mal gesagt hat, dass man das eigentlich nicht macht unter Freunden oder Partnern, wie auch immer - - Wenn jemand von denen, die ich jetzt genannt habe, dabei gewesen sein sollte, wäre das nicht spätestens der Moment gewesen, wo entweder der BND-Präsident oder Herr Heiß, die ja wussten, dass der BND das macht - deshalb waren sie ja bei Pofalla -, der Kanzlerin hätten sagen müssen: „Das kann so nicht bleiben“, oder: „Da gibt es ein Problem“, wie Herr Schindler hier formuliert hat, um die Kanzlerin davor zu bewahren, etwas zu wiederholen, wo sowohl die deutschen Nachrichtendienste wie auch die Amerikaner vermutlich wussten, dass der BND das genauso macht?

**Zeuge Peter Altmaier:** Also, ich bin ja gar nicht in der Verlegenheit, jetzt vertrauliche Meinungsbildungsprozesse schildern müssen; denn die Regierungserklärung ist ja öffentlich abgegeben worden. Und die Passagen, um die es geht, standen auch in allen Zeitungen, waren, glaube ich, sogar einer der Hauptpunkte, die öffentlich transportiert wurden. Deshalb hätte selbstverständlich jemand, der über die Vorgänge informiert war und wusste, dass es Selektorenlisten usw. gibt, auch zu dem Zeitpunkt durchaus sagen können: Da haben wir noch ein Problem, und da müssen wir noch handeln. - Das ist mir gegenüber nicht erfolgt und auch noch ein ganzes Jahr lang nicht erfolgt. Und über die Gründe und die Ursachen, wie das gekommen ist, haben wir ja ausführlich schon geredet.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Meine Frage war ja eher tatsächlich, wie eine solche Ausarbeitung stattfindet.

**Zeuge Peter Altmaier:** Die Regierungserklärung ist eine sehr persönliche Erklärung der Bundeskanzlerin. Sie verantwortet den Text, und der Text, den sie vorträgt, erfährt einen Prozess des



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Werdens und des Entstehens. Aber den hier öffentlich zu schildern, ist, glaube ich, -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Zumindest nicht untersuchungsgegenständlich.

**Zeuge Peter Altmaier:** - das, was gerade schon einen Schritt zu weit geht im Bereich der exekutiven Eigenverantwortung.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Also dass da ein Prozess des Werdens und Entstehens ist, glaube ich gerne.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich habe ja konkret gefragt, ob der BND-Chef oder der Abteilungsleiter 6 in dieser Frage beteiligt waren.

**Zeuge Peter Altmaier:** Das weiß ich nicht.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Und da ist dann meine Frage: Hätten Sie die Kanzlerin nicht informieren oder wenigstens ihr sagen müssen, was Sie wissen zu diesem Fall?

**Zeuge Peter Altmaier:** Noch mal: Ich weiß nicht, ob Herr Heiß oder Herr Fritsche an der Entstehung der Passage beteiligt waren. Und selbst wenn es so gewesen wäre, was ich, wie gesagt, nicht weiß, dann hätten sie ja nur dann Anlass gehabt, etwas zu sagen, wenn sie etwas gewusst hätten von den Praktiken. Und sowohl Herr Fritsche wie Herr Heiß wie Herr Schindler haben vor diesem Ausschuss eindeutig und ganz klar gesagt, dass sie erst im Jahre 2015 davon erfahren haben.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Entschuldigung, Herr Minister, Kollege Ströbele hat Ihnen gerade vorgelesen, dass Schindler von diversen Zielen gegen EU, NATO usw. im Oktober 2013 berichtet hat. Und Herr Heiß saß dabei.

**Zeuge Peter Altmaier:** Und Herr Schindler hat gesagt: Das ist abgestellt worden.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Nein, da gab es eine Weisungslage, die - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Er hat doch berichtet - das hat auch Herr Ströbele im Nachgang noch vorgelesen -, dass die Runde, die zusammensaß, dann zum Ergebnis kam, dass man das ändern möge, und dass Herr Pofalla dann angewiesen hat, diese Praxis zu beenden.

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja!)

So. Und von diesem Zeitpunkt an gab es keinen Hinweis darauf, dass irgendwo eine Selektorenliste existiert, in der sich Ziele von EU-Mitgliedern, NATO-Partnern usw. befinden, die nicht abgehört werden dürfen, sondern das ist erst wieder akut und aktuell geworden im Jahre 2015.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Also selbst mal unterstellt, es wäre tatsächlich die Weisung umgesetzt worden und abgestellt worden, hätte man dann nicht vielleicht doch mit einer anderen Attitüde dort rangehen müssen, wenn man weiß, wir haben es bis vor wenigen Wochen noch selbst gemacht, auch wenn es abgestellt ist? Man hat es ihr ja offensichtlich nicht gesagt, obwohl Herr Heiß es wusste.

**Zeuge Peter Altmaier:** Also, noch einmal: Ich habe den Prozess dieser Rede inso - - was die Einbindung der einzelnen Abteilungen angeht, kann ich Ihnen nicht schildern. Und das ist eine Frage, die müssen Sie mit Herrn Heiß oder mit Herrn Fritsche diskutieren, aber nicht mit dem Kanzleramtsminister.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Das Thema Ramstein hat vorhin eine Rolle gespielt; das ist der letzte Komplex oder Punkt, den ich ansprechen möchte. Sie sagen immer - jetzt nicht nur Sie; da meine ich jetzt die Bundesregierung -: Wir haben da mal nachgefragt, und die haben uns eine Information gegeben oder auch nicht oder auch nicht so richtig. - Es steht ja der Verdacht im Raum, dass Tötungen über Ramstein laufen als Relaisstation. Und die Aussage war hier: Keine der Drohnen in bestimmten Bereichen könnte das Ziel finden, wenn nicht Ramstein existieren würde als Relaisstation. - Wäre es da



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht die Pflicht der Bundesregierung, dort einmal nachzuschauen, hineinzugehen, was dort los ist, zu prüfen, was tatsächlich passiert, wenn über Jahre ein solcher Vorwurf im Raum ist, der ja vom Grundsatz her richtig ist, wie wir seit einigen Tagen wissen, dass es eine Relaisstation ist? Warum hat die Bundesregierung zu keinem Zeitpunkt sich selbst ein Bild gemacht, was in Ramstein passiert?

**Zeuge Peter Altmaier:** Nun müssen wir aber, glaube ich, mal exakt bleiben. Der Umstand, dass eine Station eine Relaisstation genannt wird, sagt nichts aus über die Frage der völkerrechtlichen und der strafrechtlichen Bewertung, auch nicht darüber etwas aus, ob dort jemand sitzt, der Tötungen vornimmt oder der sie möglich macht oder wie auch immer. Und ich habe Ihnen vorhin, glaube ich, auf Ihre Frage oder die eines Kollegen gesagt, dass ich keinerlei belastbare Hinweise darauf habe, dass dort Dinge gemacht werden, die mit den Vereinbarungen, die wir mit den Amerikanern über Ramstein haben, unvereinbar wären.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** War nie einer drin von Ihnen.

**Zeuge Peter Altmaier:** Im Übrigen war das eine Frage - da bitte ich herzlich um Verständnis -, die bei mehreren Gelegenheiten an unterschiedliche Ressorts in der Bundesregierung herangetragen worden ist und auch beantwortet worden ist.

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau!)

Und ich habe diesen Antworten nichts hinzuzufügen. Ich habe keinerlei darüber hinausgehende Kenntnisse, vor allen Dingen keinerlei Kenntnisse, die dazu führen müssten, dass ich von mir aus in dieser Frage irgendwelche Schritte unternehme.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Das ist über Jahre geleugnet worden, dass es eine Relaisstation ist. Jetzt gibt man es zu. Aber keiner war drin; nie-

mand von der Bundesregierung hat sich das angeguckt, kein Staatsanwalt, keiner hat die Sache kontrolliert. Warum?

**Zeuge Peter Altmaier:** Also der Kanzleramtsminister ist ja mit vielen Dingen beschäftigt, aber ich kann doch nicht die Motivationslage von Staatsanwälten nachvollziehen.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Nein. Es gibt ja einen Vertrag, dass die da nicht reindürfen offenbar; der kommt aus dem Kanzleramt.

**Zeuge Peter Altmaier:** Tja.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Das müssen Sie ja wissen, nicht ich.

**Zeuge Peter Altmaier:** Also, ich kann Ihnen zu der Frage nicht mehr sagen, als ich Ihnen gesagt habe. Und für mich gehört auch sozusagen zu meinen Verpflichtungen, dass ich, wenn ich irgendwo belastbare Indizien habe, dann versuche, diesen Dingen nachzugehen. Und ich habe in meiner Amtszeit keine neuen Indizien erfahren. Ich habe die Unterlagen gesehen, die sich auf Ramstein beziehen, die ich in öffentlicher Sitzung nicht gerne zitieren möchte; aber Sie kennen den Inhalt auch und wissen, dass ich Ihnen das nur vorlesen würde. Und ich habe die Beantwortung von Anfragen durch die Bundesregierung zur Kenntnis genommen. Ich habe mir alle Unterlagen, die ich habe, angeschaut. Das Ergebnis ist so, wie ich es Ihnen vor zwei Stunden etwa schon einmal dargelegt habe.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut, herzlichen Dank. - Dann sind wir jetzt wieder bei der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. - Herr Minister, ich wollte noch mal ganz kurz auf die Stelle Bezug nehmen, die der Kollege Ströbele eben angesprochen hat. Das ist ja völlig richtig, und wir können Sie nur befragen zu dem Kenntnisstand, den Sie haben; aber es ist natürlich für die Frage, seit wann das Bundeskanzleramt als Behörde praktisch von den Problemen des Bundesnachrichtendienstes



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wusste, schon relevant, was der Zeuge Schindler da aussagt in Gegenwart von Herrn Heiß auch gesagt zu haben. Sie können aber noch mal - - Deswegen frage ich Sie jetzt das noch einmal explizit: Herr Heiß hat Sie über das, was Herr Schindler da sagt, so nicht informiert?

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Ich habe noch mal eine Frage zu der Konstruktion Graulich, wie das hier vorhin gesagt wurde, und zu der Frage, was er eigentlich überprüft hat bei den NSA-Selektoren. Jetzt haben wir hier mehrfach gehört, dass es eine ganze Reihe von gesteuerten Selektoren der NSA gab, die man eben nicht lesen konnte, also wo keine Erklärung stand, aber die man auch so nicht richtig lesen konnte. Haben Sie eine Einschätzung, wie viele Selektoren das waren, die man nicht lesen konnte? Weil in dem Graulich-Bericht findet man das so nicht. Der hat sich ja 40 000 Stück angeguckt.

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein, dazu habe ich keine Einschätzung, weil meine Beschäftigung mit den Selektoren zwar eine umfangreiche war; aber es ist auch nicht sozusagen meine Aufgabe, jeden einzelnen Selektor zu überprüfen. Ich habe mir die Liste, diese 2 000er-Liste, die allererste, sehr intensiv und genau angeschaut und im Übrigen dann dafür gesorgt, dass die Abteilung 6 im Kanzleramt die Aufklärung vorangetrieben hat; darüber wurde ich auch informiert. Aber zu dem Komplex, den Sie hier vortragen - - Ich schließe nicht aus, dass ich darüber schriftlich informiert worden bin; ich weiß es aber nicht mehr aus aktuellem Wissen. Deshalb kann ich das nicht beantworten.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das verstehe ich, wollte nur noch mal Bezug darauf nehmen, warum ich finde, dass das ein schwieriger Vorgang ist, und warum wir diesem Verfahren, praktisch dann einen Mittler einzuschalten, um die parlamentarische Kontrolle auszuüben - - warum wir die kritisch sehen.

Wenn wir uns die Selektorenzahlen angucken im Verlauf der Zeit, dann sind da Millionen von Selektoren irgendwie verschwunden. Also die sind - - Am Anfang wurden ganz viele gesteuert, und dann verschwanden - - halbierten sich irgendwie die Zahlen. Und am Ende hat sich Graulich 40 000 Stück angeguckt, und die konnte er offenbar lesen. Es geisterte mal so eine Zahl durch den Raum, dass ein Drittel der von den USA gesteuerten Selektoren, weil es Messenger-Dienste betraf, weil es irgendwie verhashte Selektoren waren oder so - - dass man die eben nicht lesen konnte. Und da stellt sich eben die Frage im Hinblick auf die Aussagekraft des Graulich-Berichts, ob man hier eben tatsächlich nur einen sehr eingezirkelten kleinen Kreis von Selektoren gesehen hat, wo doch Millionen von anderen nicht da sind.

**Zeuge Peter Altmaier:** Es ging ja um die problematischen Selektoren.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Peter Altmaier:** Und dort gibt es in der Tat unterschiedliche Zahlenangaben, die aber zu einem erheblichen Teil auch etwas zu tun haben mit den sogenannten Permutationen; darüber sind Sie, glaube ich, auch ausführlich unterrichtet worden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Peter Altmaier:** Es gibt darüber hinaus weitere Gründe, warum sich die Zahlen unterscheiden. Und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, als ich mich dann über die unterschiedlichen Listen und die unterschiedlichen Inhalte gebeugt habe, dass das auch nicht einfach nachvollziehbar war. Ich glaube aber - das ist meine politische Bewertung -, dass das nicht in böser Absicht erfolgt ist, sondern dass es einfach so war, dass der Umgang mit diesen Selektoren in einer unzureichenden Art und Weise organisiert war und dokumentiert war. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass es verändert worden ist. Ich wiederhole noch einmal: Für mich ist ganz ent-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

scheidend, dass der Dienst weiß, welche Selektoren er steuert, und dass es auch politisch vertretbar sein muss, die Selektoren zu steuern.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das teile ich absolut. Und wenn das ein Erfolg dieses Untersuchungsausschusses ist, dass das jetzt zukünftig so gehandhabt wird in Deutschland - da stimme ich Ihnen völlig zu, Herr Minister -, dann ist das ein Erfolg. Trotzdem stellt sich ja im Hinblick auf die Kooperation mit den USA oder den Five Eyes insgesamt die Frage: Was passiert eigentlich außerhalb von Deutschland? Also, die NSA hat ja, glaube ich, Dutzende solcher Kooperationen wie mit Deutschland. Und an all diesen anderen Knotenpunkten, an denen Ihre E-Mails und meine E-Mails und die Telefonate von Herrn Wolff und Ihnen und was weiß ich nicht alles auch vorbeilaufen, da sortiert ja niemand die +49-Nummern raus.

Deswegen die Frage: Gab es eine Diskussion im Bundeskanzleramt, dass man am Ende des Tages natürlich auf deutschem Boden versucht, sich an deutsches Recht irgendwie zu halten - mehr schlecht als recht, muss man rückschauend sagen; zukünftig hoffentlich besser -, aber eben im Rest der Welt die NSA sich um deutsches Recht überhaupt nicht schert und man deswegen in einem, sage ich mal, Gesamtmechanismus der Überwachung mitwirkt, bei dem deutsche Grundrechte, deutsche Rechtsinteressen milliardenfach jeden Tag verletzt werden? Hat man das diskutiert?

**Zeuge Peter Altmaier:** Es ist, glaube ich, ein nicht zu bestreitender Tatbestand, dass ausländische Nachrichtendienste in der Wahl und Anwendung ihrer Methoden, wenn sie im Ausland tätig sind, schwer zu kontrollieren sind, zumal dann, wenn sie uns nicht alles erzählen, was sie tun. Da müssen Sie gar nicht mal mehr nur nach USA schauen, da gibt es vermutlich ganz andere Nachrichtendienste aus ganz anderen Ländern, wo ich nicht weiß, ob die Grundrechte deutscher Grundrechtsträger in jedem Einzelfall respektiert werden, um das mal vorsichtig auszudrücken.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber mit denen kooperieren wir halt nicht.

**Zeuge Peter Altmaier:** Doch, wir kooperieren mit sehr vielen Nachrichtendiensten.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, gut.

**Zeuge Peter Altmaier:** Da haben wir auch schon mal drüber gesprochen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir.

**Zeuge Peter Altmaier:** Wir kooperieren natürlich mit Nachrichtendiensten befreundeter Staaten und Demokratien. Aber wir kooperieren auch mit Nachrichtendiensten aus Ländern, die keine Demokratien in unserem Sinne sind, weil es im Interesse der Sicherheit unseres Landes absolut notwendig ist. So. Und wir versuchen, die Interessen unserer Bürgerinnen und Bürger zu schützen, wo immer wir können. Aber wir haben keine Ahnung und keine Kontrollmöglichkeit, wenn andere Nachrichtendienste in anderen Ländern -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das - - Ja - -

**Zeuge Peter Altmaier:** - Kommunikation ausleiten, die auch deutsche Staatsbürger betrifft. Nur - und das möchte ich dann auch mal sagen -, ich habe mich mit dieser ganzen Kooperation und auch mit der Tätigkeit der Nachrichtendienste doch etwas intensiver beschäftigen müssen. Und mein Eindruck ist, dass das, was dort gemacht wird, der Informationsgewinnung dient und der Bekämpfung von Gefahren des Terrorismus und der Proliferation. Manches, was ich gesehen habe, erschließt sich mir in seiner Sinnhaftigkeit nicht. Aber ich glaube, dass jedenfalls von Ländern wie den USA, Großbritannien, Frankreich, Italien keine gezielt kriminellen Tätigkeiten gegen deutsche Staatsbürger ausgehen, -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wollen wir schwer hoffen.

**Zeuge Peter Altmaier:** - sondern dass es sich um Informationsgewinnung handelt, die wir nicht in



## Nur zur dienstlichen Verwendung

jedem Einzelfall billigen können, aber die insgesamt im Wesen der Nachrichtendienste begründet liegt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Herr Altmaier, ich bin auch wirklich jemand, der das hier gerne wiederholt, dass wir natürlich Kooperationen auch brauchen und dass man auch Dienste braucht; das ist alles völlig unstrittig. Die Frage ist eben: Ist das am Ende des Tages eine formaljuristische Definition, wenn man eben sagt: „Ja, gut, es sind eben nicht Milliarden“ - wobei ich da auch noch einige Fragezeichen habe bei dieser Geschichte -, „nicht Milliarden von Daten täglich, die vom Frankfurter Knotenpunkt deutsche Grundrechtsträger verletzen, aber wissen wir nicht, dass sozusagen in dieser Überwachungsmühle, die insgesamt läuft, jeden Tag milliardenfach deutsche Grundrechtsträger verletzt werden“? Und sozusagen stellt einen das nicht tatsächlich auch vor ein Problem bei der Kooperation, die man betreibt, und auch bei den Informationen, die man von diesen Diensten annimmt?

Jetzt sagen Sie immer - das haben hier auch alle BNDler immer gesagt -: Terrorismus. Terrorismus ist ja ein gutes Argument für vieles, und Proliferation ist es auch. Aber Terrorismus, das sind noch nicht mal 10 Prozent aller Selektoren. 90 Prozent betreffen vollkommen andere Sachen; bei uns übrigens auch, wenn ich das richtig - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Noch mal: Wir arbeiten im Bereich Terrorismus und in den anderen Bereichen, die Sie genannt haben, zusammen, weil es im Interesse Deutschlands und seiner Sicherheit liegt, -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Peter Altmaier:** - diese Zusammenarbeit zu machen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber die 90 Prozent der anderen Selektoren, Herr Minister.

**Zeuge Peter Altmaier:** Wenn ein ausländischer Nachrichtendienst irgendwo im Ausland einen deutschen Staatsbürger mit einem Selektor steuert und daraufhin Kommunikation abfängt, dann ist das nach deutschem Recht strafbar. Man muss es nur wissen, dass es geschieht und wo es geschieht, und dann muss man den Verantwortlichen noch bekommen können, weil er sich in aller Regel nicht in Deutschland aufhält, sondern irgendwo auf der Welt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur, da haben Sie ja eine Liste mit 40 000 Selektoren, die Ihnen das beweisen. Ja?

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein. Entschuldigung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ich habe sie nicht gesehen. Also insofern - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, gut, dann sind wir uns wieder einig.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie können jetzt sagen, dass das nicht so ist?

**Zeuge Peter Altmaier:** Dann sind wir uns wieder einig.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber - - Also dieses Liste gibt es ja, dass eben - - Und dieses System, -

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein, nein, das ist - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - das haben wir hier nun lange betrachtet die letzten Jahre. Dieses System funktioniert eben global. Die USA machen sich nicht großartig die Mühe, die Nummer der Bundeskanzlerin aus den Selektorenlisten rauszufischen.

**Zeuge Peter Altmaier:** Aber ich will das, Herr von Notz, noch mal sagen - vielleicht war ich da nicht deutlich genug -: Es war auch den Amerikanern bekannt und mit den Amerikanern besprochen, dass wir die Selektoren, die wir bekommen, überprüfen im Hinblick auf deutsche



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Grundrechtsträger und dass die selbstverständlich nicht gesteuert werden. Und insofern ist deutsches Recht in diesem Punkt beachtet worden. Die Amerikaner haben uns überhaupt nicht verpflichtet, irgendetwas zu steuern. Wir hätten auch die Selektoren, um die es dann im Graulich-Bericht ging von europäischen Partnern usw., die hätten wir auch jederzeit rausnehmen können. Wir waren nicht verpflichtet, die zu steuern. Nur haben wir in der politischen Führung eben davon erst Kenntnis bekommen im März 2015 und dann gehandelt. Und wenn wir es früher gewusst hätten, dann hätten wir früher gehandelt.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, nur die Amerikaner haben natürlich die deutschen Nummern gesteuert und haben gesagt: Filtert sie halt raus.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das hat halt schlecht funktioniert.

**Zeuge Peter Altmaier:** Es hat unterschiedlich funktioniert. Wenn Sie - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Bei paketvermittelten - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Sie haben ja vorhin zum Beispiel „Eikon“ angesprochen. Da wissen Sie, dass die Probleme, die es gab, dann auch dazu geführt haben, dass Dinge beendet worden sind.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, da hat man nachher die Filter so hart eingestellt, dass gar nichts mehr durchgegangen ist. Dann wurde die Kooperation beendet. Genau. Aber danach hat man eben eine neue gemacht, und das lief eine ganze Zeit lang sehr gut. Und bei der Paketvermittlung - ich sage es jetzt mal etwas blumig - glaube ich inzwischen aufgrund der Aktenlage, dass die Filter nie funktioniert haben und dass das genau das Problem war, das Kernproblem, dass eben bei den paketvermittelten Verkehren die Filter dann eben nicht funktioniert haben.

Aber ich will noch einmal Bezug nehmen auf diese Frage - weil ich das interessant fand; ich habe vorhin genau zugehört, als Sie das mit Herrn Flisek bewegt haben - der zukünftigen parlamentarischen Kontrolle und der kulturellen Unterschiede mit den USA, die es gibt. Das sehe ich nämlich ganz ähnlich. Ich glaube, da könnte man sich tatsächlich eine Scheibe abschneiden. Nur, wenn Sie in die USA gehen und mit denen reden, dann sagen die, bei ihnen muss die parlamentarische Kontrolle stärker werden - sie muss stärker werden. Und das Hauptproblem, was die Amerikaner so kommunizieren - wie sie es zumindest gegenüber Abgeordneten sehen -, ist, dass hier diese Darstellung der Exekutive gegenüber der Öffentlichkeit natürlich auch viel damit zu tun hatte, dass man es den Parlamentariern nicht erzählt hatte, was man macht. Man hat ja die parlamentarischen Kontrollgremien belogen eigentlich zehn Jahre lang. Und dadurch war - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Wo? Bei uns, oder wo?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei uns, ja.

**Zeuge Peter Altmaier:** Wer hat die belogen?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Verschiedene Vertreterinnen und Vertreter der Exekutive, beginnend im Jahr 2002/2003. Also es hat nichts mit politischer Couleur zu tun, aber nicht - - Man hat - - Und der BND hat das ja mehrfach auch aufgeschrieben und hat gesagt: Wenn das rauskommt, dann ist der Arsch ab, ja, dann ist sozusagen - - dann ist der Verlust des Vertrauens final da. Das hat man schwarz auf weiß eben reingeschrieben, weil man wusste das.

So. Und was ich jetzt sagen will: Diese Arkanstaatlichkeit, die ein Teil unseres Problems ist, die ist schon was typisch Preußisches und eher nichts US-Amerikanisches. Und deswegen: Ich stimme Ihnen völlig zu: Es darf nicht so viel durchgestochen oder es darf eigentlich überhaupt nicht durchgestochen werden. Natürlich gibt es einen Anspruch darauf, dass rechtswidrige Vorgänge transparent werden. Aber da kann man sich bei den USA halt auch was abschneiden. Der Folterbericht, den Frau Feinstein da öffentlich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gemacht hat: Das möchte ich einmal in Deutschland erleben, dass das Parlament sich so durchsetzt in so einer Frage.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir foltern erst gar nicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bitte?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir foltern erst gar nicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wir foltern erst gar nicht, genau. Ja, da ist sie wieder: die Selbstgerechtigkeit diesseits des Atlantiks, Patrick, die man da drüben so schätzt.

Aber ich sage das jetzt mal perspektivisch im Hinblick auf den neuen Präsidenten und seine offensichtliche Agenda - aus der er keinen Hehl macht -, die Europäische Union zerlegen zu wollen, und seiner nicht sehr liebevollen Beziehung zu Frau Merkel: Wird das diskutiert, was man jetzt zukünftig mit dieser Kooperation macht?

**Zeuge Peter Altmaier:** Also, erstens gibt es unter den Entscheidungen der neuen Administration in den USA ja auch zumindest eine, von der wir uns öffentlich distanziert haben; das hat nichts mit Nachrichtendiensten zu tun. Aber ich glaube, dass wir die transatlantische Freundschaft dann am besten instand halten, wenn wir auch ehrlich miteinander sprechen. Und dort, wo es unterschiedliche Wertungen gibt, muss das zur Sprache kommen.

Bei den Nachrichtendiensten habe ich bislang - das sind allerdings laufende Vorgänge, nicht erfasst von Ihrem Untersuchungsauftrag; ich sage es aber trotzdem - aus den Kontakten, die zwischen den neuen Verantwortlichen dort und unseren Verantwortlichen geführt worden sind, keinen Grund, irgendetwas infrage zu stellen. Wir sind weiterhin an einer sehr engen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Ihnen bekannten Prinzipien, die wir vertreten, interessiert.

Und was den Umgang mit dem Muslim Ban angeht, da kann man aber dann schon sehen: Das ist ja ein Dekret, das erlassen worden ist, aber als dann das Gericht gesagt hat: „Wir setzen die Anwendung aus“, und es dann auch noch in der Beratungsinstanz bestätigt worden ist, ist es nicht mehr angewendet worden. Und das unterscheidet die USA dann immer noch von vielen anderen Ländern, dass sie eben ein Rechtsstaat sind, wo in letzter Instanz die Gerichte entscheiden -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es.

**Zeuge Peter Altmaier:** - und nicht die politischen Mehrheiten.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. So ist es.

(Nina Warken (CDU/CSU):  
Habt ihr noch Fragen, die  
im Untersuchungszeitraum  
liegen?)

- Vielen Dank, sehr aufmerksam. - Ja, ich habe noch eine Frage zu diesem Untersuchungszeitraum, und zwar über das Gerichtsurteil, was wir hier schon miteinander bewegt haben und bei dessen Auswirkungen ich mir nicht so sicher bin, Herr Altmaier, ob wir uns darüber gemeinsam als Parlamentarier, die wir sind, aber selbst als Exekutive freuen sollten.

Ich lese Ihnen mal die Seite 25 von 29 Seiten dieser Entscheidung des Zweiten Senats vor. Da steht - ich zitiere -:

Der „Third Party Rule“ wird als Auskunftsverweigerungsgrund gegenüber Strafverfolgungsbehörden und Gerichten Bedeutung beigemessen ...

Dann folgen Zitate.

Ob dieser Grundsatz nachrichtendienstlicher Zusammenarbeit auch gegenüber Kontrollorganen des Parlaments und selbst gegenüber Aufsichtsbehörden gilt ...



## Nur zur dienstlichen Verwendung

- wieder Zitate -,

bedarf keiner abschließenden Bewertung. Denn jedenfalls im vorliegenden Zusammenhang ist der bekundete Wille der herausgebenden Stelle maßgeblich. Sie bestimmt, wen sie als „Dritten“ ansieht.

Ich sage Ihnen mal: Der Bundesnachrichtendienst liest das und sagt, er muss noch nicht einmal der Fach- und Rechtsaufsicht sagen, was er tut. Und ich garantiere, dass uns - -

**Zeuge Peter Altmaier:** ... (akustisch unverständlich)

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, wenn Sie es anders interpretieren! Ich kann es Ihnen auch noch mal geben. - Aber ich glaube, dass das von den Auswirkungen her verheerend ist im Hinblick auf die parlamentarische Kontrolle, und ich glaube, dass selbst die Fach- und Dienstaufsicht durch diesen sehr lässig dahingeschriebenen Absatz geschwächt ist. Und ich bin mal sehr gespannt, wie das zukünftig im Haus interpretiert wird. Vielleicht haben Sie ja schon mal eine Anfrage gestellt, wie der BND das gedenkt zu interpretieren, wenn er bestimmt - die herausgebende Stelle -, wer Dritter ist und ob nicht eventuell sogar die Bundesregierung selbst das sein kann.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber, lieber Kollege, das wären Teile von Beratungssitzungen oder gegebenenfalls von gerichtlichen Klärungen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, vorhin waren Sie so interessiert, als Herr Flisek diese rechtlichen Überlegungen mit Herrn Altmaier angestrengt hat.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich habe da auch schon Beratungssitzungen in den Raum geworfen. Ich finde es auch spannend rechtlich - unstrittig. Der Zeuge kann auch gern was dazu sagen - wir sind immer an Rechtsexegese interessiert -, nur, es ist nicht Teil einer Zeugenbefragung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Kollege Ströbele hat noch - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Es ist nicht Teil der Zeugenbefragung. Es ist im Übrigen auch eine vom Kollegen von Notz, der ja nun selber auch ein guter Jurist ist, sehr weit gehend, extensiv vorgenommene Interpretation, die ich mir so natürlich nicht zu eigen mache.

Im Übrigen: Ich habe ja damals wirklich vergeblich meinen ganzen politischen Charme investiert, um die Opposition für diese Konstruktion zu gewinnen, und das ist mir damals nicht gelungen. Dafür haben wir jetzt aber ein Urteil, was - jedenfalls aus Sicht der Bundesregierung - es ermöglicht, das Staatsinteresse und das Sicherheitsinteresse zu gewähren.

Aber ich biete ausdrücklich an, dass man sich dann auch noch in Zukunft Gedanken macht, wie man bei ähnlichen oder anders gelagerten Fällen Wege der Zusammenarbeit entwickeln kann, die auch dazu beitragen, dass die Opposition sich diesem neuen Instrumentarium mit Freude und mit Erfolg nähert.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt blicke ich mal auf die Uhr, weil wir ja noch einen Zeugen haben. Gibt es denn noch Fragen im öffentlichen Teil?

(Hans-Christian Ströbele  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber natürlich!)

- Ja, gut. Wir müssen nur gucken, wie wir das dann mit dem noch übrigen Zeugen machen. Herr Kollege Ströbele.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich darf jetzt endlich mal so lange fragen wie die Kollegin Warken. Das muss ich doch ausnutzen.

(Zurufe von der CDU/CSU -  
Gegenruf des Abg. Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum seid ihr so ungeduldig?)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Also, ich fange mal an. - Herr Altmaier, im Anschluss an viele Diskussionen, die jetzt schon gewesen sind, interessiert mich noch mal: Sie haben ja gesagt, Sie wollen jetzt über einzelne Gespräche mit der Kanzlerin nicht reden, also das hier nicht darstellen. Deshalb frage ich mal andersrum: Ab wann wusste die Kanzlerin nach Ihrer Kenntnis, dass - jetzt in Anführungsstrichen - ihr Dienst, der Bundesnachrichtendienst, doch Freunde ausspioniert, was eigentlich gar nicht geht? Was können Sie dazu sagen?

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich würde - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ab wann wusste sie das?

**Zeuge Peter Altmaier:** Herr Ströbele, ich würde vorschlagen, dass Sie diese Frage der Kanzlerin stellen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das tue ich sowieso.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja. Dann ist ja alles gut.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da können Sie sicher sein.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also Sie wollen das nicht sagen. Sie können doch sagen: Ab dann war das bei uns insgesamt - - Sie brauchen ja gar nicht sagen, wer ihr das gesagt hat.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich bin überzeugt, dass die Kanzlerin Ihre Neugierde umfassend aufklären und befriedigen wird.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, aber dass sie vielleicht geäußert hat: „Jetzt kann ich das ja nicht mehr sagen“, oder irgendwas, was auch für den Dienst und für ihre Arbeit von Bedeutung gewesen ist.

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein, Entschuldigung. Die Kanzlerin - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich nehme mal an, die Kanzlerin liest auch Zeitung.

**Zeuge Peter Altmaier:** Also: Ich weiß ja nicht, was die Kanzlerin im Ausschuss sagen wird; aber aus den Gesprächen, die ich mit der Kanzlerin geführt habe, weiß ich, dass sie von der Richtigkeit des Grundsatzes „Freunde hört man nicht ab“ überzeugt ist, nach wie vor - und ich bin das auch, mehr denn je. Und dass in der Vergangenheit dieser Grundsatz nicht so beachtet worden ist, wie es hätte sein sollen, und dass sogar nach der deutlichen Aussage der Kanzlerin nicht alle Konsequenzen gezogen und getroffen wurden, die hätten gezogen werden müssen, das ist bedauerlich; aber es ändert nichts daran, dass wir nach wie vor der Auffassung sind, dass Nachrichtendienste sehr viele andere Aufgaben haben als ausgerechnet die, die eigenen Verbündeten und Freunde abzuhören, und dass wir alles tun, damit dieser Grundsatz auch von den Beteiligten nicht nur akzeptiert, sondern auch aktiv umgesetzt wird.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, das war doch schon mal was.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und das, sagen Sie, ist auch die Auffassung - nach Ihrer Kenntnis - der Kanzlerin.

**Zeuge Peter Altmaier:** Jedenfalls war das in den Gesprächen, die wir in meiner Amtszeit geführt haben, immer so, dass wir der Auffassung waren, dass die Dienste sich auf diejenigen konzentrieren sollten, von denen tatsächlich Gefahren ausgehen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das ist doch schon interessant, dass das auch immer noch die Meinung der Kanzlerin ist.

**Zeuge Peter Altmaier:** Na gut, das wird sie Ihnen ja dann selber noch mal erklären, aber - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, klar. Das ist dann noch wichtiger, als wenn Sie es sagen.

**Zeuge Peter Altmaier:** Und meine Meinung ist es nach wie vor.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann kann ich ihr das vorhalten. Ist doch auch schon was. - So, jetzt kommt die nächste Frage. Die USA haben in der gesamten Diskussion und auch in sonstigen Zusammenhängen über die Snowden-Dokumente - über den Sommer 2013, auch im Herbst noch - immer wieder betont, dass sie sich selbstverständlich - wie das ja auch in dem ursprünglichen MoA drinsteht - in Deutschland an deutsches Gesetz und Recht halten - haben sie immer! Da waren Sie - - Haben Sie vielleicht auch in der Zeitung gelesen.

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein?

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein. Wenn sie das erklärt hätten, wäre ich sehr froh gewesen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, doch haben sie. Sie haben immer - - Als die ersten Boten zurückkamen aus den USA, wurde das immer wieder betont, haben wir auch hier schon von mehreren Zeugen gehört. - Das ist gar nicht Ihre Meinung oder Ihre Kenntnis.

**Zeuge Peter Altmaier:** Das ist nicht meine Kenntnis, aber ich habe Ihre Quellen nicht. Also wenn Sie mir da was vorhalten können, dann wäre ich sehr daran interessiert, das zu erfahren.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Das sollen die Kontaktpartner hier der Dienste, also des Bundesnachrichtendienstes, das Bundesamt für Verfassungsschutz beispielsweise, und zwar jedenfalls die Leiter der Dienste, also Keith Alexander - von dem habe ich es zum Beispiel selber gehört, also in den Nachrichten -, -

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - immer wieder betont haben, dass sie sich selbstverständlich in Deutschland an Gesetz und Recht halten.

**Zeuge Peter Altmaier:** Also, es kann sein - - Was ich halt eben weiß aus meiner Erinnerung aus den Sommermonaten 2013 und aus den Unterlagen, die wir Ihnen zur Verfügung gestellt haben, ist, dass wir auf der Ebene der Dienste die berechtigte Erwartung hatten, dass man zu einem sogenannten No-Spy-Abkommen kommen kann.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, nein.

**Zeuge Peter Altmaier:** Und für mich war entscheidend, für mich war das Abkommen nur dann etwas wert, wenn dort dringestanden hätte, dass sich die USA verpflichten, auf deutschem Boden deutsches Recht einzuhalten.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Peter Altmaier:** Und da eine solche Verpflichtung dann, wie wir Ende 2013, Anfang 2014 gelernt haben, nicht zu erzielen war, kam es am Ende nicht zu dem No-Spy-Abkommen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also Sie kennen nicht - jetzt mal unabhängig von dem No-Spy-Abkommen - die Bekundungen, die Beteuerungen aus den USA, der Dienste, aber auch aus der Politik, dass sie sich in Deutschland an Gesetz und Recht halten, was übrigens in dem alten MoA auch drinsteht. Haben wir auch schon hier erörtert.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kennen Sie nicht, das ist Ihnen unbekannt.

**Zeuge Peter Altmaier:** Also, wenn es drinsteht, dann habe ich es wahrscheinlich auch gelesen in der Vorbereitung der Übersendung der Unterlagen an den Ausschuss.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Peter Altmaier:** So. Dann müssten Sie es mir aber vorhalten, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aha.

**Zeuge Peter Altmaier:** - weil ich es im Moment nicht erinnern kann. - Es ist ja so: Wenn die amerikanischen Dienste sich betätigen, dann kann es sein, dass sie sich betätigen gemeinsam mit dem BND.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Peter Altmaier:** Dann ist natürlich selbstverständlich, dass deutsches Recht eingehalten werden muss. Das können wir dann ja auch mit beeinflussen natürlich, wenn wir gemeinsame Operationen machen. Wir können - - Wenn die Amerikaner sich in anderen Ländern betätigen, dann können sie zum Beispiel auch sicherstellen, dass sie ihr eigenes Recht dabei einhalten. Und weil sie ein Rechtsstaat sind, nehme ich mal an, dass sie das auch tun. Und die Gretchenfrage ist aber doch, wenn sich ein Nachrichtendienst in einem anderen Land betätigt, ob er dann das Recht dieses Landes in jedem Fall einhält.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau.

**Zeuge Peter Altmaier:** So. Und Sie wissen so gut wie ich, dass bei einer Tätigkeit von Nachrichtendiensten, die sich im Ausland betätigen, das nicht in jedem Einzelfall so ohne Weiteres vorausgesetzt werden kann. Sonst würden nicht mit SIGINT-Methoden sehr viele Informationen gewonnen, die in anderen Ländern wiederum als rechtswidrig angesehen werden - und strafbar.

Ich habe jedenfalls, als ich ins Kanzleramt kam, festgestellt, dass die Amerikaner, amerikanische Seite nicht bereit war, diese Garantie in einer solchen Weise zu geben, dass der Abschluss eines solchen Abkommens mir sinnvoll erschien. Und da ich die Texte sehr genau gelesen habe, weiß

ich auch, was drin war. Das kann ich aber in der öffentlichen Sitzung natürlich nicht sagen. Aber Sie haben ja diese Unterlage, diese Vorlage, und da haben Sie alle Dokumente, glaube ich, die Sie brauchen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das heißt, wenn ich jetzt nur Ihr Gedächtnis oder Ihre Meinung abfrage, dann sagen Sie, es ist nicht sicher, dass die sich immer an Gesetz und Recht halten.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja, ich möchte Sie - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sonst hätten Sie ja auf dieser Klausel nicht bestanden, die da drinsteht, weil das selbstverständlich ist.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja. Und ich möchte - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich muss mal ganz kurz unterbrechen, weil ich habe den Eindruck, wir reden hier von einem Dokument, was eingestuft ist, wenn ich mich nicht total vertue - nicht von den Vertragsverhandlungen hier zum No-Spy-Abkommen, sondern, Herr Kollege Ströbele, Sie reden von einem - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein. Ich rede jetzt gar nicht - - Ich rede jetzt davon, was der Zeuge gesagt hat: Er kennt Entwürfe von einem No-Spy-Abkommen, -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - in dem drinsteht als Bedingung, -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Da können wir gerne von reden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - dass die sich an Gesetz und Recht halten, und dass die das nicht wollten. So.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich habe das Ding - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und daran ist das gescheitert.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich habe mir das Ding - - Ich habe mir die Dokumente angesehen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich habe dann entschieden, dass es dazu sehr zeitnah eine Rücksprache geben muss mit Herrn Fritsche und Herrn Heusinger.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, das haben Sie alles gesagt.

**Zeuge Peter Altmaier:** Genau. So ist es.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. Gut. Also, ich ziehe daraus den Schluss, Sie gehen mit mir davon aus, dass das nicht sicher ist, dass die US-Behörden sich in Deutschland an Gesetz und Recht halten, jedenfalls eine solche Verpflichtung nicht eingehen wollten.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich hoffe sehr, dass sie sich daran halten und dass sie sich immer mehr daran halten.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, hoffen tun wir alle.

**Zeuge Peter Altmaier:** Aber eine völkerrechtlich verbindliche Aussage dieser Qualität war ja der Gegenstand der No-Spy-Verhandlungen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Peter Altmaier:** Und die sind, wie Sie wissen, nicht zum Abschluss gekommen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wäre ja auch außergewöhnlich oder würde ja auch nicht stimmen, wenn Sie das auch für die Vergangenheit sagen, weil, wie man an Markus R. sieht, aber wie man auch an dem Ausspähen des Handys der Kanzlerin sieht - wenn das stimmt, sage ich jetzt auch mal -, dann ist das ja nicht wahr, weil Ausspähen des Handys der Kanzlerin entspricht nicht dem deutschen Gesetz

und Recht - sind wir uns einig -, ist ein Verbrechen.

**Zeuge Peter Altmaier:** Wenn es erfolgte, dann entsprach es nicht dem deutschen Recht. So ist es.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Peter Altmaier:** Und ob es erfolgt ist, das muss die Staatsanwaltschaft entscheiden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja, klar. - Gut. Jetzt kommen wir noch mal auf die Staatsanwaltschaft. Ich komme jetzt noch mal zu Ramstein. Herr Altmaier, es stimmt ja: Wir waren gemeinsam im Parlamentarischen Kontrollgremium, und wenn ich mich erinnere, in Ihrer Zeit, als wir da gemeinsam waren, habe ich auch immer wieder die Frage der Beurteilung und der möglichen deutschen Hilfe beim Einsatz von Drohnen - - Ich habe die Killerdrohnen genannt oder Drohnen, die illegale Hinrichtungen betreiben. Das war auch Gegenstand vieler - auch damals schon - Anfragen an die Bundesregierung, und die Bundesregierung hat damals immer geäußert, genauso wie die USA, wie auch Herr Obama sich geäußert hat - ich glaube sogar, als er in Berlin war -, dass keine US-Drohnen von deutschem Gebiet aus starten und dass keine Drohnen von deutschem Gebiet aus gesteuert werden. Das hat die Bundesregierung dann immer übernommen und hat das auch geantwortet, fast immer gleichlautend, egal welches Ministerium.

Und nun haben wir aber in diesem Jahr ganz überraschenderweise eine Erklärung, die vom Außenministerium vermittelt worden ist - auch dem Deutschen Bundestag -, der US-Botschaft bekommen, dass in Ramstein zwar weder Flugzeuge starten noch gesteuert wird, aber sich eine Relaisstation befindet und dass - - Wir haben ja hier einen Zeugen gehört, einen ehemaligen Drohnenpiloten, der erklärt hat, dass über diese Relaisstation der Einsatz von Drohnen aus USA gesteuert wird, dass er das selber gemacht hat in weit über 1 000 Fällen - 1 400 oder so was - und er dafür sogar einen Orden bekommen hat in den USA. So.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Und jetzt hat der Zeuge dies ausgesagt und hat uns auch genau erklärt, wie das funktioniert. Nämlich per Glasfaser wird sein Befehl, den er jeweils an die Drohnen gibt - seine Anleitung oder sein Führen -, an die Drohne weitergegeben, und zwar über Ramstein. Er musste immer - - Die Telefonnummer musste gewählt werden von Ramstein, und dann hat er den Befehl darüber geleitet, und es wurde von Ramstein dann über Satellit der Drohne übermittelt, die woanders gestartet war. - So haben wir das hier gelernt. Und das ist meiner Ansicht nach ein Führen einer Drohne über Deutschland, über Ramstein. Sehen Sie das auch so?

**Zeuge Peter Altmaier:** Nein, ich sehe es nicht so. Also, erst mal ist es so - ich will das nur der Form halber sagen -, dass aus unserer Sicht die Aktivitäten in Ramstein nicht untersuchungsgegenständlich sind. Wir haben ja in verschiedenen - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch.

**Zeuge Peter Altmaier:** Und zwar deshalb: weil der Untersuchungsauftrag sich bezieht auf Tötungen auf deutschem Staatsgebiet - oder solche, die von deutschem Staatsgebiet ausgehend durchgeführt oder veranlasst werden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, durchgeführt.

**Zeuge Peter Altmaier:** So. Und das ist sozu- - Und da ist die Auffassung, dass dies bei einer bloßen Weiterleitung von Signalen nicht der Fall ist.

(Zuruf des Abg. Dr. André Hahn (DIE LINKE))

So. Darüber ist auch vonseiten der Bundesregierung, zwar nicht in diesem Ausschuss, aber jedenfalls mit Obleuten mehrfach intensiv gesprochen worden. Wir haben dazu Fragen gestellt an die amerikanische Seite. Wir haben die Erkenntnisse, die wir gewonnen haben, auch den Obleuten des Auswärtigen Ausschusses mitgeteilt, und zwar am 26. August -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, ja.

**Zeuge Peter Altmaier:** - 2016. So. Und nach diesen Informationen hat die US-Seite bestätigt, dass unbemannte Luftfahrzeuge von Ramstein aus weder gestartet noch gesteuert würden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Das ist die Form, ja. Aber dass dort eine Relaisstation ist - - Und der Zeuge, den wir hier gehört haben, hat gesagt, über diese Relaisstation hat er selber - nicht irgendwo mal gehört, sondern er selber - in mühevoller Arbeit aus einer Wüste in den USA Drohnen gesteuert.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Und ohne die geht's nicht!)

- Ja, genau - wir haben ihn auch gefragt -: Ohne diese Relaisstation wäre das nicht möglich. Das nehme ich als - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja. Aber die Frage ist doch - -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir können dann ja immer noch im Bericht nachher darüber streiten - -

**Zeuge Peter Altmaier:** Herr Ströbele, also erst mal: Ich weiß nicht, ob jemals Signale über die Relaisstation in Ramstein gesendet worden sind, die zur Tötung von Menschen geführt haben.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber wir wissen das.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich kann es weder bestätigen noch ausschließen; ich weiß es einfach nicht. - Erster Punkt.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben wir hier in der Beweisaufnahme geklärt.

**Zeuge Peter Altmaier:** Zweiter Punkt ist, dass die Bundesregierung der Auffassung ist, dass die bloße Weiterleitung von Signalen keine Tötung



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auf deutschem Staatsgebiet ist oder keine Tötung ist, die von einem deutschen Staatsgebiet ausgehend durchgeführt oder veranlasst wird.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Peter Altmaier:** Und deshalb bedeutet es - - Das bedeutet nun nicht, dass es in irgendeiner Weise gerechtfertigt wird; aber es bedeutet, dass es dann nicht untersuchungsgegenständig in diesem Ausschuss ist, -

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch. Durchgeführt werden - -

**Zeuge Peter Altmaier:** - sondern Sie müssen es dann in den dafür vorgesehenen Gremien ansprechen - mit den dafür zuständigen Ressortministern.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, Herr Altmaier. Wir werden das natürlich auch in den Bericht reinschreiben, dass das eine Art der Durchführung, eine Hilfe bei der Durchführung ist. Weil der Pilot, der Zeuge, den wir hier gehört haben, hat erklärt, ohne diese Relaisstation geht es nicht.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So. Also ist das eine „sine qua non“ - sonst funktioniert das Ganze nicht.

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und deshalb ist das eine Unterstützung oder Teil einer Durchführung. Aber das sollen Sie mir hier gar nicht lösen, sondern Sie sollen mir - - Nach der Mitteilung, die Sie jetzt von den Amerikanern selber bekommen haben, die dann auch weitergegeben worden ist an den Auswärtigen Ausschuss, inzwischen auch bei uns gelandet ist: Gehen Sie weiterhin davon aus, dass das in Ordnung ist und dass es keine Probleme gibt, dass Sie auch nicht mal ein Wort reden müssen -

Sie als Chef des Kanzleramts - mit den Amerikanern in Ramstein, dass einzelne dieser Drohneinsätze, wie zum Beispiel in Somalia - die laufen zum Beispiel über Ramstein - möglicherweise doch

(MR Philipp Wolff (BK)  
meldet sich zu Wort)

rechtlich, moralisch in höchstem Maße bedenklich sind und eine Beihilfe zur Tötung - und ich sage: zum Mord - bedeuten könnten?

**Zeuge Peter Altmaier:** Also, damit das auch klar ist - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dazu Herr Wolff. - Das habe ich nicht gesehen. Und ich habe auch nicht gehört, ob das Land Somalia genannt war. Irgendwie kommt hier nur die Hälfte an.

**MR Philipp Wolff** (BK): Also, ich will noch mal das unterstützen, was der Zeuge schon gesagt hat: Wir halten es nicht für untersuchungsgegenständig. Wir haben das auch schon ausführlich erläutert.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist nicht Aufgabe des Zeugen, das zu beurteilen.

**MR Philipp Wolff** (BK): Es ist aber meine Aufgabe. Deswegen sitze ich als Beauftragter hier. - Zumal - und ich weiß gar nicht, ob dem Zeugen das bewusst ist - auch hier vor kurzem ohne eine Anerkennung einer Rechtspflicht das Auswärtige Amt genau zu diesen Fragen in einer Beratungssitzung vorgetragen hat und entsprechende Unterlagen auch ohne Anerkennung einer Rechtspflicht vorgelegt wurden. Deswegen finde ich das jetzt auch nicht ganz fair, dass hier gegenüber dem Zeugen suggeriert wird: „Doch, doch, das ist alles so“, und er muss jetzt hier die entsprechenden Fragen beantworten.

(Dr. André Hahn (DIE  
LINKE): Ich habe Herrn  
Steinmeier danach auch gefragt!)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Die sind vom zuständigen Ressort auch im Rahmen einer Beratungssitzung schon beantwortet worden.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Wolff, das stand in der Zeitung.

(Tankred Schipanski  
(CDU/CSU): Ja, in der Zeitung steht vieles!)

**MR Philipp Wolff** (BK): Dann hätten wir ja gar nicht vortragen müssen. Warum haben Sie denn das Auswärtige Amt dann hergeben?

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, ich will ja jetzt von dem Zeugen wissen, ob er als Vertreter der Bundesregierung, der mit dieser Sache ja auch befasst ist, mal Anlass gesehen hat, selber oder bei den Fachkollegen tätig zu werden, dass diese Praxis abgestellt wird, dass man den Amerikanern klarmacht, dass das nicht geht über deutschen Boden - „geht gar nicht.“

**Zeuge Peter Altmaier:** Ich habe ja vorhin gesagt, dass die Bundesregierung vielfältig mit unserem Partner USA im Gespräch ist zu diesen Themen und dass wir auch um Auskünfte gebeten haben - nicht alle Auskünfte wurden erteilt -, dass wir aber auch klare Aussagen haben. Die habe ich Ihnen eben zitiert, und die kannten Sie ja schon vorher. So. Insofern ist die Bundesregierung tätig geworden, nicht in meiner Person, aber in Person der zuständigen Ministerien, die dafür nach dem Ressortprinzip zuständig sind.

Die andere Fra - So. Und wir haben auch im Übrigen als Bundesregierung - um das dann auch zu sagen - zur Frage der Tötung von Einzelpersonen eine sehr klare Auffassung, die wir immer wieder auch geäußert haben. Das ist den Amerikanern bekannt, und deshalb wirken wir auch an solchen Aktionen nicht mit. Aber darüber hinausgehend jetzt zu verlangen, dass sämtliche Aktivitäten - - Es sind ja auch nicht alle Drohneinsätze so, wie Sie es beschreiben. Ich weiß - - Ich habe bis heute keinen Hinweis darauf, dass irgendeine konkrete Tötung über Ramstein weiterge- - also das Signal weitergeleitet worden ist.

Der Zeuge hat ja auch ausgeführt, dass - - wie er das macht usw., aber, soweit ich weiß, nicht gesagt, dass er über Ramstein Leute getötet hat. Oder sehe ich das falsch?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Na, er hat ja geschossen!)

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Er hat geschossen. Das war ja der Sinn seines Handelns.

(Nina Warken (CDU/CSU):  
Er hat geschossen?)

- Der hat die Drohne da zum Vergnügen da kreisen und dann schießen lassen. - Ich meine, Sie können sich ja die Aussage sicherlich vom - - Die war ja öffentlich, -

**Zeuge Peter Altmaier:** Ja.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und die haben Sie ja offensichtlich. Dann lesen Sie noch mal nach.

**Zeuge Peter Altmaier:** Also, ich kann Ihnen gerne anbieten, dass -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, vielleicht lesen wir uns - -

**Zeuge Peter Altmaier:** - mir das Ausschussesekretariat die Aussage, wenn sie schon verschriftet ist, noch mal zugänglich macht. Ich werde sie mir gerne anschauen, ob sie einen Grund bietet, in irgendeiner Weise tätig zu werden. Das muss ich dann beurteilen, wenn ich es sehe, und würde es besprechen mit den zuständigen Ressortkollegen. Aber ich bitte herzlich um Verständnis: Ich war bei der Vernehmung nicht anwesend, Sie haben mir auch keine konkreten Zitate vorgehalten, und im Übrigen kann ich auch die Glaubwürdigkeit des Zeugen hier nicht einschätzen.

**Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, das werden wir machen. Das können Sie ja von hier aus nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja. Vielleicht lesen wir uns alle die Aussage noch mal durch und fangen schon damit an, dass Brandon Bryant kein Drohnenpilot ist, sondern die Sensorik bedient hat.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Bitte?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dass Brandon Bryant kein Drohnenpilot war, sondern die Sensorik bedient hat nach seiner eigenen Aussage. Er hat nie eine Drohne selbst geflogen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, da waren immer - - Das machen immer zwei.

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Blasphemie ist das! Blasphemie!)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Weil Sie nur mehrmals gesagt haben, er wäre Drohnenpilot.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Deswegen rege ich an, dass doch alle die Zeugenaussage jetzt noch mal lesen die nächsten Tage.

(Nina Warken (CDU/CSU): Auch der Fragesteller!)

- Genau.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Es sind zwei Piloten, -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nein.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - und einer leitet, und der andere schießt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich würde da auch noch mal raten, die Zeugenaussage, -

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, aber gemeinsam - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** - die ich mir in den letzten Tagen mehrmals angeguckt habe, noch mal durchzulesen.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gemeinsam vollstrecken sie diese Tötung - beide. Ob der eine nun an dem Hebel drückt und der andere an dem Hebel: Das ist wahrscheinlich dann nicht der entscheidende Punkt, -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, schon.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - wer auf den Auslöser drückt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** So. Gibt es denn jetzt noch Fragen an den Zeugen? Jetzt wäre die Möglichkeit.

**Hans-Christian Ströbele (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, ich bin jetzt durch.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Wenn es keine weiteren Fragen mehr an den Zeugen gibt, dann sind wir am Ende der Zeugenvernehmung, Herr Altmaier.

Das Protokoll dieser Sitzung wird Ihnen zugestellt. Sie haben dann, wie ich es am Anfang gesagt habe, 14 Tage Zeit, entsprechend Korrekturen oder Änderungen vorzunehmen und uns das Protokoll dann wieder zurückzusenden.

Ich danke Ihnen ganz herzlich für die lange Bereitschaft, uns hier Rede und Antwort zu stehen. Nichtöffentliche oder eingestufte Fragen sind nicht beabsichtigt von diesem Ausschuss. Die Sitzung ist damit diesbezüglich für Sie zu Ende. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend. Ganz herzlichen Dank noch mal, dass Sie uns so lange hier zur Verfügung gestanden haben.

**Zeuge Peter Altmaier:** Vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich würde bitten, dann den nächsten Zeugen auch in den Sitzungssaal zu bitten. Und wir unterbrechen jetzt mal für fünf Minuten, um dementsprechend hier einmal durchzulüften. Die Sitzung ist für fünf bis zehn Minuten unterbrochen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Unterbrechung von  
22.31 bis 22.41 Uhr)





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** So, meine Damen und Herren, ich würde wieder anfangen. Die Öffentlichkeit ist etwas geringer geworden. Nichtsdestotrotz freue ich mich, dass diejenigen, die da sind, noch da sind.

### Vernehmung des Zeugen Steffen Seibert

Ich darf ganz herzlich unseren nächsten Zeugen begrüßen: Herrn Steffen Seibert.

Herr Seibert, Ihnen wurde die Ladung vom heutigen Tage zugestellt, und Sie haben diese auch angenommen. Ich freue mich, dass Sie so kurzfristig vor dem Untersuchungsausschuss erscheinen konnten und für eine Vernehmung zur Verfügung stehen. Bitte entschuldigen Sie, dass ich etwas heiser bin. Bis jetzt hat die Stimme gehalten; aber so langsam wird es schwierig. Wir kriegen das aber heute noch hin.

Ich habe Sie darauf hinzuweisen, dass die Bundestagsverwaltung eine Tonbandaufnahme der Sitzung fertigt. Diese dient ausschließlich dem Zweck, die stenografische Aufzeichnung der Sitzung zu erleichtern. Die Tonbandaufnahme wird nach Erstellung des Stenografischen Protokolls dann auch gelöscht. Das Protokoll dieser Vernehmung wird Ihnen nach Fertigstellung zugestellt. Sie haben, falls dies gewünscht ist, die Möglichkeit, innerhalb von 14 Tagen Korrekturen und Ergänzungen vorzunehmen, wenn dies notwendig sein sollte.

Herr Seibert, vor Ihrer Vernehmung habe ich Sie zunächst zu belehren. Sie sind als Zeuge geladen worden. Als Zeuge sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Ihre Aussagen müssen richtig und vollständig sein. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Ich habe Sie außerdem auf die möglichen strafrechtlichen Folgen eines Verstoßes gegen die Wahrheitspflicht hinzuweisen. Wer vor dem Untersuchungsausschuss uneidlich falsch aussagt, kann gemäß § 162 in Verbindung mit § 153 des Strafgesetzbuchs mit Freiheitsstrafen von

drei Monaten bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafen bestraft werden. Nach § 22 Absatz 2 des Untersuchungsausschussgesetzes können Sie Antworten auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung Sie selbst oder Angehörige im Sinne des § 52 Absatz 1 der Strafprozessordnung der Gefahr aussetzen würde, in eine Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren involviert zu werden. Dies betrifft neben Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit gegebenenfalls auch Disziplinarverfahren, wenn dies in Betracht kommen könnte.

Sollten Teile Ihrer Aussage aus Gründen des Schutzes von Dienst-, Privat- oder Geschäftsgeheimnissen nur in einer nichtöffentlichen oder eingestuften Sitzung möglich sein, bitte ich Sie um einen Hinweis an den Ausschuss, sodass wir einen Beschluss nach § 14 oder § 15 des Untersuchungsausschussgesetzes treffen können und die Sitzung dann in nichtöffentlicher bzw. eingestufte Sitzung fortführen und Ihnen dann die entsprechenden Fragen stellen können.

Nach diesen notwendigen Vorbemerkungen darf ich Ihnen den geplanten Ablauf kurz darstellen. Eingangs habe ich Sie zur Person zu befragen. Zu Beginn der Vernehmung zur Sache haben Sie nach § 24 Absatz 4 des Untersuchungsausschussgesetzes Gelegenheit, zum Beweisthema im Zusammenhang vorzutragen, also ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben, wenn dies gewünscht ist. Danach werde ich Ihnen einige Fragen stellen. Anschließend erhalten die Mitglieder des Ausschusses die Möglichkeit, ihre Fragen zu stellen. Dies geschieht dann nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen, immer eine Fraktion nach der anderen. - Gibt es hierzu Fragen?

**Zeuge Steffen Seibert:** Erst mal: Guten Abend! - Nein, keine Fragen dazu.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Danke schön. - Dann darf ich Sie bitten, sich zu Beginn Ihrer Ausführungen dem Ausschuss mit Name, Alter, Beruf und einer ladungsfähigen Anschrift vorzustellen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Steffen Seibert:** Ja. Mein Name ist Steffen Seibert. Ich bin 56 Jahre alt, bin Regierungssprecher und Chef des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, und die Adresse wäre: Bundespresseamt, Dorotheenstraße 84 in 10117 Berlin.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Und ich hatte gesagt, zum Anfang haben Sie die Möglichkeit, ein sogenanntes Eingangsstatement abzugeben. Möchten Sie hiervon Gebrauch machen?

**Zeuge Steffen Seibert:** Nein.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Dann hätte ich nur einige wenige Fragen an Sie. Das ganze Thema, mit dem wir uns hier im Untersuchungsausschuss beschäftigen: Wann hat Sie das zum ersten Mal erreicht?

**Zeuge Steffen Seibert:** In den ersten Junitagen des Jahres 2013, nach meiner Erinnerung aus der Presseberichterstattung, mit der dann alles begann.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Sind Sie dann in der Funktion als Pressesprecher involviert worden? Wurde Ihnen gesagt, dass Sie zu bestimmten Dingen den Untersuchungsausschuss betreffend Statements abgeben sollen, oder haben Sie es nur verfolgt?

**Zeuge Steffen Seibert:** Sie meinen ab 2013?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja. Von mir aus auch vorher, wenn Sie es vorher wissen.

**Zeuge Steffen Seibert:** Das Thema war ja dann eines der beherrschenden Themen in der deutschen Politik für viele Monate und ist auch 14, 15, 16 immer wieder aufgetaucht. Insofern habe ich in meiner Aufgabe als Regierungssprecher unzählige Male darüber gesprochen.

Nun muss man sagen, dass der ganze Bereich der Nachrichtendienste für einen Regierungssprecher in gewisser Weise ein Ausnahmebereich ist, weil ich ja sehr wenig öffentlich darüber sagen kann. Wann immer ich über dieses Thema spreche: In

Regierungspressekonferenzen komme ich sehr, sehr schnell an den Satz, dass darüber die Bundesregierung den zuständigen, Geheim tagenden Gremien des Deutschen Bundestages berichtet. - Den kennen ja alle Journalisten schon, diesen Satz. Das heißt, das ist ein Bereich, über den ich sehr wenig öffentlich aussagen kann und über den ich auch sehr wenig im Gespräch - Hintergrund oder andere Formate - mit Journalisten sage. Es verhält sich anders mit diesem Thema als mit nahezu allen anderen politischen Themen, mit denen ich zu tun habe.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Die Kanzlerin selber hat ja auch was zu dem Thema gesagt, nämlich den Satz: „Abhören unter Freunden, das geht gar nicht.“ - War der mit Ihnen abgesprochen?

**Zeuge Steffen Seibert:** Na ja, die Bundeskanzlerin braucht ja keinen Souffleur. Sie hat diesen Satz gesagt, weil er vollkommen ihrer Überzeugung entsprach, weil es ein politischer Satz ist, der einen Grundsatz formuliert. Inzwischen wissen wir, wie anspruchsvoll dieser Grundsatz ist und dass man immer wieder aufs Neue daran arbeiten muss, den auch durchzusetzen. Ich denke, in diesem Sinne hat sie diesen Satz gesagt: als Ausdruck ihrer tiefen Überzeugung.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Er hat ja auch viel bewirkt: ein Umdenken im Bundesnachrichtendienst, eine erhöhte Sensibilität - zumindest ab dieser Aussage - und vielleicht auch eine Diskussion zwischen den Partnern, die dann noch Nachdruck bekommen hat. Ich frage mich nur, ob sie den spontan gebracht hat - ich glaube, unsere Bundeskanzlerin kann das - oder ob sie ihn geplant und mit Ihnen vielleicht abgesprochen gesagt hat.

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich kann mich wirklich nicht erinnern, wie es zu diesem Satz kam. Noch einmal: Die Bundeskanzlerin hat in diesem Satz sicherlich eine sehr tiefe eigene Überzeugung ausgedrückt, auch einen sehr politischen Satz formuliert. Und ich kann Ihnen jetzt nicht mehr sagen, wie es zu diesem Satz gekommen ist. Ich stehe aber auch vollkommen hinter diesem Satz,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

habe ihn selber dann in zahlreichen oder in mehreren Pressekonferenzen variiert benutzt, weil ich glaube, dass er sehr gut beschreibt, was dazu zu sagen ist.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Ich komme zu einer anderen Aussage, aus dem Jahre 2015 jetzt, und die lautet:

Im Rahmen der Dienst- und Fachaufsicht hat das Bundeskanzleramt technische und organisatorische Defizite beim BND identifiziert.

Wie ist es denn dazu gekommen, dass es zu so einer doch drastischen Kritik, vielleicht abschließenden Kritik, über die Arbeit des Bundesnachrichtendienstes im Bereich der Abteilung TA - denn darum ging es ja - kommen konnte? Das ist ja schon ein starker Satz, oder nicht?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich komme noch mal auf das zurück, was ich vorhin über den Bereich der Nachrichtendienste als einen gewissen Ausnahmebereich beschrieben habe. Was meine ich damit? Damit meine ich, dass ich als Regierungssprecher bei diesem Thema, über das ich wenig in der Öffentlichkeit sagen kann und darf, vertraue und auch vertrauen muss, aber auch vertrauen kann auf die Zuständigen im Kanzleramt, die im Rahmen ihrer Zuständigkeit die Dienst- und Fachaufsicht über den BND führen. Die haben den Einblick in die operativen Einzelheiten. Die haben die Kontakte mit den Menschen aus den Diensten. Die formulieren gewissermaßen auch das, womit wir dann - und da bin ich dann wieder im Spiel - an die Öffentlichkeit gehen. Das ist in diesem Bereich der Nachrichtendienste eigentlich das Verfahren. Und so könnte ich jetzt auch über diesen Satz sprechen, also diese Pressemitteilung, die wir herausgegeben haben. Ich weiß gar nicht mehr: Oktober - ich müsste es noch - - oder April.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Es müsste 23.04.2015 gewesen sein.

**Zeuge Steffen Seibert:** Genau, ja. Ich hatte mir die Pressemitteilung auch noch mal hier - -

23.04.2015. Genau. So. Das ist also eine Pressemitteilung, die im Inhalt genau auf das zurückgeht, was die Zuständigen im Kanzleramt, denen die Dienst- und Fachaufsicht obliegt, mir sozusagen für die Öffentlichkeit mitgegeben haben.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also Sie würden sagen, das ist eine Bewertung, die im Kern doch im Bundeskanzleramt getroffen worden ist, in der Regel auf Prüfung etc. Es kommt also nicht von Ihnen oder von der Bundeskanzlerin selbst; es ist im Kanzleramt, wer auch immer da beteiligt war, getroffen worden, diese Bewertung.

**Zeuge Steffen Seibert:** Es ist jedenfalls aus dem Kanzleramt und aus der zuständigen Abteilung zu mir gekommen von den Zuständigen für die Dienst- und Fachaufsicht, also Büro des Chefs des Bundeskanzleramts und Abteilung 6.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ist danach noch mal irgendwas aus dem Kanzleramt gekommen, was das relativiert hat? Erinnern Sie sich da an irgendwelche - Sie sagten ja, Sie haben viele Presseerklärungen abgegeben -, irgendwas, was dieses vom 23.04.2015 relativiert hat?

**Zeuge Steffen Seibert:** Nein, es ist ja nichts relativiert worden. Im Gegenteil: Es ist ja dann umgesetzt worden - die Abstellung dieser Defizite. Das war ja dann das Thema der folgenden Monate. Und auch darüber haben wir ja dann wieder in Pressemitteilungen berichtet, was geschehen ist und welche Dinge nun verändert werden. Das haben Sie ja hier, glaube ich, sehr ausführlich besprochen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Vielleicht letzte Frage von mir: Erinnern Sie sich an Erklärungen zum ehemaligen BND-Präsidenten Schindler, zu seinem Ausscheiden? Hat es da vonseiten der Bundesregierung eine Erklärung zu gegeben, und von wem kam die?

**Zeuge Steffen Seibert:** Da hat es - - Ich erinnere mich jetzt nicht wörtlich. Da hat es mit Sicherheit eine Erklärung gegeben, oder wir sind mit Sicherheit in Regierungspressekonferenzen danach gefragt worden. Und wir haben mit Sicherheit - das weiß ich - dafür natürlich, wie in



## Nur zur dienstlichen Verwendung

solchen Fällen üblich, keinen Grund genannt, sondern ich glaube, dass ihm gedankt wurde für seinen Einsatz und dass das einfach als Faktum vermeldet wurde.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. Das wären schon meine Fragen. - Wir kommen jetzt zur ersten Fragerunde der Fraktionen. Es beginnt die Fraktion Die Linke. Herr Kollege Hahn beginnt.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Dieser Satz „Ausspähen unter Freunden, das geht gar nicht“, der ist ja nun inzwischen schon fast sprichwörtlich und wird immer wieder häufig verwandt. Und auch Sie haben den in Pressekonferenzen - haben Sie eben gesagt - in zum Teil abgewandelter Form, aber vom Grundsatz mehrfach wiederholt. Ist Ihnen bekannt, dass, nachdem die Bundeskanzlerin den Satz öffentlich gesagt hat, der BND-Präsident ins Kanzleramt gekommen ist und den Chef des Bundeskanzleramtes darüber informiert hat, dass der BND das auch macht, das Ausspähen unter Freunden?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich habe über die Art und Weise, wie der Chef des Bundeskanzleramtes und die Abteilung 6 diese Dienst- und Fachaufsicht über den BND durchführen, und welche Gespräche es da gibt, keine Kenntnis. Das ist auch nicht meine Rolle als Regierungssprecher.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja. Sie müssen aber - und wollen das sicherlich auch als Regierungssprecher - die Politik der Bundesregierung a) erläutern, verkaufen, darüber informieren usw. Und das setzt ja nach meinem Kenntnisstand voraus, dass man dann auch wichtige Informationen hat, weil man danach gefragt werden kann oder weil die eigene Chefin möglicherweise ins Messer läuft, wenn sie immer etwas wiederholt und dabei Gefahr läuft, dass sie irgendwann mal darauf angesprochen wird, dass der eigene Nachrichtendienst das auch macht.

Also, ist die Unterrichtung des Chefs des Bundeskanzleramtes - - Ich kenne ja Ihre Abläufe nicht ganz genau; das muss ich ja sagen. Wenn der Chef Bundeskanzleramt unterrichtet wird, dass der BND das auch tut - Freunde, EU-Partner,

NATO-Länder ausspioniert, Regierungen, Regierungschefs -, ist das nicht etwas, was Sie hätten wissen müssen für die Öffentlichkeitsarbeit, für Nachfragen, für eine eventuelle Sprachregelung?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich wiederhole - - Auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen: Der Bereich des Nachrichtendienstlichen ist ein Bereich, in dem ich vertraue - und auch gar keinen Zweifel habe, dass ich nicht vertrauen könnte - der Dienst- und Fachaufsicht, die im Kanzleramt ausgeführt wird, und dem, was mir von dort an Informationen gegeben wird, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, im Rahmen, in dem sehr begrenzten Rahmen, in dem ein Regierungssprecher überhaupt öffentlich über nachrichtendienstliche Angelegenheiten spricht. Ich habe auch gar keinen Zweifel, dass diese Kollegen aus dem Kanzleramt mir zu jedem Zeitpunkt nach bestem Wissen und Gewissen die Informationen haben zukommen lassen, die für die Öffentlichkeit bestimmt waren und die auch zu dem Kenntnisstand, der zu diesem Zeitpunkt herrschte, die richtigen und wahrheitsgemäßen waren.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Die Frage war nicht, ob Sie der Rechts- und Fachaufsicht oder Dienst- und Fachaufsicht vertrauen, sondern die Frage war, ob Sie nicht hätten darüber informiert werden müssen. Also, dass dieses Gespräch stattgefunden hat, wissen wir. Wir wissen es von Herrn Schindler, dem ehemaligen Präsidenten. Wir wissen es von Herrn Pofalla, der hier war. Wir wissen es von Herrn Heiß. Da sind die Dinge besprochen worden. Wie detailliert, da gibt es unterschiedliche Sichten; aber es ist angesprochen worden, dass die BND-Selektoren, die eigene Erfassung ebenfalls Partner, Freunde betreffen. Insofern ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar, dass man Sie - und da will ich auch ein Stück weit, dass Sie hier in Schutz genommen werden - da draußen rumlaufen lässt, diesen Satz immer wiederholend, obwohl im Kanzleramt, dem Sie ja unterstellt sind, Informationen vorliegen, aufgrund derer das, was Sie dort ständig sagen oder sagen müssen oder sagen wollen, gar nicht so einfach weiter aufrechtzuerhalten ist.

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich habe dennoch, obwohl Sie mich schützen wollen, was sehr nett ist, -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** So bin ich, ja.

**Zeuge Steffen Seibert:** - keinen Zweifel daran, dass - - Also, ich sehe meine Rolle als Regierungssprecher und nicht als ein beigeordneter Geheimdienstkoordinator. Ich bin der Regierungssprecher, und in diesem Bereich - da beharre ich darauf - halte ich es für richtig, dass der Regierungssprecher denen vertraut, die die Dienst- und Fachaufsicht führen. Ich behaupte, ich kann das auch. Ich habe das jedenfalls zu jedem Zeitpunkt getan, und ich hatte nie das Gefühl, dass ich nicht nach dem richtigen derzeitigen oder jeweiligen Kenntnisstand ausgerüstet in die Öffentlichkeit geschickt wurde.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Aber Sie beraten doch sicherlich - ich weiß nicht im Detail, wie das funktioniert; noch mal - die Bundeskanzlerin auch beim sogenannten Wording: Wie geht man mit bestimmten Dingen um? Wäre es nicht wenigstens notwendig gewesen - wir werden sie ja fragen -, dass die Kanzlerin erfährt, dass es eine solche Information im Kanzleramt gegeben hat, und sich darauf einstellen kann, dass sie nicht permanent etwas wiederholt, was ihr auf die Füße fallen könnte?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dazu Herr Wolff von der Bundesregierung.

**MR Philipp Wolff (BK):** Entschuldigung, nur ganz kurz. - Herr Hahn, das sind aber alles hypothetische Fragen. Da kann der Zeuge eigentlich keine Aussage dazu treffen, ob es notwendig gewesen wäre, dass man informiert hätte, oder nicht. Auch für den Zeugen: Es besteht einfach keine Rechtspflicht, auf hypothetische Fragen dieser Art zu antworten.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich habe jetzt von keiner Rechtspflicht gesprochen. Ich spreche davon, dass der Zeuge die Kanzlerin sicherlich auch berät, möglicherweise auch bei Regierungserklärungen, die es ja dazu auch gegeben hat, mitschreibt, mitberät, wie auch immer. Ein zentraler Punkt der Regierungserklärung, wo es dann auch eine Presseerklärung hinterher gibt, beschäftigt sich mit dem Thema Ausspionieren, sprich mit dem Thema Geheimdienste. Und da

ist meine Frage, ob für diese zentrale Frage nicht die Information der Bundeskanzlerin und/oder des Regierungssprechers erforderlich wäre, damit er seinen Job vernünftig machen kann. Er sagt ja, er hat die Information nicht gehabt, und wir wollen ja feststellen: Wer hätte die Pflicht gehabt, bestimmte Informationen weiterzugeben, auch gegenüber der Bundeskanzlerin und dem Regierungssprecher?

**Zeuge Steffen Seibert:** Also, ich habe jetzt für mich gesagt, dass ich keinen Anlass zum Zweifel hatte und habe, dass ich von denjenigen, die die Dienst- und Fachaufsicht führen, nach bestem Wissen und Gewissen informiert bin, um die Öffentlichkeit in dem begrenzten Maße, das bei diesem Thema überhaupt nur möglich ist, zu informieren. Das galt damals, und das gilt heute.

Es gibt im Kanzleramt eine Arbeitsteilung, wonach die Abteilung 6 und der Chef des Bundeskanzleramtes zuständig für die Dienst- und Fachaufsicht sind und der Staatssekretär Fritsche, den Sie ja heute auch schon ausführlich befragt haben. Insofern hat die Bundeskanzlerin ganz andere Ansprechpartner als mich bei diesem Thema. Ich schlage einfach vor, wenn ich das darf, dass Sie sie am Donnerstag dann selber fragen.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Das werden wir machen; vorschlagen können Sie auch. - Trotzdem: Ich möchte von Ihnen gerne wissen: Sitzen da fünf, sechs Leute zusammen, wenn so eine Passage zu den Nachrichtendiensten geschrieben wird, oder wird das - - Also, bespricht man sich da? Meine Frage ist doch: Wenn es eine solche Runde gegeben hat, hat dort jemand der Beteiligten gesagt: „Seid vorsichtig bei dieser Passage. Das kann uns auf die Füße fallen. Überlegt noch mal, ob ihr das so sagen wollt, weil wir machen das auch“, oder: „Bei uns gibt es auch eventuell Probleme“? Hat es so etwas gegeben im Zusammenhang mit der Äußerung der Bundeskanzlerin, mit Ihren Äußerungen bzw. dann auch der Vorbereitung einer Regierungserklärung?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das wäre dann auch die letzte Frage.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Steffen Seibert:** Also, ich stehe mit der Bundeskanzlerin - das ist, glaube ich, normal für einen Regierungssprecher - nahezu ständig im Kontakt, ganz sicherlich täglich im Austausch. Ich weiß jetzt nicht, welches konkrete Treffen oder welche konkrete Sitzung Sie vor welcher Regierungserklärung ansprechen. Regierungserklärungen sind sehr persönliche Erklärungen. Da erklärt die Bundeskanzlerin am Ende genau das, was ihr richtig erscheint. Da mögen vielerlei Einflüsse einfließen; aber ich kann Ihnen jetzt hier nicht genau sagen, an welcher Stelle etwas von mir da reingerutscht sein könnte.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Entschuldigung, mir geht es - damit das noch mal klargestellt ist - um die Regierungserklärung nach der Wahl der Bundeskanzlerin, die erste Regierungserklärung, die sie abgegeben hat. Das ist ja für eine Legislatur etwas Besonderes. Die wird man ja nicht einfach so aus dem Ärmel schütteln, sondern da gibt es doch Beratungen. Eine solche Beratung habe ich gemeint, wo es um die Frage der Formulierung zu Geheimdiensten ging.

**Zeuge Steffen Seibert:** Sie meinen die von 29. Januar 2014?

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, ja.

**Zeuge Steffen Seibert:** Ja, genau. - Ich schreibe nicht die Regierungserklärungen der Bundeskanzlerin. Am Ende verfasst die Bundeskanzlerin diese Regierungserklärungen so, wie sie sie halten möchte. Ich habe da jetzt über meinen Anteil hier nichts weiter zu berichten.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay, gut. - Wir kommen in der ersten Runde zur nächsten Fraktion, zur Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

**Christian Flisek (SPD):** Danke, Herr Vorsitzender. - Guten Abend, Herr Seibert!

**Zeuge Steffen Seibert:** Guten Abend!

**Christian Flisek (SPD):** Sie haben gerade gesagt, dass Sie ständig, täglich mit der Bundeskanzlerin

im Kontakt sind. Wie muss man sich das vorstellen? Gibt es da so eine Morgenlage? Man trifft sich, geht die Themen des Tages durch, versucht, Sprachfähigkeit in einzelnen Themenbereichen herzustellen?

**Zeuge Steffen Seibert:** Es gibt eine Morgenlage - ich glaube, das ist allgemein bekannt -, und ansonsten gibt es überhaupt kein Muster, nach dem die Kontakte oder die Kommunikation mit der Bundeskanzlerin ablaufen, weil natürlich jeder Tag vollkommen unterschiedlich ist. Sie haben nur alle gemeinsam, diese Tage, dass man in der Regel viel miteinander spricht: auf Reisen, bei Terminen. Heute habe ich sie bei Terminen begleitet, und wenn es mal keinen gemeinsamen Termin an einem Tag gibt, dann spricht man auch auf eine andere Art. Es gibt da kein Muster und keine feste Struktur, die ich Ihnen hier verraten könnte.

**Christian Flisek (SPD):** Okay. - Aber man hat durchaus einen Jour Fixe oder - - Also, es gibt so einen festen Termin; das ist diese Morgenlage. Das Ziel - korrigieren Sie mich, wenn ich das jetzt falsch wiedergebe - ist schon, dass man, sage ich mal, natürlich eine einheitliche Sprache zu einzelnen Themenbereichen findet.

**Zeuge Steffen Seibert:** Na gut, das gemeinsame Sprechen über die Themen, aber auch über die Kommunikation von Themen ist zentral für das Verhältnis einer Bundeskanzlerin zu ihrem Regierungssprecher, ja.

**Christian Flisek (SPD):** Ganz genau. - Als die Snowden-Veröffentlichungen hochploppten, das war mitten im deutschen Bundestagswahlkampf 2013. Können Sie uns da mal berichten aus Ihrer Erinnerung heraus, welche Gespräche Sie mit der Kanzlerin über genau diesen Punkt geführt haben: „Wie kommuniziert man in dieser Affäre im deutschen Bundestagswahlkampf?“?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich kann Ihnen da wirklich keine einzelnen Gespräche mehr aus meiner Erinnerung hervorholen. Das ist mir nach dreieinhalb Jahren oder fast vier einfach nicht mehr möglich. Das war natürlich ein Thema - neben anderen -, und es war auch ein Thema über viele



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wochen; aber ich könnte Ihnen keinen einzigen Gesprächsschnipsel jetzt mehr hier liefern. Was ich Ihnen sagen kann, war, dass die Gespräche schon von dem gekennzeichnet waren, was die Bundeskanzlerin an vielen Stellen auch öffentlich gesagt hat:

Erstens. Das muss aufgeklärt werden. Da muss man die Berichterstattung zum Anlass nehmen, um Sachaufklärung zu betreiben.

Zweitens. Das Unverständnis für die Maßnahmen, für diese Überwachungsmaßnahmen oder Ausspähungsmaßnahmen, von denen da berichtet wurde, sofern sich herausstellen würde, dass die stimmen - - Davon konnte man ja jetzt nicht von vornherein automatisch ausgehen, nur weil es berichtet wurde. Aber wenn es zugetroffen hätte, dann wäre da großes Unverständnis gewesen. Die Bundeskanzlerin hat ja auch bei späterer Gelegenheit mal öffentlich gesagt, dass sie letztlich solche Überwachungen von Freunden oder von den Einrichtungen, auch diplomatischen Einrichtungen von Partnern für eine totale Verschwendung von Zeit und Energie hält, weil wir eigentlich alle ganz anderen Herausforderungen gegenüberstehen als demokratische Staaten und als transatlantische Partner.

Also, das Thema der Sachaufklärung, das Thema des drohenden Vertrauensverlustes in diesem enorm wichtigen außenpolitisch-transatlantischen Verhältnis, das Thema, dass immer wieder zwischen dem Bedürfnis nach Sicherheit und dem Bedürfnis nach Freiheit eine Balance hergestellt werden muss, das waren die Themen, die wir da in vielerlei Weise auch in unseren Gesprächen variiert haben. Aber ich kann Ihnen wirklich beim besten Willen kein einzelnes Gespräch oder einen Ausschnitt aus einem einzelnen Gespräch mehr wiedergeben.

**Christian Flisek (SPD):** Mir geht es auch nicht jetzt, sage ich mal, um ein Wortprotokoll. Das gebe ich gerne zu, dass man aufgrund der Themenfülle, mit der man betraut ist, nach drei Jahren da nicht mehr einzelne Dinge referieren kann jetzt aus dem Gedächtnis.

**Zeuge Steffen Seibert:** Mhm.

**Christian Flisek (SPD):** Aber mir geht es um die großen Linien in dieser Frage. Noch mal: Wir hatten eine Situation: Es war Bundestagswahlkampf. Es sind damals im Parlament natürlich auch zum Teil sehr ausführliche Anfragen gestellt worden. Man konnte vielleicht auch schon auf die Idee kommen, dass so was wie ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss im Raum stehen würde. Die transatlantischen Beziehungen haben Sie gerade selber angesprochen, die ja durchaus mit diesem Thema belastet waren. All das - - Es kam sehr schnell eine Russland-Komponente dazu, weil eben Edward Snowden in Moskau sich dann aufgehalten hat. Können Sie zumindest in den groben Zügen noch mal darstellen: „Was waren da die internen Beratungen über die Frage: Wie gehen wir damit kommunikativ öffentlich um? Wie stellen wir uns als Bundesregierung zu diesen ganzen Punkten, insbesondere auch in der Frage: Wie kommunizieren wir gegenüber unseren amerikanischen Partnern in dieser Frage?“

**Zeuge Steffen Seibert:** Also, das Wichtigste und sicherlich das, was am Anfang stand, war der Gedanke, dass diese Vorwürfe, die in den Berichten erhoben wurden gegen die NSA, aufgeklärt werden müssen, dass man herausfinden muss, was da wirklich Sache ist. Das, denke ich, stand am Anfang, und daraus ergab sich a) die Notwendigkeit zu Gesprächen mit den amerikanischen Partnern. Es gab dann auch - - Die Bundeskanzlerin hat ja in ihrer Sommerpressekonferenz 2013, wenn ich mich recht erinnere, eine Liste von acht Punkten, acht Forderungen, in denen sie sinnvolle Konsequenzen sah, vorgestellt. Das war natürlich der Ausfluss aus der Berichterstattung und aus dem Bedürfnis, Sachaufklärung zu betreiben und dann natürlich daraus auch Konsequenzen zu ziehen. Das ist mir noch sehr in Erinnerung.

Und dann immer wieder dieses Thema des Vertrauens, um das es geht, also einerseits des Vertrauens unter befreundeten und miteinander verbündeten Staaten, aber natürlich auch das Thema des Vertrauens der Bürger, die das Recht haben, zu wissen, ob deutsches Recht gilt und eingehalten wird - nicht nur von unserem eigenen Dienst, auch von den Diensten von befreundeten Staaten -, und die sich sicherlich auch natürlich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Gedanken machten nach der Berichterstattung, wie mit ihren eigenen Daten umgegangen wird. Also, das Thema „Einen Vertrauensverlust vermeiden“ bzw. „Vertrauen wieder zurückgewinnen da, wo es gestört ist“ war auch ein wichtiges.

**Christian Flisek (SPD):** Inwieweit war denn bei diesen ganzen Gesprächen der damalige Chef des Bundeskanzleramtes, Herr Pofalla, eingebunden?

**Zeuge Steffen Seibert:** Also, in aller Regel, wenn ich jetzt von Gesprächen mit der Bundeskanzlerin berichte, waren das Gespräche, die wir zu zweit geführt haben. Aber es gab natürlich auch Gespräche mit dem damaligen Chef des Bundeskanzleramtes, und es mag auch Gespräche zu dritt gegeben haben oder in größeren Runden.

**Christian Flisek (SPD):** Wie erklären Sie denn, wenn Sie sagen, die Bundeskanzlerin hat in den Gesprächen, die Sie mit ihr geführt haben, entweder bilateral oder vielleicht auch in einer erweiterten Runde, vor allen Dingen den Schwerpunkt auf das Thema Aufklärung gesetzt, dass dann Herr Pofalla von dieser berühmten USA-Reise ja wiederkam mit einem Koffer voller Zusicherungen der Amerikaner und er sich dann in der deutschen Öffentlichkeit hingestellt hat und gesagt hat: „Die Affäre ist beendet“? Ich finde - -

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich habe da eine etwas andere Erinnerung an das, was er gesagt hat. Ich habe jetzt seinen O-Ton nicht dabei. Aber nach meiner Erinnerung hat er ja einen Teil der Vorwürfe sozusagen für aufgeklärt erklärt, und zwar den Vorwurf der massenhaften Abschöpfung von deutschen Datensätzen. Damit war, jedenfalls nach meinem Verständnis, nie alles geklärt, und erst recht nicht hatten wir schon die acht Punkte umgesetzt, die die Bundeskanzlerin in ihrer Sommerpressekonferenz ja selber ins Spiel gebracht hatte.

**Christian Flisek (SPD):** Nun ist das vielleicht eine gewisse Überforderung, wenn ich Sie als Regierungssprecher jetzt frage: Halten Sie das nicht für völlig couragiert, dass, wenn man in die USA reist, also zu demjenigen, gegenüber dem diese Vorwürfe zu richten sind - - Man hat jetzt Material, das man erst mal prüfen muss auf seine

Authentizität, das zum Teil eben jetzt im Internet kursiert, wo man selber gar nicht weiß: „Was ist der Sachstand?“, auch in Bezug auf die eigenen Dienste. Dass man dann hergeht und - ich meine, Sie sind Experte für politische Kommunikation in Ihrem Beruf - sich dann vor die deutsche Öffentlichkeit stellt und, wenn auch nur zum Teil, das Ganze für aufgeklärt und beendet erklärt, das ist doch schon irgendwo zum damaligen Zeitpunkt - - Also, ich würde es jetzt mal freundlich als „couragiert“ bezeichnen.

**Zeuge Steffen Seibert:** Ja, das ist Ihre Wertung. Ich hätte da eine andere. Ich glaube - -

**Christian Flisek (SPD):** Welche?

**Zeuge Steffen Seibert:** Meine Wertung wäre, dass es richtig ist, wenn man in einem Teilaspekt Klärung hat erzielen können, dass man das den Bürgern auch sagt; er hat das ja auch begründet. Damit ist noch nicht alles vom Tisch. Damit ist noch nicht die Arbeit getan, und so ist es dann ja auch nicht weitergegangen. Wir haben ja dann weitergearbeitet.

**Christian Flisek (SPD):** Gut. - Ein anderes Thema, das damals aufgetaucht ist, auch anlässlich der Erklärung von Herrn Pofalla nach einer Sitzung des PKGr, war, dass er gesagt hat, die amerikanische Seite hat der Bundesregierung angeboten, ein No-Spy-Abkommen abzuschließen. Wann ist der Begriff „No-Spy-Abkommen“ bei Ihnen das erste Mal aufgetaucht?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich glaube, es war - - Also, ich bin nicht sicher. Ich glaube, es war Pofalla, der diesen Begriff möglicherweise das erste Mal verwendet hat.

**Christian Flisek (SPD):** In einer internen Besprechung oder - -

**Zeuge Steffen Seibert:** Bitte?

**Christian Flisek (SPD):** In einer internen Besprechung, oder haben Sie es zum ersten Mal gehört, als er da nach der PKGr-Sitzung sich - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Steffen Seibert:** Also, ich bin jetzt nicht sicher. Der Begriff waberte irgendwie in den Medien, weil er ja auch griffig ist, und er hat ihn öffentlich an einem bestimmten Punkt verwendet. Es kam, zumindest für die Bundeskanzlerin, nach meiner Auffassung, nach meinem Eindruck nie auf diesen Begriff an. Es kam darauf an, dass wir einen besseren Kooperationsrahmen mit den amerikanischen Partnern ausmachen können, einen, in dem vermutete Probleme der Vergangenheit ausgeschlossen sein würden, und darüber sollte gesprochen werden.

Es war der Eindruck auf der deutschen Seite, dass die Amerikaner dieses angeboten hatten und dass sie bereit waren, darüber zu sprechen. Darüber wurde dann - über Monate zog sich das - immer wieder gesprochen, bis dann an einem bestimmten Punkt, im Frühjahr 2014 nach meiner Erinnerung, klar war, dass die amerikanischen Vorstellungen in diesem Bereich mit unseren nicht auf ein Blatt zu bringen wären und wir deswegen nicht mehr davon ausgehen könnten, dass es zu dieser Vereinbarung eines anderen, besseren Kooperationsrahmens kommen würde. Also, der Begriff „No Spy“ wurde, glaube ich, in der Öffentlichkeit zuerst von Pofalla verwendet. Er spielt jetzt hier keine Rolle. Ich glaube, es ging um den Kern dessen, was man wollte.

**Christian Flisek (SPD):** Na ja, da scheiden sich die Geister, Herr Seibert, weil es ist halt so, dass momentan alle Zeugen irgendwo versuchen - da sind Sie in guter Gesellschaft -, diesen Begriff ein Stück weit zu relativieren und zu sagen: Es ging uns eigentlich nicht um den Begriff, sondern eigentlich um ein Paket von Standards, Maßnahmen, Inhalten, Rahmensetzungen. - Fakt ist aber, dass alle im Kanzleramt, insbesondere eben Herr Pofalla, diesen Begriff verwendet haben. Ich meine, das brauche ich Ihnen ja nicht zu sagen: Wenn man sozusagen - das ist ja eine Art von Framing - so einen Begriff setzt und benutzt und weiß, welche Erwartungshaltungen hinter einem solchen Begriff stecken - - Also, „No-Spy-Abkommen“ ist einfach ein Begriff, der die Erwartungshaltung schürt, hier würde ein Land mit einem anderen sozusagen einen spionagetechnischen Nichtangriffspakt verabreden, und alles, was jetzt erklärt wird, ist weit unter dieser Messlatte. Noch

mal: Es war Wahlkampf. Also, würden Sie mich korrigieren, wenn ich jetzt sage - -

**Zeuge Steffen Seibert:** Na ja, der war ja dann im Oktober auch schon vorbei.

**Christian Flisek (SPD):** Ja, gut. Aber würden Sie mich denn - - Nein, nein, nein. Als Pofalla das - -

**Zeuge Steffen Seibert:** Gut, aber wir haben ja dieses - -

**Christian Flisek (SPD):** Nein, nein. Da waren wir mittendrin.

**Zeuge Steffen Seibert:** Ja.

**Christian Flisek (SPD):** Da waren wir in der heißesten aller Wahlkampfphasen, als Pofalla sich hingestellt hat; aber lassen wir das.

**Zeuge Steffen Seibert:** Richtig, aber die Gespräche über dieses Abkommen, wie auch immer, oder diese - -

**Christian Flisek (SPD):** Ich habe nur meine Frage vielleicht noch nicht ganz - -

**Zeuge Steffen Seibert:** Entschuldigung.

**Christian Flisek (SPD):** Lassen Sie mich gerade noch zu Ende fragen.

**Zeuge Steffen Seibert:** Pardon.

**Christian Flisek (SPD):** Würden Sie mich korrigieren, wenn ich sage, dass das schon eine absichtsvolle Verwendung eines falschen Begriffes war für eine Maßnahme, die eigentlich einen anderen Inhalt hatte? Hat man sich dankbar auf diesen Begriff in Wahlkampfzeiten gestürzt, weil man gedacht hat, „Damit können wir vielleicht das Thema ein wenig in der Öffentlichkeit beruhigen“?

**Zeuge Steffen Seibert:** Also, ich würde mich für die Bundesregierung auf jeden Fall gegen die beiden Begriffe „absichtsvoll“ und „falsch“ in einem Satz in diesem Zusammenhang verwehren. Ja, das würde ich.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das kann man auch in zwei Sätzen sagen!)

- Entschuldigung?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Das kann man auch in zwei Sätzen sagen! - Gegenruf des Abg. Tankred Schipanski (CDU/CSU): Ja, aber dann sind beide falsch!)

- Dann würde ich mich dennoch dagegen wehren; ich werde ja gefragt, ob ich da jetzt was zu sagen würde.

Also, wie gesagt, den Begriff gab es irgendwie, und ich glaube, Pofalla hat ihn auch - - Also, er hat ihn definitiv benutzt. Er ist in unseren Regierungspressekonferenzen mal benutzt worden, mal gar nicht benutzt worden, mal hieß es „sogenanntes No-Spy-Abkommen“. Der war keineswegs sozusagen gesetzt dafür, und es kam auf ihn auch nicht an. Worauf es angekommen wäre, wäre eben, mit den Amerikanern einen Kooperationsrahmen, einen Modus Vivendi zu schaffen, der stärker als das, was möglicherweise vorher der Fall war, dem Status als Partner und als Freunde entspricht und der sicherstellt, dass bestimmte Missstände der Vergangenheit jedenfalls nicht wieder auftauchen würden. Das war in unserem Interesse. Das wäre auch nach meiner festen Überzeugung im Interesse der Amerikaner gewesen; aber es ist anders gekommen.

**Christian Flisek (SPD):** Gut. Also, ich nehme das zur Kenntnis. Sie haben jetzt noch mal versucht, es ein wenig kleinzukochen. Ich meine, wir haben hier den Zeugen Schindler ja gehabt, den ehemaligen Präsidenten des BND, der gesagt hat, dieser Begriff „No Spy“ ist von den Amerikanern gesetzt worden. Auf mehrfachen Vorhalt hat er das - - Er hat quasi fast darauf bestanden, dass das so war, dass das also keine deutsche Erfindung gewesen sei. Man habe den dann sozusagen mit dem Flugzeug auf dem Rückflug importiert nach Deutschland und habe ihn dann hier verwendet.

Jetzt frage ich Sie noch mal - weil das sozusagen noch keine Aussage auf meine Frage war -: Wenn man diese Agenda vor Augen hat, die Sie gerade geschildert haben, und dann trotzdem nach wie vor diesen Begriff „No Spy“ verwendet für diese Agenda, ist nach meinem Dafürhalten zwischen der Benutzung eines Begriffes und dem Inhalt, den man meint und politisch erreichen will, ein Delta. Sehe ich das falsch?

**Zeuge Steffen Seibert:** Also, ich war natürlich nicht, wie der BND-Chef, der damalige, in den USA und habe deswegen auch keine Begriffe im Gepäck mit zurückgebracht. Klar ist aber - und davon bin ich fest überzeugt -, dass es ein Angebot der Amerikaner gab, über so etwas zu sprechen - ich weiß nicht, ob die Amerikaner es so nannten oder anders; ich weiß nicht, ob der Begriff von den Amerikanern kam -, was wir jetzt mal entweder ein No-Spy-Abkommen, ein sogenanntes, nennen können oder einen besseren Kooperationsrahmen, und dass es richtig war für die Vertreter der Bundesregierung, einem solchen Angebot nachzugehen und zu schauen, was man daraus machen kann.

**Christian Flisek (SPD):** D'accord. - Jetzt noch mal - die Frage war aber eine andere, Herr Seibert -: -

**Zeuge Steffen Seibert:** Ja. - Ich - -

**Christian Flisek (SPD):** - Wenn man sozusagen - noch mal -, was Sie gerade sehr deutlich herausgearbeitet haben, an einem verbesserten Kooperationsrahmen arbeitet, der politisch wünschenswert ist, trotzdem hartnäckig an einem solchen Begriff in der öffentlichen Darstellung festhält, dann ist nach meinem Dafürhalten zwischen Inhalt und Verpackung oder Etikett eine erhebliche Diskrepanz. Ein No-Spy-Abkommen ist ein wechselseitiger Pakt, sich nicht gegenseitig auszuspionieren. Ein besserer Kooperationsrahmen ist etwas sachlich Vernünftiges, aber etwas anderes und in jedem Fall ein erhebliches Weniger. Deswegen verstehe ich nicht, warum man dann an einem solchen Begriff festgehalten hat und eine so hohe Erwartungshaltung geschürt hat in der deutschen Öffentlichkeit, wenn man doch mit



## Nur zur dienstlichen Verwendung

viel besseren sachlichen Argumenten hätte erklären können, was auch im Zweifel viel realistischer gewesen wäre, nämlich einen verbesserten Kooperationsrahmen in der gemeinsamen Kooperation der Dienste herzustellen.

**Zeuge Steffen Seibert:** Dieser Begriff ist ja auch gefallen in der Zeit. Den habe ich jetzt ja nicht erfunden. Der ist ja auch in dieser Zeit gefallen. Wann immer man darüber sprach, was man eigentlich damit meint, hat man ja solche Begriffe wie „besserer Kooperationsrahmen“ verwendet.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt müssten wir wieder wechseln.

**Christian Flisek (SPD):** Ja.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Wir kommen in der ersten Runde jetzt zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Herr Kollege von Notz.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Seibert, wer hat denn den Spruch aller Sprüche für unseren PUA erfunden?

**Zeuge Steffen Seibert:** Entschuldigung. Wer hat den Spruch aller Sprüche - -

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - - unseres PUAs, nämlich das „Ausspähen unter Freunden geht gar nicht“ erfunden?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ach so, Entschuldigung. Ich kannte die Abkürzung „PUA“ nicht.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Entschuldigung.

**Zeuge Steffen Seibert:** Das war natürlich jetzt mein Fehler.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist mein Fehler.

**Zeuge Steffen Seibert:** Aber ich erarbeite mir das, okay.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sehr gut.

**Zeuge Steffen Seibert:** Wer hat den erfunden? Daran habe ich keine Erinnerung.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich habe Sie im Verdacht.

**Zeuge Steffen Seibert:** Warum?

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Weil Sie am 1. Juli, als da die Pressekonferenz, -

**Zeuge Steffen Seibert:** Da habe ich den benutzt, ja.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - die 628. - - Das wissen Sie jetzt so schnell wieder?

**Zeuge Steffen Seibert:** Nein. Das weiß ich, weil ich das mal nachgesehen habe.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau, da haben Sie das gesagt. - Lange vor der Kanzlerin, -

**Zeuge Steffen Seibert:** War das so?

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - praktisch im dritten oder vierten Satz, haben Sie gesagt:

Es muss also aufgeklärt werden.

Das finden wir ja hier immer noch.

Wenn sich aber bestätigt, dass tatsächlich diplomatische Vertretungen der Europäischen Union und einzelner europäischer Länder ausgespäht worden sind, dann müssen wir ganz klar sagen: Abhören von Freunden ist inakzeptabel. Das geht gar nicht. Wir sind nicht mehr im Kalten Krieg.

Das haben Sie, glaube ich, zuallererst gesagt.

**Zeuge Steffen Seibert:** Wenn ich der Erste war, was ich jetzt nicht mehr weiß - - Aber ich weiß, dass ich es in dieser Pressekonferenz gesagt habe;



## Nur zur dienstlichen Verwendung

denn das habe ich jetzt in der Vorbereitung auf heute Abend mal nachgelesen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Die Kanzlerin hat das viel später erst gesagt, und Sie haben es, glaube ich, noch mal gesagt. Am 14.08. haben Sie das noch mal gesagt.

**Zeuge Steffen Seibert:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da stellen sich ja - - Also, deswegen: Mein Gedanke ist so ein bisschen, dass Sie - - Also, Sie haben ja vorhin gesagt, dass die Kanzlerin ihr originäres Gefühl zu dieser Thematik damit zum Ausdruck gebracht hat. Aber es könnte schon sein, dass der Satz oder dieser Gedanke so bei Ihnen entstanden ist und die Kanzlerin das übernommen hat oder sich zu eigen gemacht hat. Das kann ja trotzdem ganz originär sein. Das ist ja eine symbiotische Beziehung zwischen Regierensprecher und - -

(Heiterkeit)

Also, so stelle ich mir das zumindest vor; das tut nichts zur Sache und ist nicht untersuchungsgegenständlich - - also dass sozusagen die Kanzlerin von Ihnen diesen Satz einfach übernommen hat.

Was mich daran wundert, Herr Seibert - um diesen Spannungsbogen nicht zu lange aufzubauen -: In dieser 628. Bundespressekonferenz ist genau die Problematik, mit der wir uns bis heute befassen, aufgegriffen worden. Da kommt nämlich die Zusatzfrage - - Also, Sie verweisen aufs BND-Gesetz, weil irgendwie die Frage ist: Was machen wir eigentlich? Und dann wird gefragt:

Das müsste doch eigentlich grundsätzlich nicht so schwierig zu beantworten sein. Dürfen wir die diplomatischen Niederlassungen befreundeter Staaten beobachten, abhören und dergleichen oder dürfen wir es nicht? Es müsste doch irgendeiner von Ihnen hier sagen können, ob das BND-Gesetz das erlaubt oder ob das BND-Gesetz das nicht erlaubt.

Ich sah mich jetzt gerade im Dialog mit dem Kanzleramt, wenn Herr Seibert sich nicht angesprochen fühlt.

Und dann antworten Sie darauf:

Ich werde noch einmal mit den Auslegungsexperten sprechen. Dann werden wir versuchen, dazu eine Antwort nachzuliefern.

Daraufhin sagt der Mensch: „Gut.“ Was haben denn die Auslegungsexperten, lange bevor Frau Merkel sich diesen Spruch zu eigen gemacht hat, zu dieser Frage gesagt, ob das eigentlich nach deutschem Recht möglich ist und ob wir das am Ende des Tages - diplomatische Vertretungen, EU-Institutionen - nicht vielleicht sogar alles selber machen?

**Zeuge Steffen Seibert:** Also, ich will noch mal auf den Spruch, wie Sie es sagen, eingehen. Der Spruch, also dieser Satz, war doch eine politische Reaktion auf eine sehr intensive Berichterstattung, -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar.

**Zeuge Steffen Seibert:** - die wir bekommen hatten.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Seibert, das verstehe ich total.

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich glaube, dass er doch ziemlich gut zusammenfasst, was die Reaktion der Bundesregierung war und was uns dann ja auch über lange Zeit geleitet hat, dass auch - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Seibert, ich sage Ihnen mal: Der Satz fasst Folgendes gut zusammen - und darin liegt ein großes Talent -: Er fasst zusammen, was man selbst dazu findet, mit normalem Bauchgefühl. Man sagt: Das geht gar nicht. - Das bringt das zum Ausdruck.

**Zeuge Steffen Seibert:** Ja, was aber natürlich auch, wenn ich das so sagen darf, Leitbild unserer Politik ist, -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Klar.

**Zeuge Steffen Seibert:** - erstens im Verhältnis zu unseren Partnern und was wir von unseren Partnern erwarten, was aber natürlich auch unsere Vorstellung von unserem eigenen Dienst ist.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber wir haben - - Genau, aber er war halt falsch. Wir haben es halt selbst gemacht, und wir haben - - Dieser Satz verirrt die öffentliche Meinung. Er gibt zwar das Bauchgefühl, was jeder hat, wieder, nämlich dass das gar nicht geht. Aber es verkleistert und verwischt damit die Verantwortung, dass wir genau das Gleiche machen und dass auch die Bundeskanzlerin und in ihrer Verantwortung der Rechts- und Fachaufsicht des Bundesnachrichtendienstes wir genau dieselben empörenden Praktiken so handhaben, wie die NSA es handhabt, nur dass es bei uns keinen deutschen Edward Snowden gab, der das öffentlich gemacht hat. Da frage ich mich, wenn Sie die Auslegungsexperten gesprochen haben, was Sie hier sagen am 01.07.2013: Haben die Ihnen nicht gesagt: „Das geht auch nach deutschem Recht“? Und hat Ihnen nicht der Bundesnachrichtendienst gesagt: „Leute, jetzt mal Vorsicht an der Bahnsteigkante; das machen wir alles selbst auch“?

**Zeuge Steffen Seibert:** Das, was ich in derselben Pressekonferenz gesagt habe, war damals und ist bis heute meine Überzeugung, nämlich dass der Bundesnachrichtendienst auf Grundlage des Bundesnachrichtendienstgesetzes handelt; das ist meine Überzeugung. Da Sie sich ja jetzt hier intensiv damit befasst haben, wissen Sie, dass Defizite festgestellt wurden, dass der damalige Bundesminister Pofalla Anweisung gegeben hat, bestimmte Praktiken zu ändern, dass es Konsequenzen gegeben hat. Das wissen Sie alles.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, für die Zukunft.

**Zeuge Steffen Seibert:** Ja, gut. Ich kann aber ja nur - - Ich spreche, wenn ich für die Bundesregierung spreche, nach bestem Wissen und Gewissen auf dem Kenntnisstand, den ich habe -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Zeuge Steffen Seibert:** - und mit den Informationen, die mir zugeliefert werden, von denen ich wiederum überzeugt bin, dass sie mir nach bestem Wissen und Gewissen zugeliefert werden.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das glaube ich, und das ist auch logisch. Aber am 01.07. - -

**Zeuge Steffen Seibert:** Und das ist genau der Stand.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, am 01.07. war das Ihr Stand, Herr Seibert - das glaube ich sogar -, wobei man hätte da - - Aber gut, sagen wir, am 01.07. war das Ihr Stand. Aber dann sind Sie ja gefragt worden: Wie ist die rechtliche Situation in Deutschland? Und da haben Sie gesagt: Ich werde die Auslegungsexperten befragen. - Wen haben Sie befragt? Und die Frage ist noch x-mal aufgetaucht, alles am 01.07.

**Zeuge Steffen Seibert:** Richtig.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da wird dann gefragt:

Gibt es eine politische Ansage an den BND, dass man Regierungen befreundeter Staaten nicht ausforscht?

Und da antworten Sie drauf:

Es gehört nicht zur Politik der Bundesregierung, befreundete Staaten in ihren Botschaften auszuforschen. Ich glaube, das versteht sich von selbst.

Wenn Sie die Selektorenliste sehen, die wir gesehen haben, dann spottet das wirklich jeder Beschreibung, dieser Satz, den Sie hier gesagt haben.

(Tankred Schipanski  
(CDU/CSU): Wieso? Wenn



## Nur zur dienstlichen Verwendung

es in das Auftragsprofil der Bundesregierung passt!)

- Bitte?

(Tankred Schipanski (CDU/CSU): Aber wenn es ins Auftragsprofil der Bundesregierung passt!)

- Was?

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Der Zeuge sollte lieber die Frage beantworten! - Weiterer Zuruf: Ach, lass ihn!)

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich bin jetzt etwas verwirrt, was die Frage an mich ist, Entschuldigung.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. - Der Tatortreiniger versucht hier, die Fragen zu verunklaren.

(Heiterkeit)

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Jetzt wäre es trotzdem gut, wenn es hier im Sitzungssaal wieder ruhiger wäre, dass der Kollege von Notz seine Frage stellen kann.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe meine Frage gestellt. Sie haben hier noch mal gesagt, dass das Abhören unter anderem von Botschaften nicht zur Politik der Bundesregierung gehört, obwohl der Bundesnachrichtendienst, der Auslandsgeheimdienst der Bundesregierung, genau diese Praktiken ausgeübt hat. Deswegen die Frage, Herr Seibert: Haben Sie, wie Sie es hier angekündigt haben gegenüber den versammelten Hauptstadtjournalisten, Auslegungsexperten befragt: „Dürfen wir das eigentlich selbst machen, und machen wir das eigentlich selbst?“ Und wie kann es dann sein, dass die Bundeskanzlerin ein paar Wochen später genau das dann noch mal sagt? Bedienen Sie einfach das Bauchgefühl der Leute fernab von der Sachlage, -

**Zeuge Steffen Seibert:** Nein.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - oder haben Sie keine Auslegungsexperten gefragt und haben sich gesagt: „Ich will es mal lieber gar nicht wissen, was wir machen; Hauptsache, die Bundestagswahlen gehen jetzt erst mal über die Bühne“?

**Zeuge Steffen Seibert:** Erstens. Nein, ich bediene niemandes Baugesühl.

Zweitens. Wenn ich gesagt habe, ich werde die Auslegungsexperten befragen, war das ein anderes Wort dafür, dass ich wieder mit denjenigen in Kontakt treten werde, die im Bundeskanzleramt für die Dienst- und Fachaufsicht zuständig sind,

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Haben Sie das denn auch gemacht?)

also mit der Abteilung 6 und dem Chef des Bundeskanzleramtes. Das habe ich natürlich getan. Das tue ich regelmäßig; in den Wochen habe ich es noch regelmäßiger getan. Wenn Sie sich die Pressekonferenzprotokolle der kommenden Wochen durchlesen, wo das ja fast jedes Mal Thema war, sehen Sie, dass da keine veränderte - - erst einmal noch keine veränderte Kommunikation zu bemerken ist.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeuge Steffen Seibert:** Das heißt, ich habe keine anderen Informationen von dort bekommen als die, die mir sagten, deutsche Dienste tun das nicht.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wer hat Ihnen das gesagt? Hat Pofalla Ihnen das gesagt? Oder hat Herr Heiß Ihnen das gesagt?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich gehe in Pressekonferenzen zum Thema Nachrichtendienste und bekomme konkrete Empfehlungen für das, was ich sage, aus der entsprechenden Abteilung zugeliefert. Das ist das Verfahren bei nachrichtendienstlichen Themen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Der Abteilung 6?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich habe vorhin versucht, zu erklären, warum ich das auch für das vollkommen richtige und vernünftige Verfahren halte und warum ich volles Zutrauen in diese Kollegen habe.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist die Abteilung 6 aus dem Bundeskanzleramt, die Ihnen das dann zuarbeitet?

**Zeuge Steffen Seibert:** Das ist der Regelfall, ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und war das in diesem Fall konkret so?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich bin immer in diesen Wochen mit Material, mit Informationen aus der Fachabteilung in die Pressekonferenzen gegangen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das Material haben wir, glaube ich, nicht.

**Zeuge Steffen Seibert:** Das würde ich bei einem solchen Thema nie anders machen.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich glaube, wir haben das Material nicht, und ich hätte großes Interesse daran, das mal zu sehen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gut. - Die restlichen Fragen müssten wir in der nächsten Runde stellen. Wir kommen jetzt zur Fraktion der CDU/CSU. Herr Kollege Schipanski.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Herr Staatssekretär, zunächst eine Frage, was die Pressemitteilung betrifft vom 23.04., wo da von den organisatorischen Defiziten gesprochen wurde. Hatten Sie Zweifel oder hatten Sie Gründe, zu zweifeln an den Informationen, die Ihnen die Abteilung 6 des Bundeskanzleramtes zur Verfügung stellt oder gibt?

**Zeuge Steffen Seibert:** Nein. Das habe ich vorhin versucht zu sagen, dass ich die damals nicht

hatte und heute nicht habe und dass das auch für die Tage gilt, die auf diesen 23. Oktober zuliefen.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Okay. - Zu dem Thema No-Spy-Abkommen. Wir haben ja gesagt, der Herr Pofalla hat diesen Begriff verwendet. Beraten Sie in Ihrer Funktion als Regierungssprecher auch den Chef des Bundeskanzleramtes oder explizit nur die Bundeskanzlerin?

**Zeuge Steffen Seibert:** Er braucht mich nicht als Berater. Ich habe auch mit ihm wie auch mit anderen Ministern immer wieder zu tun. Ich bin ja auch der Sprecher der Bundesregierung, zu der er gehört. Aber ich mache da keine - - nicht in dem Sinne, wie Sie es meinen, eine Beratung, -

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Hat der - -

**Zeuge Steffen Seibert:** - zumal der Chef des Bundeskanzleramtes anders als ich ja inhaltlich, operativ mit der Dienst- und Fachaufsicht über den BND befasst ist und deswegen eine ganz andere Kenntnistiefe hat.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Okay. - Hat der - - Halten Sie den Begriff, der verwendet wurde, den Begriff des No-Spy-Abkommens für falsch?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich glaube, man würde, wenn ein solches Abkommen zustande kommt, immer erklären müssen, was drin ist. Es wird sich nie in der Überschrift erschöpfen. Und drin wäre - - Darüber hätte man dann sprechen müssen. Es ist ja leider nicht zustande gekommen. Es ist bei Gelegenheiten ja auch mehr als nur „No-Spy-Abkommen“ dazu gesagt worden. Es ist gesagt worden, was wir uns darunter vorstellen. Ich glaube, eine Überschrift alleine macht es nie.

**Tankred Schipanski** (CDU/CSU): Okay. - Die weitere Frage noch einmal jetzt mit Blick auf die Fragen, ob es möglich ist nach altem und nach neuem BND-Gesetz, auch EU- oder NATO-Einrichtungen aufzuklären. Da stellt sich für uns die Rechtslage so dar, dass das sowohl nach altem als auch nach neuem BND-Gesetz erlaubt war bzw. erlaubt ist, wenn es zum Auftragsprofil der Bundesregierung gehört.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dr. André Hahn (DIE LINKE): Der sollte lieber Märchenbücher schreiben!)

Von daher erblicken wir auch keine falsche Darstellung in dem Satz: „Abhören unter Freunden, das geht gar nicht.“ Ich glaube, Sie haben das ja sehr deutlich gemacht, dass man da auf das BND-Gesetz auch abstellen muss, um zu schauen: Was lässt das BND-Gesetz hier zu, oder was lässt es nicht zu? Wenn es sich um das Auftragsprofil der Bundesregierung handelt, dann lässt das BND-Gesetz selbstverständlich auch das Aufklären von EU- und NATO-Einrichtungen zu. - Wir haben an der Stelle keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen dann jetzt zur zweiten Fragerunde, bei der auch wieder die Fraktion Die Linke beginnt. Kollege Hahn fängt an.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich versuche jetzt gar nicht, auch aus Zeitgründen, den ganzen Unsinn noch mal richtigzustellen; deshalb stelle ich lieber Fragen.

(Tankred Schipanski (CDU/CSU): Sie brauchen nichts richtigzustellen, weil nichts falsch war!)

Die erste Frage bezieht sich noch mal auf die bereits erwähnte Presseerklärung mit den organisatorischen und strukturellen und wie auch immer Defiziten beim BND, die man im Bundeskanzleramt ausgemacht oder festgestellt hätte. Nun gibt es ja so eine Presseerklärung, die ja durchaus etwas Ungewöhnliches ist und nicht jeden Tag passiert, und es ist ja davon auszugehen, dass Sie dann auch befragt werden: „Was steckt denn da eigentlich dahinter?“ -

**Zeuge Steffen Seibert:** Mhm.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** - und Nachfragen kommen; das ist ja eigentlich absehbar. Was hat man Ihnen denn gesagt? Also, da Sie ja selber da nicht beteiligt sind: Was waren denn das für organisatorische und strukturelle Defizite? Worüber hat man Sie denn da in Kenntnis gesetzt, damit Sie gewappnet sind für diese Fragen?

**Zeuge Steffen Seibert:** Da kommen wir genau auf den Punkt zurück, weswegen ich am Anfang über die Sonderstellung, die nachrichtendienstliche Themen im Leben eines Regierungssprechers haben, gesprochen habe. Ich bin als Regierungssprecher nicht in der Lage - es ist nicht meine Rolle und ich darf es auch nicht -, über operative Details oder strukturelle Details der deutschen Nachrichtendienste zu sprechen - ich glaube, das versteht auch jeder -, weil daraus natürlich die falschen Leute Erkenntnisse haben könnten. Dafür gibt es parlamentarische Gremien, dafür gibt es die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste, und dort wird so etwas berichtet.

Jeder im Bundeskanzleramt, der in dieser Dienst- und Fachaufsicht arbeitet, weiß, dass da meine Auskunftsfähigkeit und Auskunftsfreude in einer Regierungspressekonferenz auch endet. Das heißt, es gab wahrscheinlich Nachfragen: Was meinen Sie damit, mit diesen Defiziten? Und dann habe ich darauf verwiesen, dass darüber die parlamentarischen Gremien, die zuständigen, informiert werden. Das ist genau der Punkt, warum - anders als bei 1 000 anderen Themen, die einem als Regierungssprecher begegnen könnten - das Nachrichtendienstliche ein Bereich ist, auf dem ich in ganz engen Grenzen mich bewege.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Also, das verstehe ich, soweit es sich um Operationen der Nachrichtendienste handelt im In- und Ausland und einzelne Fälle, Personen, V-Leute. Da kann ich das nachvollziehen. Aber wenn es um strukturelle oder organisatorische Defizite geht, da muss man Ihnen doch wenigstens sagen: Hat da jemand Unterlagen entwendet? Hat sich da irgendwas verselbstständigt? Was steckt - - Also, wenigstens die Richtung muss man Ihnen doch eigentlich sagen. Sonst gehen Sie in eine Pressekonferenz, vertreten einen Text der Bundesregierung und wissen überhaupt nicht, was damit gemeint ist. Da kann man Sie doch auch nicht im Regen stehen lassen.

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich weiß aber, dass diejenigen, die diesen Text verfasst haben, wissen, was gemeint ist, und dass die darüber Ihnen oder



## Nur zur dienstlichen Verwendung

anderen Abgeordneten des Deutschen Bundestages auch Rede und Antwort stehen müssen; und das halte ich für ein sehr gutes Prinzip demokratischer Kontrolle. Ich glaube, anders als Sie, dass eben nicht nur eine Gefahr daraus entstehen könnte, dass man über Operatives in der Öffentlichkeit spricht, sondern dass man über Strukturelles spricht. Ich glaube, auch das könnte den falschen Leuten Aufschluss geben.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Gut, wenn wir immer informiert werden würden, wäre das schon ganz gut. Aber es gibt natürlich ein berechtigtes Interesse, wenn Sie etwas öffentlich machen - „Sie“ meine ich jetzt nicht als Person, sondern als Regierungssprecher -, eben diese Defizite, dass dann auch die Öffentlichkeit irgendwie wissen muss: Worum geht es da eigentlich? Ist da ein Doppelagent? Was ist da eigentlich los? - Also, es muss doch eine Hintergrundinformation für Sie geben, was dort an Problemen vorhanden ist. Ich kann mir das überhaupt nicht anders vorstellen, dass man Sie - - und dass Sie damit zufrieden sind: Ihr schickt mich jetzt vor die Bundespressekonferenz, und ich weiß gar nichts.

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich habe damit kein Problem.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Und es gab keine Hintergrundinformationen für Sie? Sie haben auch nicht gefragt?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich wusste all das, und fühle mich ohnehin von dem zuständigen Kanzleramt immer so ausreichend und gut informiert, dass ich in die Öffentlichkeit gehen kann, wenn man bedenkt, dass ich in der Öffentlichkeit über Nachrichtendienstliches ohnehin sehr wenig sagen kann.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Aber hier können Sie jetzt was sagen.

**Zeuge Steffen Seibert:** Und außerdem, wenn ich das noch ganz kurz sagen darf: Wenn wir jetzt mal sechs Monate weiterspulen, sind wir im Oktober 2015. Da gibt das Bundespresseamt wieder eine Presseerklärung heraus. In dem Fall war es meine damalige Stellvertreterin Frau Wirtz. Und

da werden ja mehrere Punkte genannt von Maßnahmen, die eingeleitet worden sind, Maßnahmen also, mit denen man diesen festgestellten Defiziten begegnet. Daraus kann ja der Kundige schon ein bisschen ablesen, wo die Defizite gelegen haben mögen.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Das war ja jetzt aber Monate später.

**Zeuge Steffen Seibert:** Richtig.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Und meine Frage an Sie war: Sind Sie über Hintergründe dieser Sache informiert worden damals? Den Journalisten müssen Sie vielleicht nicht antworten; aber im Untersuchungsausschuss geht es jetzt um die Frage, was Sie tatsächlich gewusst haben.

**Zeuge Steffen Seibert:** Genau. - Und ich sage, dass ich immer in diesen nachrichtendienstlichen Angelegenheiten so viel weiß, wie ich wissen muss, um meine Arbeit als Regierungssprecher tun zu können, dass ich hier aber weitergehende Kenntnisse nicht habe.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Nein, nicht was Sie den Journalisten sagen, sondern was Sie gewusst haben.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das hat er, glaube ich, gerade gesagt.

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich habe es gerade gesagt.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Und Sie haben auch nicht nachgefragt bei der Abteilung 6, worum es geht.

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich habe meine Arbeit als Regierungssprecher getan, wissend, dass ich über viele Themen des Nachrichtendienstlichen, über das allermeiste, ohnehin weder Journalisten, weder im Hintergrund noch unter 2 noch unter 3, noch in der Regierungspressekonferenz berichten kann - und auch nicht Bürgern.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Aber vor dem Untersuchungsausschuss schon.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Steffen Seibert:** Ja, aber Sie haben mit Sicherheit viel kundigere Menschen hier schon sitzen gehabt, die Ihnen über die operativen oder strukturellen oder organisatorischen Defizite berichten können. Da brauchen Sie jetzt ja nicht mich.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich hätte trotzdem gerne gewusst, was man Ihnen gesagt hat.

(Nina Warken (CDU/CSU):  
Das hat er gerade gesagt!)

- Nein, das hat er noch nicht gesagt. - Man hat Ihnen doch irgendetwas gesagt. Was war das?

**Zeuge Steffen Seibert:** Also, ich wiederhole jetzt, dass ich vor dieser Presseerklärung wie vor anderen Regierungspressekonferenzauftritten die notwendigen Informationen an der Hand hatte, um meine Arbeit als Regierungssprecher zu tun.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Was hatten Sie denn für Informationen? Das ist doch eine ganz einfache Frage. Ich verstehe das jetzt, ehrlich gesagt, nicht. Sie hatten die notwendigen Informationen. Ich frage: „Welche?“, und dann schweigen Sie.

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich hatte die notwendigen Informationen, die in dieser Presseerklärung standen. Die, und nichts Weiteres habe ich in der Regierungspressekonferenz auch vorgetragen und dann in Dutzenden von Variationen noch mal vorgetragen. So ist das.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Sie haben jetzt auch in Dutzenden Variationen gesagt, was Sie vor der Presse gesagt haben, aber nicht, was man Ihnen vorher mitgeteilt hat.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Also, es ist zulässig, auch die gleiche Frage mehrmals zu stellen; nur dass da keine Missverständnisse entstehen.

**Zeuge Steffen Seibert:** Natürlich. Ich komme nur zu keiner anderen Antwort, wenn ich da um Verständnis bitten darf.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Das ist auch zulässig.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Vielleicht haben Sie dann die Frage auf eine andere Antwort [sic!]. Es gab ja das Telefonat der Bundeskanzlerin mit Präsident Obama, wo es um ihr Kanzlerhandy ging. Ich nehme ja an, das, wenn ein solches Telefonat - - Ich bin mir gar nicht mehr sicher, ob es da eine Presseerklärung gab von Ihnen oder vom Kanzleramt nach dem Telefonat. Zumindest hat sich ja die US-Administration dann geäußert. Da gibt es ja Positionen, dass man gesagt hat: Künftig also kein Ausspähen mehr des Handys der Kanzlerin. - Wie läuft denn das da ab? Auch da werden Sie ja wissen, dass es ein solches Telefonat gibt. Und dann wird doch, vermute ich mal, das Interesse groß sein bei Ihnen, zu sagen: Was hat er denn nun zu der Handysache gesagt? - Ich will jetzt nichts über die außenpolitischen Beziehungen, über die Floskeln, die da ausgetauscht werden, sondern ich möchte wissen: Was ist zu dem Handy gesagt worden? Das ist hier Untersuchungsgegenstand. Und da muss die Kanzlerin Ihnen ja gesagt haben: Das hat der Präsident mir gesagt.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Aber zuerst sagt Herr Wolff was dazu.

**MR Philipp Wolff (BK):** Ich will nur darauf hinweisen, dass die Inhalte der Telefonate der Bundeskanzlerin mit ausländischen Regierungschefs exekutiver Kernbereich sind und vor dem Hintergrund dazu auch keine Aussage erfolgen kann.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Danke schön.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Wir reden hier die ganze Zeit darüber, ob das tatsächlich passiert ist oder nicht passiert ist und hangeln uns immer zusammen - - Und dann gehe ich mal davon aus, wenn er es nicht darf, die Bundeskanzlerin darf aber über ihr Gespräch wohl reden. - Ja, wir wollen - - Das ist doch nun ein zentraler Punkt, ob das stattgefunden hat oder nicht. Und ich bin in meiner Naivität, meiner grenzenlosen, davon ausgegangen, dass die Bundeskanzlerin ihrem mit engsten Mitarbeiter dann sagt: Also, stell dir vor, die haben das wirklich gemacht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Steffen Seibert:** Wenn ich - -

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Mit dieser Selbsteinschätzung müssen wir jetzt zur nächsten Fraktion kommen.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, das ist aber - - Das kann doch aber kein Problem sein - -

**Zeuge Steffen Seibert:** Also, ein erheblicher Teil dessen, was - - Oder: Immerhin ein Teil dessen, was Gegenstand dieses Gesprächs war, geht ja aus der Pressemitteilung, die wir am 23. Oktober 2013 herausgegeben haben, hervor. Darin steht:

Die Bundeskanzlerin hat heute mit Präsident Obama telefoniert. Sie machte deutlich, dass sie solche Praktiken, wenn sich die Hinweise bewahrheiten sollten, unmissverständlich missbilligt und als völlig inakzeptabel ansieht. Unter engen Freunden und Partnern, wie es die Bundesrepublik Deutschland und die USA seit Jahrzehnten sind, dürfe es solche Überwachung der Kommunikation eines Regierungschefs nicht geben. Dies wäre ein gravierender Vertrauensbruch. Solche Praktiken müssten unverzüglich unterbunden werden.

Im Übrigen äußerte Bundeskanzlerin Angela Merkel die Erwartung, dass die US-Behörden Aufklärung über den möglichen Gesamtumfang solcher Abhörpraktiken gegenüber Deutschland geben werden und damit Fragen beantworten, die die Bundesregierung bereits vor Monaten gestellt hat. Als enger Bündnispartner der Vereinigten Staaten von Amerika

- ich bin gleich zu Ende -

erwartet die Bundesregierung für die Zukunft eine klare vertragliche Grundlage über die Tätigkeit der Dienste und ihre Zusammenarbeit.

So, das ist ja immerhin schon mal relativ ausführlich - sehr viel ausführlicher, ehrlich gesagt,

als wir das bei anderen Telefonaten tun - wiedergeben, was die Bundeskanzlerin zu diesem Thema in diesem Telefonat gesagt hat.

Dass wir in unserer Pressemitteilung nicht wiedergeben, was der amerikanische Präsident gesagt hat, ist, ehrlich gesagt, Usus. Wahrscheinlich hat es auch eine Pressemitteilung der amerikanischen Seite, des Weißen Hauses, zu dem gleichen Telefonat gegeben. Wenn man die nun nebeneinanderlegen würde, würde man auch seine Ausführungen wenigstens in groben Zügen noch erfahren.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Okay. - Wir müssen jetzt wechseln und kommen zur Fraktion der CDU/CSU.

**Nina Warken (CDU/CSU):** Wir haben keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Dann kommen wir zur Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Seibert, haben Sie eigentlich in der damaligen Zeit mal eine Umfrage zu diesem Thema „Snowden“ gemacht, vonseiten des Bundeskanzleramts und des Bundespresseamts die Stimmung und die Lage zum Thema „Snowden“ - -

**Zeuge Steffen Seibert:** Zum Thema „Snowden“ oder zum Thema „NSA“ oder „Snowden“ speziell?

**Dr. Konstantin von Notz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Na ja, mit „Snowden“ meine ich nicht: „Wie finden die Leute Snowden?“, sondern: „Was sagen die zu der Überwachung?“

**Zeuge Steffen Seibert:** Ja, okay. - Ehrlich gesagt: Ich weiß es nicht aus dem Hut. Es gab eine Reihe von, sagen wir mal, öffentlich zugänglichen Umfragen in der Zeit. Das wurde ja ständig abgefragt. Ob wir dazu was gemacht haben? - Da bin ich nicht sicher, weil unsere Umfragen sich eher so auf die größeren gesellschaftlichen Veränderungen usw. beziehen. Aber ich will es auch nicht ausschließen. Ich weiß es nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hm.

**Zeuge Steffen Seibert:** Also in meiner Erinnerung kann ich es jetzt nicht sagen. Das müsste ich nachreichen. Ich weiß gar nicht, ob man so was hier nachreichen kann.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Nein, das macht die Bundesregierung dann im Zweifel.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich muss eine gewisse Bildungslücke offenbaren: Es ist so, dass das Bundespresseamt eine eigene Bundesbehörde ist.

**Zeuge Steffen Seibert:** Ja, richtig.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist richtig, nicht?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ja.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und Akten von Ihnen haben wir nicht, weil wir die bisher nicht gezielt angefragt haben. - Das kann man ja zum Glück noch ändern, weil mich interessiert schon - Herr Seibert, vielleicht können Sie noch erinnern. Also, wenn es Runden der Information gab, mit wem hat man denn direkt gesprochen, jetzt über diese Frage: „Machen es nicht alle so wie die Amerikaner, und sind wir moralisch überhaupt berechtigt, mit dem Zeigefinger in die USA zu zeigen und zu sagen: ‚Freunde der Nacht, so geht es nicht‘?“ Oder war man nicht in demselben Business so unterwegs?

**Zeuge Steffen Seibert:** Solche Runden soll es im Bundespresseamt gegeben haben?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein, solche Runden soll es zur Vorbereitung Ihrer Bundespressekonferenzen gegeben haben -

**Zeuge Steffen Seibert:** Ach so.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): - und zur Vorbereitung der Abstimmung

einer Linie der Kanzlerin in diesen sensiblen Fragen. Ich erinnere mich an ein wirklich schwieriges - - auf dem roten Sofa im Spreebogen da unten. Das ist das - -

**Zeuge Steffen Seibert:** ARD-Sommerinterview.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): ARD-Sommerinterview. Das war eher nicht so gemütlich, und zwar nicht - - Wegen der Snowden-Veröffentlichungen. Da muss man doch eine Linie abgestimmt haben, und da waren Sie doch bestimmt Teil davon. Da stellt sich doch die Frage: Hat man das abgeklärt, dass dieser moralische Impetus und diese Aussage „Ausspähen unter Freunden geht gar nicht“ nicht der Wirklichkeit des eigenen Bundesnachrichtendienstes entsprochen hat?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich bin nicht in der Lage, Ihnen zu sagen, welche Runden und Gespräche es dazu in der dafür zuständigen Abteilung gegeben hat. Das weiß ich nicht. Da würde ich so was vermuten, weil dort die Fachkenntnis, die Kontakte mit dem Dienst, die Kenntnis der Strukturen, der Organisationen, der Operationen angesiedelt ist. Ich könnte Ihnen darüber jetzt aus meiner Erinnerung keine einzelne Runde nennen, außer dass es natürlich so war, dass in diesen Monaten und, ehrlich gesagt, dann auch noch über relativ lange Zeit das Thema immer wieder natürlich auch Gesprächsgegenstand war.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, aber Sie haben schriftliche Zuarbeiten dazu bekommen aus der Abteilung 6. Wenn es keine Runden gab, wo man es besprochen hat, haben die Ihnen irgendwas geschickt, oder?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ja, man hat sich manchmal mündlich abgesprochen, bevor ich in eine Pressekonferenz gegangen bin. Es kann auch - - Es gibt auch schriftliche - -

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und mit wem haben Sie da gesprochen, wenn es mündlich war? Also, wer ist da der Ansprechpartner? Ist das - ich habe wirklich keine Ahnung - Heiß selbst, oder gibt es in der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Abteilung 6 jemanden, der für das Bundespresseamt zuständig ist?

**Zeuge Steffen Seibert:** Sie wissen ja, dass dann auch zu einem bestimmten Zeitpunkt Staatssekretär Fritsche installiert wurde. Das heißt, das durchläuft, bis es bei mir angekommen ist, nach meinem Gefühl - ich weiß es gar nicht ganz genau - sicherlich mehrere Etappen. Ich könnte Ihnen das nicht sagen. Es kommt dann meistens über den CvD im Bundespresseamt zu mir.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Darf ich noch mal ganz kurz die Bundesregierung fragen, weil wir dazu auch keine - - Oder: Ich habe das jetzt nicht erinnerlich. Also, es müsste dazu ja auch dann im Bundeskanzleramt, in der Abteilung 6, schriftliche Vorbereitungen für das Bundespresseamt geben. Das ist mir bisher nicht begegnet. Gibt es so etwas? Und, wenn ja, wo finde ich es? Oder können wir noch mal nachgucken, ob man das bisher gesehen hat?

Und für das Bundespresseamt selbst würden wir noch mal einen Beweisantrag stellen. Das kündige ich schon mal an.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja, okay.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht sagt Herr Wolff was dazu?

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich dachte, das wäre damit jetzt schon erledigt.

**MR Philipp Wolff** (BK): Kann keiner was dazu sagen. - Also, bei mir erinnerlich - ich muss sagen, ich bin da jetzt auch nicht völlig auf dem Laufenden - - sind durchaus Sprachentwürfe an das Bundespresseamt auch vorgelegt worden. Ich müsste jetzt in die Akten gehen. Ich habe jetzt nicht alle Akten im Kopf.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Dann gucken wir auch noch mal.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ja. Vielleicht, bevor wir einen Beweisantrag stellen, dass man einfach noch mal guckt, ob die notwendigen Dinge da sind.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für das Bundespresseamt. Da haben wir ja auf jeden Fall nichts, glaube ich, vom Bundespresseamt selbst. Und das würden wir dann schon machen.

Und sagen Sie, Herr Seibert - letzter Gedanke von mir -, dann diese Presseerklärung, die Frau Wirtz gemacht hat im März 2015 [sic!], also in Reaktion auf die großen organisatorischen Mängel beim Bundesnachrichtendienst, ist das bei Ihnen diskutiert worden, dass dieser Vorwurf sich darauf begründet, dass das, was man - -

**Zeuge Steffen Seibert:** Sie meinen die vom April 2015?

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): April 2015.

**Zeuge Steffen Seibert:** 23. April.

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau, die aus diesem Märzbesuch und diesen Erkenntnissen da resultierte. - Dass im Grunde diese harte Kritik konsequent war, weil man eben vonseiten der Bundesregierung zwei Jahre lang einfach die Tatsachen falsch dargestellt hat - - Also, dass es einen Graben gab zwischen dem, was man gesagt hat, und was der BND gemacht hat, und dass man deswegen den Bundesnachrichtendienst so hart kritisiert hat. Also, wurde das diskutiert, oder hat die Bundeskanzlerin da gesagt: „Also, Freunde, jetzt geht es aber los“?

**Zeuge Steffen Seibert:** Wenn man die Monate davor sieht und natürlich auch Presseveröffentlichungen davor, dann ergibt sich, dass dieses eine notwendige Pressemitteilung war, die wir am 23. April gemacht haben. Trotzdem noch einmal zu dem Vorwurf „falsch dargestellt“: Ich bleibe dabei, dass mit dem jeweiligen Kenntnisstand, den wir zu bestimmten Zeiten hatten, den ich zu bestimmten Zeiten hatte, aber auch die Kollegen im Kanzleramt, wir nach bestem Wissen und Gewissen dargestellt haben gegenüber der Öffentlichkeit.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na klar, aber jahrhundertlang haben Leute behauptet, die Erde sei eine Scheibe, nach bestem Wissen und Gewissen, aber es war trotzdem falsch, nicht? Also, wir hatten das vorhin schon mit dieser objektiven und der subjektiven Falschheit. Aber wir versuchen zumindest als Ausschuss, objektiv draufzugucken, und die Öffentlichkeit würde, glaube ich, auch gerne eine objektive Aussage dazu bekommen. - Vielen Dank für die späten Antworten an so einem Tag.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ganz herzlichen Dank. - Wir kommen zur nächsten Fraktion, der Fraktion der SPD. Herr Kollege Flisek.

**Christian Flisek** (SPD): Danke. - Herr Seibert, wann haben Sie denn zum ersten Mal erfahren, dass als Teil der Auslandsaufklärung des BND auch EU- und NATO-Partnerstaaten mit ins Visier genommen werden, zu welchem Zweck auch immer?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich hatte da keine exklusiven Erkenntnisse. In dem Moment, wo das etwas war, worüber auch - - Also, Sie wissen, dass - Sie haben ja hier darüber gesprochen - Chef BK, Pofalla, da Veränderungen vorgenommen hat. In dem Moment, wo dieses Thema überhaupt in den Mittelpunkt rückte, auch durch Presseberichterstattungen, habe ich das auch erfahren. Ich habe das nur aus der Presse erfahren.

**Christian Flisek** (SPD): „Nur aus der Presse“?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich habe das aus der Presse erfahren, ja.

**Christian Flisek** (SPD): Laut dem Terminkalender von Herrn Pofalla waren Sie am 24.10., also, wenn ich mich jetzt nicht täusche, einen Tag nachdem die Kanzlerin dieses Zitat gesagt hat, bei einem Treffen dabei, wo Herr Pofalla natürlich dabei war, wo Herr Schindler dabei war, wo Herr Fritsche dabei war, Herr Heusgen, Herr Heiß, Herr Maaßen und Sie.

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich war nicht dabei.

**Christian Flisek** (SPD): Sie waren nicht dabei?

**Zeuge Steffen Seibert:** Nein. Ich war definitiv nicht dabei. Ich weiß, weil mir das berichtet wurde, dass ich da auf der Liste derjenigen stand, die man dazu vielleicht haben wollte, oder - - Ich weiß es nicht. Ich war definitiv nicht dabei. Ich kann mich erstens nicht an die Teilnahme an diesem Treffen erinnern, und zweitens haben wir in den Unterlagen meiner Fahrer nachgeschaut, und das Fahrtenbuch macht klar, dass ich zu dem Zeitpunkt dieses Treffens nicht im Kanzleramt, sondern im Bundespresseamt war, erst später ins Kanzleramt zurückkehrte und dann mit der Bundeskanzlerin nach Brüssel aufbrach von dort. Ich war nicht bei diesem Treffen.

**Christian Flisek** (SPD): Mhm. - Und die Tatsache, dass Sie dort gern gesehener Gast gewesen wären, hat auch nicht dazu geführt, dass man Sie im Nachgang über den Inhalt der Gespräche informiert hat?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich bin mit der Bundeskanzlerin dann zum Europäischen Rat nach Brüssel geflogen und war dann in Brüssel mit dem beschäftigt, was man da als Regierungssprecher so zu tun hat.

**Christian Flisek** (SPD): Ja gut, als Regierungssprecher ist man - so stelle ich mir das zumindest vor - immer mit allem beschäftigt, egal wo man gerade auf der Welt weilt.

**Zeuge Steffen Seibert:** Irgendwie ist das auch wahr. Das stimmt.

**Christian Flisek** (SPD): Das bedeutet natürlich, auch wenn man in Brüssel ist, hat man im Zweifel den Draht zu dem, was in Berlin gerade so läuft. - Also, jetzt noch mal die Frage: Sie haben über dieses Treffen dort, wo Sie dann, aus welchen Gründen auch immer, im Terminkalender als einzuladende Person erschienen sind, wo Sie sagen, da waren Sie nicht dabei, nichts, keine Informationen darüber am Ende bekommen, was dort besprochen wurde?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich habe keine Erinnerung daran. Ich war definitiv nicht bei dem Treffen dabei, und ich habe keine Erinnerung daran, ob mir



## Nur zur dienstlichen Verwendung

jemand danach etwas aus diesem Treffen mitgeteilt hat. Das war ja der Tag nachdem wir die Pressemitteilung über die mögliche Abhörung des Kanzlerhandys herausgegeben haben. Also, in diesen Tagen war mit diesem Thema ohnehin natürlich sehr viel los. Aber ich habe keine - - Also, ich war nicht dabei, und ich habe keine Erinnerung daran, ob mir jemand einen Inhalt aus diesem Treffen mitgeteilt hat oder nicht.

**Christian Flisek (SPD):** Haben Sie denn wahrgenommen, dass es nach dem Satz der Kanzlerin eine höhere Betriebsamkeit aufseiten der Dienste und auch der Fachaufsicht gegeben hat, also im Sinne, dass die Kanzlerin mit dem Satz was ausgelöst hat?

**Zeuge Steffen Seibert:** Na ja, ich denke mal, die Kanzlerin hat von vornherein - das war mein Eindruck, und das hat sich ja auch niedergeschlagen -, wie ich es vorhin sagte, auf Sachaufklärung und auf Konsequenzen gedrängt. Und es war ja die Kanzlerin, die diesen Achtpunkteplan oder diese acht Forderungen in ihrer Sommerpressekonferenz genannt hatte und damit natürlich schon den Weg beschrieben hatte, von dem sie wollte, dass die Regierung ihn geht und dass wir ihn mit unseren Partnerstaaten in Europa und transatlantisch gehen. Das heißt, schon dieser Achtpunkteplan der Bundeskanzlerin hat, wenn Sie das jetzt so sagen wollen, Zug in die Sache gebracht.

**Christian Flisek (SPD):** Na ja, gut, aber es ist ja kein Zufall, dass dann unmittelbar nach dem Auftritt in Brüssel, dem sehr knappen, mit dem sehr berühmten Satz dann erstmals Dinge in die Wege geleitet worden sind. Man hat sich getroffen, es wurden Weisungen erteilt - infolgedessen. Haben Sie darüber Wahrnehmungen?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich kann auch - - Wie gesagt: Ich war nicht bei dem Treffen dabei. Ich weiß auch nicht, ob es ähnliche Treffen in ähnlicher Besetzung vorher schon gegeben hat. Ich war bei keinem Treffen in der ganzen Zeit in Anwesenheit der Geheimdienstchefs dabei.

**Christian Flisek (SPD):** Sie haben aber nicht gehört, dass Herr Pofalla Ihnen irgendwann mal gesagt hätte - oder Sie es von Dritten herangetragen bekommen haben-, er hat sich jetzt mit Herrn Schindler getroffen und hat Anweisungen in den BND hinein erteilt?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich kann mich daran wirklich jetzt nicht im Einzelnen erinnern.

**Christian Flisek (SPD):** Sie haben aber gesagt, der Achtpunkteplan hat Zug in die Sache reingebracht. Den hatten wir bisher nicht gesehen, den Zug. Wo machen Sie das fest, dass da Zug reinkam, ausgehend vom Sommerinterview?

**Zeuge Steffen Seibert:** Ich denke schon, dass da Zug war. Erstens mal ging es ja in dem Achtpunkteplan - ich glaube, das war einer der ersten Punkte - auch darum, dass man noch bestehende, sehr alte Verwaltungsvereinbarungen mit den damaligen Alliierten, die de jure noch bestanden, obwohl sie de facto schon nicht mehr genutzt waren, abschaffen wollte. Es ging um eine Beschleunigung der Arbeit an der europäischen Datenschutzrichtlinie. Ich glaube, dass man, wenn man die Punkte durchgeht, schon sehen kann, dass darin Arbeitsaufträge - national und europäisch - lagen und dass deswegen - - Das habe ich jetzt mal mit „Damit kam Zug in die Sache“ - -

Natürlich hat dann die Berichterstattung über die mögliche Abhörung des Handys der Bundeskanzlerin dem Ganzen noch mal eine neue Dringlichkeit gegeben, obwohl ich eines sagen will: Der Bundeskanzlerin - das war ganz stark mein Eindruck in diesen Zeiten - ging es wirklich nie in erster Linie um ihr Handy, sondern der ging es natürlich um diese grundsätzlichen Fragen, die sich da stellten. Ich habe es vorhin versucht zu beschreiben: diese Fragen von Vertrauen, diese Fragen, wie man in einem Zeitalter, in dem technisch nahezu alles möglich ist, eben dieses Verhältnis zwischen Sicherheit und Freiheit justiert. - Darum ging es ihr sehr viel mehr als um ihr Handy.

**Christian Flisek (SPD):** Gut. - Wir haben keine weiteren Fragen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Herzlichen Dank. - Dann kommen wir jetzt zur dritten Frage-  
runde. - Es beginnt jetzt wieder die Fraktion die  
Linke. Herr Kollege Hahn.

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ich habe nur noch  
eine Frage, und die bezieht sich auf die Tage  
nach der Presseerklärung mit der Kritik am BND.  
Sie sind ja sicher auch mitverantwortlich, wenn  
es Artikel gibt, die die Bundesregierung betreffen,  
die kritisch sind, oder wo es gewisse Informatio-  
nen gibt, die gar nicht in die Zeitung sollen, aber  
trotzdem drinstehen. Und da sind in den Tagen  
nach der Kritik am BND mehrere Zeitungsartikel  
in der *Bild*-Zeitung erschienen - ich kann Ihnen  
jetzt die ganzen Artikel nicht vorhalten; aber es  
sind mehrere erschienen -, nach dem Motto: Das  
Bundeskanzleramt wusste doch das alles, die  
Bundeskanzlerin hat da Fehler gemacht und da  
Fehler gemacht, und jetzt werden wir angezählt  
als BND; aber das Bundeskanzleramt selbst ist ja  
eigentlich mit in der Haftung. - Ich sage das jetzt  
mal ganz vereinfacht, ohne die Artikel zu nen-  
nen.

Haben Sie denn da mal nachgeforscht oder Infor-  
mationen gehabt, ob das jetzt eine beleidigte Re-  
aktion des BND war, den man öffentlich kritisiert  
hat, dass dort vertrauliche Informationen durch-  
gestoßen worden sind oder durchgestochen wor-  
den sind? Denn die Artikel waren ja - mehrere  
aufeinander - sehr heftig auch gegen die Bundes-  
regierung, gegen das Bundeskanzleramt. Hat das  
bei Ihrer Arbeit dann irgendeine Rolle gespielt?

**Zeuge Steffen Seibert:** Sie meinen: Habe ich  
Nachforschungen angestellt, wer da Informatio-  
nen durchgestochen haben könnte?

**Dr. André Hahn (DIE LINKE):** Ja, oder man redet  
da darüber: Wo kommt das her? Wie kann das  
sein? - Ich dachte, dass so was auch diskutiert  
wird.

**Zeuge Steffen Seibert:** Also, Berichterstattung  
wird ohnehin häufig diskutiert, negative wie po-  
sitive. Aus der negativen kann man oft auch was  
lernen. Ich kann jetzt nur aus meiner Erfahrung  
sprechen. Das ist eine leidvolle Erfahrung, dass

halt verdammt viel durchgestochen wird und un-  
heimlich viel in der Presse landet, wovon man  
findet: Da gehört es eigentlich nicht hin. Aber das  
ist jetzt keine Bemerkung über konkrete Texte in  
der *Bild*-Zeitung, an die ich mich im Einzelnen  
auch nicht erinnere. Ich denke mal, wenn aus  
solchen Berichten, wie Sie sie jetzt zusammenfas-  
sen, sich Fragen ergeben hätten oder ein Hand-  
lungsbedarf, dann hätte er doch bei denen ge-  
legen, die die tägliche Arbeit mit dem BND ma-  
chen, nicht beim Regierungssprecher.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Ich schaue  
mal in die Runde. - Ich sehe, es gibt keinen Fra-  
gebedarf mehr in öffentlicher Sitzung. Eine nicht-  
öffentliche Sitzung ist nicht anberaumt.

Ich darf mich daher ganz herzlich bei Ihnen be-  
danken, dass Sie so vielen Fragen Rede und Ant-  
wort gestanden haben. Ich hatte es zu Anfang ge-  
sagt: Das Protokoll der Sitzung wird Ihnen zuge-  
stellt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, etwaige  
Korrekturen oder Berichtigungen vorzunehmen,  
wenn das der Fall sein sollte. Ich wünsche Ihnen  
noch einen schönen Abend.

Damit ist die Sitzung jetzt auch geschlossen. - Al-  
len anderen auch einen guten Nachhauseweg.  
Vermutlich bis Donnerstag!

**Zeuge Steffen Seibert:** Das wünsche ich auch. Ei-  
nen schönen Abend und vielen Dank.

**Vorsitzender Dr. Patrick Sensburg:** Gerne. - Die  
Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 0.05 Uhr)